

Deutsche Juden zum Libanon-Krieg S. 25

Arbeiterkampf

Jg. 12 Nr. 224 23.8.82
ZEITUNG DES KOMMUNISTISCHEN BUNDES
4 DM
Förderpr. DM 5
C 21734 E

AEG
Ein Gigant wird liquidiert
Seite 14

Die PLO verläßt Beirut — aber kein Frieden im Nahen Osten

Nach wochenlanger Belagerung und Bombardierung Westbeiruts ist ein Abkommen über den Abzug der PLO in mehrere arabische Staaten zustande ge-
Bombardierung Westbeiruts ist ein Abkommen über den Abzug der PLO in mehrere arabische Staaten zustande ge-kommen. Es steht zu befürchten, daß Israel während des Abzugs neue Provokationen versuchen wird, um Westbeirut doch noch zu besetzen und die PLO-Führung in die Hand zu bekommen.

Selbst wenn der Abzug der PLO wie vereinbart abgeschlossen werden kann, bedeutet das keineswegs ein Ende des Krieges im Libanon:

+ Israel hat angekündigt, seine Truppen würden im Libanon bleiben, bis alle „ausländischen Truppen" —Syrer und Palästinenser im Osten und Norden Libanons— das Land verlassen haben. Die vollständige Vertreibung der PLO aus dem gesamten Libanon wird spätestens nach dem Abschluß der PLO-Deportation aus Beirut der nächste Konfliktpunkt werden.

+ In Beirut und anderen Teilen des Libanons wird nach dem Abzug der PLO ein Feldzug der libanesischen Faschisten (mehr oder weniger offen unterstützt von Israel) zur Liquidierung der libanesischen Linken, die mit der PLO zusammengearbeitet hatte, beginnen. Zudem besteht im Libanon die Gefahr eines allgemeinen Bürgerkrieges und einer ‚Verewigung' der israelischen Besetzung großer Teile des Landes.

+ In den meisten arabischen Ländern, in die die palästinensischen Kämpfer jetzt deportiert werden, sind sie alles andere als willkommen. Es ist zu befürchten, daß in einigen dieser Länder schon bald Verfolgungs- und Unterdrückungsmaßnahmen gegen die Palästinenser beginnen werden.

Forts. auf Seite 2


aus „de Volkskrant"
Tekening David Levine

4. September: Großdemonstrationen an 4 Standorten gegen die Wiederaufbereitung

Dieses Land ist UNSER Land gemeinsam auf zum Widerstand



Nachdem Gorleben als WAA-Standort schon nicht mehr als „politisch durchsetzbar" galt (Albrecht), hat die DWK inzwischen drei weitere WAA-Standorte benannt (in Rheinland-Pfalz, Hessen und Bayern). Überall hat dies zu Protestbewegungen in diesen Regionen geführt, an den jeweiligen Standorten fanden Demonstrationen mit über 10.000 Menschen statt. Die Benennung eines WAA-Standortes ist heute gleichbedeutend mit dem Startschuß für einen breiten Volkswiderstand, der getragen ist von der Überzeugung: Was die in Gorleben und Wethen (wo die WAA nun auch nicht mehr hin soll) geschafft haben, schaffen wir allemal auch! (s. dazu auch AK 218, S. 30/31)

Da auch in Gorleben trotz der inzwischen feststehenden Ungeeignetheit des Salzstockes munter an dem Projekt eines Endlagers für Atommüll festgehalten wird, wird neben den drei WAA-Standorten am 4. September auch in Gorleben demonstriert. Mit diesem Aktionstag soll nicht nur die Stärke der regionalen Proteste demonstriert werden, sondern der Kampf gegen die geplante Entsorgung und den Einstieg in die Plutoniumwirtschaft zu einem Anliegen der gesamten Anti-AKW-Bewegung gemacht werden. Mehr als 100.000 Menschen werden schon jetzt bei diesen Aktionen erwartet. Den Argumenten der Atombetreiber zufolge brauchen „wir" unbedingt eine WAA als eine Art 'Recycling' für den anfallenden Atommüll. Mit dieser Verdummungskampagne soll darüber hinweggetäuscht werden, daß die WAA tatsächlich den Müllberg verdoppelt.

Tatsächlich brauchen die Atombetreiber eine WAA, um
a.) ihre Position im internationalen Konkurrenzkampf der Atomgroßmächte zu verbessern,
b.) endlich den Einstieg in die Plutoniumwirtschaft zu schaffen, denn die WAA soll den Atommüll aus den AKWs für die Schnellen Brüter aufbereiten,
c.) sich die Option offenzuhalten, binnen kürzester Zeit einmal Atomwaffen produzieren zu können.

Die WAA- und Entsorgungsplanung der Atombetreiber mildert nicht das Atomproblem, sondern verschärft es im Gegenteil. Deshalb rufen wir dazu auf, bundesweit die folgenden Demonstrationen am 4.9. mit allen Kräften zu unterstützen.

Demonstration in Kaiseresch (Rheinland-Pfalz), 4.9., 15 Uhr. Demonstration durch den Ort, Abschlußkundgebung und Volksfest am Kirmesplatz

Demonstration in Regensburg (bei Schwandorf/Bayern) am 4.9., Beginn der Aufstellung: 10 Uhr, Abmarsch Regensburg, „Stadtamhof", 11 Uhr

Demonstration in Frankenberg/Hessen am 4.9., 14 Uhr, Ort ist auf den Zufahrtsstraßen nach Frankenberg ausgeschildert

Demonstration und anschließende Belagerung in Gorleben am 4.9., Sammelpunkte in drei Dörfern um 9.30 Uhr, Kundgebung am Zwischenlagerbauzaun um 11 Uhr, Beginn der 24-stündigen Belagerung des Zwischenlagerwalls: 13 Uhr.

Die SPD ist am Ende

Ein geschichtlicher Abschnitt läuft seinem Ende entgegen. Vorausgegangen war diesem Abschnitt der Zusammenbruch der Innen- und Außenpolitik der CDU/CSU nach mehr als 15jähriger Stabilität. Mit der Hereinnahme sozialdemokratischer Politiker in die Bundesregierung Ende 1965 („Große Koalition") begann eine Phase sozialdemokratischer Regierungspolitik in Bonn. Seit 1969 verwaltete die SPD die Bonner Geschäfte gemeinsam mit der FDP. Viele Versprechen und Erwartungen waren mit diesem Wechsel verbunden. Der Konflikt zwischen der traditionellen Rechtspolitik der CDU/CSU und den weit verbreiteten Reform-Erwartungen hatte seinen Höhepunkt 1972, als ein Mißtrauensvotum der CDU/CSU im Bundestag abgeschmettert wurde und die anschließenden Neuwahlen einen Triumph der SPD brachten. 1972/73 war aber nicht nur der Höhepunkt, sondern auch der Wendepunkt sozialliberaler Regierungspolitik: Zunehmend ging die SPD dazu über, Reform-Ansätze wieder einzukassieren, den Polizeistaat massiv auszubauen und gezielte Schläge gegen die Basis einer reformatorischen Politik zu richten. Symbol dieses Kurses sind die Berufsverbote. Seit der Wende 1972/73 hat die SPD nicht mehr mit einem positiven Reform-Programm geworben, sondern sich nur noch als das etwas kleineres Übel im Vergleich zur CDU/CSU angeboten. Aber welche Werbeagentur würde sich von dem Slogan „Blendax schmeckt immer noch besser als Scheiße" einen Erfolg versprechen?...

Inzwischen hat die SPD vollständig abgewirtschaftet. Der Wechsel in Bonn ist vorprogrammiert und nur noch eine Frage weniger Monate oder Wochen. Es ist kein Faktor sichtbar, der die SPD nach der voraussehbaren Niederlage in Hessen noch vor dem Absturz auch in Bonn bewahren könnte. Der Wechsel könnte unterschiedliche Formen annehmen (stiller Partnerwechsel der FDP oder Neuwahlen), aber vermeidbar ist er kaum noch. Ein interessantes Datum ist in diesem Zusammenhang das Jahresende 1983, wenn planmäßig die Stationierung der neuen NATO-Mittelstrecken-Raketen beginnen wird. Für das etablierte Parteiensystem wäre es günstiger, wenn die SPD dieses große Ereignis bereits als Oppositionspartei erleben würde.

Forts. auf Seite 16

Die PLO verläßt Beirut

Fortsetzung von S. 1

Abzug der PLO aus Westbeirut

Insgesamt sollen 12.000 Mann, neben der PLO auch syrische Truppen und Einheiten der von Syrien kontrollierten „Palästinensischen Befreiungsarmee" (PLA), innerhalb von 14 Tagen Beirut verlassen. Das Abkommen berührt nicht die Anwesenheit von PLO-Kämpfern (und syrischen Truppen) in anderen Teilen des Libanon. Doch ist zu befürchten, daß Israel zu einem fortgeschrittenen Zeitpunkt des Abzugs (d.h. wenn sich nur noch wenig palästinensische Kämpfer gemeinsam mit der PLO-Führung in Beirut befinden) ein Junktim zwischen Beirut und dem übrigen Libanon versuchen könnte.

Der Abzug aus Westbeirut erfolgt weitgehend zu den von Israel diktierten Bedingungen. Als Schutzmacht dieses Abkommens tritt de facto die NATO, insbesondere die USA, auf. Von früheren Aussagen und Forderungen der PLO (die PLO werde sich nur in andere Gebiete des Libanon, nicht aber ins Ausland zurückziehen; es müsse zumindest eine „symbolische" politische Präsenz der PLO in Beirut erhalten bleiben) mußte das meiste aufgegeben werden.

Erzwungen hat Israel den Abzug der PLO durch eine wochenlange Belagerung, Aushungerung und Bombardierung Westbeiruts. Noch kurz vor dem letzten Waffenstillstand, als bereits fast sämtliche Punkte der Abzugs-Vereinbarung feststanden, flog die israelische Luftwaffe noch einmal drei Tage lang die bisher schwersten Angriffe gegen Westbeirut. Israel kommentierte diese barbarischen Angriffe, die vor allem die Zivilbevölkerung trafen, folgendermaßen: Ziel sei nicht die totale Zerstörung der PLO, sondern die Demonstration der israelischen Absicht, „*das Spiel nicht nach den Regeln der PLO zu spielen*".

Nach den schweren Angriffen auf Westbeirut am 12.8. erklärte PLO-Sprecher Bassam Abu Sharif: „*Wir haben alle möglichen und denkbaren Konzessionen gemacht, weil wir Beirut vor der Zerstörung retten wollen. Wir wollen nicht, daß die Libanesen uns eines Tages vorwerfen, daß wir die Ursache für den Verlust ihrer Hauptstadt gewesen sind.*" Abu Iyad, der zweite Mann nach Arafat, äußerte: „*Wir sind immer bereit gewesen, eine politische Lösung zu akzeptieren, nicht weil wir Angst haben zu kämpfen, sondern weil Beirut gerettet werden muß.*" Die letzten Angriffe hätten nicht ohne Einverständnis der USA durchgeführt werden können. „*Wir fragen uns, wie die USA den Abzug palästinensischer Kämpfer garantieren könnte, wenn sie nicht in der Lage sind, den Waffenstillstand durchzusetzen.*"(6).

Nach der Übereinkunft der PLO mit der libanesischen Regierung und dem amerikanischen Unterhändler Habib über den Abzug der PLO-Kämpfer gab PLO-Chef Yassir Arafat der „Le Monde" (7) ein Interview, das die nächsten politischen Schritte andeutet: In dem Interview wiederholt Arafat noch einmal, daß er alle UN-Resolutionen anerkennt, die die palästinensische Frage betreffen. Auf die Frage nach Akzeptierung der UN-Resolution 242 antwortete Arafat: „*Sie wissen ohne Zweifel, daß diese Resolution unser Problem einzig und allein als Flüchtlingsproblem behandelt. 1977 hat uns die Carter-Administration vorgeschlagen, die Resolution zu akzeptieren; unter Geltungmachung all unserer Vorbehalte hätten wir diesen Vorschlag unter drei Bedingungen akzeptiert: die Eröffnung von Gesprächen zwischen den Vereinten Nationen und der PLO; die Anerkennung der Rechte der Palästinenser auf Selbstbestimmung, die Schaffung eines unabhängigen palästinensischen Staates. Unnütz darauf hinzuweisen, daß die Gespräche abgebrochen wurden. Seitdem hat der Nationalrat mehrere Beschlüsse gefaßt, die diese Resolution betreffen. Übrigens, seit wann ist Begin zum großen Verteidiger der Resolution 242 geworden? Vergessen wir nicht, daß er im August 1970 die Regierung der Nationalen Einheit verlassen hat (8), um gegen Golda Meirs Anerkennung der Resolution 242 zu protestieren, aus der man, wie er sagte, den Rückzug aus den besetzten Gebieten herauslesen könnte.*" Zur Nationalcharta der PLO und zum bewaffneten Kampf erklärte Arafat: „*Wir haben mehrere Male durch unseren Nationalrat bekräftigt, daß der bewaffnete Kampf nicht den einzigen Weg darstellt (9). Man hat viel über diese Charta (10) gesprochen und man hat versucht, sie tendenziös zu interpretieren. Um diesen Mehrdeutigkeiten heute ein Ende zu setzen, schlage ich heute vor, nach diesem Krieg ein Kolloquium, bestehend aus palästinensischen, israelischen und arabischen Denkern zusammenzurufen, um von Grund auf alte Probleme zu untersuchen. Dieses Kolloquium könnte vielleicht irgendwo in Europa stattfinden unter der Regie einer Organisation oder einer politischen Partei, die durch allseitige Übereinstimmung ausgewählt wurde.*" Auf die Frage nach der passiven Haltung der arabischen Welt: „*Ich habe seit dem Scheitern der Konferenz in Fez (11) nichts anderes erwartet. Mehrere arabische Länder haben vorgeschlagen, unsere Truppen aufzunehmen, aber es handelt sich dabei nur um eine provisorische Präsenz. Wohin werden wir danach gehen? Die ganze Welt muß sich mit diesem Problem im Verlauf einer internationalen Konferenz befassen, die alle betroffenen Länder und auch die Großmächte umfassen könnte, nach Ende des jetzigen Krieges.*"

Die israelische Regierung hat wiederholt erklärt, daß sie unter keinen Umständen bereit sei, die PLO anzuerkennen und sie als Verhandlungspartner zu akzeptieren. Eine Rückgabe der besetzten Gebiete kommt für die Zionisten gleichfalls nicht in Frage, die sich ja gerade von dem Schlag gegen die PLO im Libanon versprechen, die Autonomiegespräche voranzutreiben. Da die PLO politisch und militärisch geschwächt sei, werde die Autonomie-Idee mehr Unterstützung in Westjordanland und im Gaza-Streifen finden. Außerdem habe man keinen Zweifel daran, daß die USA ihrem Versprechen von 1975 treu bleiben werde, die PLO nicht anzuerkennen (12).

Die Palästinenser im neuen Exil

Die Führer und Kader der PLO werden in verschiedene arabische Länder zerstreut: Arafat will das Hauptquartier der PLO beim Sitz der Arabischen Liga in Tunis aufschlagen, Ägypten, Syrien, Irak, Jordanien und wahrscheinlich auch Südjemen werden jeweils eine gewisse Zahl von Kämpfern aufnehmen. Bis auf Südjemen wird die PLO erfahrungsgemäß in keinem Staat politische oder gar militärische Aktivitäten entfalten können. Syrien hatte immer schon ein taktisches Verhältnis zur PLO und zum palästinensischen Befreiungskampf gehabt, wie besonders der libanesische Bürgerkrieg und das jetzige Stillhalten angesichts der israelischen Invasion zeigen. In Syrien selbst gibt es große palästinensische Flüchtlingslager, vor allem bei Damaskus. Diese Lager wurden während dieses Krieges besonders von der syrischen Armee kontrolliert und umstellt. Israel, das zunächst den Abzug der Kämpfer nur in entlegene arabische Staaten biligen wollte, kommentierte die syrische Bereitschaft, endlich doch Kämpfer aufnehmen zu wollen, folgendermaßen: „*Die Syrer haben auch bisher bewiesen, daß die PLO bei ihnen unter voller Kontrolle war. Viele Jahre lang hat es keine PLO-Anschläge von syrischem Territorium aus gegeben. Syrien weiß, daß wir den Staat, aus dem PLO-Anschläge auf Israel erfolgen, dafür verantwortlich machen. Und es wird sich hüten, der PLO freie Hand zu lassen.*" (13) Man müßte hinzufügen, auch aus Eigeninteresse nicht.

Der ägyptische Außenminister Ali erklärte in einem Fernsehinterview, daß Ägypten auch 3.000 PLO-Kämpfer nicht zu fürchten habe.

Im Irak sind PLO-Aktivitäten schon lange verboten, vor rund zwei Jahren schloß beispielsweise die PFLP ihre Büros in Irak.

Jordanien hat zunächst palästinensische Freiwillige mit dem entsprechenden Vermerk im Paß nach Syrien gehen lassen. Bei ihrer Rückkehr wurden sie in Lager gebracht, einige sollen schon bei Meldung verhaftet worden sein, da sie aus dem jordanischen Bürgerkrieg den Behörden bekannt waren. Andere wurden von vorneherein in ein militärisches „Ausbildungslager" nach Akaba gebracht, wo sie festgehalten werden. Die Flüchtlingslager werden ebenfalls noch stärker kontrolliert. Zusätzliche Milizen wurden aufgestellt.

In diesem Zusammenhang muß daran erinnert werden, daß die Palästinenser bereits einmal (September 1970) Opfer eines Massakers in Jordanien waren und daß dies überhaupt erst zu ihrer massiven Präsenz im Libanon geführt hatte.

Abgesehen vielleicht von Südjemen werden die Palästinenser wahrscheinlich in keinem ihrer neuen Gastländer autonom agieren dürfen. Im Gegenteil steht zu befürchten, daß es sehr rasch zu Verfolgungsmaßnahmen, Inhaftierungen, Morden und Hinrichtungen kommen könnte. Das ist zweifellos die Entwicklung, auf die die israelische Regierung und die USA hoffen und auf die sie aktiv hinarbeiten werden.

Internationale Aufwertung der PLO?

Um die politische Aufwertung der PLO, von der zu Beginn und während der Kämpfe viel geredet wurde, ist es bemerkenswert still geworden. Der ägyptisch-französische Vorstoß bei der UNO, vielmals angekündigt, scheint auf Eis gelegt zu sein (er wurde wegen Abstimmungen zum Waffenstillstand und Aufhebung der Blockade Beiruts nicht abgestimmt). Dieser Vorschlag sah den Rückzug der israelischen Truppen, den Abzug der PLO und die gegenseitige und gleichzeitige Anerkennung von PLO und Israel vor; Israel wurde unter Bezugnahme auf die UN-Resolution 242 das Recht auf Existenz zugesichert, während gleichzeitig die „*legitimen nationalen Rechte des palästinensischen Volkes, einschließlich des Rechts auf Selbstbestimmung mit allen Konsequenzen*" betont wurden. Ägypten fügte mündlich hinzu, daß damit die Schaffung eines souveränen Staates in Westjordanien und im Gaza-Streifen gemeint sei.

In seiner Fernsehansprache gegen den Terrorismus stellte Mitterand noch einmal klar, daß es keine Änderung der französischen Haltung zugunsten der PLO gebe. Frankreich habe die PLO nicht anerkannt als repräsentative Organisation des palästinensischen Volkes. Diese Anerkennung sei abhängig von der Anerkennung Israels durch die PLO und der Umwandlung der kämpfenden Organisation in eine politische. Die erlittene militärische Niederlage könne diese Entwicklung erleichtern. Er forderte ein Heimatland für die Palästinenser „*mit von ihnen selbst gewählten Einrichtungen*", keinen Staat (15).

Auf der Konferenz der EG-Außenminister konnten van Agt (Niederlande), der sich kürzlich in Kairo aufhielt, und Bundesaußenminister Genscher, gerade aus Jordanien zurückgekehrt, vermelden, daß weder Jordanien noch Ägypten eine Politik gegen die USA zu betreiben beabsichtigen. Nach Ansicht dieser Beiden Länder sei nur Washington wirklich in der Lage, die Lösung des Nahost-Konfliktes herbeizuführen. Der europäische Beitrag könne darin bestehen, Einfluß auf Washington zu nehmen, die arabischen Interessen stärker zu berücksichtigen. Nach Ansicht der arabischen Staaten liege das Hauptproblem in der Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechtes der Palästinenser. beide Staaten hätten nicht auf die Notwendigkeit der Gründung eines souveränen und unabhängigen palästinensischen Staates hingewiesen. Jordanien und andere Länder der gemäßigten Front würden eher die Möglichkeit einer Konföderation des Westjordanlandes mit dem Haschemitenreich sehen (16). Der saudische Außenminister Saud erklärte bei seinem Besuch in den USA, wenn auch keine Anerkennung der PLO durch die USA erfolge, so sei doch eine deutliche amerikanisch-palästinensische Annäherung erwünscht (17).

Vor diesem Hintergrund müssen die letzten Beschlüsse der UNO-Sondervollversammlung zum Krieg in Libanon gesehen werden. Die Versammlung beschloß gegen die Stimmen von USA und Israel, bei 20 Enthaltungen (u.a. Bundesrepublik), mit 120 Stimmen einen Appell, es dem palästinensischen Volk zu ermöglichen, frei und ohne äußere Einmischung „in Palästina" das Recht auf Selbstbestimmung und nationale Unabhängigkeit auszuüben. Die Ansiedlung der Palästinenser außerhalb ihres Heimatgebietes wurde abgelehnt. Falls Israel nicht endlich den UN-Resolutionen folge, solle der Sicherheitsrat Sanktionen erwägen. In Zusatzresolutionen wurde für August 1983 eine Internationale Palästina-Konferenz nach Paris einberufen und der 4. Juni zum Gedenktag für die umgekommenen palästinensischen und libanesischen Kinder erklärt (18).

Israels „neue Ordnung" im Libanon

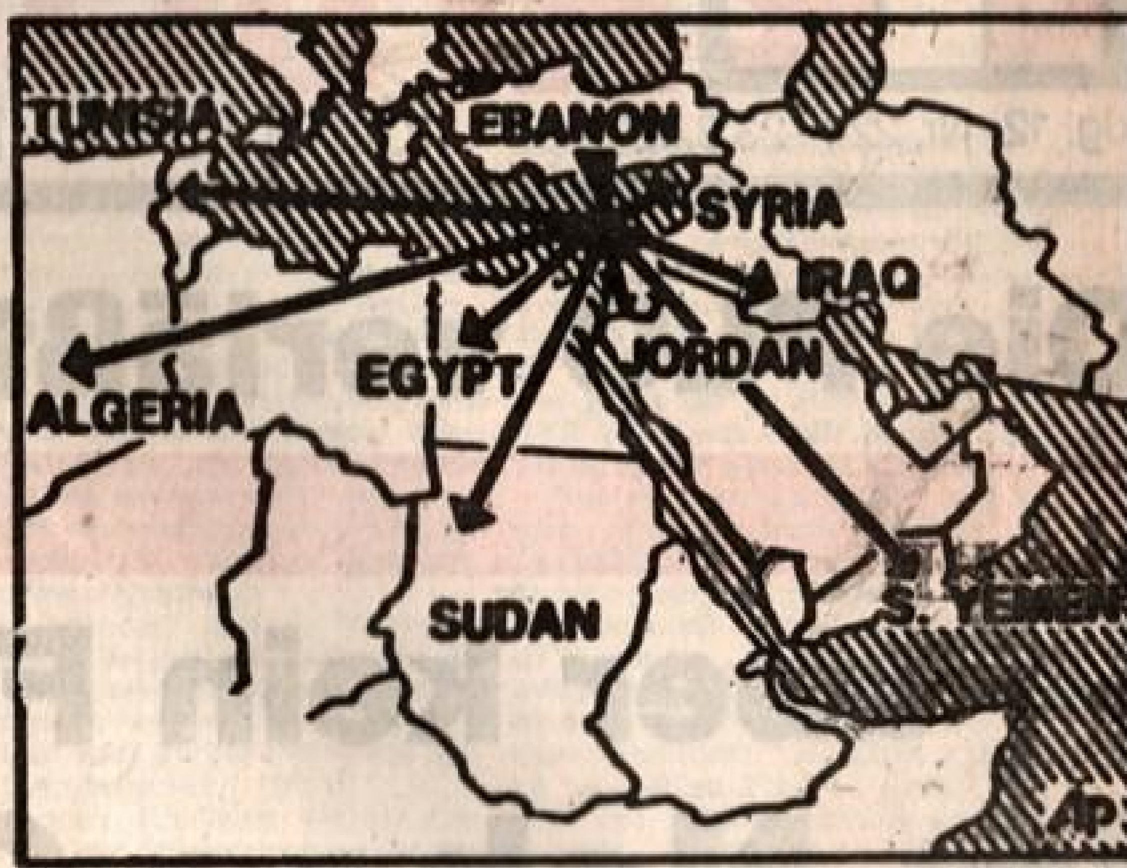
Die israelische Armee hat im Südlibanon besonderes Gewicht darauf gelegt, die palästinensischen Flüchtlingslager unwiderruflich zu zerstören. Das größte Flüchtlingslager Ein al-Hilweh, bei Saida, in dem 50.000 palästinensische Flüchtlinge lebten, wurde nach Ende der Kämpfe mit Bulldozern vollständig zerstört. Ähnliches geschah in anderen Lagern. Die israelische Regierung beriet darüber, was mit den palästinensischen Flüchtlingen geschehen soll, die ja noch vor dem Winter untergebracht werden müssen. Nach Meldungen der palästinensischen Nachrichtenagentur Wafa hat die israelische Regierung mit der Einsetzung von Besatzungsgouverneuren und der Errichtung eines Besatzungsstatus nach dem Muster der 1967 besetzten Gebieten begonnen (19). In verschiedenen Orten im Südlibanon wurde die reguläre libanesische Armee von den Israelis entwaffnet, während die Haddad-Milizen in weiten Teilen und in Konkurrenz zu den Falange-Milizen Beshir Gemayels die Kontrolle übernahmen. Haddad hat sich beispielsweise im Rathaus von Sidon ein Büro eingerichtet. Zur Zeit wird etwa ein Viertel des gesamten Libanons (einschließlich der Küstenstädte Sur und Sidon) von den Milizen Haddads kontrolliert, der eine enge Zusammenarbeit mit den Israelis anstrebt.

In anderen Gebieten des Libanons wird die Position Beshir Gemayels gestärkt. So haben beispielsweise mit Unterstützung der israelischen Armee die Milizen Gemayels die Drusengebiete östlich von Beirut (Chouf) besetzt. Dieses Gebiet ist die Hochburg des Führers der fortschrittlichen Nationalen Bewegung und Vorsitzenden der Sozialistischen Partei, Walid Jumblatt. Die bewaffneten Kräfte der Sozialistischen Partei sind dadurch gleichfalls ausgeschaltet worden, was eine weitere Schwächung der fortschrittlichen Kräfte bedeutet.

Die recht einflußreiche Libanesische Kommunistische Partei hat im Süden ihre Bastionen praktisch völlig verloren, über nennenswerten Einfluß verfügen außerdem nur noch die Unabhängigen Nasseristen (Murabitur) und die Libanesische Kommunistische Aktionsorganisation (Ibrahim Mohsen). Innerhalb der fortschrittlichen libanesischen Bewegung mehren sich die Stimmen, die gegen die israelische Invasion und für den Erhalt der Einheit des Libanons jetzt auch einen Ausgleich mit den Falangisten suchen und bereit wären, Beshir Gemayel in einer Regierung zu akzeptieren.

Gleich zu Beginn der israelischen Aggression war vom libanesischen Präsidenten Sarkis ein „Rat zur nationalen Errettung" einberufen worden, dem Ministerpräsidenten Wazzan, Außenminister Boutros (als Vertreter der Sunniten und griechisch-orthodoxe, Walid Jumblatt (Führer der fortschrittlichen Nationalen Front), Beshir Gemayel (reaktionäre Libanesische Front), Nabih Berri (Chef von AMAL) und Nasir Maalouf (griech.-kath. Abgeordneter) angehörten. Wenige Tage später trat Jumblatt aus diesem Rat aus, den er als „Bestattungsinstitut" bezeichnete, das das libanesische und palästinensische Volk beerdigen solle (21).

Inzwischen hat der libanesische Parlamentspräsident trotz Besatzung Staatspräsidentenwahlen für den 23.8. angesetzt. Das libanesische Parlament wurde zuletzt vor zehn Jahren gewählt und hat sich seitdem selbst immer wieder das Mandat verlängert. Von 99 Abgeordneten leben noch 92, diese sollen jetzt für den einzigen Kandidaten, Beshir Gemayel, votieren. Nach anfänglichem Zögern scheinen jetzt alle moslemischen Abgeordneten der Abstimmung fern bleiben zu wollen, um so das „Parlament" beschlußunfähig zu machen (22).



Die Karte zeigt die acht Länder, in die die PLO-Kämpfer/innen deportiert werden sollen.

Ein Bürgerkrieg im Libanon (genauer gesagt: Massaker der Falange und anderer Rechtskräfte an Palästinensern und libanesischen Linken sowie deren Selbstverteidigung in nahezu aussichtsloser Position) hat für die nächste Zeit große Wahrscheinlichkeit. Vermutlich ist genau das die Hoffnung der israelischen Regierung: Ein Bürgerkrieg im Libanon wäre ein guter Vorwand, um eine verlängerte militärische Präsenz im Libanon zu begründen. Bezüglich des Südlibanon mag dabei schleichende Annektion oder Institutionalisierung eines von Israel kolonialisierten Marionettenstaates herauskommen.

Ein Pyrrhus-Sieg des Zionismus

Daß sich durch den Kriegsverlauf die politische und militärische Position der Palästinenser sehr verschlechtert hat, ist mit vernünftigen Argumenten schwer zu bestreiten. Andererseits hat Israel sein offiziell verkündetes Ziel, die Vernichtung der PLO, nicht erreicht. Eine wesentliche Rolle hat dabei die Tatsache gespielt, daß Beirut der wochenlangen Belagerung und Bombardierung standgehalten hat und daß Israels militärische Vorstöße nach Westbeirut hinein kaum vorankamen. Die PLO und die libanesische Linke haben wider alles Erwarten der Zionisten ihre eigenen Strukturen und das „normale" Leben in der eingekesselten und terrorisierten Stadt aufrechterhalten können. Einige hunderttausend Einwohner sind in den belagerten Stadtvierteln geblieben, obwohl ihnen immer wieder der Weg nach draußen offenstand. Für einen solchen Vorgang wird man in der Geschichte kaum ein Beispiel finden. Der Zionismus hat dafür die zynische, menschenverachtende Version geprägt, die Bevölkerung Westbeiruts sei „Geisel der PLO" und werde von der PLO gegen ihren Willen am Verlassen der Stadt gehindert. Diese Legende kann nichts daran ändern, daß Beirut historisch zu einem Symbol palästinensischer und arabischer Widerstandskraft und zu einem wirksamen Argument gegen die angebliche Unbesiegbarkeit Israels werden wird.

Militärisch hat Israel den Libanon-Feldzug bisher gewonnen. Militärisch wäre auch die Besetzung Westbeiruts möglich gewesen, wenn auch unter erheblichen eigenen Opfern der israelischen Truppen. Aber innen- wie außenpolitisch betrachtet stellt sich die Bilanz für die Zionisten keineswegs als großer Sieg dar. Zum ersten Mal in der Geschichte Israels hat sich eine gewaltige Oppositions- und Protestbewegung gegen den Krieg entwickelt. Zusammengebrochen ist der Mythos, Israel führe lediglich Krieg zur Selbstverteidigung; zusammengebrochen ist der nationale Konsens in Israel, der bisher die absolute Unterordnung aller kritischen Stimmen unter das „gemeinsame Wohl" bewirkt hatte; angeschlagen ist die Ignoranz gegenüber der Existenz und den Rechten des palästinensischen Volkes. Man wird schwerlich ein Beispiel finden, wo sich während eines militärisch „erfolgreichen" Krieges eine derart breite und scharfe Opposition gegen die eigene Regierung entwickelt hat.

Forts. nächste Seite

Forts. v. voriger S.

Militärisch ist Israel noch längst nicht am Ende seiner Möglichkeiten angelangt. Es dürfte der Regierung Begin aber immer schwerer fallen, von den militärischen Möglichkeiten Gebrauch zu machen. Dies umso mehr, weil zu den innenpolitischen Schwierigkeiten noch eine krasse außenpolitische Krise Israels hinzukommt. Vielleicht wird der Libanon-Feldzug Begins und Sharons später einmal als Anfang vom Ende des Zionismus und als Beginn eines völlig neuen Abschnitts in den Beziehungen der israelischen Nation zu den arabischen Nachbarvölkern, vor allem aber zu den Palästinensern betrachtet werden können.

Nahost-Kommission und AK-Redaktion

Anmerkungen

1. - 5. entfällt
6. Le Monde, 14.8.82
7. Le Monde, 10.8.82, Übersetzung des Palästina-Bulletins Nr. 29, 13.8.82
8. bestand seit dem Juni-Krieg 1967
9. z.B. Zehn-Punkte-Programm 1974
10. Die Nationalcharta fordert die Zerschlagung des zionistischen Gebildes und die Errichtung eines säkularen demokratischen Staates in ganz Palästina, in dem Juden und Moslems zusammenleben.
11. 8-Punkte-Plan des heutigen saudischen Königs Fahd, der die Anerkennung Israels und die Schaffung eines Palästinenserstaates in den besetzten Gebieten mit Jerusalem als Hauptstadt vorsieht. Die PLO wird nicht erwähnt. Arafat signalisierte in der Vergangenheit wiederholt seine Zustimmung zu diesem Plan. Fahd selbst stellte ihn auf dem Arabischen Gipfel nicht zur Diskussion. Offensichtlich hatte er keine Rückendeckung der USA.
12. NZZ, 23.7.82
13. NZZ, 13.8.82
14. Frankfurter Rundschau, 9.7.82, vgl. auch Le Monde, 15./16.8.82
15. Le Monde, FR, 19.8.
16. NZZ, 21.7.82
17. NZZ, 22.7.82
18. Süddeutsche Zeitung, 21./22.8.82
19. Politische Berichte, 14.8.82
20. Le Monde, 22.7., NZZ, 8./9.8.82, 15./16.8.82, 20.8.
21. NZZ, 22.6., 26.6.
22. Le Monde, 20.8.82

17. NZZ, 22.7.82
18. Süddeutsche Zeitung, 21./22.8.82
19. Politische Berichte, 14.8.82
20. Le Monde, 22.7., NZZ, 8./9.8.82, 15./16.8.82, 20.8.
21. NZZ, 22.6., 26.6.
22. Le Monde, 20.8.82

Interview mit Walid Jumblatt

Führer der Sozialistischen Partei Libanons

——— aus Le Monde vom 20.8.82 ———

Frage: Wie würden Sie auf den Appell Gemayels reagieren, der die Libanesen zur „heiligen Union" zur „Rettung des Libanons" einlädt?

Walid Jumblatt: Das ist eine leichte Parole; sie müßte vorher präzisiert werden. Der Libanon befindet sich unter israelischer Besatzung. Verurteilt Bechir Gemayel diese Besatzung? Der Libanon durchläuft eine kritische Phase. Es wird eine Präsidentschaftswahl geben. Was schlägt er uns in diesem Bereich vor ...?

Frage: Im Moment beabsichtigt er, die Evakuierung der israelischen Truppen zu fordern, sobald er gewählt ist.

W. J.: Die Verfassung gibt dem Präsidenten der Republik diktatorische politische Macht und Privilegien, und wir wissen nach unseren Erfahrungen sehr gut, daß kein Präsident, kein Präsidentschaftskandidat seine Versprechen gehalten hat. Bechir Gemayel, mit seiner reichlich brutalen und blutigen politischen Vergangenheit, ist nicht derjenige, der sie halten wird. Wir haben kein Vertrauen und glauben nicht an seine Appelle zur heiligen Union.

Frage: Ist Ihre Gegnerschaft zur Kandidatur Gemayels unwiderruflich?

W. J.: Ja, weil er dem Libanon ein faschistoides Projekt anbietet, eine kleine Diktatur gegen alle unsere öffentlichen Freiheiten. Ich bin überzeugt, daß Gemayel sich darauf einlassen könnte, einen Friedensvertrag mit Israel zu unterzeichnen oder immerhin ein Abkommen über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Sicherheit. Er wird sicherlich das Bild des Libanon verändern, das ein arabisches Bild ist, und damit die Zukunft der islamischen Gemeinschaft bedrohen.

Frage: Einige behaupten allerdings, daß er sich kürzlich geändert hat.

W.J.: In seiner letzten Fernseherklärung hat er nichts anderes gemacht als nur alle bedroht. Kann er sich ändern? Ich persönlich bezweifle das sehr.

Frage: Haben Sie einen Aukswechkandidaten?

die Zukunft der islamischen Gemeinschaft bedrohen.
Frage: Einige behaupten allerdings, daß er sich kürzlich geändert hat.
W.J.: In seiner letzten Fernseherklärung hat er nichts anderes gemacht als nur alle bedroht. Kann er sich ändern? Ich persönlich bezweifle das sehr.
Frage: Haben Sie einen Aukswechkandidaten?

W.J.: Nein. Man kann keinen Kandidaten unter der Macht der Bajonette aufstellen, seien sie falangistische oder israelische. Die Moslems, die die Mehrheit dieses Landes darstellen, haben die Tatsache akzeptiert, daß der Präsident der Republik maronitischer Christ ist. Dafür müssen sie als Gegenleistung ein Wort bei der Wahl des Präsidenten mitzureden haben. Sie haben das Recht, einen Kandidaten abzulehnen, der ihnen nicht gefällt, und einen Kompromiß mit den gemäßigten Christen zu suchen.

Frage: Und mit den Falangisten auch?

W.J.: Die Falangisten haben ein beträchtliches politisches Gewicht im Libanon, aber sie sind nicht die einzigen Herren des Landes. Es hat im Libanon nie einen Präsidenten gegeben, der diese straff organisierte Partei repräsentiert hat. Wenn man uns eine Militärjunta aufzwingen will, in der Art, wie sie in Lateinamerika und in gewissen arabischen Staaten existiert, glaube ich nicht, daß der Libanon diese Art von Regierung erdulden könnte.

Frage: Würden Sie eventuell die Erneuerung des Mandats von Präsident Sarkis akzeptieren?

W.J.: Das hängt von den Bedingungen ab, unter denen diese Wahlen stattfinden würden. Ja, wenn sie zu einer gewissen Normalisierung des Landes führen, zum Wiederaufbau des Staates und der Armee, die glaubwürdiger werden würde. Wenn nicht, besagt die Erneuerung überhaupt nichts, sie würden nur die Krise, die durch die Kandidatur von Bechir Gemayel hervorgerufen wurde, verschieben.

Frage: Man spricht genauso viel von der Kandidatur von Camille Chamoun, die eher akzeptiert würde als die von Bechir Gemayel.

W.J.: Das ist eine wichtige Frage, aber ich kann mich zu diesem Thema nicht äußern. Darüber müßte noch mit der Gesamtheit des islamischen Blocks diskutiert werden.

Frage: Haben Sie den Eindruck, daß die Israelis die Kandidatur von Gemayel unterstützen?

Frage: Man spricht genauso viel von der Kandidatur von Camille Chamoun, die eher akzeptiert würde als die von Bechir Gemayel.
W.J.: Das ist eine wichtige Frage, aber ich kann mich zu diesem Thema nicht äußern. Darüber müßte noch mit der Gesamtheit des islamischen Blocks diskutiert werden.
Frage: Haben Sie den Eindruck, daß die Israelis die Kandidatur von Gemayel unterstützen?

W.J.: Ich habe keinen Beweis dafür, daß die Israelis gegen die Kandidatur von Gemayel sind. Ich habe ebenso keinen Beweis, daß die Amerikaner dagegen sind. Ich verweise Sie indessen auf gewisse amerikanische Erklärungen, die einen starken Staat wünschen und einen starken Präsidenten ... Handelt es sich um Gemayel?

Frage: Wie erklären Sie sich die offensichtliche Leichtigkeit, mit der die Syrer auf ihre Forderungen bezüglich des Abzugs der Palästinenser verzichtet haben?

W.J.: Es geht wahrscheinlich darum, die Wahl von Gemayel im Prinzip zu erleichtern. Es ist möglich, daß, wenn die Zahl der beschlußfähigen Abgeordneten nicht erreicht ist, es ein erneutes Auflodern der militärischen Aktivitäten gibt. Wir haben es mit einem unsicheren Frieden zu tun, es gibt noch Meinungsverschiedenheiten. Das wird nicht so leicht sein, wie man denkt.

Frage: Sieht der Habib-Plan vor, die israelische Okkupation zu beenden?

W.J.: Der Plan sieht eine Diskussion über den Abzug der Israelis und der Syrer nach der Evakuierung der Palästinenser vor. In der Zwischenzeit konsolidiert sich die Besetzung des libanesischen Territoriums. Es ist kein Zufall, daß Israel bekanntgegeben hat, daß der Handelsaustausch mit dem Libanon in 2 Monaten den Betrag von 10 Millionen Dollar erreicht hat, was viel mehr ist als der zwischen Israel und Ägypten in einem Jahr. Es ist auch nicht zufällig, daß die Israelis eine vollständige Infrastruktur im Süden und in einem Teil des Berglandes aufbauen, und daß die Armee sich darauf vorbereitet, im Libanon zu überwintern.

Frage: Glauben Sie, daß die libanesische Armee, über die viel Schlechtes gesagt worden ist, in der Lage wäre, die palästinensischen Flüchtlingslager und die libanesische Bevölkerung nach dem Abzug der Palästinenser zu verteidigen?

W.J.: Sie wird niemals in der Lage sein, die palästinensischen Flüchtlingslager noch die Bevölkerung von Beirut zu verteidigen. Seit 3 Tagen benimmt sich die libanesische Armee, die von den Israelis die Genehmigung erhalten hat, an der Demarkationslinie zwischen den beiden Sektoren Position zu beziehen, dort ganz genauso wie die Falangisten und Israelis. Eine Armee, die die Passage von Nahrungsmitteln und jeglicher Versorgung für die moslemische Bevölkerung von West-Beirut verhindert, kann nicht die Sicherheit der Bewohner dieses Sektors gewährleisten. Dies wird ganz einfach ein Instrument in den Händen der zukünftigen libanesischen Regierung und Israels.

Frage: Wie beurteilen Sie die Situation im drusischen Bergland?

W.J.: Sehr schlecht, ausgehend davon, daß die Falangisten versuchen, sich dort mit Gewalt festzusetzen. In der Region von Aley gibt es täglich Zwischenfälle, und dies droht sich zu einem Konfessionskrieg zwischen Drusen und Maroniten zu entwickeln. Die Israelis helfen als Zuschauer mit und machen nichts, um den Anschein von Ordnung im Bergland aufrechtzuerhalten.

Frage: Man sagt, daß die Israelis die Bildung eines Staates der Drusen Israels, Syriens und Libanons nicht schlecht finden würden.

W.J.: Das einzige Ziel der Israelis ist, die drusische Karte auszuspielen. Sie haben das in Israel gründlich getan. Sie sind aufgelaufen im Golan und versuchen, sich dessen im Libanon zu bedienen. Die drusische Geschichte war immer eng verknüpft mit den arabischen und islamischen Interessen auf kultureller, historischer, wirtschaftlicher und politischer Ebene. Nie haben die Drusen Israels eine bedeutende Rolle gespielt. Es sind immer die Drusen des Libanon-Gebirges, die die Entscheidungskraft gehabt haben, sie haben dieses Land bis zum 17. Jahrhundert regiert. Wenn die Drusen jetzt entscheiden würden, Grenzwächter der israelischen Armee zu werden, wäre dies eine armselige und bedauerliche Absicht. Es ist wirklich nicht das, was ich als Druse und libanesischer Bürger möchte.

Frage: Wie sehen Sie die Zukunft der Nationalen Libanesischen Bewegung, deren Präsident Sie sind?

W.J.: Die Nationale Bewegung muß ihre politischen Aktivitäten auf neuen Grundlagen wiederaufbauen. Der Schock, den wir erlitten haben, war sehr hart. Es muß anerkannt werden, daß wir militärisch und politisch geschlagen wurden, aber das soll nicht heißen, daß die Bewegung der libanesischen Linken blockiert ist. Sie wird sehr schwierigen Augenblicken begegnen müssen, besonders, wenn es im Land eine faschistische diktatorische Regierung gibt. Vielleicht werden wir auf den Untergrund beschränkt werden ... Aber die Bewegung der Linken kann nicht mehr die gleiche sein wie in der Vergangenheit mit ihrer Skala der vielfältigen und verschiedenartigen Parteien. Ich glaube, daß es innerhalb der Nationalen Libanesischen Bewegung einen tiefgehenden Umbruch geben wird; es werden nur 3 oder 4 Parteien übrigbleiben, die den Kern eines neuen Bündnisses für die Verteidigung der Prinzipien der Demokratie bilden könnten.

Aufruf zur Türkei-Demonstration

Arbeiter, Werktätige,

Die faschistische Militärdiktatur ist jetzt 2 Jahre an der Macht. Diese waren die dunkelsten Jahre in der Geschichte unserer Arbeiterklasse und Völker.
Das sind die blutigen 2 Jahre der faschistischen Junta:

* über 170000 Verhaftete und Inhaftierte
* mehr als 100 Revolutionäre und Demokraten wurden durch Folter ermordet
* über 700 Menschen wurden bei Operationen ermordet
* insgesamt 16 Menschen wurden hingerichtet
* gegen 4600 Angeklagte wird die Todesstrafe beantragt
* mehr als 100 Personen sind zum Tode verurteilt worden
* die Massaker gegen die kurdische Nation haben ihren Höhepunkt erreicht
* alle fortschrittlichen, revolutionären Gewerkschaften und Massenorganisationen wurden verboten
* das Streik- und Tarifrecht der Arbeiterklasse wurde aufgehoben
* Verteuerung, Arbeitslosigkeit und Inflation haben ihren Höhepunkt erreicht

BETEILIGEN WIR UNS AN DER DEMONSTRATION UND KUNDGEBUNG AM 11.SEPTEMBER IN FRANKFURT

- um die unterschiedliche Art des revolutionär-demokratischen Kampfes unserer Arbeiterklasse und Völker in der Türkei und Türkei-Kurdistan zum Sturz der faschistischen Militär-Diktatur und zur Errichtung einer eigenen demokratischen Macht des Volkes zu unterstützen
- um gegen die von der volksfeindlichen und reaktionären Militärjunta aufgezwungenen Betrügereien wie „Verfassung", „Parlament" und „Demokratie" zu protestieren
- um das nationale Selbstbestimmungsrecht der kurdischen Nation – einschließlich ihres Rechts, einen eigenen Staat zu gründen – zu verteidigen
- um gegen jegliche politische, militärische und wirtschaftliche Unterstützung, die dazu dient, die Militärjunta am Leben zu erhalten, durch die Imperialisten, vor allem die USA, die BRD und deren Angriffspakt NATO, zu protestieren
- um gegen die kriegstreiberische Politik der faschistischen Generalsbande im Nahen Osten als Teil der Kriegstreiberei des Imperialismus im internationalen Maßstab, als Handlanger der USA bei der Bedrohung, Erpressung und Expansion zur Verstärkung ihrer Positionen in der Region zu protestieren
- um die Einheit und den gemeinsamen Kampf der in- und ausländischen Arbeiter in der BRD gegen die zunehmende Arbeitslosigkeit, den Abbau der sozialen und demokratischen Rechte, die gefährlich anwachsende Ausländerfeindlichkeit, die Beschränkung des Asylrechts, die Angriffe seitens der neo-nazistischen und reaktionären Kräfte und gegen die massive Kriegsvorbereitung zu verteidigen

– Nieder mit der faschistischen Militärdiktatur!
– Es wird Rechenschaft gefordert werden für die Hinrichtungen, Folter und Massaker!
– Schluß mit der Unterdrückung und den Massakern gegen die kurdische Nation!
– Freiheit für alle antifaschistischen Inhaftierten und Generalamnestie!
– Freiheit für DISK und die verbotenen revolutionär-demokratischen Gewerkschaften und Massenorganisationen!
– Nein zu den Schnellen Eingreiftruppen der NATO und USA!
– Nein zur aufgezwungenen Verfassung der Junta!
– Schluß mit jeglichen Hilfen der BRD an die Junta!
– Nieder mit der Ausländerfeindlichkeit!
– Es lebe der Widerstand des palästinensischen und libanesischen Volkes und die internationale Solidarität der türkischen, kurdischen und anderer Revolutionäre, die diesen unterstützen!

DEMONSTRATION: 11. September, Samstag, 10.30 Uhr
FRANKFURT – PAULSPLATZ

Ala Rizgari, ATIF, BIRKOM (Birlik Yolu, Cephe, Devrimci Isci, Devrimci Savas, Emekci, Iscinin Sesi, Kivilcim, Netewebun), DIB-FAK, FIDEF, Isci Gercegi, KAWA, KOCKAK, KOMKAR, Kurt Halk Evleri, Proleter Dayanisma, Tekosin Sempatisanlari, Türkei-Komitees, BWK, Arbeiterbund, Initiative Solidarität mit den Demokraten der Türkei, KPD, Volksfront, KB, Alternative Türkeihilfe

Die Unterstützer: DIDF, Gercek

Die Grünen und die große Politik:

Die Grünen und die große Politik:

Ein schwaches Bild!

Eher täppisch als durchdacht wirken oft die Schritte der Bundespartei DIE GRÜNEN in das Reich der großen Politik. Voll danebengegriffen wurde kürzlich am Thema Libanon: Der Bundesvorstand der Grünen fordert den **„Abzug aller fremden Truppen aus dem Libanon."** Dem Beobachter der diplomatischen Szene ist diese Forderung nicht fremd: Sie wird von den meisten westlichen Regierungen erhoben. Der Sinn dieser Forderung liegt auf der Hand: Der Aggressor Israel wird auf eine Stufe gestellt mit den syrischen Truppen, die auf Grund internationaler Abkommen im Libanon stationiert sind, und der Begriff „fremde Truppen" wird gleich noch auf die bewaffneten Einheiten der Palästinenser ausgedehnt. **Der Sache nach entspricht diese Forderung weitgehend den Kriegszielen Israels.** Einer solchen (Miß-)Deutung baut die Erklärung des Grünen-Bundesvorstands jedenfalls nicht vor, und selbst eine Erwähnung der nationalen Rechte des palästinensischen Volkes wurde einfach vergessen. Man möchte schon gern wissen, ob dabei bloß Blödheit oder auch Absicht im Spiel war.

Dabei ist die Sache doch wirklich einfach: Israel muß seine Truppen vollständig aus dem Libanon zurückziehen und seine Terrorangriffe einstellen. Anschließend ist es allein Sache der betroffenen arabischen Nationen, insbesondere der libanesischen Regierung und der PLO, sich über alles weitere zu verständigen. Wie diese Frage endgültig entschieden wird, das geht den Bundesvorstand der Grünen, mit Verlaub zu sagen, einen feuchten Dreck an.

Übrigens darf bezweifelt werden, ob die recht eigenwillige Stellungnahme des Grünen-Bundesvorstands wirklich der Mehrheitsmeinung in der Partei entspricht. Etwas mehr innere Diskussion und Nachdenken vor Abgabe öffentlicher Stellungnahmen wäre gewiß hilfreich.

(Wortlauf der Grünen-Stellungnahme nach „Moderne Zeiten" Nr. 7/8, 1982).

Die Grünen zum Libanon

Einen sofortigen Waffenstillstand im Libanon fordern DIE GRÜNEN. Der Bundesregierung empfehlen DIE GRÜNEN, alle Hilfsmaßnahmen an den israelischen Staat wenigstens solange auszusetzen, wie sich israelische Truppen auf libanesischem Gebiet aufhalten.

Dadurch freiwerdende Gelder und Hilfsgüter sollen großzügig als Wiedergutmachung und zwecks Soforthilfe an die libanesischen und palästinensischen Opfer des israelischen Überfalls geleistet werden.

DIE GRÜNEN verkennen nicht das geschichtlich begründete Sicherheitssyndrom der Israelis. Sie fühlen sich aber dennoch frei, den Massenmord an Libanesen und Palästinensern Massenmord zu nennen und als solchen zu verurteilen.

Der Bundesvorstand der GRÜNEN fordert alle Menschen guten Willens und in besonderem Maße die Mitglieder und Anhänger der GRÜNEN dazu auf, konstruktive Vermittlerdienste zwischen Israelis und Arabern zu leisten, um beide Seiten zu veranlassen, den Weg der Waffen, des Hasses und der Rache zu verlassen.

Einem Waffenstillstand im Libanon muß nach Ansicht der GRÜNEN die Schaffung einer entmilitarisierten Zone beiderseits der israelisch-libanesischen Grenze sowie der Abzug aller fremden Truppen aus dem Libanon folgen.

(25.6.82)

4.9.: Großdemonstration und Belagerung des Zwischenlager-Baugeländes bei Gorleben

Über 20.000 AKW-Gegner/innen werden vom 3. bis 5.9. in Gorleben erwartet. Am Freitag, dem 3., beginnt ein Rockkonzert, das der Solidarität mit Markus und Michael gewidmet ist. Am 4. werden sich drei Sternmärsche (ausgehend von den Dörfern Gedelitz, Trebel und Laase) zu einer Großkundgebung der BI Lüchow-Dannenberg direkt am Zwischenlagerbaugelände (so die angemeldete Route) vereinigen, für die neben örtlichen Kräften auch Markus Mohr und ein Vertreter der Schacht-Konrad-Initiative angekündigt wurden. Nach Beendigung der BI-Kundgebung soll mit der 24-stündigen Belagerung des Zwischenlager-Baugeländes begonnen werden. **Im Aufruf der Freien Republik Wendland heißt es weiter: „Wir wollen auf den Wall gehen und auf dem Rand des Kraters tanzen, wollen die Festung und ihre Hüter von oben besichtigen. Wir wollen keine Schlacht mit der Polizei. Szenario: — der Wall des Baugeländes wird erklommen, — die Zufahrt wird zugeschüttet, die letzte Lücke im Wall geschlossen, — Beobachtungstürme und Hütten werden errichtet, — Musik, Theaterauftritte, Fackeltanz, — Gipfeltreffen über 1003. Zum Abschluß: Der Wall wird mit Holzkreuzen bepflanzt — der Tod ist ein Gevatter aus Gorleben! (Kreuze mitbringen).**

Um die Belagerung durchführen zu können, ist es notwendig, daß ihr euch möglichst schon an euren Orten in Gruppen organisiert. Überlegt euch Aktivitäten für die Belagerung des Baugeländes. Sollte es im Vorfeld der **Gruppen organisiert. Überlegt euch Aktivitäten für die Belagerung des Baugeländes. Sollte es im Vorfeld der** **Belagerung zu Behinderungen oder Blockaden seitens der Polizei kommen, wollen wir versuchen, mit etwas List doch unser Ziel zu erreichen. Zum gemeinsamen Vorgehen wird ein entsprechendes Flugblatt vorbereitet und vor Ort verteilt.“**

Zum besseren Verständnis: Das Zwischenlagergelände auf der ehemaligen Tiefbohrstelle 1003 ist umzäunt mit einer 3,50 m hohen Betonmauer, sowie einem ca. 6 m hohen Erdwall. Der Zwischenraum zwischen Mauer und Wall ist 1,50 m bis 4 m breit und streckenweise mit Nato-Stacheldraht ausgelegt. Außerhalb des Walls ist das Gelände derzeit mit einer dreifachen Lage Nato-Stacheldraht zusätzlich abgesichert. Daß diese Rollen problemlos beseitigt bzw. überwunden werden können, wird von den Landkreis-Aktiven mit allergrößter Selbstverständlichkeit angenommen.

Was ist das Neue am Wendischen Widerstand?

Vorweg sei in Erinnerung gerufen: Hinter der lapidaren Bezeichnung „Zwischenlager Gorleben“ verbirgt sich der Plan, radioaktive Stoffe, die dem Gefährlichkeitsgrad von 15 (!) Atomkraftwerken der Biblisklasse entsprechen, auf einem 180 mal 40 m kleinen Raum zwischen Gedelitz, Trebel und Gorleben abzuladen. Zusätzlich mutet man der örtlichen Bevölkerung zu, auf einem Trümmerhaufen von Salzstock zu leben, in den nichtsdestotrotz Unmengen radioaktiven Mülls gesteckt werden sollen — „Müll“, der auch noch in einigen hundert Jahren so gefährlich sein wird, daß er die Bevölkerung Europas ausrotten könnte.

Die Skrupellosigkeit, mit der diese Pläne Schritt für Schritt umgesetzt werden (mittels Bestechung von Gemeinderäten, Ausschaltung von Wissenschaftlern, die sich eine von der staatlichen Salzstockinterpretation abweichende Meinung erlauben, Etablierung des Atomstaats durch Zubau neuer Kasernen für die Gorleben-Polizei etc.pp.) haben zu einer immer stärkeren Polarisierung im Landkreis geführt. Teile der örtlichen AKW-Gegner gingen dabei auch zu direkten Aktionen über, wie z.B. nächtliche Aktionen mit ca. 200 Teilnehmern aller Altersstufen, in deren Verlauf Zäune demoliert, BGS'ler in Schach gehalten und Sachschaden in Höhe einiger 10.000 DM angerichtet wurden.

Die Bullizei guckte nach 40-minütigem Anfahrtsweg regelmäßig in die Röhre. Tagsüber kam es häufig zu mutigen öffentlichkeitswirksamen Aktionen: Frauenblockade und Anketaktionen vor der Zwischenlagereinfahrt, Besetzung eines Grenzgebietes, Go-in bei der PTB Braunschweig etc.

Das Konzept der Freien Republik Wendland für den 4.9. demonstriert die neue Entschlossenheit, sich über die nächtlichen konspirativen Gesetzesübertretungen hinaus) massenhaft und bei Tage so nah wie möglich an die Höhle des Löwen heranzuwagen. Gleichzeitig soll offenbar die Polizei durch Gewaltverzicht und „urige“ Aktionen auf dem Wall (Theater, Fackeltanz usw.) „entwaffnet“ werden.

Die letzte Vorbereitungskonferenz...

Die letzte Vorbereitungskonferenz...

... für den 4.9. fand am 14.8. in Trebel mit ca. 150 Teilnehmern aus Norddeutschland, West-Berlin und Nordrhein-Westfalen statt. Die Diskussionen drehten sich in erster Linie um die Frage, ob und inwieweit eine (begrenzte) Konfrontation mit der Polizei in Kauf zu nehmen sei, falls dadurch das Ziel der Aktion, die Wallbesetzung durchsetzbar erscheint. Die hier aufgebrochene Kontroverse machte sich in veränderter Form ebenfalls an der Frage fest, inwieweit eine „Geschlossenheit“ à la 1004 oder eine (begrenzte) Vielfalt oder aber die völlige Autonomie der an der Belagerung Beteiligten anzustreben sei. Damit war gleichermaßen die in der Anti-AKW-Bewegung seit eh und je kontrovers diskutierte Frage auf dem Tisch, inwieweit ein für die Dauer der Belagerung einzurichtendes Koordinierungsgremium (Lautsprechergruppe) in Form einer politischen Leitung, oder als Koordinierungsorgan mit begrenzten Befugnissen oder nur in Form einer Informationszentrale arbeiten solle. Vereinbart wurde immerhin, daß ein Koordinierungsgremium mit paritätischer Besetzung Einheimische/Auswärtige in jedem Fall eingerichtet und bereits einige Tage vor Beginn der Aktion eingearbeitet werden soll. Ein erstes Treffen mit einzelnen Delegierten der größeren Städte und aus dem Landkreis soll am 29.8. ab 11 Uhr in den Bauernstuben (Trebel) stattfinden.

1004-Besetzer sollen zahlen — was wird an Einschüchterungen folgen?

Eine Vertreterin der BI äußerte auf dem Trebel-Treffen die Einschätzung, die Bullizei werde, wenn sie klug sei, die 24 Stunden zurückgezogen hinter den Zwischenlagerumgrenzungen verbringen und die Belagerung des Walls nicht wesentlich stören. Dies dürfte kaum realistisch sein. Allein die Anfang August 82 von der Lüneburger Bezirksregierung verschickten Briefe an 41 der über 3.000 Besetzer von 1004 (es handelt sich um Personen, die wegen „Störens einer Polizeiaktion“ unangenehm aufgefallen waren, überwiegend BI-Vorstandsmitglieder, die Turmbesetzer von 1004 und andere) mit der Aufforderung, je 1.000,— Unkostenbeitrag für den bei der Räumung von 1004 eingesetzten Polizeiapparat zu bezahlen, und der indirekten Drohung, diese Summe ggfls. auf 2,5 Mio DM (den Polizeigesamtkosten) zu erhöhen, deuten auf einen Einschüchterungskurs hin. Derartigen Versuchen konnte in der Vergangenheit immer nur dann wirkungsvoll entgegengetreten werden, wenn die Mobilisierung tatsächlich massenhaft erfolgte, d.h. nicht n u r auf der Ebene der organisatorischen und instrumentellen Vorbereitung auf eine „Belagerung“ stehenblieb.

Ein Genosse aus Lüneburg



Internationale Großdemonstration gegen den Schnellen Brüter in Kalkar

Fast exakt 5 Jahre nach der Kalkar-Demo '77 soll für den 2. 10.82 unter Einbeziehung niederländischer und belgischer Umweltverbände zur 2. internationalen Großdemonstration in Kalkar-Hönnepel aufgerufen werden. Dies beschloß Mitte Mai eine BI-Konferenz, zu der der Göttinger AK gegen Atomenergie, die BI Stop-Kalkar und der BBU aufgerufen hatten. Es nahmen hieran über 50 BIs, die grünen sowie kritische Wissenschaftler (u.a. aus der Bundestags-Enquete-Kommission) und die Bundestagsabgeordneten Catenhusen (SPD) und Gärtner (FDP) teil. Mitte Oktober bereits soll im Bundestag der richtungsweisende Beschluß zugunsten des Kalkar-Brüters und damit zugunsten eines Einstiegs in die Plutoniumwirtschaft gefällt werden.

Bei der letzten Kalkar-Abstimmung im Bundestag 1978 hatten lediglich 6 Abgeordnete, die sogen. „Kalkar-Rebellen“, durch Stimmenthaltung ihre Nichtzustimmung zum Weiterbau ausgedrückt. Nach Einschätzung von Catenhusen und Gärtner wird es 1982 - angeblich aus „Koalitionszwängen“ - nicht besser aussehen, wobei sie die Unverfrorenheit besaßen, auf der BI-Konferenz kundzutun, daß man auch *„sie eventuell zur Fraktionsdisziplin zwingen würde“* (so das Protokoll).

Vor der Bundestagsentscheidung wird die mehrheitlich mit Brüter-Freunden besetzte Enquete-Kommission eine entsprechende Empfehlung abgegeben. Die kritischen Wissenschaftler in dieser Kommission (Altner, v. Ehrenstein), über deren Taktierereien wir bereits im AK 213 berichtet hatten, überlegen derzeit, *„ob sie sich auf eine klare Minderheitsposition der Ablehnung des Brüters festlegen sollen, oder ob sie diese Position durch Konzessionen abschwächen sollen, um eine oder zwei zusätzliche Stimmen zu gewinnen.“*

Im Vorfeld der Großdemonstration soll die Öffentlichkeitsarbeit gegen den Schnellen Brüter verstärkt werden:

- Dem Protokoll der ersten Konferenz zufolge ist die Herausgabe eines 4-seitigen Massenflugblatts in Millionenauflage gegen den Brüter mit Hinweis auf die Demo geplant.
- Anhand eines von BBU und der BI Stop Kalkar erstellten Fragenkatalogs sollen im Vorfeld der Bundestagsentscheidung dezentral Veranstaltungen mit kritischen Wissenschaftlern, BI-Vertretern und Bundestagsabgeordneten stattfinden.
- Die BI Stop Kalkar und der Landesverband Nordrhein-Westfalen der Grünen haben zusätzlich einen „Stromgeldteilzahlungsboykott“ initiiert, um den seit Januar von den Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerken (RWE) über die Strompreise erhobenen Brüter-Anteil zu verweigern! („Kalkargroschen - ohne uns!“)

Zwei Aufrufe zur Großdemo...

Während BBU-Vertreter über den Massenprotest *„den Spaltpilz in die Parlamente tragen“* wollen, so Jo Leinen (lt. taz, 23.6.), versuchen BIs außerhalb der BBU jeden Anschein zu vermeiden, die Demo sei als Appell an den Bundestag zu verstehen. Stattdessen soll das Recht auf Widerstand im Mittelpunkt stehen und die Demonstration als erste Teilabrißgenehmigung verstanden werden, die sich die Bewegung selbst erteilt, (vgl. taz, 23.6.)

Diese Auseinandersetzung spitzte sich am 25.7. zu, als es Jo Leinen für den BBU kategorisch ablehnete, einen 14 Tage vorher von BIs, Grünen und BBU gemeinsam diskutierten Aufruf („Für den sofortigen Abriß des Schnellen Brüters!“) weiterhin mitzutragen. Stattdessen legte der BBU einen völlig neuen Aufruf vor („Stoppt den Schnellen Brüter!“), den man angeblich *„aus postalischen Gründen“* im Vorwege nur an die Vorstände der Jusos, Judos und Grünen geschickt hatte. Dieses Vorgehen wurde verständlicherweise von den autonomen BIs und Sprechern der Grünen („Nacht- und Nebelaktion“) scharf kritisiert. Dennoch konnten man/frau sich nach langwierigen Verhandlungen auf einen „Minimalkonsens“ in Form eines Forderungskatalogs einigen, der beiden parallel verbreiteten Aufrufen angehängt wurde (s.u.); darüberhinaus wurde Einigung darüber erzielt, *daß alle anwesenden Organisationen auf eine pauschale Festlegung der Widerstandsformen verzichten.“* Auch die Tatsache, daß nach wie vor an einer gemeinsamen Demonstrationsleitung („Koordinierungsausschuß“) festgehalten wird, zeigt, daß bis zum jetzigen Zeitpunkt eine Spaltung der Aktion vermieden werden konnte. Der Koordinationsausschuß ist besetzt mit Vertreter(innen) von Nederlands Kalkar Overleg (1), BBU (1), Landeskonferenz der NRW-BIs (3), BI Stop Kalkar (1) und Grüne (1). Er soll direkt vor und während der Demo erweitert werden um Mitglieder des WAA-Koordinierungsausschusses, des Göttinger AK, der BBA (Bremen) und der BUU (Hamburg). Die Informationen und Kontakte laufen vorläufig über:

Thomas Niermann,
Landesgeschäftsstelle „Die Grünen“,
Oberbilkerallee 17,
4000 Düseldorf 1,
Tel.: 0211/343021.

Ein bundesweites Treffen mit Berichten aus den Ausschüssen (Kultur-, Verkehr-, etc.) über den Stand der Mobilisierung und der Erarbeitung einer Presseerklärung wird am 12.9. in der Duisburger Uni durchgeführt werden.

Der als Minimalkonsens verabschiedete Katalog aller Unterstützer der Demo hat folgenden Wortlaut:

„Diese Demonstration ist Teil unseres Kampfes gegen die menschenfeindliche Atomindustrie, der Ausdruck unserer Wut und Entschlossenheit ist und bei dem die Mitarbeit aller Menschen erforderlich ist. Unsere Gegner versuchen immer wieder, den Widerstand der Anti-AKW-Bewegung zu brechen und zu zähmen. Wir lassen uns jedoch nicht spalten. Unsere Forderungen sind:

- *Sofortiger Baustop und baldmöglicher Abriß des Schnellen Brüters in Kalkar und des Thorium-Hochtemperaturreaktors in Hamm-Uentrop*
- *Keine Fortführung der Plutoniumwirtschaft durch den Bau von Wiederaufarbeitungsanlagen in Frankenberg, Schwandorf, Kaisersesch und anderswo*
- *Weg mit dem militärischen und „zivilen“ Atomprogramm*
- *Verstärkte Erforschung und Anwendung von menschen- und umweltfreundlichen Energiesystemen*
- *Keine Kriminalisierung von AKW-Gegnern*
- *Einstellung aller Straf- und Ermittlungsverfahren - Freiheit für Markus Mohr und Michael Duffke“.*



Endlagerung: Immer auswegloser und riskanter

Bekanntlich liegt der Atomindustrie der Atommüll schwer im Magen. Vor allem die abgebrannten Brennstäbe der AKWs und die Abfälle der geplanten WAAs müssen auf Jahrtausende von der Biosphäre abgeschlossen werden. Die Radioaktivität einiger Bestandteile dieser Abfälle klingt erst in Hunderttausenden oder Millionen von Jahren ab. Beispielsweise wäre die Aktivität eines verglasten hochaktiven Abfallblocks nach einer Million Jahren noch so hoch, daß er in zehn Metern Entfernung eine Strahlung bewirken würde, die 500 mal größer ist als der Grenzwert der geltenden Strahlenschutzbestimmungen für die Bevölkerung.

Führt mensch sich angesichts dieser Planungen vor Augen, daß es in den letzten 100.000 Jahren vier Eiszeiten gegeben hat, von denen die letzte erst vor 10.000 Jahren zuende ging, wird verständlich, daß Atomindustrie und Behörden das Zeug schlicht los werden wollen. Denn trotz gegenteiliger Behauptungen ist nicht gesichert, daß die Salzstöcke eiszeitbeständig sind.

Je mehr aber das Abfallproblem drängt, umso toller werden die Vorschläge zur „sicheren Lagerung". Um AKWs nicht abschalten zu müssen, wurden nacheinander Kompaktlagerung in den AKWs, Trockenbehälter für die Zwischenlagerung vor den AKWs und Sammellager zur Zwischenlagerung wie in Gorleben praktiziert bzw. geplant.

Nachdem sich die Endlagerung an Land immer mehr zum „Waterloo" für die Atomindustrie entwickelt, öffnet sich langsam aber heimlich die Hintertür zur Versenkung im Meer. Diese Lösung ist gleichzeitig ein Eingeständnis des Scheiterns der Landlagerung sowie eine Methode, die eine globale Verseuchung der Ozeane bedeuten würde.

Über die lebensgefährlichen Planungen soll im Folgenden ein Überblick gegeben werden.

Gorleben

Gorleben

„Gorlebens Salzstock für Endlagerung untauglich", schrieb der Kieler Atombefürworter und Geologe Prof. Duphorn in seiner Studie für die PTB in Braunschweig. Es ist dies der einzige offiziell am Untersuchungsprogramm beteiligte Wissenschaftler, der weder ein kommerzielles Forschungsbüro betreibt, noch einem der beteiligten, grundsätzlich weisungsgebundenen Staatsunternehmen (PTB etc.) angehört.

Am 12./13.6. wurden die Schachtvorbohrungen auf 5001 nach einem neuerlichen Gasausbruch gestoppt. Auch war in den entsprechenden Tiefen nur jüngeres Steinsalz gefunden worden. Duphorn erklärte, *„für Gorleben könne er nicht mehr plädieren, weil er heute wisse, daß sich der Salzstock in ‚rekordverdächtiger' Dynamik verändert habe. In 800.000 Jahren sei der Salzstock einmal ganz und einmal fast bis zur Erdoberfläche durchgebrochen. Im Laufe der Entwicklung seien vier Kubikkilometer Substanz des Salzstockes durch Ablaugung, also durch Wassereinwirkung verloren gegangen"* („HAZ", 29.6.82). Zu schnellen Reaktionen sahen sich daraufhin die DWK und die Bundesregierung gezwungen, hatte sie doch am 5.10.81 erklärt: *„Nach heutigem Kenntnisstand über die allgemeinen geologischen Verhältnisse in Norddeutschland sowie der bekannten individuellen Eigenschaften des Salzstocks Gorleben"* sei zu erwarten, *„daß seine Eignung durch die fortschreitende Erkundung nachgewiesen werden kann"* („Welt"). Entsprechend dreist erklärten sie dann auch, sie wollten sich durch das Gutachten Duphorns nicht beirren lassen und sparten nicht an Vorwürfen gegen ihn. Die Thesen seien weit über das eigene Fachgebiet hinausgegangen, es handele sich dabei um eine eigene Interpretation. Die Studie werde noch einmal von anderen Experten überprüft. *„Da die Studie keine neuen Sachverhalte geliefert habe, sehe die PTB keinen Grund, die Standorterkundungen abzubrechen"* („EJZ", 1.7.82).

Daß das Bundesforschungsministerium schon vor Veröffentlichung des Gutachtens über den Zustand des Salzstockes Bescheid gewußt haben muß, läßt auch folgende Aussage Duphorns vermuten: *„In seinem Fall sei die geologische Erforschung auf der Grundlage von Jahresverträgen geschehen, die dann kurz vor Jahresende ‚urplötzlich' nicht mehr verlängert worden seien, sodaß die Auswertung auf der ‚Grundlage von Arbeitslosengeld und von Eigenmitteln' habe zu Ende geführt werden müssen"* („FAZ", 30.6.82).

Asse 2 — ab 1985 hochaktives „Versuchs"endlager

Im Zusammenhang mit der Diskussion um die Sicherheit des Salzstocks in Gorleben ist Asse als Lehrbeispiel sehr geeignet.

Schon während des Betriebs als Salzbergwerk wurden in „Asse 2" Carnalitvorkommen und Laugenzuflüsse festgestellt. Das bedeutet, daß das Salz zu früh zu schmelzen beginnt und die ganze Sache ins Rutschen kommt. Die Zeitung „Atomwirtschaft" kam unter Berufung auf die „Gesellschaft für Strahlen- und Umwelt-Forschung" (GSF) zu folgender Einschätzung der Sicherheit der Anlage: *„Es ist heute mit den zur Verfügung stehenden Meß- und Rechenmethoden noch nicht möglich, eine gesicherte Aussage über die Standfestigkeit dieses Grubengebäudes für einige hundert Jahre zu machen ... Wegen der Erfahrungen, die der deutsche Salzbergbau im Laufe der letzten hundert Jahre gesammelt hat, kann nicht mit Sicherheit ausgeschlossen werden, daß das Salzbergwerk Asse einmal voll Wasser laufen wird."* Anzumerken ist noch, daß zwei andere Salzgruben, nur wenige Kilometer entfernt, schon abgesoffen sind. Trotz dieser enormen Risiken *„waren zwischen 1967 und 1978 insgesamt 124.497 Fässer mit schwachaktivem und 1.293 Fässer mit mittellaktivem Abfall im Rahmen eines Endlager-Forschungsprogramms eingelagert worden. Das Programm war aus genehmigungsrechtlichen Gründen gestoppt worden"* („SZ", 5.1.82).

„Endlagerforschungsprogramm" war damals nur die verharmlosende Bezeichnung der GSF für eines der größten Atommüllager Westeuropas, denn der Müll wurde nicht rückholbar gelagert. Und der eigentliche Grund für die Beendigung des Programms waren wohl weniger genehmigungsrechtliche Aspekte als vielmehr Sicherheitsbedenken und eine neue Aufgabenstellung an die Anlage. Nach 15 Jahren Betriebsdauer weist der als Endlager genutzte Teil des Salzstocks katastrophale Züge auf: Laugenzuflüsse in die Bergwerksstollen, unterirdische Hohlraumeinstürze, die zu Absenkungen an der Oberfläche führten, Kontakt des Salzgesteins mit Grundwasser etc. Die eingeleiteten Gegenmaßnahmen sind reinster Zynismus: Man schüttet die verbliebenen Bergwerksstrecken zu, um größere Einstürze zu verhindern und dadurch die Ausbauarbeiten an anderer Stelle nicht zu gefährden. Derzeit wird der gesamte Salzstock vermessen, nach 15 Jahren Betriebsdauer zum ersten Mal! Erwartet werden in großen Tiefen Salzformationen, in denen *„unter realistischen Bedingungen (echte Abfälle, technischer Maßstab, lange Zeiträume)... mittelradioaktive Abfälle der oberen Aktivitätsgrenze und hochradioaktive Glasblöcke"* endgelagert werden können (F.u.E.-Bericht der GSF, 1980).

Die am Beispiel Asse deutlich gewordene Menschenverachtung der Atommafia ist wohl der beste Beweis dafür, daß die Betreiber nicht freiwillig ihr Endlager in Gorleben aufgeben werden.

Auch wenn der Asse-Salzstock wesentlich kleiner ist als der von Gorleben, gewinnt die Asse bei den sich häufenden Hiobsbotschaften und den damit verbundenen ansteigenden politischen Auseinandersetzungen für die Betreiber an Bedeutung. Fakt ist, daß höchstwahrscheinlich ab 1985 ein hochradioaktives Endlager in Betrieb genommen wird, wobei der Begriff „Versuch" nur ein atomrechtliches Genehmigungsverfahren ausschalten soll. Dieses Verfahren kann aber nachträglich jederzeit durchgeführt werden.

Schacht Konrad

Das ehemalige Eisenerzbergwerk Konrad in Salzgitter wird seit 1975 auf seine Eignung als Atommülldeponie untersucht. Die Schachtanlage liegt inmitten landwirtschaftlich genutzter Flächen nahe Salzgitters Industriezentrum.

Die Aufnahmefähigkeit für radioaktive Abfälle wird bisher mit 500.000 Kubikmetern angegeben. *„Bei einer jährlichen Einlagermenge von 12.500 bis 25.000 Kubikmetern radioaktiver Abfälle dürfte die Kapazität für 20 bis 40 Jahre ausreichen"* („FR", 22.12.81). Darüberhinaus sei die Grube ausbaufähig.

Die verlockenden Dimensionen der Anlage waren es dann auch, die die „Entwicklungsgemeinschaft Tieflagerung" (EGT), eine Arbeitsgemeinschaft der GSF und des „Kernforschungszentrum Karlsruhe" (KFK), schon zwei Jahre später Erfolgsmeldungen verkünden ließen. *„Daß die Prüfung zur Zufriedenheit des Auftraggebers ausfallen wird, steht zu erwarten, denn schon jetzt wird der Grube eine außergewöhnlich günstige geologische Situation bescheinigt"* („Salzg. Ztg.", 21.4.77). Zwei Monate später war der „Systemstudie für radioaktive Abfälle in der BRD" zu entnehmen, daß Konrad als Nachfolgedeponie der Asse im Atomprogramm eingeplant war. Neben diesen Tatsachen wurden weitere „Sachzwänge" für das Endlager geschaffen. So ist der Besitzer und spätere Mitbetreiber der Anlage, die Salzgitter AG, über die Tochterfirma Noell GmbH dabei, in einem völlig neuen Wirtschaftszweig eine Monopolstellung zu entwickeln. Die Verschrottung von Atomanlagen im In- und Ausland verspricht Gewinne in traumhafter Höhe. Der dabei anfallende Müll bis zu radioaktiv verseuchten Großkomponenten soll neben dem „normal" anfallenden in Konrad eingelagert werden. Einzelne Überlegungen gehen sogar soweit, abfallende hochwertige Stähle im nahegelegenen Hüttenwerk wieder einzuschmelzen.

Obwohl angeblich eine Entscheidung über die Anlage erst in dem im August 1982 einzuleitenden Planfeststellungsverfahren getroffen wird, dient Konrad heute schon als Entsorgungsnachweis bei Teilerrichtungsgenehmigungen der AKWs Grafenrheinfeld, Grohnde und Brokdorf.

Eines der wichtigsten Argumente für Konrad ist der steigende Atommüllberg. Als möglicherweise „intakter" Entsorgungsnachweis ist die Deponie in Salzgitter vor allem politisch für den weiteren Ausbau des Atomprogramms sehr wichtig.

Trotz dieser (Vor-)Entscheidungen behaupten Kommunalpolitiker und das Bundesforschungsministerium (BMFT), die Entscheidung über Konrad von einer ernsthaften Sicherheitsüberprüfung abhängig zu machen, wobei die Anwohner in den Entscheidungsprozeß einbezogen werden sollen. Außerdem sei ja alles gar nicht so schlimm, da das Bergwerk nur für schwachaktiven Müll vorgesehen sei.

Doch die Praxis sieht anders aus: Über die Untersuchungen in Konrad gibt es mittlerweile fünf Zwischenberichte, die alle geheim gehalten werden. Lediglich die Stadtverwaltung Salzgitters wurde vom BMFT über den Stand der Untersuchungen informiert und besitzt ebenfalls die Berichte. Um den Schein des öffentlichen Dialogs zu wahren, wurde das auf Seiten der Atomindustrie stehende Battelle-Institut beauftragt, dem Rat der Stadt den zusammenfassenden Zwischenbericht zu interpretieren. Obwohl dies in einer öffentlichen Sitzung geschehen sollte, wurde die Öffentlichkeit unter massivem Polizeiaufgebot ausgesperrt. Man wollte sich die schöne Propagandaveranstaltung nicht kaputt machen lassen. Der daraufhin einsetzende Protest veranlaßte die Stadt, den Forderungen der AKW-Gegner/innen nachzugeben. Man faßte den Beschluß, die „Gruppe für Ökologie Hannover" (GÖK) für ein Interpretationsgutachten zu gewinnen. Einziger Haken dabei war, daß die GÖK die Herausgabe aller Untersuchungsergebnisse verlangte, da sie mit dem zensierten Zwischenbericht nichts anfangen konnte. Das wurde bezeichnenderweise vom BMFT nicht genehmigt, die Stadt unternahm, trotz angekündigter Schritte, nichts. Mittlerweile existiert der Endbericht, und das Gutachtenpoker geht in die zweite Runde. Geplant war die Vorstellung dieses Endberichtes als großangelegte Pro-Endlagerveranstaltung. Es wurden extra die Spitzenkräfte der GSF und des BMFT sowie der seit Jahren in Lüchow-Dannenberg agierende „Bürgerdialog"-Spezialist des BMFT, Kuhlke, nach Salzgitter beordert. Kuhlke sollte dabei seinen Einstand geben, da er sich in Zukunft nach eigenen Angaben hauptsächlich um Konrad kümmern und ein „Informationsbüro" des BMFT in Salzgitter leiten wird. Trotzdem glitt die Show den Veranstaltern aus den Händen. Mitglieder südostniedersächsischer Bürgerinitiativen blockierten kurzzeitig den Straßenverkehr in der Stadt.

Bei der Vorstellung des Endberichtes vor kommunalen Politikern kam es im Ratssaal zu größeren Unmutskundgebungen, bei denen rohe Eier und Klopapier den Besitzer wechselten. Bei der Vorstellung des Berichts in der Öffentlichkeit waren die Vertreter des BMFT und der GSF gezwungen, das zuzugeben, was schon lange vermutet wurde: Eine Klassifizierung des Atommülls bei Stillegungsabfällen gebe es nicht. Deshalb könne auch mittelaktiver Müll endgelagert werden. Einziges Kriterium für die Unterscheidung zwischen schwach- und mittelaktivem Abfall sei die Wärmeentwicklung, deren Auswirkung in Konrad untersucht worden sei. Demnach ist die Endlagerung hochaktiven Mülls in Salzgitter nur eine Frage der Verpackung und Verdünnung.

Nach der Terminplanung der Betreiber wird das Planfeststellungsverfahren etwa vier Jahre dauern, sodaß nach zweijähriger Umrüstzeit 1988 mit der Einlagerung begonnen werden kann.

Versenkung im Meer

Daß die westdeutsche Atomindustrie allen Beteuerungen zum Trotz das Problem der Endlagerung nicht in den Griff bekommt, macht ihre gestiegene „Risikobereitschaft" am Treffendsten deutlich.

Da werden neuerdings die radioaktiven Stoffe in Zwischenlagern durch Maschendrahtzaun und Erdwall von der Biosphäre „abgeschirmt", in Gorleben werden wissenschaftliche Daten frisiert, um das Endlagerprojekt am Leben zu erhalten, und in dem völlig ungeeigneten Salzstock der Asse sollen Endlager-„versuche" für hochaktiven Müll durchgeführt werden. Der bisherige Gipfel der Skrupellosigkeit ist allerdings die beabsichtigte Versenkung des Atommülls im Meer.

Schon 1967 hatte sich die BRD an einer *„Probeversenkung mit 180 t verpackter schwachaktiver Abfälle"* beteiligt („Energiewirtschaftliche Tagesfragen", 2/82). Wird diese Beseitigungsmethode bisher hauptsächlich von Belgien, England, den Niederlanden und der Schweiz praktiziert, so entwickelt die BRD in letzter Zeit ebenfalls ein starkes Interesse daran. Besonders die DWK scheint an vorderster Front mitzumischen.

„Gemäß der Londoner Konventionen soll ein Einbringen von Abfällen in das Meer nur dann erfolgen, wenn sich keine adäquate Beseitigung an Land finden läßt. Bezüglich schwachaktiver Abfälle hatte die Bundesrepublik Deutschland bis vor drei Jahren eine entsprechende Möglichkeit der Lagerung im Salzbergwerk Asse." Seitdem werden alle Abfälle überirdisch in Landessammelstellen oder diversen Zwischenlagern, die auf Grund des ständig ansteigenden Atommüllbergs dauernd ausgebaut werden müssen, gestapelt. *„Diese Form der Lagerung ist mit hohen Kosten verbunden"* (a.a. O.). Beschränkte man sich bis jetzt auf eine bestimmte Zusammensetzung des leicht- und mittelaktiven Mülls, so soll diese Einschränkung in Zukunft wegfallen. Zu den Abfällen, deren Endlagerung aus Kostengründen *„auf dem Meeresboden in Betracht zu ziehen sind, zählen Tritium, Krypton und andere gasförmige Abfälle (Radom), Großkomponenten (ihre Zerlegung ist technisch schwierig und zu teuer), andere Abbruchmaterialien und Sonderabfälle"* (so die DWK nach „taz", 9.7.82). Unter den aufgezählten Stoffen befinden sich solche, *„die aus Sicherheitsgründen nicht ohne weiteres in geschlossenen Bergwerkssystemen lagern dürfen"*, wie z.B. Tritium, Krypton und das gasentwickelnde Radium („Energiewirtschaftliche Tagesfragen", s.o.). *„Ein Einbringen in das Meer könnte sich u.U. als die für die Umwelt ungefährlichste Lösung erweisen"* (a.a.O.). Diese Sicherheitsbetrachtungen sind glatter Hohn. Zum einen sollen diese Stoffe weiterhin trotz zugegebener Risiken in Bergwerken gelagert (demnächst Konrad) bzw. in den Zwischenlagern untergebracht werden. Zum anderen sind die Erfahrungen mit Meeresversenkung alles andere als „umweltfreundlich". Nach einem Bericht des „Stern" vom 8.7.82 halten viele Fässer dem hohen Druck (sie werden in 4.000 m Tiefe gelagert) nicht stand. Rost und Schwammbefall knacken die Behälter in wenigen Jahrzehnten restlos. Die Betonung der Umweltfreundlichkeit durch die Versenkung im Meer ist wohl auch mehr als zaghafter Versuch zu verstehen, eine bevölkerungswirksame Rechtfertigung für den immer wahnsinniger werdenden Katastrophenkurs zu finden.

Und tatsächlich scheint auf der politischen Ebene das Hauptproblem zu liegen. Das „verantwortungsbewußte" Suchen nach jahrtausendelang sicherer Endlagerung war ja gerade eines der Markenzeichen des hiesigen Atomprogramms. Wie kann da plausibel gemacht werden, daß auch die gefährlichsten Stoffe auf Grund skrupelloser Kosten-Nutzungsrechnung ins Meer gekippt werden?

Noch ein zweites Problem besteht für die Atomindustrie: Nach den Londoner Konventionen dürfen die oben genannten Müllsorten aus Sicherheitsgründen bisher nicht versenkt werden. *„Eine entsprechende Änderung der Bestimmungen bzw. eine Ergänzung wird jedoch allgemein für möglich gehalten"* („Energiewirtschaftl. Tgfr.", s.o.) und wurde beantragt. Aber auch hier kündigen sich Probleme an. Anfang März unterzeichneten 22 Südseenationen eine gemeinsame Erklärung, die sich gegen das Versenken und „Endlagern" radioaktiven Mülls im Meer richtet. Zwei dieser Länder wollen auf der nächsten Sitzung der an den Konventionen beteiligten Staaten einen Antrag auf generelles Verbot der Atommüllversenkung einbringen.

Im westeuropäischen Rahmen sind es besonders die Greenpeace-Aktionen, die den öffentlichen Protest verbreitern.

Nichtsdestotrotz besitzt die DWK schon einen festen Terminplan: *„Die Versenkung hochaktiver Abfälle ist gemäß der Londoner Konventionen zur Zeit nicht gestattet. Jedoch wird weltweit an dieser Art der Endlagerung gearbeitet. Bis 1985 soll die grundsätzliche, bis 1990 die ingenieurtechnische Machbarkeit nachgewiesen sein und bis 1995 ein Konzept vorgestellt werden. Die Exploration des Meeresbodens im ausgewählten Gebiet nördlich von Hawaii ist in Gang"* („taz", s.o.).

Soweit die Zukunftspläne. Um den bis zur Fertigstellung von Konrad ansteigenden schwach- und mittelaktiven Atommüllberg zu glätten, scheint die westdeutsche Atomindustrie ihr Glück schon heute im Wasser zu suchen. *„Hartnäckig hält sich inzwischen das Gerücht, daß demnächst 20.000 Faß ‚probeversenkt' werden sollen"* („taz", s.o.). Eine Hamburger Reederei ist angeblich schon in das Projekt eingeschaltet.

Ein Genosse aus Salzgitter

Kriminalisierung der BI

Als Vorgeschmack auf die kommende Auseinandersetzung ist die Anti-AKW-Bewegung Südost-Niedersachsens einer zunehmenden Kriminalisierungskampagne ausgesetzt.

Nach erfolglos gebliebenen Anwerbeversuchen einzelner BI-Mitglieder durch den Verfassungsschutz fanden im März dieses Jahres völlig willkürlich Hausdurchsuchungen bei AKW-Gegner/inne/n in Braunschweig und Salzgitter statt. Die oberflächlich durchgeführte Aktion blieb außer der Tatsache, daß einem BI-Mitglied auf Grund der Polizeiaktion der Arbeitsplatz fristlos gekündigt wurde, erfolglos. Im neuesten „Niedersächsischen Verfassungsschutzbericht" ist den Initiativen der Region eine ganze Seite gewidmet. Demnach soll der Aga-Salzgitter (die örtliche Anti-AKW-BI) von *„Linksextremisten gesteuert"* werden, die die *„verbale Unterstützung der RAF"* betreiben würden. Bei der im Herbst geplanten Demonstration müsse *„damit gerechnet werden, daß militante Kernkraftgegner sowohl diese Demonstration als auch weitere Aktionen als Hintergrund für ihre Gewalttaten benutzen"* würden. Nach der mißglückten Vorstellung des Endberichtes verglich der „Evangelische Pressedienst" in einem Artikel die Vorgehensweise der AKW-Gegner/innen mit *„Methoden von SA-Rollkommandos"*.

Kein Wort wurde allerdings darüber verloren, daß auf der vom BMFT und GSF durchgeführten öffentlichen Veranstaltung Staatsschützer die Nummern von sämtlichen Fahrzeugen mit Anti-AKW-Aufklebern notierten.

Krefelder Initiative

Der Atomtod bedroht uns alle
Keine Atomraketen in Europa

Aufruf zum norddeutschen antimilitaristischen Frauentreffen

Hamburg, den 7.8.82

Liebe Frauen!

Nun ist es raus: Die Bundeswehr will tatsächlich schon 1986 ("zunächst"!) 30.000 Frauen bei der Bundeswehr beschäftigt haben, ("als Kader"!), und das Papier der Langzeitkommission zur Einbeziehung von Frauen in die Armee kann jederzeit den Bundestag passieren. Die neueste Pikanterie: der Plan, auch weibliche Theologiestudentinnen während ihrer Pfarrer-Ausbildung zum Militär-Seelsorgerdienst heranzuziehen!

Es steht zu befürchten, daß wir schon zum nächsten Herbst vor vollendeten Tatsachen stehen. Es ist also kurz vor zwölf, und wir meinen, daß wir als Frauen sofort etwas dazu vorbereiten müssen. Um zu besprechen, wann (z.B. in der Anti-Kriegswoche), wie und mit wem was (z.B. Aktionen und örtliche Demonstrationen) durchführbar wäre, laden wir euch alle zum norddeutschen Frauentreffen ein. Und zwar am

28.8.82 von 13 Uhr - 21 Uhr

im Martin Luther King-Haus, Evangelische Studentengemeinde in Hamburg — Grindelallee 9 erreichbar: S-Bhf. Dammtor, U-Bhf. Stephansplatz, Bus 102

Der Schwerpunkt sollte unserer Meinung nach auf gemeinsamen AktionsBesprechungen liegen, da wir momentan keine Zeit für große Positions-Diskussionen haben. Wir bemühen uns noch um Hanne Birckenbach, die Berliner Friedensforscherin, für ein kurzes Informationsreferat. Wir finden es wichtig, zu besprechen, wie wir die Chancen einer Gegenwehr in puncto Frauen und Bundeswehr einschätzen.

Darüberhinaus wäre es gut, wenn es im Herbst ein Extra-Treffen für Grundsatzdiskussionen zum Thema gäbe, um eine festere Basis für die weitere Zusammenarbeit zu gewinnen.

Kommt zahlreich und mit Ideen, herzliche Grüße von



Frauen aus dem Plenum "Frauen gegen Krieg und Militarismus", Hamburg
Frauen der CIV (Christen in der Verantwortung)
Frauen der GAL (Grün-Alternative Liste Hamburg)
Frauen zur Bundeswehr? -Wir sagen Nein!, Hamburg
Frauen gegen Militär, Hannover
Frauen gegen Militär, Braunschweig
Antikriegs-Frauengruppe, Bremen
Frauen gegen Militarismus, Göttingen

Kontakt: Dörte Kohbrok
Eichenstraße 45
2 Hamburg 19

Erklärung der Krefelder Initiative

Die Legende, Aufrüstung und Kriegsvorbereitung dienten der Kriegsverhütung, wurde durch den Falklandkrieg, die israelische Aggression gegen den Libanon und den irakisch-iranischen Krieg wiederum ad absurdum geführt. Waffen sind Kriegsführungsinstrumente; sie werden eingesetzt, wenn es das vermeintliche nationale Interesse zu erfordern scheint. Das sind die Lehren, die diese verniedlichend als "regional" bezeichneten Kriege vermitteln, die alle die Gefahr der Ausweitung zu einer weltweiten nuklearen Katastrophe in sich bergen.

Die richtige Schlußfolgerung aus der Tatsache zu ziehen, daß mit Aufrüstung kein Konflikt zu lösen ist, gilt insbesondere für uns Deutsche. Denn in der Bundesrepublik sollen ab 1983 Pershing-II-Raketen und Marschflugkörper stationiert werden, mit denen der Atomkrieg - so wird behauptet - geführt, begrenzt und gewonnen werden kann. Die Stationierung dieser neuartigen Erstschlagwaffen und die damit verbundene Kriegsführungsstrategie sind der Weg in die atomare Selbstvernichtung.

Die Bundesregierung gibt vor, die weitere Nuklearrüstung auf unserem Boden diene dem Überlebensinteresse; Sicherheit sei nur im Bunde mit den USA möglich; nur auf diese Weise sei Abrüstung zu erreichen. Ist die Vorstellung, aufzurüsten, um abrüsten zu können, schon ein Widersinn in sich, so zeigt sich unter den gegenwärtigen Umständen, daß die Hoffnung auf positive Verhandlungsergebnisse einem Selbstbetrug gleichkommt. Zwar finden Verhandlungen statt, aber nichts deutet darauf hin, daß die USA von ihren auf militärische Überlegenheit abzielenden Verhandlungsvorschlägen abzurücken bereit sind. Wandte sich die Außenpolitik des US-Präsidenten Reagan zunächst überhaupt gegen Verhandlungen und mußten die USA erst durch die Friedensbewegung an den Verhandlungstisch gebracht werden, so richtet sich ihre Aktivität heute im wesentlichen darauf, in der Öffentlichkeit die Schuld für den bereits vorprogrammierten Mißerfolg anderen zuzuschieben.

Die Abträglichkeit der US-Politik für die legitimen europäischen Interessen zeigt sich insbesondere auch in der Tatsache, daß die USA ohne Konsultation der Verbündeten und ohne Rücksicht auf soziale Folgen ihre Wirtschaftssanktionen gegen den Osten verschärfen. Der anhaltende Versuch, das europäische Erdgas-Röhren-Geschäft zu torpedieren, zielt zugleich gegen die Ergebnisse der Entspannungspolitik.

Diese Haltung muß den verstärkten Widerstand der Europäer, insbesondere gegen die Raketenstationierung, hervorrufen. Wirkliche Fortschritte bei den Verhandlungen hängen heute mehr denn je vom Einfluß der Friedensbewegung ab. Sie zu stärken, ist das immer dringlicher werdende Gebot der Stunde.

Ein Jahr vor der beabsichtigten Stationierung gilt es, jeden Bürger auf die damit verbundenen Gefahren aufmerksam zu machen, weil durch die Stationierung die europäische Szene entscheidend verändert und unsere nationale Sicherheit völlig in Frage gestellt werden würde. Es kommt darauf an, den Krefelder Appell durch weitere millionenfache Unterstützung zu stärken, neue Kreise der Bevölkerung anzusprechen, um die wachsende Betroffenheit sichtbar zu machen. Wir begrüßen deshalb die Initiative von zahlreichen in- und ausländischen Künstlern, die zu der Veranstaltung "Künstler für den Frieden" am 11. September 1982 in Bochum aufgerufen haben und mit der sie dem Krefelder Appell zu noch größerer Beachtung verhelfen wollen. Wir begrüßen die Absicht von Naturwissenschaftlern, Medizinern, Pädagogen, Sportlern und ande-
zu noch größerer Beachtung verhelfen wollen. Wir begrüßen die Absicht von Naturwissenschaftlern, Medizinern, Pädagogen, Sportlern und ande-
ren, diese Gelegenheit zu nutzen, um am 12. September 1982 in Dortmund einen eigenen Beitrag zur Verhinderung des Raketenbeschlusses zu beraten. Wir sind überzeugt, daß diese Veranstaltungen in der Bevölkerung den verdienten Widerhall finden und dazu beitragen werden, den Krefelder Appell zu einer Volksabstimmung gegen den Atomtod zu machen

Künstler von internationalem Rang aus mehreren Ländern werden auf vielen Bühnen im Ruhrstadion und den anliegenden Plätzen dabei sein.

Bisher haben ihre Mitwirkung zugesagt:

- Herman van Veen
- Harry Belafonte
- Mikis Theodorakis
- "bots"
- Franz Josef Degenhardt
- Katja Ebstein
- Hanns Dieter Hüsch
- Udo Lindenberg
- Volker Ludwig
- Eva Mattes
- Erika Pluhar
- Dietmar Schönherr
- Dieter Suverkrüp
- Hannes Wader
- Klaus Hoffmann
- Konstantin Wecker
- André Heller
- Ludwig Hirsch
- Gebr. Blattschuß
- Ulla Meinicke
- Jürgen von der Lippe
- Karl Dall
- Angi Domdey
- SPLIFF
- Fasia
- Volker Kriegel
- Joseph Beuys
- Achim Reichel
- Ekkes Frank
- Dietrich Kittner
- Helmut Ruge
- Erich Virch
- Das Dritte Ohr
- Angela Winkler
- Gert Wollschon
- Fredrik Vahle
- Klaus Lage
- Günter Lamprecht
- Floh de Cologne
- Peter Franke
- Uschi Flacke
- Gebr. Engel
- Curt Bois
- Sylvia Anders
- Esther Bejarano
- Anne, Diane, David und Heinz Bennent
- Lerryn
- Zupfgeigenhansel
- Bill Ramsey
- Tahsin Incirci
- Barbara Rütting
- Holly Near
- Solisten der Deutschen Oper Berlin
- Karl Dietrich Gräve (Chefdramaturg der Deutschen Oper Berlin)
- Wolf Appel

Öffentliche Rekrutenvereidigung in Bad Meinberg

Am 27.9. findet in Bad Meinberg eine öffentliche Vereidigung von Rekruten der Bundeswehr statt. Nachdem derartige Vereidigungen in den Großstädten vorerst nicht mehr ungestört stattfinden können, werden sie in der letzten Zeit hauptsächlich in Kleinstädten und auf Fabrikgeländen durchgeführt.

Erstmal wollen die Militaristen das Terrain in der Provinz propagandistisch sichern, um dann wieder in die Metropolen vorrücken zu können. Bad Meinberg ist ein kleiner Kurort in Lippe, 10 km südwestlich von Detmold, also mitten in der Provinz. Der SPD dominierte Stadtrat von Horn-Bad Meinberg hat bei sechs Gegenstimmen der Vereidigung zugestimmt. Gleich nach Bekanntwerden des Termins rührte sich erster Widerstand aus kirchlichen Kreisen. Fünf evangelische Pastoren aus Horn-Bad Meinberg forderten in einem offenen Brief den Stadtrat zur Absetzung der Veranstaltung auf. Verschiedene kirchliche Friedensgruppen unterstützten dies. Die Kirchenführung reagierte darauf, indem sich der Landessuperintendent der Lippischen Landeskirche in einem Interview mit der Lokalpresse „dankbar für den Friedensdienst unserer Soldaten'' äußerte. Manche erinnert diese Haltung an jene Pfarrer, die in vergangenen (?) Zeiten Waffen segneten und während ihrer Gottesdienste für den Endsieg beteten. Gemeinsam mit der „Evangelischen Erwachsenbildung'' rief die Detmolder Friedensinitiative zu einem Aktionsbündnis gegen die Vereidigung auf. Zu den Bündnisgesprächen erschien ein recht breites Spektrum: kirchliche Gruppen, Jusos, DKP-Umfeld, Gewerkschafter, undogmatische Linke, Grüne, Bunte Liste Bielefeld sowie viele regionale Friedensinitiativen. Diese Treffen waren hauptsächlich erfüllt von kleinlichen Diskussionen über Gewalt und Gewaltfreiheit und Streitgesprächen, ob man durch harmlose Aktionen, wie Sitzblockaden und einem Menschenteppich nicht unvorhersehbare, katastrophale Polizeieinsätze provoziere. Manche meinten gar, durch lautes Rufen und Pfeifen schade man dem guten Ruf der Friedensbewegung. Vorgeschlagen wurde eine parallel zum Gelöbnis stattfindende Protestkundgebung im 5 km entfernten Ortsteil Horn, möglichst mit einem Superstar der Friedensbewegung, z.B. H. Albertz. Dennoch: Die Mehrheit entschied sich für eine gemeinsame Demonstration, die zu Vereidigungsbeginn mit einer Abschlußkundgebung endet. Momentan wird diskutiert, welche Aktionen nach der Abschlußkundgebung durchgeführt werden. Vorgeschlagen sind Blockadeaktionen, ein Menschenteppich, Pfeifkonzerte u.ä. Die Vereidigung und die Aktionen gegen sie sind derzeit ein Hauptgesprächsstoff in Lippe. Sicher ist jetzt schon, daß die Beteiligung an der Demonstration und den Aktionen sehr hoch sein wird. Trotzdem ist es wichtig, daß auch Leute von außerhalb kommen. Wenn die Gelöbnisse erstmal in der Provinz einigermaßen über die Bühne gehen, werden die Kriegsvorbereitungen wieder in die Großstädte getragen. Wer nach Bad Meinberg kommen möchte kann im Buchladen Distel in Detmold anrufen. Tel.: 05231/26822

Aktionseinheit gegen Rekrutengelöbnisse c/o Buchladen Distel
Sachsenstr.14
4390 Detmold

Bundesweites Diskussionsforum am 18./19. September

»...nur über interne Verteiler verbreiten...«

"Perspektiven und Probleme einer blockübergreifenden Friedensbewegung" soll das Thema eines bundesweiten Diskussionsforums am 18./19. September in Köln (Gesamtschule Chorweiler) sein. Zu den 17 einladenden Gruppen zählen der Arbeitskreis atomwaffenfreies Europa (R.Steinke), der BBU, die Jungsozialisten und Jungdemokraten, die Initiative 'Heidelberger Erklärung' (SPD-Abgeordnete), die ESG, Frauen für den Frieden/Westberlin, die DFG/VK, Ohne Rüstung Leben und das Sozialistische Büro. Weitere Gruppen konnten während der Sommerpause keine Entscheidung fällen und/oder wollen nicht zum Kreis der Einladenden gehören: die Heinemann-Initiative, die Alternative Liste Westberlin, die Falken, einige gewerkschaftliche und einige BAF-Gruppen (BAF = Bundeskongreß Autonomer Friedensinitiativen). Vorgesehen ist in Köln die Vorbereitung der europäischen Konferenz in Westberlin und des zweiten Aktionstreffens bundesdeutscher Friedensgruppen am 10.Oktober in Bonn. Die *"außerordentlich notwendige, längerfristig angelegte Debatte und die Entwicklung praktischer Kooperationsmöglichkeiten"* sollen auf dem Kölner Forum in Angriff genommen werden.

Eine Kooperation s ä m t l i c h e r Strömungen ist allerdings von den Veranstaltern nicht vorgesehen; es wird ausdrücklich nur an die Zusammenarbeit eines bestimmten Teils der Friedensbewegung gedacht: *"Und zwar zwischen denjenigen Friedens gruppen, Initiativen, Organisationen und Individuen, die sich die Überwindung der Blockkonfrontation zum Ziel gesetzt haben, an einem gewaltfreien Vorgehen der Friedensbewegung festhalten und die Autonomie der Bewegung gegenüber Regierungen und Institutionen betonen und vertreten"* (lt. Einladungstext). Bei der 'Autonomie' gegenüber Regierungen ist ganz offensichtlich nur die Autonomie gegenüber Regierungen des Ostblockes gemeint. Der bereits zum 10.6. offen propagierte Bruch mit der DKP und ihr nahestehenden Kräften soll zumindest bei dieser Konferenz durchgezogen werden. Umgekehrt sind SPD-Kräfte auf dieser Konferenz gerne gesehen (s.u.). Andererseits sind linke, antiimperialistische Kräfte auch nur bedingt eingeladen. Nicht nur Kräfte, die nicht das Prinzip der Gewaltfreiheit betonen, sind nicht erwünscht. Das Thema Befreiungsbewegungen bzw. Unabhängigkeit der 3.Welt soll nicht durch entsprechende Unterstützer- und 3.Weltgruppen, sondern durch Johann Galtung auf der Konferenz vertreten werden. Das Treffen war auch entsprechend 'intern' vorbereitet worden, dies macht auch der ursprüngliche Einladungsentwurf deutlich: *"Das Treffen sollte nicht nach außen propagiert werden, sondern nur über interne Verteiler vorbereitet sein, damit es nicht mehr als 300 bis 400 Teilnehmer hat."* Damit auch letzte Zweifel aus dem Weg geräumt werden, es könne sich bei der Beschränkung der Teilnehmerzahl lediglich um eine organisatorische Maßnahme handeln, wurde der Einladung gleich eine Liste der erwünschten Gäste hinzugefügt. Genannt werden u.a. Russell-Gruppen, Grüne Alternative, Gewerkschaftsverbände, Jungdemokraten, linke Europa- und Bundestagsabgeordnete und: *"e i n i g e Gruppen der BAF-Konferenz"*(Hervorh. AK). Genauer gesagt: die BAF-Gruppen aus Aachen, Braunschweig und Osnabrück.

So geheim wie erhofft ließ sich das Treffen dann doch nicht halten, und aus den Reihen der Angesprochenen wurde Unzufriedenheit mit diesem Vorgehen geäußert. In der nun verbreiteten offiziellen Einladung wird deshalb betont, man denke zwar nicht an eine umfangreiche öffentliche Werbung, wolle jedoch in wichtigen Zeitschriften der Friedensbewegung entsprechende Hinweise veröffentlichen, um den allgemeinen Zugang zu diesem Treffen zu verdeutlichen.

Die beabsichtigte Ausgrenzung des radikaleren Teils der Friedensbewegung geht einher mit einer weitgehenden Öffnung zur anderen Seite , mit einer Orientierung auf "friedensbewegte" Abgeordnete und SPD-Mitglieder. Als Referenten eingeladen wurden die SPD-Abgeordneten **Egon Bahr** und **Günter Gaus**. Trotz Unmuts äußerungen diesem Vorschlag gegenüber bleibt die Einladung an Günter Gaus bestehen; Egon Bahr wurde durch **Gert Weiskirchen** ersetzt, ebenfalls SPD-Bundestagsabgeordneter. Gaus und Weiskirchen werden nun gemeinsam die Arbeitsgruppe zur "Deutschen Frage" leiten. Es soll und kann niemandem verwehrt werden, Vorbereitungen und Absprachen mit denjenigen Gruppen zu treffen, die "auf gleicher Wellenlänge" liegen. Entgegengetreten werden muß allerdings dem Versuch, der SPD großzügige Möglichkeiten zu bieten, ihren Einfluß in der Friedensbewegung zu verstärken, während gleichzeitig der radikale Teil der Bewegung aus der Diskussion ausgegrenzt wird. Und wenn das ganze Unternehmen dann auch noch als Gelegenheit zur solidarischen Diskussion und Zusammenarbeit d e r Friedensbewegung verkauft wird, kann man eigentlich nur noch von einem gut kalkulierten Täuschungsmanöver sprechen. **Durch die beschriebene Einladungspraxis erweist sich der formulierte Anspruch, die** *"Vielfalt der Bewegung in der Einheit von Aktionen und Projekten deutlich zum Ausdruck zu bringen"*, **als bloßer Tarnmantel, um in Wahrheit eine Trennungslinie innerhalb der Friedensbewegung zu ziehen bzw. zu verschärfen.**

Angesichts dieser Situation ist es nur zu begrüßen, daß der Bundeshauptausschuß der Grünen eine Unterzeichnung der Einladung nach Köln mit Mehrheit abgelehnt hat. Ausschlaggebend für diese Entscheidung war die festgestellte SPD-Orientierung dieser Initiative. Einschränkend muß allerdings gesagt werden, daß die eigentlichen Verfechter des Kölner Forums - u.a. Klaus Wolschner - bei der betreffenden Sitzung nicht anwesend waren.

S., Hamburg

Einladungen sind zu bekommen über: Arbeitskreis atomwaffenfreies Europa, Friedrichshaller Str.17, 1000 Berlin 33. Tel.: 030/8243447

Europäische Konferenz für atomare Abrüstung in Brüssel und Westberlin

Die erste europäische Konferenz für atomare Abrüstung fand Anfang Juli in Brüssel statt; die Durchführung einer weiteren ist für Mai 1983 in Westberlin geplant. Initiiert werden diese Konferenzen von Unterstützer/innen des im April 1980 veröffentlichten Russell-Aufrufes für ein atomwaffenfreies Europa. Die Zielvorstellungen der Beteiligten sind durchaus unterschiedlich, doch kann nach dem bisherigen Verlauf gesagt werden, daß es wesentliche Aufgabe der europäischen Konferenzen ist, das Spektrum der Sozialistischen Internationalen und eurokommunistischen Strömungen zusammenzuführen. In der BRD bzw. Westberlin werden die Vorbereitungen hauptsächlich vom „Arbeitskreis atomwaffenfreies Europa" getragen und damit von Rudolf Steinke — AK-Leserinnen und Lesern als enger Freund des SPD-Geschäftsführers Peter Glotz wahrscheinlich nicht unbekannt. Zwar sind erste Vorstöße für eine europäische Konferenz bereits Anfang letzten Jahres bekannt geworden, doch Informationen über dieses Projekt sind hier in der Bundesrepublik bisher nur sehr wenig verbreitet. Wir wollen deshalb die bisherige Entwicklung und die politischen Ausgangspositionen der Initiator/inn/en an dieser Stelle vorstellen; eine ausführliche Auseinandersetzung folgt in den nächsten Ausgaben.

Tausend Vertreter/innen aus den Friedensbewegungen von 27 europäischen Ländern trafen sich in Brüssel zur Europäischen Konferenz für Atomare Abrüstung. Erklärtermaßen war es nicht Ziel dieses Treffens, gemeinsame Beschlüsse zu fassen, sondern internationale Kontakte und Gesprächsmöglichkeiten zu schaffen. So wurde die meiste Zeit in 24 Arbeitsgruppen zu unterschiedlichsten Themen diskutiert — über die Schaffung atomwaffenfreier Zonen, Stationierung der Mittelstreckenraketen, Ost-West-Beziehung nach Polen, die „deutsche Frage", über einseitige Abrüstung, alternative Verteidigung und vieles andere. Zwei größere Podiumsdiskussionen wurden von Rudolf Bahro, Tony Benn (Labour Party), Sergio Serge (KPI), Carl Jacobsen aus den USA und Zhores Medvedev aus der Sowjetunion bestritten.

Immer wieder kam man auf den Falkland-Krieg zu sprechen, der gezeigt habe, wie wenig die Friedensbewegung in der Lage sei, auf einen derartigen Konflikt zu reagieren. Zum Schluß des Treffens appellierten die Versammelten an die NATO-Staaten, sich wie die Sowjetunion für den Verzicht auf den Ersteinsatz atomarer Waffen auszusprechen. Bekräftigt wurde das Vorhaben, vom 7. bis 15. Mai 1983 eine zweite europäische Konferenz in Westberlin durchzuführen.

Die Vorgeschichte

Auf Einladung italienischer Unterstützer/innen des Russell-Aufrufes fand bereits im November 1981 ein erstes Koordinationstreffen in Rom statt. 100 Delegierte aus 14 europäischen Ländern waren anwesend, darunter Vertreter/innen der sozialistischen Parteien Hollands, Finnlands, Österreichs, Spaniens, Groß Britanniens, Belgiens und Italiens, die griechische PASOK, die französische PSU, die kommunistischen Parteien Belgiens und Italiens sowie die italienische PDUP. Beschlossen wurde die Durchführung der Brüsseler Konferenz; eine weitere Konferenz in Westberlin wurde ins Auge gefaßt. Der Vorschlag, Westberlin als Tagungsort zu wählen, wurde bereits im Juni letzten Jahres durch einen Offenen Brief von Bahro, Bastian, Leinen, Steinke u.a. in die Diskussion gebracht (1).

Ein Vorbereitungskomitee, das sog. Liaison-Comité, wurde in Rom mit der Ausarbeitung der Programme beauftragt. Neben Vertreter/innen der englischen und italienischen Gewerkschaften, der END (European Nuclear Disarmement), der KPI, des interkirchlichen Friedensrates der Niederlande u.a. beteiligten sich an der Arbeit dieses Komitees: Russell-Gruppen (Bahro, von Freyhold), der BBU (Vogt, Leinen), Frauen für den Frieden (Quistorp), die Grünen (Kelly, Wolschner) und der Arbeitskreis atomwaffenfreies Europa (Graalfs, Steinke).

Festzustellen ist eine Orientierung des Projektes auf das Spektrum der Sozialistischen Internationalen (SI) und der Eurokommunisten. Darauf läßt nicht allein der Kreis der bisherigen Teilnehmer/innen schließen — der zahlreichen Anwesenheit von Vertretern und Vertreterinnen dieses Spektrums in Rom folgte die beachtliche Repräsentanz führender Mitglieder der sozialistischen Parteien Europas in Brüssel, darunter auch einer Reihe von ehemaligen und gegenwärtigen Regierungsmitgliedern. Immer wieder wird auch betont, daß sich die politischen Forderungen der europäischen Konferenzen im Einklang befänden mit Beschlüssen der UN und der Sozialistischen Internationalen (2).

„Die Europäisierung Europas"

Wenngleich der Russell-Aufruf als gemeinsame Grundlage dient, darüber hinaus der von Reiner Eppelmann und Robert Havemann initiierte „Berliner Appell" weitgehend Zustimmung findet, das internationale Spektrum der Initiator/inn/en der europäischen Konferenzen ist durchaus vielfältig, die politische Zielvorstellung keineswegs in allen Fragen einheitlich. Der grundsätzliche politische Ausgangspunkt der Westdeutschen bzw. Westberliner Unterstützer/innen soll hier — erst einmal in Kürze und ohne auf Differenzen im einzelnen einzugehen — dargestellt werden.

Im Mittelpunkt steht die Forderung nach Schaffung einer atomwaffenfreien Zone von Polen bis Portugal und — letztendlich — nach Abschaffung der militärisch-politischen Blöcke. Grundlage ist die Annahme, das atomare Wettrüsten, die Zuspitzung der Kriegsgefahr habe ihre Ursache in der Machtkonkurrenz der beiden Großmächte USA und Sowjetunion. Europa brauche deshalb, so entwickeln Rudolf Bahro und Michaela von Freyhold, einen „*Dritten Weg*", um zu einem „*von unten wiedervereinigten Europa der Völker*" zu werden (3).

Rudolf Steinke strebt nicht nur nach der „*Europäisierung Europas*", sondern argumentiert darüber hinaus für den Aufbau eines gemeinsamen europäischen Sicherheitspaktes. Die europäische Konferenz solle der Öffentlichkeit reale Alternativen für eine nichtatomare Verteidigung mit strikt defensivem Charakter aufzeigen (4).

Inwieweit hierbei noch ein qualitativer Unterschied zwischen der Bedrohung Europas durch die USA und der durch die Sowjetunion gesehen wird, bleibt unklar bzw. widersprüchlich — selbst innerhalb der Thesen von Freyhold und Bahro. So meinen sie zwar einerseits, die beiden Blöcke seien in Wahrheit e i n zweiköpfiger Drache, betonen aber andererseits, es gäbe heute „*keine innereuropäischen Gegensätze, um derentwillen irgendeiner der europäischen Staaten, einschließlich der Sowjetunion* (!), *kriegerische Verwicklungen suchen würde*" (Hervorh. AK; Anm. 5). Während Bahro dafür plädiert, die Friedensbewegung müsse sich grundsätzlich auf einen unilateralen Standpunkt stellen, d.h. einseitige Abrüstungsmaßnahmen fordern, lehnt Detlef Lehnert (Arbeitskreis atomwaffenfreies Europa, Westberlin) eine derartige Forderung ab, da die Mehrheit der Bevölkerung darauf „*mit Ängsten reagieren würde, die der Friedensbewegung erneut einen Platz im Ghetto der Wirkungslosigkeit zuwiesen*" (6).

Steinke u.a. dagegen ziehen sich zurück auf undeutliche Formulierungen wie: Abrüstung setze die Bereitschaft voraus, durch bedingungslosen Abbau des Bedrohungspotentials auf b e i d e n Seiten ein Verhältnis des Vertrauens zu bilden (7).

Solidarität mit der Friedensbewegung Ost-Europas ist elementarer Bestandteil des Kongreß-Projektes. Für einige scheint eine regierungsunabhängige Friedensbewegung in Osteuropa sogar „*den e i n z i g erfolgversprechenden Ausweg aus dem Selbstlauf der Auf- und Nachrüstungsprogramme zu bieten, weil die Orientierung auf ein vertraglich geregeltes Gleichgewicht, das aus dem Antrieb der Regierenden folgt, augenscheinlich versagt hat*" (Hervorh. AK; Anm. 8). Zwar nahmen an der Brüsseler Konferenz einige Friedensbewegte aus osteuropäische n Ländern teil, um jeglichen Konflikt zu vermeiden, waren jedoch weder offizielle noch inoffizielle Vertreter dieser Staaten eingeladen worden.

„Die deutsche Frage"

Insbesondere Rudolf Steinke sieht mit der geplanten Konferenz in Westberlin die Gelegenheit gekommen, groß in eine Debatte um die „Deutsche Frage" einzusteigen: „*Ausgehend von einer blockübergreifenden europäischen Orientierung muß die 'Deutsche Frage' bewußt als 'Europäische Frage' thematisiert werden*" (9). Angestrebt wird ein Appell der Konferenz an die vier Siegermächte, Verhandlungen mit beiden deutschen Staaten aufzunehmen, die den Abschluß eines Friedensvertrages zum Ziel haben. Nur durch Beendigung der „Nachkriegsordnung" von Jalta sei eine neue europäische Friedensordnung denkbar. Im Vorwege des Kongresses soll die Initiative „*Berlin: Stadt des Friedens*" gestartet werden mit dem Ziel, Berlin zur atomwaffenfreien Stadt zu erklären. Besonders am 30. Januar, dem 50. Jahrestag der Machtergreifung durch die Nazis, soll dies zum Ausdruck gebracht werden. So wäre die Symbolfunktion Berlins produktiv genutzt, meint Steinke

In Brüssel wurde von Robert Jungk und einem Vertreter aus Großbritannien vorgeschlagen, man solle eine zweite Konferenz parallel in Ostberlin stattfinden lassen und alle Redner austauschen. Anderen westeuropäischen Vertreter/innen schien das „deutsche Anliegen" allerdings absolut nicht geheuer, so daß auch Protest gegen die Wahl des Tagungsortes Westberlin geäußert wurde.

„Einheit in der Vielfalt"?

Der Koordination getrennter nationaler Bemühungen solle die Konferenz dienen, erläutert Ken Coates. Offen solle die Auseinandersetzung geführt werden; keinesfalls dürften Versuche unternommen werden, die Autonomie beteiligter Gruppen zu beschränken und andere Richtlinien oder organisatorische Verhaltensweisen aufzuzwingen (10).

Auch Steinke, Wolschner und Graalfs bekennen sich in einem Diskussionspapier für das Konferenzkonzept zum leitenden Motto „*Einheit in der Vielfalt*". Doch ihre konkreten Ausführungen und die bisherige Vorbereitungspraxis in der Bundesrepublik bzw. Westberlin weisen den formulierten Anspruch als reines Täuschungsmanöver aus. In dem genannten Papier schreiben sie weiter: Die Offenheit dürfe nicht mit unverbindlichem Palaver verwechselt werden; deshalb müßten die Initiatoren und führenden Teilnehmer der Konferenz der gemeinsamen Überzeugung sein:

— daß der politische Kampf für eine europäische Friedensordnung vollständig gewaltfrei sein müsse;

— daß Abrüstung mehr zu sein habe als bloße Absichtserklärung und die Bereitschaft zur bedingungslosen Abrüstung auf beiden Seiten voraussetze;

— daß die Perspektive einer atomwaffenfreien Zone heute die Verhinderung neuer Atomwaffen erfordere und den Einstieg in die Diskussion um die Abschaffung des bestehenden Vernichtungspotentials.

Die bisherige Diskussion und Vorbereitung ist dementsprechend auch von einem wohlauserwählten Kreis getragen worden. Und auch für die Zukunft scheint eine Erweiterung dieses Kreises — zumindest was den radikaleren Teil der Friedensbewegung angeht — nicht geplant zu sein. Am 18./19. September soll in Köln ein erstes bundesweites Forum zur Vorbereitung der nächsten europäischen Konferenz stattfinden.

Das Spektrum der Eingeladenen wurde gemäß den oben beschriebenen „Richtlinien" beschränkt; eine öffentliche Werbung für dieses Forum soll auf Wunsch der Einladenden nicht erfolgen, (s. nebenstehenden Artikel). Insbesondere das aufgestellte Prinzip der Gewaltfreiheit weist darauf hin, daß der „radikale Flügel" der Friedensbewegung von den westberliner Initiatoren bei der europäischen Konferenz höchstens als Gasthörer ohne Mitspracherecht erwünscht ist. Gern gesehen sind dagegen Vertreter und Vertreterinnen sozialdemokratischer Parteien. Dies zeigt vor allem die vorgesehene Einladung von Egon Bahr und Günter Gaus (beide SPD) als Referenten nach Köln.

Was Steinke und seinen Freundeskreis angeht, scheint es sich bei der Betonung des Unabhängigkeitsprinzips der Bewegung eher um eine Art der Vorneverteidigung zu handeln. Dem Stichwort Autonomie läßt er regelmäßig Warnungen folgen, daß der Frieden eine derartig große Aufgabe sei, daß sie nur durch gemeinsame Anstrengungen von Institutionen und Basisinitiativen bewältigt werden könne (11). Im Rahmen der internationalen Diskussion um die europäische Konferenz — dies zeigte sich auch in Brüssel — ist die Position von Regierungs- und etablierten Parteimitgliedern, die Orientierung auf die Regierungsebene zur Zeit noch eine Streitfrage.

S., Hamburg

Anmerkungen

1. Abgedruckt im Bulletin Nr. 1 des Arbeitskreises atomwaffenfreies Europa, Westberlin
2. Bulletin
3. Entwurf einer Charta für ein blockfreies Europa von Michaela von Freyhold und Rudolf Bahro; im Bulletin Nr. 2.
4. Bulletin Nr. 1, S. 14 und Diskussionpapier für die europäische Konferenz vom 16.3.82, verfaßt von Steinke, Wolschner und Graalfs.
5. Charta, vergl. Anm. 3.
6. Bulletin Nr. 2, S. 12
7. Diskussionspapier, vergl. Anm. 4.
8. Beitrag von Klaus Ehring im Bulletin Nr. 2, S. 17.
9. Bulletin Nr. 1, S. 14
10. Bulletin Nr. 1, S. 7
11. Diskussionspapier, vergl. Anm. 4





Niederlande: Militärjustiz konfus — Soldatengewerkschafter wieder frei

Im Juni wurden in den Niederlanden mehrere Leitungsmitglieder der Soldatengewerkschaft VVDM und Aktivisten der sozialistischen Soldatenorganisation BVD inhaftiert, weil sie sich „Geheimdokumente" angeeignet hätten (s. AK 223, S. 24). Mittlerweile hat sich die Militärjustiz selbst in den von ihr erhobenen dubiosen Anschuldigungen verfangen, die Inhaftierten sind wieder frei, die Drohung eines Prozesses gegen sie besteht jedoch weiterhin.

Als letzte der inhaftierten Aktivisten von VVDM bzw. BVD sind nun auch Oscar van Rijswijk und Steef Boot wieder frei. Am 7. Juli war der Kriegsrat in Arnhem gezwungen, Oscar und Steef, die seit dem 17. Juni getrennt voneinander in verschiedenen Militärgefängnissen saßen, aus der Untersuchungshaft zu entlassen. Noch in der Woche zuvor hatte sich der Militärrichter der Freilassung heftig widersetzt, und der Kriegsrat hatte die Untersuchungshaft um dreißig Tage verlängert.

Die Anklage gegen Steef und Oscar wird jedoch aufrechterhalten: Nach Darstellung der Militärjustiz sollen sie die Sicherheit des Staates und seiner Bündnispartner in Gefahr gebracht haben, was nach niederländischem Gesetz mit einer Haftstrafe von acht Jahren geahndet werden kann. Grundlage der Beschuldigung war, daß Steef in der Zeichen-Abteilung der Pionier-Einheit, in der er arbeitete, „äußerst geheime" Zeichnungen kopiert und an Oscar gesandt haben soll. Oscar ist Mitglied des Hauptvorstandes der VVDM und zugleich Mitglied des revolutionär-antimilitaristischen Bond voor Dienstplichtigen (BVD).

Während der gerichtlichen Voruntersuchung wurde jedoch deutlich, daß die Militärjustiz ihre Anklage so schlecht vorbereitet hatte, daß die Untersuchungshaft immer absurder wurde. (Bei den Dokumenten soll es sich um Zeichnungen über atomsichere NATO-Bunker handeln, d.h. überall in der Friedensbewegung mit Interesse gehandelte Dinge — s. auch AK 223). So widersprachen sich die Zeugen, die aufgerufen waren, um über die Art der „gestohlenen" Dokumente auszusagen, in wesentlichen Punkten. Ihre Auffassungen über den Einstufungsgrad der Dokumente bewegten sich zwischen „nicht eingestuft" über „vertraulich" und „geheim" bis „cosmic Top Secret" (höchste Geheimhaltungsstufe und für mehrere NATO-Partner von Belang), womit so ungefähr alle Möglichkeiten ausgeschöpft waren. Die höheren Einstufungen wurden natürlich von Zeugen aus dem Kreis des militärischen Sicherheitsdienstes vorgebracht. Der Militär-Untersuchungsrichter Gillebard wird sich allerdings verdutzt hinter den Ohren gekratzt haben, als er vernahm, daß er selbst die Zeichnungen wegen ihres supergeheimen Charakters nicht einsehen durfte. Die Zeichnungen selbst hatte sich schon bald nach den ersten Verhaftungen ein sehr geheimnisvoller Zeuge angeeignet, der nur seinen (?) Namen preisgab (Bijl) und sich ansonsten strikt bedeckt hielt: *„Offizier des Königlichen Heeres — Rang, Alter und Adresse darf ich nicht angeben, weil dadurch die Sicherheit des Staates in Gefahr kommen könnte."* Dieser Offizier hatte die Unterlagen der Sektion Sicherheit des Heeres zur Verfügung gestellt, die dann stur darauf sitzen blieb.

Diese Ereignisse gelangten stückweise in Form merkwürdiger Geschichten an die Zeitungen. Zweifel über den Lauf der Dinge bei der Untersuchung breitete sich aus. In der Zeitung der niederländischen KP (CPN), „Waarheid", hieß es am 30. Juni, nachdem ein Oberst De Jong vom Nato-Zentrum Afcent (Brunssum) bekundet hatte, daß die Dokumente nur als „Dienstgeheim" zu bezeichnen sind (zu dieser Kategorie gehört auch der Speiseplan in den Kasernen): *„Die ganze Aktion um die vier VVDMer ist eine große Einschüchterungskampagne gewesen... Jedem Soldaten sollte sichtlich Angst gemacht werden. Angst vor dem VVDM. Angst, aktiv zu werden. Es sollte klar gemacht werden, was mit Leuten geschieht, die Mitglied von VVDM und/oder BVD sind und die sich so wie viele Niederländer der Atombewaffnung widersetzen."* Und die sozialdemokratisch orientierte „Volkskrant" kommentierte am 8. Juli (nach der Freilassung), daß sich der Eindruck verstärkt habe, *„daß es dem Verteidigungsministerium darum zu tun war, einige Schlüsselfiguren des schnell wachsendes Widerstandes der Soldaten gegen Atomwaffen zu greifen. Die Verhafteten waren damit beschäftigt, Verweigerungsaktionen gegen das Bewachen von Atomköpfen zu organisieren. Sie waren auch eifrig auf der Suche nach allem, was mit Atomwaffen in den Niederlanden zu tun hat. Deshalb braucht das Kopieren von Arbeitszeichnungen keine Verwunderung zu wecken."*

Bei der VVDM-Leitung führte die Konfusion, in die der Militärrichter geraten war, zu einer plötzlichen Kursänderung. Nachdem die beiden inhaftierten Soldatengewerkschafter kurz nach ihrer Verhaftung von der VVDM-Leitung ihrer Funktionen enthoben worden waren, „um Abstand zwischen der VVDM und den Angeklagten zu schaffen", kam auf der Vollversammlung am 8. Juli nun die Leitung selbst mit dem Vorschlag, diese Maßnahme wieder aufzuheben. Gegen den entrüsteten Protest der Delegierten der VVDM-Kasernenabteilungen gegen den zuvor eingenommenen Standpunkt setzte sich die Leitung nur lau zur Wehr („Beurteilungsfehler" usw.). Schließlich wurde auf der Versammlung eine Resolution über die Ablehnung der Funktionsenthebung zur Abstimmung gestellt und mit nur wenigen Gegenstimmen angenommen.

Diese neu geschaffene Klarheit führte auch dazu, daß nun doch ein breit angelegtes Unterstützungskomitee für die Angeklagten gebildet werden konnte. Das Komitee „Hände weg vom VVDM" besteht u.a. aus Vertretern der Friedensbewegung (IKV, Pax Christi, Frauen für Frieden, Frauen gegen Atomwaffen, Stoppt die Neutronen-Bombe, Vereinigung der (Kriegs)Dienstverweigerer), den Gewerkschaften (Gewerkschaftsdachverband FNV und Gewerkschaftsjugend), der Soldatenbewegung (VVDM, BVD, Komitee Soldaten gegen Atomwaffen) und politischen Parteien (Radikalpolitische Partei PPR, Kommunistische Partei CPN, Pazifistisch-Sozialistische Partei PSP, Internationaler Kommunistenbund IKB). Durch Abwesenheit glänzt: die sozialdemokratische PvdA, die sich, wie der „Groene Amsterdammer" erfuhr, in der derzeitigen Feriensituation „ein wenig führungslos herumtreibe".

Die Forderungen des Komitees „Hände weg vom VVDM" sind:

— Beendigung der Strafverfolgung gegen Steef und Oscar
— Unabhängige Untersuchung des Auftretens der Militärführung
— Keine Verletzung von Gewerkschaftsrechten
— Beendigung der Kriminalisierung der Anti-Atomwaffen-Soldaten

Der Kriegsrat führt derweil die Untersuchungen unverdrossen weiter, indem schon verhörte Zeugen und Sachverständige erneut befragt werden. Es gibt Anzeichen, daß die Militärjustiz dabei ist, die Erklärungen besser aufeinander abzustimmen und die entstandenen Löcher zu dichten. Die Gefahr eines Schauprozesses mit hohen Strafen ist sicher noch nicht gebannt. Der Prozeß wird im Herbst erwartet.

Ein Genosse vom Bond voor Dienstplichtigen

Der KB grüßt die angeklagten Soldatenkollegen warm, herzlich, kämpferisch — und überhaupt!

Bemerkungen zum Widerstand gegen den NPD-Bundesparteitag 1982

Der hilflose Antifaschismus der VVN

Der hilflose Antifaschismus der VVN

In Germersheim gründete sich ein Aktionskreis gegen den NPD-Bundesparteitag, nachdem der Tagungsort — die Stadthalle in Germersheim — bekannt wurde. Neben Vertretern der bürgerlichen Parteien, einigen Jugendverbänden, des DGB waren die Vereinigung der Verfolgten des Nazi-Regimes/Bund der Antifaschisten (VVN) maßgeblich an der Vorbereitung der Gegenaktionen beteiligt.

1. Ausschließlich für Samstag wurde zu einer Demonstration, Kundgebung und einem Kulturprogramm mobilisiert, obwohl für Sonntag das Deutschland-Treffen der Nazis beabsichtigt war. Antifaschistische Aktivität samstags, wenn die Nazis hinter Stadthallenmauern sitzen, und sonntags (Deutschlandtreffen) Straße frei für die Faschisten.
2. Mit den „Grauen Wölfen" (Türkische Faschisten) wurde vom Bündnis aus eine Absprache getroffen, daß während der Gegenaktionen keine Parolen oder Redebeiträge gegen die Militärdiktatur in der Türkei laut werden. Falls diese Absprache nicht eingehalten wird, drohten die türkischen Faschisten, Rache an den zahlenmäßig unterlegenen demokratischen Türken in Germersheim zu nehmen. Als Gipfel der Lächerlichkeit könnte man solche Absprachen mit Faschisten und Mördern bezeichnen, die im Ernstfall ja doch nicht eingehalten werden und die einer Kapitulation vorm Faschismus gleichkommen — wenn die Lage nicht so ernst wäre.
3. Das Bündnis beschränkte sich darauf, dem Bundesparteitag und dem Deutschlandtreffen, zu dem von der NPD bundesweit aufgerufen wurde, nur regionalen Widerstand entgegenzusetzen. Erfahrungen vergangener antifaschistischer Aktionen (Mannheim 78, Frankfurt 79, Ketsch 79...) haben gezeigt, daß durch breite und überregionale Mobilisierung öffentliche Aufmärsche der Nazis tatsächlich verhindert werden können.

Einige etablierte Vertreter des Antifaschismus scheinen diese Tatsache immer noch nicht begriffen zu haben.

Da das Germersheimer Bündnis diese drei schwerwiegenden Fehler machte, haben wir Vertreter antifaschistischer Organisationen und Initiativen aus Mannheim/Ludwigshafen und anderen Städten zu einem überregionalen Vorbereitungskreis eingeladen.

Da gerade aus Mannheim/Ludwigshafen sehr wenige der eingeladenen Gruppen erschienen, müssen wir uns fragen, ob für Grüne, Alternative, Anti-Imperialisten oder Demokratische Sozialisten der antifaschistische Kampf keine Bedeutung mehr hat.

Im Vorbereitungstreffen wurde fast einstimmig beschlossen, die Aktivitäten der Germersheimer — Demo, Kundgebung und Kulturprogramm am Samstag — zu unterstützen. Darüber hinaus war man sich einig, daß aktiver und effektiver antifaschistischer Kampf mehr beinhalten muß als von Germersheim her organisiert war.

In einem überregionalen Demo-Aufruf wurde für beide Tage mobilisiert. Wir riefen dazu auf, schon frühzeitig (9 Uhr) an beiden Tagen in Germersheim zu sein, um mit Straßenblockaden gegebenenfalls die Anreise der Nazis zu be- oder verhindern. Sonntags sollte auf jeden Fall das zu erwartende Deutschlandtreffen der Nazis durch zahlreiche Gegendemonstranten verhindert werden.

Auf unserem Vorbereitungstreffen war die VVN-Ludwigshafen eine der Organisationen, die dieses Vorgehen ablehnte.

Mit der Erklärung, man könne den Germersheimern am Sonntag keine Demonstration aufzwingen und die Vorbereitung antifaschistischer Gegenmaßnahmen dürfe nur in der Hand der Germersheimer liegen, zogen sich die VVN-Vertreter zurück und drückten sich vor inhaltlicher Diskussion. Die VVN-Ludwigshafen spaltete den antifaschistischen Widerstand, indem sie drei Tage später zu einem eigenen Vorbereitungstreffen einlud. „Versehentlich" wurden die Antifaschistische Gruppe Ludwigshafen und die Volksfront nicht eingeladen. Auf diese Art und Weise versuchte die VVN sich einer inhaltlichen Diskussion darüber, wie man den antifaschistischen Kampf aktiv und effektiv gestaltet, zu entziehen.

Diese Spaltung akzeptierten wir nicht und gingen zum Vorbereitungstreffen der VVN, um den dort Versammelten unserer Vorschläge zur Diskussion zu stellen. Die VVN versuchte mit allen Mitteln, die Versammelten auf die Plattform der Germersheimer zu zwingen und denunzierte uns auf übelste Art und Weise. Unsere Aufforderung, Selbstschutzmittel mitzubringen und in Germersheim gegebenenfalls Blockaden durchzuführen, seien der Beweis dafür, daß es uns nicht um eine politische Aktion ginge, sondern daß wir die Schlacht mit der Polizei suchten.

Als es den VVN-Vertretern mit diesen Verleumdungen immer noch nicht gelang, uns in der Versammlung zu isolieren, erklärte der VVN-Vorsitzende Moorweiser: „Man weiß ja, von wem ihr bezahlt werdet".

Fazit: In altbekannter Manier versuchte die VVN, ihren bürgerlichen Antifaschismus mit allen Mitteln zu retten, was ihr aber immer schwerer fallen wird.

Von der VVN Mannheim war bei Vorbereitung, Mobilisierung und Teilnahme zu Germersheim übrigens überhaupt nichts und niemand zu sehen.

Aufgrund all dieser negativen Erfahrungen mit der VVN müssen wir uns fragen, inwieweit eine Zusammenarbeit mit diesen selbsternannten Führern des antifaschistischen Kampfes in Zukunft überhaupt noch möglich ist.

Rückzug der Linken aus dem antifaschistischen Kampf...?

Kurz nachdem die NPD ihr Vorhaben angekündigt hatte, bildeten VVN, SPD, DGB ein Aktionsbündnis in Germersheim. Von diesem Bündnis wurde gegen den Bundesparteitag der NPD am Samstag aufgerufen. Es reisten dann samstags knapp 1500 Antifaschisten an. Die Bestrebungen der antifaschistischen Aktionseinheit aus Ludwigshafen, Mannheim, Heidelberg, Karlsruhe und einigen anderen Städten, für Samstag und Sonntag zu mobilisieren, stießen nur auf schwächste Resonanz. So waren am Sonntag sage und schreibe 150 Antifaschisten in Germersheim!

Waren es 1980 noch zehntausende Antifaschisten in Eschwege und Frankfurt, so waren es 1982 gerade noch einige hundert.

Ein Grund für die schwache Mobilisierung lag sicherlich in der Politik des Germersheimer Bündnisses, das in der Hauptsache sich auf die Maßnahmen von Stadtverwaltung und Gerichten gegen die Nazis verließ.

Wir fragen uns nun nach den Ursachen unserer Niederlage in Germersheim, denn eine solche war es ganz sicher. Warum wurde der NPD-Parteitag nicht einmal in der „linken" Tageszeitung erwähnt? Warum gab es keine erkennbare Bereitschaft in breitesten Teilen der Linken, gegen die Faschisten vorzugehen? Wie erklärt sich ein solcher Rückzug vom Anti-Nazi-Kampf?

War es nicht gerade die mangelnde Wachsamkeit der Antifaschisten, die den Nazis 1977 Tür und Tor öffnete für ihr Deutschlandtreffen, als sie mit 4000 Anhängern ungehindert durch eine „rote Hochburg" der Studentenbewegung, Frankfurt, ziehen konnten? Breite Bündnisse in den folgenden Jahren mobilisierten dann tausende Antifaschisten gegen die alljährlichen Massenaufmärsche der Faschisten. 1978 waren es 10.000, 1979 gar über 40.000; die Nazis konnten sich in Folge nicht mehr Massendemonstrationen erlauben, mußten sich in die Provinz zurückziehen. Die antifaschistische Bewegung in der BRD bekam sichtbaren Auftrieb. Antifaschistische Initiativen entstanden, die Rock gegen Rechts-Bewegung. Bundeskongresse fanden statt, der lokale Kampf gegen Nazigruppen wurde in vielen Städten aufgenommen. 1980 setzte dann ein umgekehrter Trend ein. Symptomatisch hierfür war das Verhalten eines Teils der Linken in Frankfurt. 1979 äußerte eine bekannte Figur der linken Szene, Daniel Cohn-Bendit, auf einem Teach-in in Frankfurt Thesen wie „Freiheit für Rudolf Hess", und Stefan Cobler meinte, die Linke hätte ein viel radikaleres Verhältnis zu Freiheitsrechten zu gewinnen. Demonstrationsrecht für Faschisten?! Die Frankfurter Sponti-Szene kehrte zuerst dem Anti-Nazi-Kampf folgerichtig den Rücken. Man weigerte sich, die Forderung nach Schließung des Faschistenbuchladens in Frankfurt zu unterstützen, man trat aus dem Rock gegen Rechts-Bündnis aus.

Man erklärte dem „Steckbriefantifaschismus" den Kampf; vielmehr hätte man nur die Frage nach den tendenziell und effektiv bestehenden Strukturen der Faschisierung des Staates zu stellen.

Berufsverbote, Todesschuß, Strafrechtsverschärfung, Polizeiausbau gehören aber unserer Ansicht nach zum „normalen" Repressionsapparat der bürgerlichen Demokratie, als eine Herrschaftsform des Kapitalismus. Staat ist nun einmal Ausdruck der Herrschaft und Unterdrückung der einen Klasse durch eine andere.

Faschismus aber setzt unseres Erachtens eine faschistische Massenbewegung voraus mit dem Ziel der Zerschlagung und grenzenlosen Ausbeutung der Arbeiterklasse.

In Theorie und Praxis nähert sich die Auffassung weiter Teile der Linken in der BRD überall den Positionen der KPD vor 1933, eine Theorie des „tendenziellen Faschismus". Faschismus-überall-Thesen haben aber damals und heute gleiche Züge: Keine Bündnisse mit Reformisten gegen organisierte Faschisten, weil doch der Staat angeblich schon längst faschistoid sei. Eine Erklärung für die mangelnde Aufmerksamkeit scheint uns in dieser Haltung zu liegen, die von einem zur Schau getragenen „Radikalismus linker Menschenrechtsverfechter" ausging. In der Konsequenz bedeutet eine solche Haltung eine Einladung an die Faschisten, sich weiter zu organisieren.

Eine Tendenz, die wir heute in erschreckender Form beobachten müssen. Allerorten Ausländerstopplisten, Nazischlägergruppen, Einflußnahme der Faschisten auf die Ökologiebewegung, allmählich sich verbessernde Wahlerfolge für NPD und ihre vielen Tarnorganisationen etc. etc., nicht zuletzt der massive Bombenterror sich immer durchorganisierter zeigender Faschistengruppen.

Die zunehmende Ausländerfeindlichkeit ist ein Dreh- und Angelpunkt heutiger faschistischer Politik, und die Faschisten haben da sicherlich noch nicht alles ausgeschöpft. Es ist fest mit einer sprunghaften Zunahme kleinerer und größerer faschistischer Gruppen zu rechnen. Müssen nicht schon heute wieder Ausländer und Linke in vielen Vierteln von BRD-Städten mit brutalen Übergriffen von Faschisten rechnen?

Ein weiterer Punkt für die momentane Schwäche der Antifa-Arbeit ist der Rückzug vieler Linker in sogenannte „Ein-Punkt-Bewegungen" (z.B. Friedensbewegung, Anti-AKW-Bewegung etc.). Nichts gegen eine Mitarbeit in „Ein-Punkt-Bewegungen"; doch wenn dabei der Blick für das gesellschaftliche Ganze verloren geht, führt dieser Weg in einen Reformismus à la SPD 69 und somit in eine Sackgasse.

Zu fragen ist, ob nicht in weiten Teilen der Linken die Gefahr, die von den Nazis ausgeht, unterschätzt wird. Anders ist die äußerst dürftige Beteiligung an antifaschistischen Aktionen 1982 kaum zu erklären.

Sicher, die Bekämpfung faschistischer Gruppen ist nicht der Nabel der Welt für die linke Politik in der BRD. Aber wir haben den Eindruck, daß viele Linke bei uns recht wenig aus unserer Geschichte, aus der Geschichte der Klassenkämpfe gelernt haben. Wie glaubt man eigentlich, will man den rigorosen Sozialabbau, die Massenarbeitslosigkeit, die totale Militarisierung, die Zerstörung unserer Umwelt durch wahnsinnige Industrieprojekte, politisch durchsetzen? Nur mit staatlicher Repression, mit den zur Verfügung stehenden Repressionsinstrumenten des bürgerlichen Klassenstaates. Aggression nach außen setzt nun mal auch „Befriedung" nach innen voraus. Es muß gelingen, die organisierten Faschisten zurückzudrängen. Mit nur radikaldemokratischen und letztlich kleinbürgerlichen Theorien wird uns das nicht gelingen. Günther Deckert gab die Losung der Faschisten auf dem vorletzten Bundesparteitag aus: „Wir müssen die Straße von den Linken zurückerobern". Genau dies gilt es zu verhindern.

Wir fordern Euch alle auf: Äußert Euch zu dieser Frage. Wir brauchen jetzt eine breite Diskussion darüber, die die entsprechenden Konsequenzen zieht, und das, bevor die Faschisten wieder zu stark werden.

Antifaschistische Gruppe Ludwigshafen



Für dieses Zimmer, in dem sechs Pakistani hausen, zahlen die Sozialämter in Berlin monatlich 3072 Mark Miete

Das neue Asyl-»Recht«:

»Wer wirklich verfolgt ist, nimmt diese Behandlung hin...«

In atemberaubender Geschwindigkeit ist das einstmals liberale Asylrecht der BRD von den Herrschenden beseitigt worden. Die zwangsweise Einweisung von politisch Verfolgten in sogenannte ,,Sammellager'' stellt einen makabren Höhepunkt, aber noch lange nicht das Ende dieser Entwicklung dar.

,,Wer wirklich politisch verfolgt ist, nimmt diese Behandlung hin, und wer aus ärmeren Ländern kommt, dem erscheint sie sicher nicht einmal unangemessen'', meint z.B. der CDU/CSU-Bundestagsabgeordnete **Fellner**. Und: *,,Wir müssen bei diesem unserem Verhalten natürlich einige Erwartungen enttäuschen. Wir müssen aber noch mehr dafür tun, daß Erwartungen überhaupt nicht aufkommen''.*

Das will auch der ehemalige NDR-Intendant und sozialdemokratische ,,Kommunalexperte'' **Martin Neuffer**, der in seinem jüngst erscheinenen Buch (,,Die Erde wächst nicht mit'') eine *,,Beschränkung des Asylrechts auf Bürger europäischer Länder''* als *,,sachgerecht''* ins Auge faßt (lt. ,,Spiegel'' 16/82).

,,Überbevölkerung'', ,,Wachstumsprobleme'', Konflikte mit ,,nichtintegrierten'' Einwanderergruppen sind die Gefahren, die Neuffer infolge weltweiter Flüchtlingsströme auf die kapitalistischen Metropolen zukommen sieht. Die tatsächlichen Gründe für das millionenfache Flüchtlingselend bleiben hierbei selbstverständlich im Hintergrund. Seit über 150 Jahren haben Kolonialismus und Imperialismus in der sog. ,,3. Welt'' Hunger, Armut und Unterdrückung produziert, sind jegliche Bestrebungen dieser Völker nach politischer und wirtschaftlicher Unabhängigkeit unnachgiebig bekämpft worden. Nicht aber von dieser Politik, sondern von ihren Folgen soll Westeuropa künftig verschont bleiben. Die Grenzen sollen für Flüchtlinge aus der ,,3. Welt'' dichtgemacht werden, oder in Neuffers Worten: *,,Die Reichen werden Todeszäune ziehen''*. Mag dies auch momentan noch überspitzt klingen, so ist es doch kennzeichnend für die Richtung, die alle westlichen imperialistischen Staaten in ihrer Asyl- und Ausländerpolitik eingeschlagen haben, Frankreich genauso wie die BRD, die Schweiz, die Niederlande ebenso wie Großbritannien.

Alle Debatten über asylrechtliche Belange haben stets nur eine Verschlechterung und Entdemokratisierung zum Ziel — in ganz Europa. Die jüngste Verabschiedung des am 1. August in Kraft getretenen Asylverfahrensgesetz, nämlich das Grundrecht auf Asyl für zwei Jahre außer Kraft zu setzen, liegt auf dieser Marschroute und wird nicht nämlich das Grundrecht auf Asyl für zwei Jahre außer Kraft zu setzen, liegt auf dieser Marschroute und wird nicht die letzte Maßnahme sein. Schon sind weitere ausländerrechtliche Veränderungen in der Diskussion: ausländische Kinder sollen im Rahmen der Familienzusammenführung nur noch bis zum 6. Lebensjahr nachgeholt werden können.

Historisches zum Asylrecht und seiner Handhabung in der BRD

Unter dem Begriff ,,Asylrecht'' ist in der herrschenden Rechtspraxis und -theorie nicht das subjektive Recht des einzelnen Flüchtlings auf Asylgewährung bzw. die Pflicht eines Staates, Asyl zu gewähren, zu verstehen. Asylrecht meint das Recht des einzelnen Staates, Asyl zu gewähren oder auch nicht.

In keiner internationalen Vereinbarung ist ein individuelles Recht auf Erhalt von Asyl verankert. So heißt es in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte vom 10. Dezember 1948: *,,Jeder Mensch hat das Recht, in anderen Ländern vor Verfolgung Asyl zu suchen und zu genießen''* anstatt ,,zu suchen und zu erhalten'' (,Asyl bei den Deutschen', Rowohlt, Hamburg 1982, S. 162). Das heißt, daß dem Flüchtling kein Vorwurf daraus gemacht werden darf, wenn er Asyl sucht und er das Asyl genießen darf, wenn es ihm gewährt wurde. Aber die entscheidende Frage des Rechtes auf Gewährung wurde offen gelassen.

Somit ist jedem Staat, ohne die ,,Allgemeine Erklärung der Menschenrechte'' zu verletzen, die Möglichkeit gegeben, nach unmittelbaren wirtschaftlichen oder politischen Interessen Zuflucht zu gewähren oder auch-nicht.

Lediglich die Bundesrepublik ist über den Stand des Völkerrechts hinausgegangen und hat in ihrem Grundgesetzartikel 16 Abs. II (,,Politisch Verfolgte genießen Asyl'') den politisch Verfolgten ein einklagbares Individualrecht eingeräumt. Dies wurde in der parlamentarischen Debatte 1948/49 mit dem Hinweis darauf begründet, daß viele Deutsche während des deutschen Faschismus Zuflucht vor Verfolgung in anderen Ländern gefunden hätten.

Eigentlich hätte die Begründung genau andersherum lauten müssen. Gerade weil deutsche Antifaschisten/innen sehr große Schwierigkeiten hatten, Asyl zu erhalten und in den betreffenden Ländern oftmals ohne Schutz lebten oder staatlicher Bespitzelung ausgesetzt waren, muß eine eindeutig demokratische Asylrechtsregelung geschaffen werden. Erinnert sei z.B. an die unglaublichen Schwierigkeiten deutscher Kommunisten in England und in den USA. Oder an die Zustände in der Schweiz. Diese verweigerte während des Hitlerfaschismus bis auf wenige Ausnahmen das Asyl für politisch Verfolgte und für jüdische Bürger/innen. Bekanntgeworden ist 1936 die versuchte Abschiebung eines verfolgten Juden an die GeStaPo. Beweise für die politische Verfolgung lagen vor. Schließlich wurde er in das noch nicht nazistische Österreich abgeschoben (,,Asyl bei den Deutschen'', S. 9).

Die seit Jahrhunderten, von wenigen Ausnahmen abgesehen, gängige Praxis, nämlich nur die als politisch Verfolgte anzusehen, die aus politischen oder wirtschaftlichen Gründen genehm sind, wollte die CDU in der Grundgesetzdiskussion des Parlamentarischen Rates (1948/49) gesetzlich geregelt wissen.

So sollte politisch Verfolgten das Grundrecht auf Asyl nicht generell gewährt werden. *,,Ich sehe keinen Grund dafür ein, daß etwa Ausländer, die aus ihrer Heimat nach Deutschland gekommen sind, weil sie sich in ihrer Heimat aktiv gegen die Demokratie eingesetzt haben, in Deutschland unbedingt ein Asylrecht haben sollen. Sie sollen gegen Auslieferung geschützt sein, aber es soll die Möglichkeit bestehen, sie des Landes zu verweisen. Wenn wir das Asylrecht so weit fassen, dann schaffen wir Voraussetzungen dafür, daß alle diejenigen, die sich wegen eines aktiven Einsatzes gegen die demokratische Grundordnung in ihrer eigenen Heimat nicht aufhalten können, in Deutschland ungestraft und unter Berufung auf dieses Asylrecht weiterleben und weiterarbeiten können''* (Dr. v. Brentano — CDU, vgl. ,,Asyl bei den Deutschen,'' S. 28).

Nun weiß jeder, daß es kaum ein Militärregime gibt, daß sich nicht demokratisch zu nennen pflegt. Und daß es kaum dubiose ,,Reform''äußerungen oder Wahlversprechen von Diktatoren gibt, die hierzulande nicht als Demokratisierung interpretiert und hochgejubelt werden.

Ein Blick auf die Quoten der Anerkennung von Asylbewerbern aus den RgW-Staaten im Gegensatz zu anderen Staaten zeigt denn auch, daß in der Rechtspraxis Asylbewerber aus politisch nicht genehmen Staaten mit anderer Gesellschaftsordnung (und somit in der Regel politisch genehme Asylbewerber) um ihre Anerkennung bislang nicht zu fürchten brauchten. Umgekehrt allerdings umso mehr (siehe auch nebenstehenden Kasten).

1981 ist die allgemeine Anerkennungsquote noch weiter gesunken. Von den in diesem Jahr bearbeiteten Anträgen wurden von 78.945 Asylbewerbern insgesamt 8.531 (= 11,01 %) anerkannt, davon lediglich 190 Personen aus Westeuropa (einschl. Türkei). Dies sind 2,2 % aller anerkannten Asylbewerber.

Aus Osteuropa wurden dagegen 4.393 Personen und aus Asien 2.409 Antragsteller anerkannt.

In der ersten Instanz (Anerkennungs-ausschuß beim Bundesamt) betrug die Anerkennungsquote 1981 12,62 %, in der zweiten Instanz (Verwaltungsgericht) 3,31 %, in der dritten Instanz (Oberverwaltungsgericht) 0,04 % (drei Personen!). Bei der letzten Instanz vor dem Bundesverwaltungsgericht hatte keiner mehr eine Chance (Zeitschrift für Ausländerrecht und Ausländerpolitik 2/1982).

Hierbei muß erwähnt werden, daß z.B. türkische und kurdische Asylbewerber so gut wie keine Chance auf Anerkennung haben. Lediglich in den letzten Monaten wurden aufgrund der öffentlichen Berichterstattung und der Proteste über die Verhältnisse in der Türkei Ausnahmen gemacht. Das heißt aber noch nichts, da die Bundesregierung mithilfe ihres ,,Bundesbeauftragten für Asylangelegenheiten'' nach jeder Entscheidung in jeder Instanz Widerspruch einlegen kann. Und dies ist bei türkischen und kurdischen Verfolgten die Regel.

Deutlich wird die politische Selektion der Verfolgten auch bei den großen Übernahme-Aktionen der Bundesregierung. 1956 wurde zum Beispiel im Rahmen der Ungarn-Aktion 14.000 Ungarn Asyl gewährt. Demgegenüber wurden während der im Jahre 1973 begonnenen Chile-Aktion nur 1.800 chilenische Flüchtlinge aufgenommen. Nicht ohne jedoch vorher vom Bundesamt für den Verfassungsschutz sicherheitsüberprüft worden zu sein. Mitglieder des MIR (revolutionäre Org. in Chile) wurden von vornherein ausgeschlossen. Lediglich in Einzelfällen gelang ihnen der Zugang zum Bundesgebiet. 1968 wurden 13.000 Flüchtlinge aus der CSSR aufgenommen. Dagegen wurden 1978 für argentinische Verfolgte lediglich 400 Aufnahmeplätze zur Verfügung gestellt. Auch die argentinischen Verfolgten mußten Sicherheitsüberprüfungen des Bundes und der Länder über sich ergehen lassen. Am 1. Oktober 1981 waren erst 30 politische Gefangene mit ihren Familien in der BRD eingetroffen. (,,Asyl bei den Deutschen'', S. 104 ff). Politisch verfolgt ist, wer hier politisch erwünscht ist!

Doch ging es nicht immer nur um politische Solidarität gegenüber Flüchtlingen aus dem gegnerischen Lager. Hier waren durchaus auch handfeste ökonomische Interessen mit im Spiel. 1966 diskutierte der Bundestag über die allzu schnelle Ausweisung von Asylbewerbern (sog. Wirtschaftsflüchtlingen) aus den Ostblockländern. Der SPD-Abgeordnete Schmitt-Vockenhausen brachte das ganze auf den Punkt: *,,Solange die Bundesrepublik 1,3 Mill. Gastarbeiter beschäftigt, wird sie auch in der Lage sein, die jährlich eintreffenden rund dreitausend Wirtschaftsflüchtlinge zu verkraften. Die Unternehmer aus dem Ruhrgebiet stehen im Lager Zirndorf regelrecht Schlange, um ungarische und jugoslawische Arbeitskräfte anzuwerben.''* Die Folge daraus: Das Bundesinnenministerium wurde aufgefordert, bei Anerkennungsverfahren für Asylbewerber aus dem Ostblock für eine *,,(...) nicht zu enge Auslegung des Begriffs der politischen Verfolgung Sorge zu tragen.''* Aber damit nicht genug. Die Bundesregierung untersagte generell die Ausweisung von Asylbewerbern aus osteuropäischen Staaten, selbst wenn eindeutig feststeht, daß sie nur aus wirtschaftlichen Gründen in die Bundesrepublik gekommen sind (,,Asyl bei den Deutschen,'' S. 42f).

Wenn Arbeitskräftemangel besteht, kann das Asylrecht durchaus recht großzügig gehandhabt werden. Übrigens nicht das erstemal in der deutschen Geschichte. Preußen nahm im 17. Jahrhundert die in Frankreich verfolgten Hugenotten nicht aus purer Menschenliebe auf. Die 20.000 religiös Verfolgten wurden als qualifizierte Arbeitskräfte dringendst benötigt und Preußen hoffte, mit ihnen zu wirtschaftlichem, kulturellem und militäri- Verfolgten wurden als qualifizierte Arbeitskräfte dringendst benötigt und Preußen hoffte, mit ihnen zu wirtschaftlichem, kulturellem und militäri-schen Aufschwung zu kommen.

Land	Anerkennungen	
Tschechoslowakei	Anerkennungen 1974: 86,8 %	xxxx
	Anerkennungen 1975: 94,4 %	xxx
Polen	Anerkennungen 1974: 80,6 %	xxxx
	Anerkennungen 1975: 80,4 %	xxx
Bulgarien	Anerkennungen 1974: 92,5 %	xxx
	Anerkennungen 1975: 95,2 %	xx
VR China	Anerkennungen 1974: 70,2 %	x
	Anerkennungen 1975: 41,6 %	x
Iran (unter dem Schah-Regime)	Anerkennungen 1974: 12,5 %	x
	Anerkennungen 1975: 5,0 %	x
Pakistan	Anerkennungen 1974: 33,4 %	x
	Anerkennungen 1975: 0,4 %	xxxx
Ägypten	Anerkennungen 1974: 1,3 %	xxx
	Anerkennungen 1975: 2,6 %	xxx
Rumänien	Anerkennungen 1974: 94,6 %	xxxx
	Anerkennungen 1975: 93,0 %	xxx
Ungarn	Anerkennungen 1974: 91,2 %	xxxx
	Anerkennungen 1975: 96,3 %	xxxx
UdSSR	Anerkennungen 1974: 75,0 %	x
	Anerkennungen 1975: 81,3 %	x
Vietnam (Süd)	Anerkennungen 1974: 18,8 %	x
	Anerkennungen 1975: 99,8 %	xxx
	Anerkennungen 1976: 99,8 %	xxxx
	Anerkennungen 1977: 100 %	xxx
Türkei	Anerkennungen 1974: 3,5 %	xx
	Anerkennungen 1975: 25,5 %	xxx
Libanon	Anerkennungen 1974: 0,0 %	xxx
	Anerkennungen 1975: 1,4 %	xxx
Irak	Anerkennungen 1974: 9,2 %	xx
	Anerkennungen 1975: 5,6 %	xxx

x betroffen sind 10 - 49 Personen
xx betroffen sind 50 - 99 Personen
xxx betroffen sind 100 - 499 Personen
xxxx betroffen sind mehr als 500 Personen.
Bei weniger als 10 Personen keine Angaben.

Asylrecht und kapitalistische „Konjunktur"

In den vergangenen Jahren stieg die Anzahl der Asylbewerber stark an:

1973:	5.595 Personen
1974:	9.424 Personen
1975:	9.627 Personen
1976:	11.123 Personen
1977:	16.400 Personen
1978:	33.136 Personen
1979:	51.493 Personen
1980:	107.818 Personen
1981:	49.391 Personen

(,,Von der Verfolgung ins Sammellager'', Frankfurter Rechtshilfekomitee für Ausländer, S. 7; FAZ 29.1.81; Hamb. Abendblatt 15.5.82).

Da der Arbeitskräftemarkt abgedeckt ist und die Arbeitslosigkeit ansteigt, bestand kein wirtschaftliches Interesse an der Ausbeutung dieser Menschen, so daß parallel zum Anstieg der Asylbewerberzahlen ihre rechtliche und soziale Lage schrittweise verschlechtert wurde.

Auf der juristischen Ebene sorgten zwei ,,Gesetze zur Beschleunigung des Asylverfahrens'' (25.7.78 und 16.8.80) dafür, daß die Berufungs- und Revisionsmöglichkeiten drastisch eingeschränkt wurden.

Hinzu kamen 1980 ein einjähriges Arbeitsverbot für Asylbewerber und 1981 die Einführung der Visumspflicht (für die Türkei, Afghanistan, Äthiopien, Sri Lanka, Bangladesh, Indien) und die Streichung des Kindergeldes.

Obwohl 1981 die Anzahl der Asylbewerber durch die o.g. Maßnahmen erkennbar zurückging, wurde das Arbeitsverbot auf zwei Jahre erweitert (Ostblockflüchtlinge nur ein Jahr), denn 1981 drängten 60.000 - 70.000 Asylbewerber auf den Arbeitsmarkt, deren zwölfmonatige Wartezeit abgelaufen war. (SZ, 7.8.81)

Eine weitere in fast allen Bundesländern praktizierte Maßnahmen ist die willkürliche Kürzung des Sozialhilfesatzes in der Regel um 10 % (in Baden-Württemberg 20 %), d.h. um den Teil, der u.a. für kulturelle Ausgaben vorge-

Forts. v. voriger S.

sehen ist, der aber nicht zur Anwendung kommen soll, da Asylbewerber sich hier gar nicht erst einleben sollen.

Die Sozialhilfe wird in der Regel bis auf den Taschengeldanteil nur noch in Form von Sachleistungen (z.B. Bekleidungsgutscheine) gewährt.

Sammellager als Abschreckung

Die sich bundesweit durchsetzende generelle Einweisung von Asylbewerbern in sog. „Sammellager" trägt entscheidend dazu bei, das Ziel der gegenwärtigen Asylpolitik zu erreichen, nämlich den Aufenthalt der hier lebenden Asylbewerber derart unmenschlich zu gestalten, daß Verfolgte oder aus wirtschaftlichen Gründen Asylsuchende von vornherein davon abgeschreckt werden, in der BRD um Asyl zu bitten.

Durch diese Politik werden sich natürlich andere europäische Staaten genötigt sehen, ähnliche Maßnahmen zu ergreifen, um den Zustrom von Asylbewerbern einzuschränken, der dann stärker auf sie zukommen wird. Inso-


Stern, 13.3.80

Erst registriert ...

fern wird sich die Asylpolitik der europäischen Staaten nach und nach anglei-

fern wird sich die Asylpolitik der europäischen Staaten nach und nach angleichen.

Doch zurück zur Abschreckung, über die es in einem vertraulichen Senatspapier (Hamburg) vom November 1981 heißt, daß für die Unterbringung in Gemeinschaftsunterkünften mit Vollverpflegung folgende Gründe sprechen:

„(...) — *nicht nur das fehlende Bargeld, sondern auch die mit dem obligatorischen Wohnen in der Gemeinschaftsunterkunft verbundene Einschränkung der Gestaltungsfreiheit des persönlichen Lebens* (das sollte man zweimal lesen, der Verf.!) *mindern die Attraktivität und üben eine abschreckende Wirkung aus; dies läßt sich an den bisherigen Erfahrungen anderer Länder eindeutig belegen.*" (S. 43)

Daß dies der Grund ist für die Einrichtung von Sammellagern und nicht die in den Medien vorgetäuschten finanziellen Probleme, wird im gleichen Papier ausdrücklich betont: „*Eine unmittelbare finanzielle Einsparung ist mit der Einrichtung obligatorischer Gemeinschaftsunterkünfte allerdings nicht verbunden. Abgesehen von den erheblichen Vorleistungen, die für die Einrichtung solcher Unterkünfte mit der erforderlichen Kapazität zunächst erbracht werden müssen, ist der Betrieb solcher Gemeinschaftsunterkünfte mit Vollversorgung mit erheblichen Personal- und Sachkosten belastet,*" (Seite 44)

Neben der Abschreckung liegt der Vorteil auch noch in intensiven Kontrollmöglichkeiten über die Lagerinsassen, was sich gerade bei abgelehnten Anträgen im darauffolgenden Abschiebungsverfahren rentieren wird.

„Aufnahmekapazität" erreicht?

Die finanziellen Aufwendungen des Staates für Asylbewerber sind vergleichsweise gering, werden freilich in der Öffentlichkeit maßlos aufgebauscht, um die fortschreitende Vernichtung des Asylrechtes zu legitimieren. Hessen veranschlagte für 1981 etwa 90 Mill. DM, im niedersächsischen Haushalt sind im gleichen Jahr 68 Mill. DM für die Asylbewerber (einschl. Vietnam-Flüchtlinge) einkalkuliert worden. Und Hamburg hat für 1982 ca. 80 Mill. DM eingeplant. Im Vergleich dazu: ein Tornado-Kampfflugzeug kostet 78 Mill. DM.

Aber während den Vermietern von Elendsquartieren, überbelegten Hotelzimmern usw. bedenkenlos Wuchermieten gezahlt werden und obwohl den Asylbewerbern durch Arbeitsverbot jede Möglichkeit genommen wird, für den eigenen Lebensunterhalt zu sorgen, andererseits auch die Sozialhilfe noch gekürzt wird, trifft s i e der Vorwurf des „Schmarotzertums". Dies ist gewollt und kommt an. „Asylbetrüger", „Asylschnorrer" und dergleichen Ausdrücke mehr tauchen in Politik und Medien in schöner Regelmäßigkeit auf, wenn sich über das sog. „Asylantenproblem" auseinandergesetzt wird. Und noch ein verlogenes „Argument" wird ausgiebig strapaziert: Die „Aufnahmekapazität" der BRD sei erreicht, wenn nicht gar schon überschritten. Bezeichnenderweise wird allerdings nirgendwo der Versuch unternommen, diese Größe zahlenmäßig zu definieren und zu begründen. Dies dürfte auch schwerfallen, zumal in einem Land, das seit Jahren eine rückläufige Bevölkerungsentwicklung aufzuweisen hat.

Ein Internationaler Vergleich sowie die Erfahrungen aus der BRD-„Vertriebenenpolitik" zeigen jedenfalls, daß das Herumjonglieren mit ominösen „Kapazitäten" reine Zweckpropaganda ist:

Nach Angaben der UN gibt es zur Zeit in der Welt mindestens 15 Mill. Flüchtlinge. Der Anteil der in der BRD

lebenden Flüchtlinge ist mit 94.000 (Stand 30.6.81) äußerst gering. („Asyl

lebenden Flüchtlinge ist mit 94.000 (Stand 30.6.81) äußerst gering. („Asyl bei den Deutschen", S. 256).

Im Gegensatz dazu die sogenannten klassischen Aufnahmeländer (Stand 30.6.81):

Sudan	500.000 Flüchtlinge
Somalia	1.200.000 Flüchtlinge
Pakistan	2.000.000 Flüchtlinge
Malaysia	107.200 Flüchtlinge

(„Asyl bei den Deutschen", S. 257)

Daß der Lebensstandard dieser Länder weit unter dem der Bundesrepublik liegt, braucht wohl kaum besonders betont werden.

Doch auch der europäische Vergleich zeigt, daß die BRD nicht „das Sozialamt der Welt" ist. Der Hamburger „Arbeitskreis Asyl" veröffentlichte folgende Zahlen für 1980:

Frankreich	160.000 Flüchtlinge
Groß-Britannien	146.000 Flüchtlinge
Bundesrepublik	87.000 Flüchtlinge
Griechenland	42.000 Flüchtlinge
Schweiz	40.000 Flüchtlinge
Belgien	33.000 Flüchtlinge
Schweden	20.000 Flüchtlinge

(lt. Zeitschrift ‚scene', 1.1.82).

In den Jahren 1953 - 1979 haben ca. 300.000 Personen in der BRD einen Antrag auf Asyl gestellt. Alle diese Menschen, die innerhalb dieser 18 Jahre irgendwann mal ihren Fuß auf Bundesgebiet gesetzt haben, zusammengenommen, ergeben nur 0.5 % der heutigen Gesamtbevölkerung. In den Jahren 1953 - 1979 wurden von den Antragstellern lediglich 57.000 Personen als politisch Verfolgte anerkannt.

Im Vergleich hierzu hat Frankreich in den letzten fünf Jahren allein aus Indochina 63.000 Flüchtlinge aufgenommen.

Von den zwischen 1953 - 1979 in der BRD anerkannten 57.000 Asylberechtigten leben heute nur noch rund 26.000 hier. Im Vergleich dazu Österreich: Von 1945 - 1980 kamen 1.800.000 politische Flüchtlinge in das Nachbarland, 600.000 blieben dort. (‚Von der Verfolgung ins Sammellager', S. 7 f)

Warum also in der Bundesrepublik die Aufnahmekapazität angesichts dieser Größenordnung begrenzt sein soll, kann absolut nicht begründet werden. Erst recht nicht, wenn man bedenkt, daß ab 1945 über 12 Millionen Flüchtlinge, Vertriebene, Spätaussiedler usw. aus dem Osten aufgenommen werden konnten. Allein 1981 standen den 49.391 Asylbewerbern immerhin 69.341 Aussiedler aus RgW-Staaten gegenüber. (FR 5.1.82)

Im Falle der deutschstämmigen, politisch zumeist erzkonservativen Aussiedler, haben finanzielle Erwägungen, Arbeitsmarktprobleme oder die sog. „Aufnahmekapazität" allerdings noch nie eine Rolle gespielt, abgesehen davon, daß diese Menschen gegenüber den Asylbewerbern ein Vielfaches an finanziellen Zuwendungen erhalten.

Aber es sind eben „Deutsche", auch wenn ihnen die Landessprache vielfach unbekannt ist und ihre Vorfahren seit Generationen in anderen Ländern aufgewachsen sind.

In dieser krass unterschiedlichen Behandlung kommt neben politischen Gründen (Stärkung des Antikommunismus nach innen und außen) und wirtschaftliche Überlegungen (Interesse an disziplinierten Fachkräften, Schwächung des RGW) noch ein weiteres Element zur Geltung: Eine nationalistische „Heim-ins-Reich"-Mentalität von durchaus rassistischer Qualität.

„Asylant" = Innerer Feind

Das sog. „Asylantenproblem" — wie die „Ausländerfrage" insgesamt — ist mit enormen propagandistischen Aufwand in Szene gesetzt worden, um einen innenpolitischen „Sündenbock" für Krisenangst und Krisenfolgen präsentieren zu können. Demnach gelten Asylbewerber nicht mehr als politisch oder wirtschaftlich Bedrohte, sondern in erster Linie s e l b s t als soziale und politische B e d r o h u n g. Sie

sind ein Störenfried, der sich als „Welle", „Flut" oder „Schwemme" wie ei-

sind ein Störenfried, der sich als „Welle", „Flut" oder „Schwemme" wie eine Naturkatastrophe in der Bundesrepublik ergießt und Wohlstand, Ruhe und Ordnung gefährdet. Und so etwas gehört natürlich kontrolliert und eingesperrt — am besten in ein Lager.

Diese demnächst überall eingerichteten Lager dienen nicht nur den Asylsuchenden als Abschreckung. Sie sollen gleichfalls die Bundesdeutschen vor den Asylbewerbern abschrecken.

Dies ist der psychologische Effekt, denn was nicht gefährlich ist, braucht nicht in ein Lager, für die der CSU-Fraktionsvorsitzende des Bayrischen Landtages „umzäunte Baracken mit Wehrposten" fordert. (Stern 13.3.80)

Doch auch ohne uniformierte Bewachung ist das Leben in den Lagern nicht nur erniedrigend und demütigend, sondern schlicht menschenunwürdig.

Da wird den Insassen im besten Amtsdeutsch der Gebrauch des Toilettenpapieres vorgeschrieben. Es wird ihnen nur noch ausnahmsweise gestattet, das Essen nach ihren Gewohnheiten zuzubereiten. Sie müssen alle die fremde Gemeinschaftskost zu sich nehmen.

Die Ungewißheit des Asylverfahrens, die Langeweile, die schikanöse Behandlung, die Verweigerung von Arbeit, lediglich ein paar DM Taschengeld usw. produzieren Dauerstreß und fördern psychosomatische Krankheiten.

Nicht viel anders ist es in den zu „Gemeinschaftsunterkünften" umgebauten Wohnheimen. „Zum Teil gravierende Mißstände" (OB Wallmann) wurden in Frankfurter Unterkünften aufgedeckt. So wohnte z.B. eine schwangere Frau mit vier Kindern in einem Zimmer mit lediglich vier Betten, Schränke fehlten völlig. (FR, 30.8.80)

In einem anderen Wohnheim (umgebaute Kaserne) setzte die Anstaltsleitung die Essenszeiten für die Frauen schikanös fest: Frühstück 7.00 Uhr, Abendessen 16.30 Uhr (!). Die meisten von diesen Frauen lebten schon seit längerer Zeit in der Bundesrepublik bei ihren Männern. Als sie einen Asylantrag stellten, kamen sie sofort in eine Gemeinschaftsunterkunft. (taz, 30.9.81)

Wie im Wartesaal ...

Ein türkischer Asylbewerber in Baden-Württemberg, der bereits „einen eigenen Hausstand gegründet" hatte, erhielt keine Sozialhilfe, da ihm zuzumuten sei, in einem Lager zu leben, wo Unterkunft und Verpflegung zur Verfügung gestellt wird.

Es könne von einem Asylbewerber erwartet werden, daß er die Unannehmlichkeiten eines vorübergehenden Lageraufenthaltes auf sich nimmt, um die Prozedur der Asylgewährung zu erleichtern. (FR, 7.5.80)

Ähnlich erging es einem kurdischen Asylbewerber. Er weigerte sich, in ein Hotel zu ziehen, da er nach der erlittenen Folter in der Türkei nicht mit einem fremden Menschen in einem engen Zimmer leben konnte, und bat das Sozialamt (das für ein Hotelbett zwischen 840 DM und 1.400 DM monatlich zahlt) stattdessen die Miete für eine Ein-Zimmer-Altbauwohnung (240 DM monatlich) zu übernehmen. Er hatte sich die Wohnung mithilfe von Freunden gesucht. Der Antrag war „nicht gerechtfertigt", denn: „*Mit einer Übernahme der Mietkosten würde die Anmietung der Wohnung gebilligt. Dies könnte gleichzeitig als Billigung einer endgültigen Niederlassung verstanden werden.*" (Stern 20/81)

„Wie im Wartesaal..." sollen sich die Asylbewerber fühlen. Und dieser Wartesaal ist räumlich eingegrenzt: Ein pakistanischer Asylbewerber aus dem Sammellager Neuberg a.d. Donau erhielt eine Geldstrafe, weil er seine Frau besucht hatte, die für ein paar Wochen aus Karatschi gekommen war — sie

hielt eine Geldstrafe, weil er seine Frau
besucht hatte, die für ein paar Wochen aus Karatschi gekommen war — sie

trafen sich nämlich 500 m von der Bannmeile entfernt. (Stern, 13.3.80)

Mit dem Grundgesetz vereinbar ist diese eingeschränkte Freizügigkeit allemal. So jedenfalls das Oberverwaltungsgericht Münster, denn „*(...) dadurch (wird) eine angemessene Überwachung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung erleichtert, wenn nicht gar erst ermöglicht.*" (FR, 29.1.82)

Die Menschen in den Unterkünften haben mehrfach Proteste und Hungerstreiks gegen die unwürdigen Behandlungen organisiert, z.T. erfolgreich.

Besonders bekannt wurde die Flucht von 42 Asylbewerbern aus einem zum Sammellager umgebauten Gestüt im Landkreis Lüchow-Dannenberg. Alltägliche Schikane, Handgreiflichkeiten, Beleidigungen und Überwachung waren der Anlaß für diesen spektakulären Auszug. Und wohl zum erstenmal in der Geschichte der Bundesrepublik erklärten sich Familien der Umgebung bereit, Asylbewerber kostenlos aufzunehmen. (taz, 26.4.82)

Das Gegenteil ist bundesdeutsche Regel. „Kein Asylanten-Lager in Littenweiler!" war der Slogan eines Aufrufes, den 1.000 Freiburger unterschrieben: Die Ausländer würden nur neidisch werden, wenn sie den Wohlstand der Ortsansässigen sehen. (Stern, 13.3.80)

Neidisch werden könnte man bei den Wuchermieten, die skruppellose Vermieter kassieren, die ihre Kammern an die Sozialämter vermieten. In Berlin-Charlottenburg „wohnen" 36 Asylbewerber aus Ghana in einer 200 qm kleinen Altbauwohnung. Das Sozialamt zahlt 18 DM pro Bett pro Nacht, rund 20.000 DM Mieteinnahmen für den Vermieter im Monat. (Stern, 29.1.81) Dies ist absolut kein Einzelfall. Es gibt noch skandalösere.

Solche Probleme entledigte man sich im Oberpfälzischen vorbeugend. In Pressath lies der SPD-Bürgermeister kurzerhand ein vom Landkreis als Wohnheim geplantes Haus aufkaufen und abreißen. „*Da kannst' ja stündlich drauf warten, daß was Kriminelles passiert*" meint sein CSU-Stadtratskollege über die nun nicht mehr kommenden Asylbewerber. (Stern, 4.2.82)

Arbeitsdienst für politisch Verfolgte

Kriminell und vor allem an eine gewisse Tradition anknüpfend ist der Versuch der CDU-Regierung in Westberlin, Asylbewerber zum Arbeitsdienst zu verpflichten. Willkürlich wurden 200 Asylbewerber herausgesucht und aufgefordert, für 1,25 DM/Std. Granulat von der Straße zu fegen oder andere Arbeiten im Garten- und Forstbetrieb zu verrichten.

Den 101 Asylbewerbern, die dieser Aufforderung nicht nachkommen, soll die Sozialhilfe um den Taschengeldanteil (50 DM) gekürzt werden. Das ist genau die Summe, die bisher noch in bar ausgezahlt wurde. Nach dem Bundessozialhilfegesetz ist es möglich, daß Sozialhilfeempfänger, die nicht arbeitswillig sind und sich z.B. beim Arbeitsamt nicht arbeitslos melden, zu gemeinnütziger Arbeit herangezogen werden können. Anderenfalls kann die Sozialhilfe um bis zu 20 % gekürzt werden. Ganz gestrichen werden darf sie jedoch nicht.

Die Anwendung dieser Regelung auf Asylbewerber war zumindest rechtlich problematisch, da diese durch das zweijährige Arbeitsverbot ihre Arbeitswilligkeit überhaupt nicht unter Beweis stellen können. Doch wurde das Bundessozialhilfegesetz durch das Haushaltsstrukturgesetz nun in diese Richtung geändert. Die sozialliberale Bundesregierung schafft somit die rechtlichen Grundlagen für die Maßnahmen in Westberlin.

Der Staat verfügt nun über ein großes Potential an billigen Arbeitsskla-
ven, die jederzeit eingesetzt werden

Der Staat verfügt nun über ein großes Potential an billigen Arbeitssklaven, die jederzeit eingesetzt werden können. Abgesehen von der Lohndrückerfunktion (ein Arbeiter der Westberliner Stadtreinigung erhält ca. 13 DM/Std.) wird hier im kleinen praktiziert, was durchaus auf große Teile arbeitsloser Männer und Frauen angewandt werden kann. Selbst der DGB äußerte „*erhebliche verfassungsrechtsliche Bedenken vor dem geschichtlichen Hintergrund der Zeit zwischen 1933 und 1945.*" (SZ, 2.3.82)

Ab 1. Mai 1982 sollen die Arbeitsdienstverpflichteten 3 DM/Std. erhalten. Dafür entfällt der einmalige Bekleidungsgutschein von 200 DM. Die Verpflichtungen sollen solange fortgesetzt werden, bis die vorhandenen 467 Plätze besetzt werden können.

Die 254 zum Arbeitseinsatz bereiten „Freiwilligen" kamen von Ausnahmen abgesehen noch nicht zum Zuge, sondern wurden auf Karteikarten vermerkt. (Tagesspiegel, 6.4.82)

Ziel ist, alle Asylbewerber reihum zu dieser Arbeit heranzuziehen. Neu war die Dienstverpflichtung auch in Westberlin nicht. Seit 1974 wurde sie im kleinen Rahmen vom Bezirksamt Wedding praktiziert. Ausländischen Asylbewerbern, die diese Arbeit ablehnten, ist die Sozialhilfe ganz gestrichen worden. (Tsp., 25.2.82) Und auch die Städte des Kreises Herford haben im September 1980 mit sofortiger Wirkung eine „öffentliche Dienstverpflichtung" für die 966 Asylbewerber für die Bereiche Gartenbau, Friedhöfe, Bauhof, Fuhrpark und Gewässerreinigung eingeführt. (FR, 21.9.80)

Forts. nächste Seite


Spiegel 1982

...dann abgeschoben

HETZE



HETZE



„Mir ist schleierhaft, wie die hier immer wieder durchkommen!"

HETZE



HETZE

Forts. nächste Seite

Aber auch Asylbewerber, die nach zwei Jahren eine Arbeitserlaubnis erhalten und (nachdem ein freigewordener Arbeitsplatz innerhalb von drei Monaten nicht an einen Deutschen oder EG-Ausländer vermittelt werden konnte) sogar eine Arbeit bekommen haben, sind deswegen noch nicht frei von behördlicher Schikane.

So wurde ein türkischer Asylbewerber verpflichtet, monatlich 200 DM bis zur Summe von 1.700 DM auf ein Sperrkonto für seine vermutete Rückreise anzusparen. Andernfalls würde er seine lebensnotwendigen Aufenthaltspapiere nicht erhalten. Das Bundesverwaltungsgericht in West-Berlin segnete diese Praxis juristisch ab. (Spiegel, 4.1.82)

Natürlich können sich die Asylbewerber auch „freiwillig" entscheiden, die Bundesrepublik zu verlassen. In Hamburg erhalten sie dafür vom Sozialamt eine Prämie von 500 DM. Und die Bundesregierung hat zusammen mit der „Organisation für Europäische Auswanderung in Genf" ein Programm („Reintegration und Weiterwanderung von Asylbewerbern in der Bundesrepublik") aufgebaut, die den Asylbewerber rechtzeitig über seine Lage informieren und auf die Möglichkeiten einer Rückführung hinweisen soll.

Er wird dann unentgeltlich in das Land seiner Wahl unter Vermittlung der Einreiseerlaubnis oder in sein Herkunftsland zurückgebracht. Voraussetzung ist die Rücknahme des Asyl-Antrages! So wurden 1981 insgesamt 4.291 Personen (8,7 % der im gleichen Jahr eingereisten Asylbewerber) zurückgeführt. (Nachrichtendienst des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge, Juni 1982)

Aber es geht noch einfacher, nämlich die Asylbewerber gar nicht erst zur Antragstellung kommen zu lassen. So geschehen im Sommer 1981 in West-Berlin.

Ca. 520 Tamilen (Angehörige eines Volksstammes aus Ceylon) kamen über Berlin/DDR und baten um Zuflucht. Die Tamilen waren nach Auffassung des West-Berliner Senats allesamt Wirtschaftsflüchtlinge. Die nach einigen Tagen „rückkehrwilligen" 125 Tamilen wurden nach Colombo geflogen. Entgegen der Zusage des dortigen Ministerpräsidenten wurden 50-60 Tamilen unmittelbar nach Ankunft auf dem Flughafen von der Polizei festgenommen. Im Jahresbericht von amnesty international werden der ceylonesischen Regierung massive Vorwürfe wegen Menschenrechtsverletzungen und Folterungen gegenüber der tamilischen Minderheit gemacht. (Tsp, 23.7.81, 24.7.81).

Flüchtlinge 1. Klasse

Im Gegensatz, wie schon erwähnt, die Behandlung der Menschen aus den RgW-Staaten und aus den sozialistischen Ländern Südostasiens. Diese politisch genehmen Menschen werden von vornherein aus dem gesamten Asylgewährungsverfahren herausgehalten und von der Medienhetze verschont. Hierzu bedient sich die Bundesregierung einer besonderen rechtlichen Konstruktion.

Mit dem am 30.7.1980 in Kraft getretenen **Kontingentflüchtlingsgesetz** („Gesetz über Maßnahmen für im Rahmen humanitärer Hilfsaktionen aufgenommener Flüchtlinge") kann die Bundesregierung jederzeit unbegrenzt viele Menschen aufnehmen, die sofort ohne Anerkennungsverfahren den Status eines anerkannten Asylberechtigten erhalten. Da die Flüchtlinge sich zum Zeitpunkt der Aufnahmeentscheidung nicht in der BRD, sondern im Ausland aufhalten, haben sie keinen Rechtsanspruch auf Aufnahme.

Die Übernahme dieser Flüchtlinge ist von daher vergleichbar mit einer gewissen Gnadenpraxis, mit der die Bundesregierung unabhänig jeglicher rechtlicher Verbindlichkeiten nach politischen Kriterien auswählen kann, wen sie aufnimmt und wen nicht.

Bekannt geworden sind diese „humanitären Hilfsaktionen" durch die Übernahme von Vietnamesen — Stichwort: „Cap Anamur". Doch scheint auch diese Humanität an ihre (finanziellen) Grenzen gestoßen zu sein. Zum letzten Mal machte das Flaggschiff bundesdeutscher Nächstenliebe im Juli 1982 im Hamburger Hafen fest, um 285 Flüchtlinge zu übergeben. Dann ist empty.

Einen Haken hat die ganze Sache noch. Da die 285 nicht mehr als Kontingentflüchtlinge aufgenommern werden konnten, weil sich nicht alle Bundesländer zur Übernahme von Flüchtlingen verpflichtet haben (und dies ist nunmal eine gesetzlich festgelegte Vorbedingung für die Übernahme als ‚Kontingentflüchtlinge') müssen diese Vietnamesen das normale Anerkennungsverfahren durchlaufen.

Doch haben hier die entscheidenden staatlichen Stellen schon vorgesorgt und sich abgestimmt. In einer Art Blitzaktion sollen sie schnell vom Asylbewerber zum Asylberechtigten werden. Und daß sie als quasi „normale" Asylbewerber trotzdem in den Genuß der Vorzüge der Kontingentflüchtlinge (Erhalt von mindestens 68% des im Heimatlandes angenommenen Verdienstes, Bevorzugung bei der Wohnungsvergabe, Kindergeld, kostenlose längerdauernde Sprachkurse, das Arbeitsamt zahlt 50-70% des Lohnes an den Arbeitgeber, der bereit ist, Kontingentflüchtlinge einzustellen) kommen werden, ist auch nicht völlig auszuschließen.

Durch Minderheitenhetze zur „Volksgemeinschaft"

Die Behandlung des sog. „Asylantenproblems" durch Staat und Gesellschaft muß als r i c h t u n g s w e i s e n d für den künftigen Umgang mit unliebsamen Minderheiten überhaupt angesehen werden, insbesondere natürlich was den Umgang mit der „Ausländerfrage" anbetrifft. Die faktische Beseitigung des Asylrechts, der Aufbau eines Systems von Lagern bis hin zur absehbaren Kriminalisierung von politisch Verfolgten und Armutsflüchtlingen sind Entwicklungen , die für sich genommen schon widerwärtig genug sind. Aber niemand soll sich der Illusion hingeben, daß „Arbeitsdienst" für Sozialhilfeempfänger, Sozialhilfe auf Bezugsschein, die Internierung von Menschen in bewachte Lager usw. ausschließlich auf Asylbewerber anwendbar sind und bleiben....

Dieses System wird sich mit Sicherheit als „ausbaufähig" erweisen, insbesondere dann, wenn es wie im Falle der Asylbewerber gelingt, die „öffentliche Meinung" derart gleichgeschaltet gegen die Opfer solcher Maßnahmen einzunehmen. Die asylrechtlichen Beschlüsse der jüngsten Vergangenheit stellen insofern nur den politischen Vollzug jener gigantischen Hetzkampagne dar, die ab 1980 gegen in die BRD einreisende Asylbewerber angeleiert wurde. Spätestens seit dieser Zeit wurde das öffentliche Bewußtsein darauf eingestimmt, die Opfer als T ä t e r zu sehen: Politisch Verfolgte und Armutsflüchtlinge als „Subventionsschwindler", Betrüger, Schmarotzer und dergleichen mehr. Das Defizit der „öffentlichen Haushalte", die sich verschärfende Wohnungsnot, „Terrorismus", Drogenprobleme und andere Dinge wurden immer wieder mit der „Asylantenschwemme" in Verbindung gebracht. Anstelle tatsächlicher Ursachen und Verursacher steht der „Asylant" als Sündenbock parat, eine Art „Untermensch" (Nazi-Roeder: „Halbaffen"), dem so lange in die Fresse geschlagen gehört, bis er wieder verschwindet. Die Anschläge auf Asylantenwohnheime waren nur die markantesten Resultate dieser Entwicklung. Es gibt darüber hinaus zahlreiche „Bürgerinitiativen", insbesondere an bereits vorhandenen oder geplanten Standorten von Unterkünften für Asylbewerber, die für eine Vertreibung der Flüchtlinge von westdeutschem Boden agieren. Die bedeutendsten Motoren dieser Entwicklung sind allerdings immer noch die „großen" bürgerlichen Parteien, wobei insbesondere die CDU/CSU mehrheitlich mit den wesentlichen Forderungen, die Neonazis zu dieser Thematik vertreten, gleichgezogen hat.

Was hier gezüchtet wurde und wird, ist ein Stück „Volksgemeinschafts"-Ideologie, ein Bewußtsein von „Gemeinschaft", das quer zu den tatsächlichen Fronten des Krisenalltags Gefühle „nationaler" Abwehr gegen eine rechtlose und nichtdeutsche Bevölkerungsminderheit mobilisiert. Die Auswirkungen dieser Ideologie auf die politische Moral und Kultur unserer Gesellschaft können nur verheerend sein: Jedenfalls sind demokratische und Menschenrechte keinen Pfifferling mehr wert, wo engstirniger Chauvinismus zum wichtigsten Kriterium politischen Handelns wird.

Mit welch skrupelloser Konsequenz die Herrschenden unter Berufung auf „nationale Interessen" vorgehen, zeigt sich an der Behandlung der Asylbewerber, aber nicht nur dort: Denn das „nationale Interesse" ist immer noch die klassische Legitimationsformel jeder imperialistischen Politik — nach innen wie nach außen. Und der Erfolg dieser Propaganda ist im Falle des „Asylantenproblems" auch an den ihrem Umfang nach leider nur kläglichen demokratischen Protesten g e g e n diese Entwicklungen abzulesen.

Es geht also darum, dem ganzen Thema Asyl bedeutend mehr Aufmerksamkeit zu widmen, als dies bisher der Fall gewesen ist. Und nicht erst dann, wenn man/frau sich bereits daran gewöhnt hat, daß jeder große oder kleine westdeutsche Ort „sein Lager" hat.

AG Ausländer



Das neue Asylverfahrensgesetz

Im Juli 1982 wurde das neue Asylverfahrensgesetz beschlossen und es trat zum 1. August 1982 in Kraft. Es gab um dieses Gesetz ein langes Tauziehen und es handelt sich um einen Kompromiß zwischen dem Gesetz des Bundestages und einem noch schärferen Vorschlag des Bundesrates. Im Kern hat sich dabei der Entwurf des Bundesrates durchgesetzt. Ziel des Gesetzes soll eine Beschleunigung des Asylverfahrens sein. Es ging um fünf Punkte:

❶ Rechtsmittelverfahren für sogenannte „offensichtlich unbegründete" Anträge,
❷ Einrichtung von Außenstellen des Anerkennungsausschusses
❸ Unterbringung in Gemeinschaftsunterkünften bzw. Sammellagern
❹ Einzelrichterentscheidungen beim Verwaltungsgericht
❺ Verteilung der Asylbewerber auf die Bundesländer.

zu ❶ Über die Zulässigkeit und Begründetheit von Asylanträgen entscheidet weiterhin das „Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge" in Zirndorf. Der zuständige Beamte entscheidet „weisungsfrei". Der Bundesratsentwurf sah vor, daß die Entscheidung bei den Ausländerbehörden liegen soll, die direkt gegenüber den Landesinnenministerien weisungsgebunden sind. Die entscheidende Änderung, die mit dem Bundesratsentwurf übereinstimmt, ist folgende: hat das Bundesamt einen Asylantrag als „offensichtlich unbegründet" abgelehnt, so ist der Asylbewerber zur s o f o r t i g e n Ausreise verpflichtet. Gegen diese Entscheidung (Ablehnung des Antrages und Abschiebungsandrohung) ist ein Widerspruch möglich. Der Asylbewerber kann dagegen jedoch Klage erheben, die jedoch keine aufschiebende Wirkung hat. Er muß also ausreisen. Er kann zwar noch innerhalb einer Woche das Verwaltungsgericht anrufen, damit die Vollziehung dieser Abschiebung bis zur Entscheidung über seine Klage ausgesetzt wird. Doch geht es in diesem Verfahren lediglich um evtl. gemachte verfahrenstechnische Fehler. Der Inhalt des Asylantrages spielt dabei keine Rolle mehr. Diese Regelung ist erstmal für zwei Jahre vorgesehen.

zu ❷ Am 4.1.82 wurde im Modellversuch eine Außenstelle des Zirndorfer „Bundesamtes" in Hamburg eingerichtet. Es sollte erheblich zur Beschleunigung der Antragsbearbeitung beitragen und enttäuschte seine Befürworter nicht. Der verwaltungsmäßige Teil des Asylverfahrens beim Bundesamt konnte so von 12 auf 2 Monate verkürzt werden. Da wurde auch nicht zimperlich gearbeitet. Bis zum 15.5.82 wurden von der Hamburger Außenstelle 650 Entscheidungen getroffen; 630 wurden abgelehnt, 19 Afghanen und ein Ghanaese wurden anerkannt. Die Außenstellen, Kernstücke der Beschleunigung, sollen nun in allen Bundesländern eingerichtet werden. Für nicht wenige politisch Verfolgte war das langjährige Asylverfahren ein zeitlich zumindest längerer Schutz vor Verfolgung.

zu ❸ Asylbewerber sollen in der Regel in „Gemeinschaftsunterkünften" untergebracht werden.

zu ❹ Zur Beschleunigung soll weiter beitragen, daß bei Fällen ohne „grundsätzliche" Bedeutung bei den Verwaltungsgerichten anstatt drei nur noch ein Richter entscheiden soll.

zu ❺ Nach langem Hin und Her einigten sich die Länder und der Bund auf einen Verteilungsschlüssel.

Kommentar der „Frankfurter Rundschau" vom 26.6.82: *„...der Versuch, das Asylverfahren vom Ausland aus zu bestreiten, würde für einen politisch Verfolgten leicht aussichtslos. (...) Der gegen das Grundrecht auf Asyl gerichtete Beschluß (...) weist ausländerfeindliche Züge auf. (...) Jetzt glaubt der Bundestag sich immerhin für zwei Jahre vom Grundrecht auf Asyl distanzieren zu können."*

Hungerstreik und Zwangsernährung

Der Selbstmord des Berliner Knastarztes Dr. Volker Leschhorn hat die Diskussion über die Frage der Zwangsernährung hungerstreikender Gefangener in die Ärzteschaft und die Öffentlichkeit getragen. Er hat auch ein Schlaglicht auf die problematische Rolle von Ärzten im Strafvollzug geworfen. Dasselbe gilt für die neuesten Enthüllungen über die Umstände der Tötung des Gefangenen Sigurd Debus im April 1981 in Hamburg.

Gleichzeitig ist an dem „Fall Leschhorn" deutlich geworden, daß in Berliner Knästen — und sicherlich nicht nur da — kein Platz ist für ihrem ärztlichen Ethos verpflichtete Mediziner, ja generell für menschlich engagierte Mitarbeiter.

Es ist dieses auch keineswegs Zufall, sondern Ergebnis bewußter Planung und langer (Personal-)Politik der Verantwortlichen in der Justizverwaltung, insbesondere der Herren Senatsdirektore von Stahl und Abteilungsleiter Bung. (Zu diesem speziellen Punkt folgt ein Artikel in einem der nächsten AKs.)

Hintergründe der Selbsttötung Dr. Leschhorns

Dr. med. Volker *Leschhorn*, Medizinaldirektor und ehemaliger Chefarzt der Inneren Abteilung des Krankenhauses der Berliner Haftanstalten, erhängte sich am 11. Januar dieses Jahres in Berlin. Vorausgegangen war dem bereits ein Suizidversuch im Oktober 1981.(1)

Nachdem die Justizverwaltung zunächst dummfrech behauptet hatte, der Selbstmord Leschhorns habe „pri-
vate Gründe"(2), wußte man wenig zu-
nächst dummfrech behauptet hatte, der Selbstmord Leschhorns habe „*private Gründe*"(2), wußte man wenig später zu berichten, daß „*der Arzt den besonderen Belastungen, die mit der Arbeit im Strafvollzug und insbesondere mit der ärztlichen Betreuung der terroristischen Gefangenen im Hungerstreik verbunden sind, psychisch nicht gewachsen war.*"(3)

Tatsache ist demgegenüber, daß der Tod *Leschhorns* auf die Pressionen zurückzuführen ist, denen er seitens des Sentas und der Justizverwaltung ausgesetzt war. In einem von ihm zurückgelassenen Brief heißt es u.a.:

„*Was will man unter diesen Umständen noch machen? Ich kann diese Senatsverfolgung nicht mehr ertragen.*"(4)

Ab Februar 1981 lief der große Hungerstreik politischer Gefangener in Berliner und westdeutschen Knästen, teils für übergreifende politische Forderungen, teils gegen die unmenschlichen Haftbedingungen, namentlich gegen die zerstörerische Isolationshaft in den Hochsicherheitstrakten. Letzteres ist eine Forderung, die inzwischen auch von medizinischer Seite überwiegend als berechtigt angesehen wird.(5)

Im Zusammenhang mit diesem Hungerstreik wurden gegen *Leschhorn* verschiedene Vorwürfe erhoben, die schließlich — nach sogenannten „Vorermittlungen" unter dem ehemaligen Justizsenator *Meier* — zur Einleitung eines Disziplinarverfahrens gegen ihn ab Sommer 1981 unter Justizsenator *Scholz* führten. *Leschhorn* wurde vorgeworfen, er hätte ein „*zu persönliches Verhältnis zu den Gefangenen*"(6), er hätte sich eigenmächtig in der Frage der Haftbedingungen an Richter gewandt(7), den Inhalt von Dienstbesprechungen an Gefangene weitergegeben(8), eine Vollzugsbeamtin tätlich angegriffen(9), überhaupt hätte er sich mit den „Terroristen" identifiziert. Senator *Scholz* warf ihm insbesondere auch vor, die Zwangsernährung hungerstreikender Gefangener und detailierte Angaben über deren Gesundheitszustand verweigert zu haben.(10) Der rechtspolitische Rechtsaußen der CDU, *Rzepka*, verstieg sich gar zu der Behauptung, *Leschhorn* habe die Schutzbestimmungen zur Überwachung der in der Krankenhausstation befindlichen Häftlinge praktisch außer Kraft gesetzt.(11)

Diesen Fantasien steht der schlichte Fakt gegenüber, daß *Leschhorn* ganz einfach — und wie es eigentlich für jeden Arzt selbstverständlich sein sollte, der sein Berufsethos ernst nimmt — alle anderen Aspekte des Vollzugs dem der Gesundheit der Gefangenen untergeordnet hat.(12) Es war auch nach der Ansicht vieler „hochrangiger" Ärzte *Leschhorns* Verdienst, daß der Hungerstreik in Berlin ohne ernste Folgen für die Gefangenen geblieben ist.(13) Für *Leschhorn* hatte die Schaffung eines Vertrauensverhältnisses zwischen Arzt und Gefangenem Priorität. Er weigerte sich vollkommen zu recht, seine ärztliche Schweigepflicht zu brechen, wozu ihn die Justizverwaltung aufforderte, indem sie von ihm „*tägliche schriftliche Berichte über den Gesundheitszustand der Gefangenen*"(14) verlangte. Ebenso verweigerte *Leschhorn* die verlangte Zwangsernährung der Gefangenen gegen deren Willen völlig zu recht, wie später noch zu zeigen ist.

All das hat mit „Sympathisantentum für den Terrorismus", der *Leschhorn* vorgeworfen wurde, absolut nichts zu tun.

Leschhorns Engagement für die Gesundheit der Gefangenen brachte ihm schließlich neben einem Ermittlungsverfahren und vor dessen Abschluß nicht etwa Anerkennung ein, sondern führte im Juli 1981 zu seiner Strafversetzung auf einen untergeordneten Posten im Haftkrankenhaus des Tegeler Knastes, wo *Leschhorn* nur etwa zwei Stunden pro Woche ausgelastet war.(15) Es scherte die Justizverwaltung dabei nicht, daß danach kein zuständiger Arzt in Moabit existierte.(16)

Gegen das Disziplinarverfahren und die Strafversetzung *Leschhorns* setzte zunächst eine beachtliche Kritikwelle ein: *Dr. Hilsberg*, damals verantwortlicher Arzt der JVA Plötzensee, machte die Spannungen mit der Justizverwaltung für den Tod *Leschhorns* verantwortlich; diese habe ihre Fürsorgepflicht für den Arzt verletzt und trage daher schwere Schuld an seinem Tod; so habe man mit einem Strafverfahren gegen *Leschhorn* gedroht, falls ein Gefangener sterbe.(17) Hilsberg kritisierte auch „*Stoßtruppartige Durchsuchungen*" durch Justizbedienstete bei schwerkranken Häftlingen. Weder Justizsenator *Meier* noch *Scholz* hätten auf Briefe und Gesprächswünsche aller leitenden Berliner Ärzte reagiert.(18)

Auch die rechtspolitischen Sprecher von SPD, *Gerl*, und FDP, *Weno*, spra-
leitenden Berliner Ärzte reagiert.(18)

Auch die rechtspolitischen Sprecher von SPD, *Gerl*, und FDP, *Weno*, sprachen von Fürsorgepflichtverletzung und Disziplinierung kritischer Mitarbeiter (19); ein parlamentarischer Untersuchungsausschuß wurde gefordert. (20) (Als allerdings später im Berliner Abgeordnetenhaus auf Initiative der AL über die Einrichtung eines solchen Ausschusses abgestimmt wurde, war nur die AL dafür; SPD und FDP stimmten nach ihrem erwarteten salto mortale in dieser Frage dagegen, zusammen mit der CDU ... (21)

Selbst solcher jedweder Linkslastigkeit unverdächtigen Verbände wie der „Verband der Justizbediensteten Berlins" und der „Marburger Bund" sahen *Leschhorn* als „Opfer der Justizverwaltung" (22) bzw. attestierten dieser „moralische Mitschuld" am Tod Leschhorns. (23)

Die „Berliner Ärztegruppe für eine ausreichende medizinische Versorgung" forderte in einem Brief an Senator *Scholz* die Rehabilitierung *Leschhorns*. 150 Ärzte und Angestellte aus dem Krankenhausbereich unterstützten dies. (24) Die AL forderte den Rücktritt der beiden verantwortlichen Akteure aus der Justizverwaltung, Senatsdirektor *von Stahl* (SPD) und Abteilungsleiter *Bung* (FDP). (25)

Letztlich änderte sich jedoch im positiven gar nichts. Im Gegenteil: gewissermaßen als Nachspiel der Auseinandersetzungen um *Leschhorns* Tod folgte die Kündigung eines der schärfsten Kritiker an der Justizverwaltung aus dem vollzugsärztlichen Dienst, *Dr. Hilsberg*, ehemals Anstaltsarzt der JVA Plötzensee. Er zog damit seine Konsequenz aus den zermürbenden Auseinandersetzungen. Schon nach seinem Leserbrief in einer Berliner Tageszeitung, in dem er der Justizverwaltung Schuld am Tod *Leschhorns* gab, reagierte diese mit dem Vorwurf, *Hilsberg* hätte diese Kritik lieber nicht in die Öffentlichkeit getragen. Als Senator *Scholz* auch weiterhin jedes orientierende Gespräch mit den Ärzten zum Fall *Leschhorn*ablehnte und ankündigte, er würde wieder so entscheiden, (26) kündigte *Hilsberg*, der keine Basis mehr dafür sah, ungehindert seinen medizinischen Diensten nachgehen zu können, wobei er das primäre Problem bei der ärztlichen Schweigepflicht sah.(27)

Hilsberg forderte, die Einrichtungen des Haftkrankenhauses nach den gleichen Kriterien hinsichtlich der Mindestanforderungen zu überprüfen wie öffentliche Krankenhäuser, und wies insbesondere auf die übergroßen Säle für Kranke im Gefängnis, die Toiletten innerhalb der Krankensäle und die damit verbundene unhaltbare Infektionsgefahr, Geruchs- und Geräuschbelästigung hin. (28)

Selbstverständlich, sollte man meinen. Nicht so die Justizverwaltung, die den Schritt *Hilsbergs*, die Kündigung, begrüßte, da er durch „polemische Kritik" die Grundlage für vertrauensvolle Zusammenarbeit zerstört habe. (29)

Deutlicher kann nicht gemacht werden, daß die Justizverwaltung keinerlei Interesse an der Beseitigung, ja zunächst einmal nur Kenntlichmachung katastrophaler Verhältnisse im Strafvollzug hat, aber alles daransetzt, jedweden kritischen Geist, sprich engagierten Knastmediziner zu disziplinieren, strafzuversetzen, zu zermürben. Gefragt sind offensichtlich nur gewissenlose, unkritisch funktionierende Vollstrecker des Sicherheits- und Ordnungswahns der Justizverwaltungsbürokratie.

Knastmediziner — ein Kapitel für sich

Die Beispiele Dr. *Leschhorn* und auch Dr. *Hilsberg* könnten den — sicher falschen — Eindruck erwecken, daß es im Bereich der Knastmedizin, dem vollzugsärztlichen Dienst, in weiten Teilen eine Konfrontation gäbe zwischen den wesentlich an der Notwendigkeit von Sicherheit und Ordnung ortientierten Justizverwaltungen einerseits und den der Gesundheit der Gefangenen verpflichteten (Vollzugs-)Ärzten andererseits.

Demgegenüber ist davon auszugehen, daß es sich bei Medizinern wie den obengenannten um „weiße Schafe" in einer ansonsten eher schwarzen Herde handelt. Dafür spricht, daß — wenn überhaupt einmal Knastmediziner ins Gerede kamen, die ihr Geschäft sonst regelmäßig hinter undurchdringlichen Mauern verrichten — allenfalls Skandalöses zu berichten war.

So z.B. im Zusammenhang mit dem sog. „Mannheimer Gefängnisskandal", der die Praktiken

So z.B. im Zusammenhang mit dem

sog. „Mannheimer Gefängnisskandal", der die Praktiken des damaligen Knastarztes Dr. *Reith* erhellte. Dieser sah es als seine Aufgabe an, die Verletzungen von Gefangenen nach Mißhandlungen durch Justizbedienstete zu vertuschen . (30) So diagnostizierte er Brandwunden, die von einer ausgedrückten Zigarette im Gesicht eines Gefangenen herrührten, als „*leichte Hautverschorfungen*". (31) Er ließ auch einen schwerverletzten Gefangenen in die Zelle sperren, der daraufhin an einem Schädelbruch und Gehirntrauma starb, beides von Dr. *Reith* „nicht erkannt". Das deswegen gegen den Arzt eingeleitete Ermittlungsverfahren wurde ebenso wie alle anderen 92 (!) bis dahin eingeleiteten Verfahren eingestellt. (32)

Anderes Beispiel: Der Tod von Katharina *Hammerschmidt* im Juni 1975 war auf eine Amtspflichtverletzung des damaligen Anstaltsarztes in der Frauenhaftanstalt Lehrter Straße zurückzuführen. Dieser hatte ein Röntgenbild so nachlässig kontrolliert, daß ein Kehlkopftumor „übersehen" wurde, an dem die Frau dann starb. (33)

Ein weiteres Beispiel für diese Sorte Mediziner im Knastbereich ist Dr. *Friedland*, der lange Oberarzt im Zentralkrankenhaus des Untersuchungsgefängnisses Hamburg war und jetzt leitender Medizinaldirektor in der Landesjustizverwaltung ist. Er ist verantwortlich für die sog. „Hamburger Linie" der Zwangsernährung hungerstreikender Häftlinge und als solcher mitverantwortlich für den Tod von Sigurd *Debus* vor einem Jahr. (34) Hierauf wird weiter hinten noch genauer eingegangen.

Hungerstreik und Zwangsernährung

Eines der zentralen Probleme, das mit dem Tode Dr. *Leschhorns* aufgeworfen worden ist, ist die Frage der Zwangsernährung hungerstreikender Gefangener und die damit verbundenen medizinischen, juristischen und politischen Aspekte, die im folgenden näher beleuchtet werden sollen.

Aus **medizinischer** Sicht liegen zahlreiche ablehnende Äußerungen zur Zwangsernährung vor. So erklärten die Chefärzte aller Berliner Intensivstationen, die zur Betreuung hungerstreikender Gefangener herangezogen werden sollten:

- Grundsätzlich können sie keinen Menschen gegen seinen ausdrücklichen Willen behandeln.
- Eine intensivmedizinische Behandlung im Endstadium eines Hungerstreiks, d.h. dann, wenn der Patient bewußtlos wird, kann oft eine weitere Verschlechterung und damit einen tödlichen Ausgang nicht verhindern. (35)

Aus diesen Gründen lehnten es alle Vollzugsärzte ebenso wie die in Krankenhäusern tätigen Ärzte ab, die von dem Justizsenator während des Hungerstreiks Anfang letzten Jahres verlangte Zwangsernährung durchzuführen. Der Marburger Bund erklärte, daß es „*nicht der ärztlichen Aufgabe entspricht und verantwortungslos wäre, Zwangsbehandlungen durchzuführen.*" (36) Die Ärzte waren „*nicht länger bereit, die Verantwortung für eine Situation zu tragen, deren Lösung allein auf politischer Ebene zu suchen ist.*" (37) Dies auch als Reaktion auf die Drohung des Justizsenators, Anklage gegen sich weigernde Mediziner zu erheben, falls ein Gefangener sterbe. (38)

Aus medizinischer Sicht ist noch hinzuzufügen, daß bei den Zwangsernährungsversuchen der sich wehrende Häftling „*durch die Manipulation selbst akut lebensbedroht*" ist. (39) Außerdem sind z.T. irreparable Gesundheitsschäden schon eingetreten, bevor eine Trübung des Bewußtseins auftritt. Im Koma ist die Chance, das Leben des Patienten zu erhalten, minimal. (40)

Fazit: Es gibt keine Behandlung, die langfristig — bei Fortsetzung des Hungerstreiks — das Leben garantiert. (41) All dies gilt auch für die als Zwangsinfusion durchgeführte Zwangsernährung, auf die im Zusammenhang mit dem Tod von Sigurd *Debus* noch genauer eingegangen wird.

Aus **juristischer** Sicht ist die Verpflichtung des (Vollzugs-)Arztes zur Zwangsernährung umstritten. Hier stützt sich die herrschende Meinung, die eine Verpflichtung zur Zwangsernährung annimmt, im wesentlichen auf den § 101 des Strafvollzugsgesetzes, der Zwangsbehandlung und -ernährung für zulässig erklärt bei Lebens- und schwerwiegender Gesundheitsgefahr; nicht zulässig ist sie dann, wenn die Maßnahmen für die Beteiligten unzumutbar sind oder ihrerseits Lebensgefahr oder schwere Gesundheitsbeschädigungen des Gefangenen darstellen. Eine Verpflichtung zur Zwangsernährung besteht nicht, solange der Gefangene seinen Willen frei selbst bestimmt, es sei denn, es besteht akute Lebensgefahr. In jedem Fall dürfen die Maßnahmen nur auf Anordnung und unter Leitung eines Arztes durchgeführt werden.

An dieser Vorschrift ist nur eindeutig, daß sie einen Kompromiß darstellt zwischen „*zwei ebenso schlechten, lediglich an den Folgen verfehlter Justizpolitik herumdokternden Lösungsvorschlägen von den politisch Verantwortlichen.*" (42) Einen Kompromiß nämlich zwischen der sog. „nordirischen Lösung", also: laßt sie doch verhungern, wenn sie wollen, und der Auffassung, Zwangsernährung müsse im Interesse staatlicher Legitimität sein.

Fest steht jedoch nach dem Wortlaut des Gesetzes, daß nur ein Arzt die Anordnung zur Zwangsernährung geben darf. Und für diesen gilt auch nach Ansicht des Bundesgerichtshofes:

„*Niemand darf sich zum Richter in der Frage aufwerfen, unter welchen Umständen ein anderer vernünftigerweise bereit sein sollte, seine körperliche Unversehrtheit zu opfern (...) Diese Richtlinie ist auch für den Arzt verbindlich. Zwar ist es sein vornehmstes Recht und seine Pflicht, den kranken Menschen (...) zu heilen. Beide finden aber ihre Grenze im grundsätzlich freien Selbstbestimmungsrecht über seinen Körper. Andernfalls wäre es ein rechtswidriger Eingriff in die Freiheit und Würde der menschlichen Persönlichkeit.*" (43)

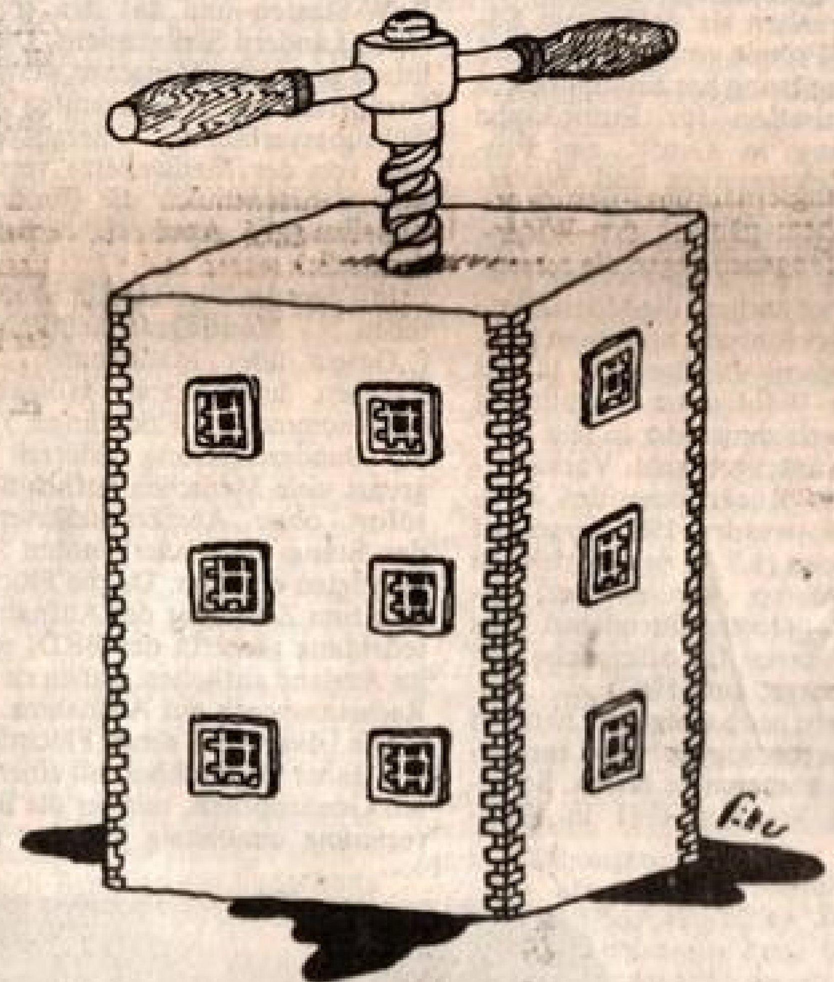
Fest steht auch, daß das ärztliche Personal der Haftanstalten Weisungen nicht-ärztlicher Vorgesetzter nicht unterworfen ist, soweit nicht nur organisatorische Anordnungen getroffen werden. Insoweit besteht kein Unterschied zu anderen Ärzten. (44) Es ist keine Weisung an den Vollzugsarzt zulässig, die Zwangsernährung durchzuführen. Auch die Beurteilung, ob die Voraussetzungen für die Verpflichtung zur Zwangsernährung nach § 101 StrafVollzG vorliegen (akute Lebensgefahr), obliegt allein dem Arzt.

Im Ergebnis ist daher festzuhalten, daß — abgesehen von dem Sonderfall akuter Lebensgefahr und ärztlich angeordneter „Zwangs"ernährung, die regelmäßig mangels entgegenstehendem Willen des Häftlings gar keine Zwangsernährung im eigentlichen Sinne ist — keine Verpflichtung und auch kein Recht zur Zwangsernährung hungerstreikender Gefangener besteht.

Trotzdem hat es nicht an Maßnahmen der Justizverwaltung gefehlt, Ärzte und ärztliches Personal zur Zwangsernährung zu **zwingen** oder zu **bestechen**.

Dr. *Leschhorn* ist ja massiv der Vorwurf gemacht worden, sich geweigert zu haben, die Zwangsernährung durchzuführen. Ihm und anderen Ärzten ist mit Strafverfahren gedroht worden für den Fall, daß Häftlinge sterben.

Eine andere, nicht weniger widerwärtige Methode wandte der Senator für Gesundheit und Umweltschutz Berlins an: Er stellte an den Ärztlichen Leiter der Nervenklinik (!) Spandau eine Anfrage, ob sich in der Klinik tätige Ärzte bereitfänden, sich an der Zwangsernährung zu beteiligen. (45) Grund: Weil diese über Erfahrungen mit Zangsmaßnahmen gegen Patienten verfügten! (46) Und: Der Senator wollte demjenigen Arzt, der sich zur Verfügung stellte, die Bestimmung der Höhe des Honorars selbst überlassen. Ein Vorgehen, das nur als Bestechung bezeichnet werden kann.



Aber in einem Offenen Brief nehmen 24 Ärzte wie folgt Stellung: (27)

„*Zur Durchführung einer solchen Zwangsernährung hat sich an dieser Klinik kein Arzt bereitgefunden... Wir sind als Psychiater zwar mit Zwangsmaßnahmen vertraut, diese sind aber im vorliegenden Fall nach unserer Meinung nicht anwendbar. Bei den Inhaftierten handelt es sich nicht um psychisch Kranke, sondern um Häftlinge, die aus ihrer freien Willensentscheidung heraus zu dem Mittel des Hungerstreiks gegriffen haben, um Verbesserungen ihrer Haftbedingungen durchzusetzen. Wir sehen darin ein Problem, das sich nicht psychiatrisieren läßt und mit medizinischen Mitteln nicht zu lösen ist.*"

Hinzuweisen ist auch noch darauf, daß es den Verantwortlichen auch völlig egal war, daß Ärzte eines Psychiatrischen Krankenhauses natürlich nicht über die praktischen und theoretischen Kenntnisse verfügen, die zur Zwangsernährung erforderlich sind und über die heute nur noch Intensivmediziner verfügen. (48)

Auch wurde von den Justizbehörden Druck auf die Ärzte ausgeübt, doch endlich einen Zustand „juristisch akuter Lebensgefahr" der Gefangenen zu diagnostizieren, weil dadurch die

Handhabe für disziplinarische Maßnahmen gegen sich weigernde Ärzte gegeben gewesen wäre. (49)

Schließlich wurde vom Senat per Weisung ein Rufbereitschaftsdienst für 8-Stunden-Schichten eingerichtet, der das Ziel hatte, daß je ein intensiverfahrener Arzt und eine Pflegekraft die konsiliarische Betreuung der Gefangenen im Knast übernehmen. Mangels Freiwilliger sollten dazu Kräfte dienstverpflichtet werden (z.B. im Neuköllner Krankenhaus). (50) Da die Ärzte jedoch die konsiliarische Tätigkeit als vollverantwortliche Tätigkeit begreifen, lief dies praktisch auf die Vorbereitung der Dienstverpflichtung externer Ärzte zur Zwangsernährung hinaus!

Die Liste der erpresserischen Methoden der Justizbehörden gegen die (auch externen) Ärzte ließe sich noch verlängern. Dazu noch einmal eine kompetente Äußerung:

„Wenn ein Gefangener die Nahrungsaufnahme verweigert, der Arzt ihn aber für fähig hält, sich ein unbeeinflußtes, vernünftiges Urteil über die Folgen einer freiwilligen Nahrungsverweigerung zu bilden, so soll er nicht künstlich ernährt werden." (51)

Es ist hier noch einmal darauf hinzuweisen, daß die Ablehnung der Zwangsernährungspolitik der Knast-Verantwortlichen absolut nichts zu tun hat mit der „nordirischen Lösung" bzw. der britischen „*Thatcher*-Linie". Bekanntlich weigert sich die britische *Thatcher*-Regierung seit der Anordnung des Ministers *Jenkins* im Jahre 1974, hungerstreikende IRA-Häftlinge in den Knästen zwangszuernähren. (52) Mehrere Menschen sind an den Folgen des Hungerstreiks gestorben, der bekannteste wohl Bobby *Sands*. Auch hierzulande, insbesondere in Teilen der CDU/CSU, findet diese Linie Unterstützung; Motto: Laßt sie doch sterben, wenn sie wollen.

Genau hier liegt aber der entscheidende Unterschied. Denn: *„Mit dem Hungerstreik verfolgt ein Mensch nicht das Ziel, sich selbst umzubringen, sondern er will damit gerade dokumentieren, daß er leben will und zwar unter anderen Bedingungen."* (53)

Anders gesagt: Der „Laßt-sie-doch-sterben"-Zynismus begreift das Verhungernlassen der Gefangenen gerade als ein anderes Mittel, um dasselbe Ziel wie die Zwangsernährungs-Befürworter zu erreichen: nämlich den Widerstand der Gefangenen gegen die zerstörerischen Haftbedingungen zu brechen. Es ist dies die einfachste und klarste Lösung für die, denen der Gefangene, sein Leben und seine Lebensbedingungen nichts gelten. Sie paßt zu der in anderem Zusammenhang erhobenen Forderung, für jedes „Opfer der Terroristen draußen" einen im Knast umzulegen (Golo *Mann*).

Gemeinsam ist beiden „Lösungs"-Varianten des Problems Hungerstreik, daß sie geflissentlich das **Hauptproblem**, um das es geht, ausklammern: Die **Haftbedingungen**.

„Die Gefangenen empfinden sich, wie wir gehört haben mit Recht, in einem Zustand, in dem sie zwar, wenn auch eingeschränkt, von ihren physischen Funktionen her leben und am Leben gehalten werden, sich aber in ihrer psychischen Befindlichkeit und ihren sozialen und psychologischen Verhältnissen ihres Charakters und ihrer Persönlichkeit entkleidet sehen und spüren, wie sie langsam auf den Nullpunkt kommen." (54)

Diese bloße Lebenserhaltung im physischen Bereich durch die Vollzugsbehörden greifen die Häftlinge an, indem sie sich durch den Hungerstreik auch physisch dem Tod nahebringen. So soll erzwungen werden, daß die Verantwortlichen durch Änderung der Haftbedingungen den Häftlingen auch ein menschenwürdiges soziales und psychisches Leben gewähren.

Solange nicht die Frage der vernichtenden Isolationshaft in ihren Mittelpunkt gestellt wird, wird die Diskussion um „Zwangsernährung — Ja oder Nein" sich im Kreise drehen. Menschenwürdige Haftbedingungen würden dieser Diskussion ihre Grundlage entziehen.

Zwangsernährung ist Folter

Wie die Realität von Zwangsernährung aussieht, soll an zwei Beispielen deutlich gemacht werden.

Sigurd *Debus* starb am 16. April 1981 im Allgemeinen Krankenhaus Barmbek in Hamburg. Er war seit dem 19. März 1981 zwangsernährt worden, und zwar nach der unter Federführung des bereits erwähnten Dr. *Friedberg* entwickelten „Hamburger Linie". Sie bedeutet zunächst, daß Zwangsernährung nur in der Form von Zwangsinfusion durchgeführt wird.

Im Fall Sigurd *Debus* sah das so aus: Zunächst bestand bei Beginn der Zwangsinfusion weder eine akut lebensbedrohliche Situation noch eine *„klinisch manifestierte Mangelsituation"*. (55) Ihr Beginn war rein willkürlich. Sie wurde gegen den heftigen Widerstand von *Debus* durchgezogen. Das „tägliche Schlachtfest" wurde die Prozedur von einem Beteiligten genannt:

Etwa 8 Mann (Sanitäter) packen *Debus*, er wird unter heftiger Gegenwehr auf eine Liege gepreßt und dort an den Füßen, Beinen, Armen und am Brustkorb festgeschnallt. Die Nadel wird in den Arm geschoben. Die tägliche Zwangsinfusion dauert bis zu sieben Stunden. (56) Bei der Zwangsinfusion selbst unterliefen *„gravierende Behandlungsfehler"*, wie es ein Gutachter später nannte.

Es wurde eine Dosierung gewählt, gerade ausreichend, *„den Zustand, der mit Beginn der parenteralen Ernährung vorlag, aufrechtzuerhalten"*. (57) Es wurde eine systematische Unterwässerung betrieben, Vitaminmangel herbeigeführt; durch die zusätzliche überhöhte Zufuhr von Chloriden (Natrium u.a.) wurde ein sog. „Hypernatriemiesyndrom" bewirkt, das sich durch Orientierungslosigkeit, Schläfrigkeit, Falschwahrnehmung und Verlust des Realitätsbewußtseins äußerte. Außerdem führte diese Technik der Zwangsinfusion nach etwa drei Wochen zu einer Aufschwemmung im Gehirn, einem sog. Hirnödem. (58)

Hierzu, zum vollen Verständnis dieser sog. „Behandlungsfehler" muß man folgendes wissen: Der leitende Medizinaldirektor in der Hamburger Landesjustizverwaltung, Dr. *Friedland*, verfolgte offenbar einen Kurs, der nach einer Äußerung des Berliner Gefängnisarztes Dr. *Meixner* auf folgenden Kern gebracht werden kann: *„Sie* (die Gefangenen) *können und dürfen sterben, aber sie dürfen nicht verhungern."* (59) Anders gesagt: Zwangsernährung nicht als Mittel zur Verhinderung des Todes des Gefangenen, sondern um ihn darüber zu töten? Jedenfalls spricht man angesichts dieses Kontextes besser von medizinischer Folter als von „Behandlungsfehlern".

Aber Sigurd *Debus* ist weder an den Folgen des Hungers noch an dem Hirnödem gestorben, sondern an einer Masseblutung im Gehirn, deren Genese allen Gutachtern „rätselhaft" ist. Dabei ist sie eine typische Folge von „dumpfer Gewaltanwendung" auf den Kopf in Form von Schlägen, die man *Debus* sehr wahrscheinlich vor dem Festschnallen am 5. April 1981 verpaßt hat. Vermutlich waren es die Knastsanitäter eines Tages leid und haben „hat zugefaßt" — soz. als Fortsetzung der Friedlandschen Behandlungsmethoden mit anderen Mitteln, wie es K. H. *Roth* ausdrückte. (60)

Sigurd *Debus* ist das Opfer der „Hamburger Linie" in der Zwangsernährung und medizinischer Foltermethoden geworden. Die bei Leuten wie *Friedland* dahintersteckende Geisteshaltung drückte dieser selbst einmal so aus:

„Hierbei handelt es sich nicht um Nahrungsverweigerer im herkömmlichen Stil ..., sondern es handelt sich um Angehörige der sog. RAF, zu deren Kampf gegen den Rechtsstaat nicht nur Bomben gehören, nicht nur MP's, sondern auch der Hungerstreik, wenn sie in Haft sind. Es ist alles eine Fortsetzung ihres Kampfes gegen den Rechtsstaat, den wir auch als beamtete Ärzte mit zu vertreten haben, mit anderen Mitteln, das möchte ich ganz klar sagen. Ich meine, auch sagen zu müssen, wenn jemand anderer Meinung ist, hat er m.E. als beamteter Arzt im Dienst des Staates, bezahlt von den Steuergeldern unserer Bürger, nichts zu suchen." (61) Da erübrigt sich jeder Kommentar zu dem „Berufsethos" eines solchen Arztes.

Eine eindringliche Schilderung der unmenschlichen Prozedur Zwangsernährung hat der in Celle einsitzende Karl-Heinz *Dellwo* gegeben.

Mit den zynischen Worten: *„Ich muß Ihnen die Zwangsernährung jetzt zusagen"* geht es los. (62) Sieben Mann greifen *Dellwo* und versuchen, ihn auf einen eigens für die Prozedur geschaffenen Stuhl zu zwängen. Dabei wird der sich wehrende *Dellwo* geschlagen, schließlich mit Eisenfesseln und Ledergurten an den Stuhl gefesselt, und zwar an den Füßen, Händen und Oberschenkeln sowie über Magen und Brustkorb an ein Eisenrohr hinten am Stuhl. Die Fesselung ist so stark, daß er Atemnot bekommt und nur noch ganz kurze Atemzüge machen kann. Der Kopf wird an den Haaren ganz nach hinten an die Stuhllehne gezogen.

Dellwo wird etwas eingespritzt, dann greift einer in die Haare, mit der anderen Hand packt er den Unterkieferknochen und versucht mit aller Kraft, den Kopf ruhig zu halten. Der Arzt versucht einen Plastikschlauch so tief wie möglich in ein Nasenloch zu schieben. Trifft er die Luftröhre, sind krampfartige Hustenanfälle die Folge. Ist der Schlauch im Magen, wird Luft reingeblasen, dann werden mehrere Spritzen mit Nährflüssigkeit reingepumpt, die unter den zu festen Gurten einen schmerzhaften Druck verursacht. Die Atemnot nimmt zu, Brechreiz entsteht. Dann wird der Schlauch schnell herausgerissen, was wie Feuer brennt und alles Innere sich zusammenkrampfen läßt. Es folgt noch eine Zwangsblutentnahme, die nicht weniger brutal abläuft. *Dellwo* wird dann in eine Leerzelle geschleppt, wo das Wasser abgedreht ist. Dort bleibt er eine Stunde und wird dann in seine Zelle zurückgebracht.

„Die Zwangsernährung im Magen, die zusätzlich durchgemachte Prozedur, schaffen ein Gefühl, als wäre man unter Bleiplatten begraben. Ich bin ins Bett gekippt und habe da fünf Stunden bewegungslos gelegen, hundemüde, nicht aber in der Lage zu schlafen; fünf Stunden, in denen ich Brechgefühle, Magen- und Darmkrämpfe und immer wieder Zitteranfälle, begleitet von Hitze- und Kälteschauern bekommen habe und in denen ich so schwach war, daß ich mich nicht einmal mehr aufsetzen konnte." (63)

Schlußbemerkung

Der Tod Dr. *Leschhorns* und Sigurd *Debus'* haben Trauer und Betroffenheit ausgelöst — wenn auch nicht in dem Maße und Umfang, wie das angesichts der Bedeutung der damit zusammenhängenden Vorkommnisse für die Gefangenen in den Knästen angemessen gewesen wäre. Es ist jedoch zu hoffen, daß über Trauer und Betroffenheit hinaus der Tod des Arztes genauso wie der Tod des Gefangenen politische Wirkung zeigen. Und zwar in dem Sinne, daß die Absicht der Justizbehörden und Anstaltsleitungen — in Berlin und anderswo — nicht so weitgehend widerstandslos durchgesetzt werden kann, mit Druck auf die Ärzteschaft, durch Disziplinierung nur noch willfährige Vollstrecker ihrer Vollzugspolitik in den Knästen zu haben. Und damit den Gefangenen (nicht nur den politischen!) eine wirkungsvolle Möglichkeit des Widerstands, den Hungerstreik, zu nehmen und die Zwangsernährung und medizinische Folter in den Knästen weitgehend unbeachtet zu praktizieren.

Abschließend nochmals eine Stellungnahme von berufener Seite:

„Wir sind der Meinung, daß Zwangsernährung von Gefangenen nicht erlaubt ist. Wir betrachten dies nicht als eine medizinische Handlung, sondern nur als ein Mittel, den Widerstand von Menschen zu brechen. In diesem Zusammenhang muß Zwangsernährung dann auch vielmehr als Folter betrachtet werden statt als medizinischer Eingriff im Interesse des Gefangenen. Wir fordern Sie auf, das Recht eines jeden Menschen, medizinische und paramedizinische Behandlungen zu verweigern, zu respektieren. Für den Fall, daß Sie gebeten werden, Zwangsernährung durchzuführen, fordern wir Sie dringend auf, dies zu verweigern (...) Im übrigen weisen wir noch darauf hin, daß es sich bei den Gefangenen nicht um einen Selbsttötungsversuch durch Ernährungsverweigerung handelt. Ganz im Gegenteil sogar. Die politischen Gefangenen wollen (über-)leben. Gerade deshalb kämpfen sie für eine Besserung der Haftsituation und Aufhebung der systematischen Isolation, der sie von Anfang an ausgesetzt waren." (64) (Aus einem Offenen Brief von 80 holländischen Ärzten an die Anstaltsärzte in der Bundesrepublik.)

Anmerkungen:

1) Taz, 28.1.82
2) Taz, 27.1.82
3) Tagesspiegel, 26.1.8
4) Spiegel, 1.2.82
5) vgl. Spiegel, 13.4.81
6) Tagesspiegel, 15.1.82
7) Tagesspiegel, 26.1.82
8) Taz, 5.2.82
9) Zeit, 5.2.82
10) Spandauer Volksblatt, 9.2.82
11) Spandauer Volksblatt, 30.1.82
12) Tagesspiegel, 15.1.82
13) ebenda
14) Brief des Senatsrats Bung
15) Tagesspiegel, 15.1.82
16) Spandauer Volksblatt, 29.1.82
17) Tagesspiegel, 26.1.82
18) Zeit, 5.2.82; Spandauer Volksblatt, 29.1.82
19) Tagesspiegel, 27.1.82
20) Taz, 28.1.82
21) Spandauer Volksblatt, 12.3.82
22) Tagesspiegel, 27.1.82
23) Spandauer Volksblatt, 30.1.82
24) Spandauer Volksblatt, 13.2.82
25) Spandauer Volksblatt, 2.2.82
26) Taz, 22.2.82
27) Taz, 25.2.82
28) Spandauer Volksblatt, 2.3.82
29) Taz, 22.2.82
30) Dokumentation „Knastalltag am Beispiel Mannheim", Offenbach 1975, S. 57
31) ebenda
32) ebenda, S. 59
33) „Medizin als Strafe", Berlin 1977, S. 48, 50
34) vgl. K.H. Roth in „Blatt" Nr. 225
35) Offener Brief in „Zur Zwangsernährung verpflichtet?", Berlin 1981, S. 25
36) Tagesspiegel 19.3.81
37) „Zur Zwangsernährung verpflichtet?" S. 28
38) Tagesspiegel, 19.3.81
39) Erklärung intensiv-medizinisch erfahrener Ärzte des KH Neukölln, in „Zur Zwangsernährung verpflichtet?", S. 35
40) ebenda
41) Dr. Schäfer in ebenda, S. 41
42) RA Zieger in „Dokumentation zum Tod Leschhorns", Berlin 1982, S. 16
43) BGHSt 11, 111
44) Prof. Judis in „Zur Zwangsernährung verpflichtet?", S. 77, 78
45) ebenda, S. 16
46) ebenda
47) Tagesspiegel, 23.3.82
48) Dr. Grimmer in „Zur Zwangsernährung verpflichtet?" S. 18
49) ebenda, S. 26
50) Dr. Teuschert in „Zur Zwangsernährung verpflichtet!", S. 34
51) Deklaration über ärztliches Verhalten bei Gefangenen, XXIX. Generalversammlung des Weltarztbundes 1975 in Tokio, in: „Medizin als Strafe", S. 139
52) vgl. Spiegel, 13.4.82
53) K. Eschen in „Zur Zwangsernährung verpflichtet?", S.84
54) ebenda, S. 84
55) Gutachten Kontokollias, Taz, 5.4.82
56) Taz, 5.4.82
57) Gutachten Kontokollias, Taz, 5.4.82
58) K.H. Roth in „Blatt" Nr. 225
59) Taz, 5.4.82
60) „Blatt" Nr. 225
61) Taz, 5.4.82
62) Spiegel, 13.4.82
63) ebenda
64) in: Taz, 13.3.1981

Anti-Rep.-Kommission, Westberlin

Presseerklärung gegen Zwangsuntersuchung bei Günter Sonnenberg

Wie seine Anwälte mitteilen, sollen bei Günter Sonnenberg gegen seinen Willen Untersuchungen an seinem Gehirn unter staatlicher Überwachung stattfinden. Günter Sonnenberg wurde bei seiner Verhaftung 1977 durch einen Kopfschuß lebensgefährlich verletzt.

Nach Ansicht der Anwälte hat diese Untersuchung das Ziel, „Zugriff zum Gehirn politischer Gefangener zu schaffen" und sie weisen auf die Parallele zu einem ähnlichen Vorhaben 1973 bei Ulrike Meinhof hin, das durch öffentliche Mobilisierung verhindert werden konnte.

Karsruhe/Stuttgart, den 30.7.1982

Presseerklärung

Am 13. Juli 1982 verfügte der stellvertretende Anstaltsleiter der Vollzugsanstalt Bruchsal und Vorsitzende der Jungen Union Karlsruhe, Jäger, eine neurochirurgische Nachuntersuchung bei unserem Mandanten Günter Sonnenberg. Diese Untersuchung — es handelt sich dabei um Computertomographie — und Elektroenzephallogramm-Aufnahmen sowie um Blutsenkung und Blutspiegel — soll im September 1982 von Prof. Dr. Reulen im Psychiatrischen Landeskrankenhaus (PLK) Weissenau unter Überwachung und Kontrolle durch den dort tätigen neurologischen Leiter, Prof. Dr. Krott, durchgeführt werden.

Des weiteren soll gemäß der genannten Verfügung die Untersuchung unter Aufhebung der ärtzlichen Schweigepflicht hinsichtlich des Untersuchungsergebnisses durchgeführt werden.

Als Rechtsanwälte von Günter Sonnenberg haben wir ausdrücklich betont, daß Günter Sonnenberg

— nicht bereit ist, diese Nachuntersuchung durch Prof. Dr. Reulen durchführen zu lassen, sondern ausschließlich durch einen Arzt seines Vertrauens;

— des weiteren nicht bereit ist, diese Nachuntersuchung im PLK Weissenau durchführen zu lassen, da dort die Wahrung der ärztlichen Schweigepflicht nicht gewährleistet ist, und

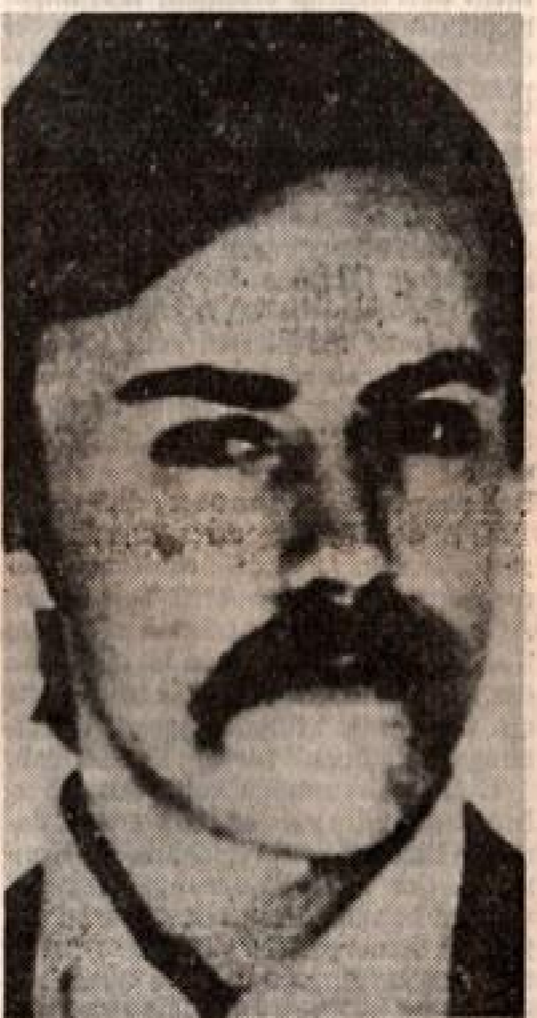
— im Falle einer zwangsweisen Durchführung der Nachuntersuchung sich dagegen wehren und bei einem solchen Vorgehen einen Strafantrag gegen die Verantwortlichen stellen wird.

Aufgrund früherer Erfahrungen, so z. B. vor und nach dem letzten neurochirurgischen operativen Eingriff durch Prof. Dr. Reulen im Elisabethen-Krankenhaus in Ravensburg und der postoperativen Unterbringung im PLK Weissenau, sowie auch einer weiteren Nachuntersuchung im PLK Weissenau im November 1980, bei denen jeweils durch das Beisein von Prof. Dr. Krott die ärztliche Schweigepflicht unterlaufen wurde und die Befunde an staatliche Stellen weitergeleitet wurden, bestehen keine Voraussetzungen mehr, eine solche Untersuchung an diesem Ort und im Beisein dieser Ärzte durchführen zu lassen.

In der genannten Verfügung des stellvertretenden Anstaltsleiters Jäger ist davon die Rede, daß auf die Entbindung von der ärztlichen Schweigepflicht über das Untersuchungsergebnis zumindest insoweit nicht verzichtet werden kann, soweit dies die Frage der Haftfähigkeit Günter Sonnenbergs betrifft.

Die Haftunfähigkeit Günter Sonnenbergs ist nun aber bereits vor fünf Jahren von unabhängigen Gutachtern festgestellt worden. Dies ist den staatlichen Organen bekannt. Nicht darum geht es ihnen. Vielmehr wollen sich Staatsschutz und Justiz mit der Aufhebung der ärztlichen Schweigepflicht Zugriff zum Gehirn des Gefangenen verschaffen:

Elektroenzephallogramm-Untersuchungen und Blutuntersuchungen haben eine wichtige Funktion für Justiz und Staatsschutz als Kontrollmöglichkeit über die Auswirkungen von Isolationshaft und — umgekehrt — für die Möglichkeit der Steuerung und Programmierung der weiteren Isolationshaft.



Parallelen zu der 1973 von der Bundesanwaltschaft bei Ulrike Meinhof versuchten Zwangsnarkose und Zwangszintigraphie — mit dem Ziel: stereotaktischer Eingriff ins Hirn — sind unverkennbar. Damals wurde das Projekt der Justiz durch die Mobilisierung der Öffentlichkeit verhindert.

Das Vorhaben, die Untersuchung bei Günter Sonnenberg unter Aufhebung der ärztlichen Schweigepflicht durchzuführen, hat erneut das Ziel, Zugriff zum Gehirn politischer Gefangener zu schaffen. Es geht hier bei dieser Presseerklärung darum, durch Öffentlichmachung der Absichten von Justiz und Staatsschutz gegenüber Günter Sonnenberg, ein solches Vorhaben zu verhindern.

H. Matthies (Rechtsanwalt) — Thomas Fischer (Rechtsanwalt)

AEG — Ein Gigant wird liquidiert

In diesem Jahr hätte „die berühmte AEG'' (Lenin) ihren hundersten Geburtstag gefeiert. Doch mit dem Anfang August gestellten Vergleichsantrag scheint das Schicksal des einstigen Flagschiffes deutscher Unternehmerherrlichkeit endgültig besiegelt. 20.000 Arbeitsplätze sind unmittelbar bedroht, die Hälfte der 120.000 Arbeitsplätze scheint längerfristig gefährdet zu sein.
Wie kann das angehen, daß der nach der Siemens AG zweitgrößte Rüstungsproduzent der BRD, ein Industriegigant, der immerhin in einer Wachstumsbranche tätig ist, in den Strudel der Wirtschaftskrise gerät? Presse und Gewerkschaften spekulieren über das Mißmanagement, das den Konzern in den Ruin getrieben habe und leugnen Zusammenhänge mit dem Wirtschaftssystem. Über die Mitbestimmung dienen sich die Gewerkschaftsführer als die besseren Krisenmanager an. Fürwahr, die Wegrationalisierung von 30.000 Arbeitsplätzen in den vergangenen Jahren wurde von ihnen geschluckt; auch jetzt lautet ihre Empfehlung an die Belegschaften, diszipliniert weiterzuarbeiten, um Schlimmeres zu verhüten. Der Staat, der sich bisher mit Bürgschaften geziert hatte, da ihm der geplante Kapazitätsabbau nicht ausreichend erschien, läßt angesichts des anstehenden Kahlschlags bei den angeblich unrationellen Arbeitsplätzen die Steuergelder sprudeln. Die Banken, die wahren Besitzer des Konzerns, die jahrelang über Zinsen Milliardenbeträge aus dem Konzern herausgezogen haben, müssen den endgültigen Zusammenbruch des Unternehmens nicht fürchten: Sie verdienen immer. Derweil steht die Konkurrenz bereit, sich die lukrativsten Teile aus dem Konzern herauszupicken und sich einzuverleiben. Der korporative Block zu Sanierung der Volkswirtschaft in Aktion.
Seit dem Wochenende des 8./9. August 1982 ist der Untergang des einst so stolzen Flagschiffs deutscher Unternehmerherrlichkeit, der AEG-Telefunken AG, endgültig besiegelt. An diesem Tag traf sich das Konsortium der 25 an

merherrlichkeit, der AEG-Telefunken AG, endgültig besiegelt. An diesem Tag traf sich das Konsortium der 25 an

der AEG beteiligten Banken und lehnte ein vom Staat vorgeschlagenes „Stützungsabkommen'' für den Konzern ab.

Dieses Abkommen sollte als Überbrückungshilfe verstanden werden, damit in dieser Zeit ein „schlüssiges Konzept'' der AEG-Sanierung erarbeitet werden könnte. Vorgesehen waren dafür aus Steuergeldern eine sog. „erweiterte Exportbürgschaft'' des Bundes in Höhe von 600 Mio DM; von den Banken wurden zusätzliche Kredite in Höhe von 275 Mio DM sowie der zinsverzicht bzw. -stundung von 260 Mio DM zum Bilanzausgleich der AEG gefordert.

Diese im Vergleich zu den Vorjahren vergleichsweise läppischen Forderungen lehnten die Banken, trotz staatlicher Zusage zur Deckung von 85 % eventueller Risiken durch die „Exportbürgschaft'', ab. Damit war die AEG-Telefunken AG zahlungsunfähig geworden und stellte einen Tag später den Antrag auf ein Vergleichsverfahren.

Wenige Tage später erklärte der Vorstandsvorsitzende der Dresdner Bank, Friedrichs, daß ein erfolgreiches Sanierungskonzept der AEG erst mit zusätzlichen Mitteln von vorerst 2,2 Mrd. DM denkbar sei. Die Banken, die durch ihre Kreditvergabepolitik die AEG systematisch an den Rand des Ruin getrieben hatten, dachten zu keinem Zeitpunkt daran, auch noch eine müde Mark in die AEG zu stecken, ohne dafür entsprechende Sicherheiten zu haben. Ihre Strategie war klar: Die Drohung, die AEG fallen zu lassen und vollends in den Konkurs zu treiben, sollte die Bundesregierung unter Druck setzen, Voraussetzungen für eine erfolgreiche Sanierung zu schaffen, d.h. aus Steuermitteln entsprechende Bürgschaften zur Risikoabsicherung ihrer neuen Kredite zu bekommen.

Nach dem jüngsten Stand der Entwicklung scheint die Rechnung der Banken voll und ganz aufzugehen: Noch während die 25 AEG-Banken am 18. August tagten, sicherte die Bundesregierung eine Bundesbürgschaft zu, auf deren Grundlage das Bankkonsortium der AEG ein Darlehen in Höhe von 1,1 Mrd. DM zur Verfügung stellen soll. Über die Höhe dieser Bundesbürgschaft soll in den nächsten zwei Wochen entschieden werden. Die restlichen 1,1 Mrd. DM wollen die Banken als sog. „Massedarlehen'' gewähren.



Hierbei handelt es sich um Gelder, die „bevorrechtigt'' sind, d.h. die sofort

Hierbei handelt es sich um Gelder, die „bevorrechtigt'' sind, d.h. die sofort zurückgezahlt werden, wenn das Unternehmen doch noch in die Brüche geht.

Sollte die Sache so zustandekommen, geht die Bundesregierung ein Spiel mit dem Feuer ein. Nach ersten Schätzungen ist der AEG-Konzern mit ganzen 7,2 Mrd. DM verschuldet, die in vollem Umfang in dem Vergleichsverfahren zu berücksichtigen sind. Davon entfallen allein 4,6 Mrd. an die Banken (auf die sechs größten AEG-Banken entfallen zwei Drittel dieser Schulden). D.h. die Banken investieren, nicht um die AEG, sondern um sich selbst zu sanieren; sie dürften der weiteren Entwicklung der AEG relativ gelassen zusehen — die Gewinner sind sie in jedem Fall. Sollte das Vergleichsverfahren letztlich doch noch in ein Anschlußkonkursverfahren übergehen (und das könnte die Dresdner Bank ganz allein entscheiden, da sie mit ca. 23 Prozent AEG-beteiligt ist, einem Vergleichsantrag aber 80 Prozent an Beteiligung zustimmen müssen) oder aus anderen Gründen das angestrebte Sanierungskonzept in die Hose gehen, wären die Tage der Bundesregierung gezählt.

Eine Fehlinvestition von Steuergeldern in Milliardenhöhe in der gegenwärtigen Haushaltslage kann keine Regierung überstehen. Möglicherweise hatten die Bankenherren bei ihrem Pokerspiel in den letzten Wochen neben wirtschaftlichem Eigeninteresse auch einen Wandel der politischen Verhältnisse im Auge. Die AEG kann jederzeit zum Stolperstein der sozialliberalen Koalition werden.

Die Banken pflastern den Weg in den Ruin

Der durch die Banken erzwungene Vergleichsantrag ist die Folge einer langjährigen Sanierungstradition des Elektrogiganten; die Zuspitzung der Widersprüche der AEG-Entwicklung drängte immer mehr zur „Endlösung'', wie sie jetzt eingeleitet worden ist.

Blickt man/frau ein wenig zurück in die Geschichte und fragt nach den Ursachen der AEG-Pleite, so lassen sich einige wichtige Eckpfeiler nachzeichnen. Die Entwicklung der AEG ist nicht unabhängig zu sehen von der Entwicklung der bundesdeutschen Elektrobranche und insbesondere in ih-

rem Verhältnis zur Nummer eins dieser Branche, der Siemens AG.

rem Verhältnis zur Nummer eins dieser Branche, der Siemens AG.

Nach einer weitgehend „harmonischen'' Phase kartellartiger Absprachen und internationaler Arbeitsteilung entwickelten sich die beiden Elektroriesen bis zu Ende der Nachkriegsprosperität Ende der 60er Jahre.

Den Vorsprung, den Siemens zu diesen Zeitpunkt für sich verbuchen konnte, wollte die AEG durch einen gewaltigen Kraftakt wieder wettmachen. Ab 1966 startete die AEG eine abenteuerliche Beteiligungspolitik (50 Firmen wurden aufgekauft), mit der sie ihre Position, insbesondere auf dem Inlandsmarkt, erheblich ausbauen konnte. Auf der anderen Seite machte die AEG auf diese Weise immer mehr Schulden, die Aufwendungen für Zinsen und Kredittilgungen stiegen (eine Vervierfachung in nur drei Jahren), so daß der Investitionsspielraum gegenüber dem Widersacher schwand.



Vergleichbare Anstrengungen unternahm die AEG auf dem Sektor der Atomtechnologie etwa im selben Zeitraum. Mit der Expansion des AKW-Geschäfts und dem beabsichtigten internationalen Einstieg, erwies sich die mangelnde Liquidität des Konzerns auf diesem Sektor längerfristig als tödlich. Nach dem Bau erster Schrottreaktoren entstanden Verluste von 1,7 Mrd. DM (bis 1978), das 1975 mit Brasilien abgeschlossene Geschäft in Höhe von 12 Mrd. DM überstieg die Finanzkraft der

AEG. Die logische Konsequenz war der Verkauf ihrer 50prozentigen Beteili-

AEG. Die logische Konsequenz war der Verkauf ihrer 50prozentigen Beteiligung an der KWU an ihren Konkurrenten Siemens im Jahre 1976.

Im Windschatten der durch die ungleichmäßige Entwicklung der beiden Elektrogiganten erzwungen Hektik seitens der AEG kam Siemens nach und nach mit einer ausgereifteren Technologie auf den AKW-Markt, abgedeckt durch erhebliche Investitionsspielräume und eroberte sich vollständig diesen Markt. Auf ähnliche Weise unterlag AEG auf dem EDV-Sektor, deren Produktionsstätten und Patente 1974 „nahezu gratis'' an Siemens verkauft werden mußten. Neben der Telefunken Computer AG und ihrem KWU-Anteil werden die Trafo-Union sowie wichtige AEG-Anteile an Osram an die Siemens-AG veräußert.

Ab 1974 wurden von seiten der AEG Investitionen vornehmlich zu Rationalisierungszwecken genutzt, was von der Bundesregierung mit „Investitionsprämien'' großzügig unterstützt wurde. Eine Welle großer Arbeitsplatzvernichtung setzte ein (s. auch Schaubild). Während seit 1974 die AEG-Aktionäre leer ausgingen, machten von nun ab die Banken den großen Reibach, an die jährlich eine halbe Milliarde DM an Zinsen abgeführt werden mußten. Durch diese Zinslast waren alle Versuche, die AEG im nationalen und internationalen Konkurrenzkampf wieder flottzumachen, zum Scheitern verurteilt. Auch wenn die AEG in vielen Bereichen beträchtliche Gewinne erzielen konnten, wiesen die Gesamtbilanzen aufgrund wachsender Bankschulden mehr und mehr Verluste auf.

Zum Jahresende 1979 kündigte die AEG dann einen Verlust von 1,3 Mrd. DM an — fast die Höhe des gesamten Eigenkapitals. Der Bankrott stand vor der Tür. In einem in dieser Form bislang einmaligen Vorgang mobilisierten im Januar 1980 160 Banken, 30 Industrie- und 20 Versicherungskonzerne 1,4 Mrd. DM flüssige Mittel zur Abwendung des Konkurses. Die AEG war damit vollständig in der Hand der Banken. Ende 1981 traf ein abermaliger Verlust von 663 Mio DM zwei Drittel des neuen Eigenkapitals, für das folgende Halbjahr 1982 wurden weitere 800 Mio Verluste erwartet. Der Grund liegt auf der Hand: Vor allem die Banken hatten neues Geld in die AEG gepumpt, die Altkredite aber belassen. So erhöhte sich nur noch die Schuldenlast, und die Zinsen (700 Mio im letzten Jahr) trafen die Substanz. Seit 1981 (spätestens!) arbeiteten die Banken nicht auf die Sanierung, sondern die Neuaufteilung und Zerschlagung des Konzerns hin. Diesen Zielen entsprach auch das im Frühjahr 1982 veröffentlichte „Konzept AEG '83'': Umwandlung der AEG in eine Holding-Gesellschaft, die am Technikbereich nur noch eine Minderheitsbeteiligung erhält, allmähliches Abstoßen des Hausgerätebereichs (AEG-Konsum) sowie das Verschenken der Telefunken.

Das neue an diesem Konzept war darüber hinaus, daß nach dem endgül-

tigen Scheitern einer „privatwirtschaftlichen Lösung'' der letzten Jahre der Staat mit auf den Plan gerufen wurde

tigen Scheitern einer „privatwirtschaftlichen Lösung'' der letzten Jahre der Staat mit auf den Plan gerufen wurde, freilich nicht, um Einfluß zu erhalten, sondern der erwarteten Zuschüsse aus Steuermitteln wegen. Das Risiko weiterer Kredite ohne entsprechende staatliche Bürgschaften schien den Banken zu hoch.

Eine im „Konzept AEG '83'' vorgesehene Beantragung einer Bundesbürgschaft in Höhe von 1,5 Mrd DM lehnte die Regierung zwar ab, sicherte aber zunächst eine „erweiterte Exportbürgschaft'' von 600 Mio DM zu, um ein „kurzfristiges Überleben'' der AEG zu sichern. In dieser Zeit sollte ein „schlüssiges Konzept'' zur Sanierung vorgelegt werden.

Interessanterweise lag die Kritik der Bundesregierung an dem vorgelegten „Konzept '83'' nicht etwa in den zu erwartenden beschäftigungspolitischen Folgen, sondern genau im Gegenteil: Sie will darauf drängen, daß insbesondere im defizitären Haushaltsgerätebereich *„ein weit über die bisherigen Planungen hinausreichender Kapazitätsabbau''* (Lambsdorff) stattfinden müsse.

Mit besonderem Argwohn aber betrachtete die Bundesregierung die Pläne einer (ggfls. Mehrheits-) Beteiligung an der neuen AEG-Technik durch einen finanzstarken ausländischen Konzern. Vorübergehend im Gespräch und am Ende praktisch perfekt war das Geschäft mit der englischen GEC (General Electric Company, 189.000 Beschäftigte), die sich mit 750 Mio DM (davon 400 Mio als zinsloses Darlehen an die AEG gewährt) zu 40 Prozent beteiligen wollte. Rein wirtschaftlich gesehen erschien dieses Angebot eigentlich die in dieser Situation aus kapitalistischer Sicht günstigste Lösung zu sein, zumal kein anderer Interessent (außer einem kurzen Techtelmechtel mit der United Technologies aus den USA) in Aussicht stand. Die Befürchtung der Regierung, daß so in unerwünschter Weise „Know-How über den Ozean gekarrt'' würde, scheint bei der ablehnenden Haltung in Bonn eine Rolle gespielt zu haben. Von wesentlicher Bedeutung aber scheint die Tatsache zu sein, daß mit der GEC sich eine ausländische Firma direkt in den Bereich des zweitgrößten westdeutschen Rüstungsproduzenten (ca. 2 Mrd. jährlich an Rüstungsaufträgen) eingekauft hätte.

Auf scharfe Ablehnung stieß GEC-Chef Weinstock nach eigenen Aussagen in Kreisen der deutschen

Schon 1974 sanierungsreif
Kennzahlen des AEG-Telefunken-Konzerns von 1962 bis 1981

	1962	1963	1964	1965	1966	1967	1968	1969	1970	1971	1972	1973	1974	1975	1976	1977	1978	1979	1980	1981
Umsatz (in Millionen Mark)	3253	3550	4001	4370	4861	5166	5432	6944	8438	9220	9856	10823	11986	12735	13466	14286	14097	14208	14395	14837
Mitarbeiter (in Tausend)	130	129	132	134	138	136	146	164	178	167	166	175	170	162	162	158	163	154	136	124
Dividende (in Millionen Mark)	52	57	65	74	74	74	78	86	93	61	66	70	0	0	0	0	0	0	0	0
Fremdkapital (in Millionen Mark)	1412	1518	1519	1727	2054	2289	2419	3131	4414	4694	5585	5565	6685	6641	7102	7292	7785	8198	7641	7688
Eigenkapital (in Millionen Mark)	611	641	738	866	890	911	1083	1246	1476	1497	1650	1655	983	1209	1590	1577	1245	1251	915	1037
Eigenkapitalquote (in % der Bilanzsumme)	29.4	28.9	31.8	32.5	29.5	27.8	30.3	27.9	24.7	23.9	22.6	22.7	12.8	15.4	18.3	17.8	13.8	13.2	10.7	11.9

aus: „Roter Morgen'', 13.8.82

(Groß-)Industrie (namentlich genannt werden u.a. Siemens, Bosch und Mannesmann), die natürlich am Nicht-Zustandekommen dieses Geschäfts interessiert waren und sind. Allerdings haben sich diese Konzerne in der ganzen Diskussion bislang mit öffentlichen Erklärungen völlig zurückgehalten. Sie warten — und mit diesem Vorgehen hatten sie ja bereits in der Vergangenheit mehrfach Erfolg — auf den absoluten Tiefpunkt der AEG, bis ihnen die Früchte praktisch kostenlos in den Schoß gelegt werden.

Die Folgen ...

Zunächst einmal relativ unabhängig vom Ausgang dieses Machtpokers lassen sich die Dimensionen der „schwersten Insolvenz in Europas Geschichte" in etwa umreißen, auch wenn zur Zeit an einem endgültigen Sanierungskonzept noch gebastelt wird. Derzeit sind noch etwa 120.000 Menschen bei der AEG-Telefunken AG und ihren Tochtergesellschaften beschäftigt (davon etwa 90.000 in bundesdeutschen Betrieben und in Westberlin). Nach den Vorstandsplänen soll sich die zukünftige AEG *„auf diejenigen Einheiten des technischen Bereichs konzentrieren, in denen die AEG zu den Marktführern zählt und seit vielen Jahren erfolgreich arbeitet"*. Dabei handelt es sich vor allem um die Bereiche Hochfrequenztechnik, der Energietechnik, Bahntechnik, Industrietechnik und Schiffbau, der Bauelemente und Kleinmotoren, der Büro- und Elektrotechnik sowie der „Sondertechnik" (hier ist vor allem die Rüstungsproduktion gemeint).

Der Bereich der AEG-Konsum (vor allem Haushaltsgeräte) soll in „Kooperationen eingebracht" werden, d.h. möglichst große Teile entweder stillgelegt bzw. verkauft werden (ggfs. unter Beibehaltung von AEG-Minderheitsbeteiligungen). Die kurze Zeit nach dem Vergleichsantrag bekanntgegebene Schließung der AEG-Hausgerätetöchter Zanker und Neff (mit zusammen 3.000 Beschäftigten) zeigt, mit welchem Tempo dieser Bereich liquidiert werden soll (er umfaßt derzeit ca. 22.000 Arbeitsplätze).

Das Schicksal des AEG-Bereichs der Unterhaltungselektronik (vor allem Telefunken mit seinen 10.000 Beschäftigten) dürfte weitgehend klar sein. Er wird aller Voraussicht nach zum 31. Dezember dieses Jahres von Grundig übernommen und vollständig durchrationalisiert. Bei weitgehend übereinstimmender Produkt-Palette beider Konzerne dürfte klar sein, daß auch hier zigtausende von Arbeitsplätzen weg sind. Die Entwicklung bei der Bürogerätetochter Olympia (11.200 Beschäftigte) ist noch offen. In der letzten Ausgabe des „Stern" wird berichtet, wie der Betrieb seine Bilanzen durch Scheinumsätze hochgepuscht hat. Ob sich der Betrieb von der Muttergesellschaft löst und in eigener Regie weitermachen wird (für diesen Fall hat die niedersächsische Landesregierung erneut die Zahlung von Krediten in Aussicht gestellt) ist zur Stunde nicht bekannt. Allerdings ist aus Wilhelmshaven von ersten 700 Entlassungen zu hören.

Das AEG-Sanierungskonzept sieht eine Konzentration auf ihren bislang größten Bereich (der nach dem alten, gescheiterten „AEG-Konzept '83'' AEG-Technik heißen sollte) vor. Hier werden zur Zeit ca. 60.000 Menschen beschäftigt. Auch dieser Bereich soll vollständig neu geordnet werden. Grundsatzvereinbarungen zur Gründung eines gemeinsamen Unternehmens mit der amerikanischen United Technologies Corporation auf dem Gebiet der Bauelemente sowie eine Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Mikroelektronik sind unterzeichnet worden. Befürchtungen, daß es bei der AEG jetzt nur noch darum geht, daß *„letztlich allein die wenigen kerngesunden Sparten der AEG im Kropf der schon bereitstehenden Rosinenpicker verschwinden"* („FR", 11.8.), bewahrheitet sich.

Alles in allem darf wohl davon ausgegangen werden, daß bei der AEG mindestens die Hälfte der Arbeitsplätze akut gefährdet sind und in den nächsten zwei bis drei Jahren von der Bildfläche verschwinden. Darüber hinaus ist völlig offen, wieviele der 31.000 inländischen Zulieferbetriebe (mit insgesamt noch einmal 150.000 Arbeitsplätzen, die mehr oder minder auf Gedeih und Verderb an die Existenz der AEG gebunden sind) in den Sog des AEG-Niedergangs geraten.

Führt man/frau sich vor Augen, daß schon ohne die AEG-Pleiten die Zahl der Firmenzusammenbrüche im ersten Halbjahr 1982 40 Prozent über denen des Vergleichszeitraums des Vorjahres liegen (s. Schaubild), und die Insolvenzen des Vorjahres nach vorsichtigen Schätzungen allein schon die Vernichtung von 300.000 Arbeitsplätzen zur Folge hatten, so wird ansatzweise die sich anbahnende arbeitsmarktpolitische Katastrophe deutlich.

... und die Reaktionen

Die Reaktion der Beschäftigten der AEG-Betriebe auf die durch den Vergleichsantrag neu geschaffenen Situation ist derzeit überwiegend zurückhaltend bis resignativ. Wie in solchen Fällen üblich, hat die Geschäftsleitung noch nicht offengelegt, welche der Betriebe demnächst der Kahlschlagsanierung zum Opfer fallen werden. Lediglich beim Hausgeräte-Ableger Zanker, dessen Stillegung seit langem gehandelt wird (1.000 Beschäftigte), kam es nach dem 17.8. gestellten Antrag der Geschäftsleitung auf Liquidationsvergleich zu Arbeitsniederlegungen. Die Stillegung des ebenfalls zum AEG-Hausgerätebereich gehörenden Betriebes Neff (knapp 2.000 Beschäftigte) scheint indes „ruhig" zu verlaufen.

Zu spontanen Arbeitsniederlegungen kam es noch in Ulm (1.500 Beteiligte) und bei AEG-Kanis in Nürnberg.

So wie die Dinge derzeit liegen, trifft die AEG-Kahlschlagsanierung auf extrem desorganisierte und unvorbereitete Betriebsbelegschaften, die zudem in relativ kleinen Einheiten über das gesamte Bundesgebiet verteilt sind. Maßgeblich verantwortlich für diese Reaktion in den Betrieben ist die IGM, die, im Einvernehmen mit AEG-Gesamtbetriebsratsvorsitzenden und Aufsichtsratsmitglied Ruppke, sofort dem Vergleichsantrag zugestimmt hat und sich gegen Aktionen für den Erhalt der Arbeitsplätze ausgesprochen hat.



Dürr macht sich dünn

Politik der Gewerkschaften

Gleich nach Bekanntgabe des Vergleichsantrags reagierten die IGM-Vorsitzenden der Bundesländer prompt. Von der Zentrale vereinheitlicht gaben sie alle dieselbe Parole aus: Hamburgs IGM-Chef Müllner appellierte an das „disziplinierte Verhalten" der AEG-Beschäftigten und forderte sie auf, so weiterzuarbeiten wie bisher, *„damit der Bestand des Unternehmens nicht zusätzlich gefährdet wird"* („HA", 13.8.). Das erhöhe die Chancen für das Vergleichsverfahren. Der Westberliner IGM-Chef Wagner ermahnte die Kollegenschaft, nicht zu streiken, da hierdurch der Sanierungsvergleich nicht gewonnen werden könne („FAZ", 13.8.). Und das aus Westberlin, wo ca. 11.000 AEG-Arbeitsplätze existieren, von denen schon jetzt in aller Öffentlichkeit gehandelt wird, daß im Höchstfalle die Hälfte davon übrigbleiben werden...

Die Gewerkschaft ist ihrer bisherigen Linie treu geblieben: Während es in den Jahren 1979 bis 1981 zu einem Abbau des Personalbestands um gleich ganze 30.000 gekommen ist, gab es von seiten der IGM nicht eine einzige zentrale Gegenaktion. Begründung: Eine Großveranstaltung würde Erwartungen wecken, die nicht erfüllbar seien! Noch im letzten Jahr wurden die Betriebsrenten um ein Drittel gekürzt, Sonderzahlungen gestrichen — mit Zustimmung des Betriebsrates und Billigung der IGM. Immer wieder wurden die Beschäftigten vertröstet mit der Illusion, auf diesem Wege den „Bestand des Unternehmens" und damit die Arbeitsplätze zu sichern. Für die Zukunft werden von den noch zurückbleibenden Beschäftigten der AEG neue Opfer verlangt; die Diskussion kreist um Lohnverzicht (nach dem Vorbild der Chrysler-Sanierung in den USA, wo mit Hilfe von Lohnverzicht ein Rationalisierungsfeldzug finanziert wurde, bei dem die Belegschaft von ehemals 250.000 auf 70.000 heruntergewirtschaftet wurde) bis hin zu Darlehen jedes einzelnen Mitarbeiters von 3.000 DM für die AEG! Auch hier wird sich die IGM-Führung der „Einsicht" nicht verschließen wollen.

Nach der Flurbereinigung im Bergbau (300.000 Arbeitsplätze gingen verloren) Ende der sechziger, Anfang der siebziger Jahre, der aktuell noch laufenden „Neuordnung" der gesamten Stahlindustrie, ist die DGB-Führung erneut dabei, Flankenschutz für die kapitalistische Umstrukturierung eines ganzen Wirtschaftsbereiches zu leisten — offenbar auch um den Preis, daß das seit dem „Neue-Heimat"-Skandal ohnehin schon gestörte Verhältnis von Basis und Führung noch weiteren „Schaden" nehmen könnte.

Das Vergleichsverfahren

Während es in einem Konkursverfahren nur noch darum geht, die Konkursmasse des Unternehmens festzusetzen und anteilsmäßig unter die Gläubiger zu verteilen, hat ein Vergleichsverfahren demgegenüber den Vorteil, daß der Schuldner in der Zeit die Verfügungsmacht über sein Vermögen behält. So bleibt dem Konzern — ohne vom Konkurs unmittelbar bedroht zu sein — die Möglichkeit, normale Geschäfte zu tätigen, aber eben auch Konzernanteile zu veräußern. Einen zweiten Vorteil bietet der Vergleichsantrag für die AEG: Sollte der von Konzernchef Dürr veranschlagten Vergleichsqoute von 40 Prozent (d.h. jeder Gläubiger — einschließlich der Banken — erläßt der AEG 60 Prozent ihrer Schulden) zugestimmt werden (wobei die Anzahl von Stimmen erforderlich ist, die 80 Prozent der Forderungen auf sich vereinigen), so würde die AEG auf einen Schlag von Verbindlichkeiten von ca. 4,4 Mrd. DM (!!) befreit. Auf den ersten Blick würden die Banken hierbei den größten Verlust machen. Für sie bestehen aber eine Reihe der Öffentlichkeit nicht bekannter Bevorzugungsklauseln im Konkursfalle oder Rückversicherungen anderer Art. Zudem müßten die Banken lediglich 44 Prozent der Verlustsumme selber tragen; da die Steuerlastqoute bei 56 Prozent liegt, gingen somit über die Hälfte der Verluste in Form von Steuerausfällen zu Lasten des Staates. Die Banken haben seit 1974 Zinseinnahmen von 3,2 Mrd. aus der AEG herausgepreßt; das sind immer noch 1,7 Mrd. DM mehr, als ggf. jetzt an Verlust entstehen könnten (bei Abzug der Steuerlast höchstens 1,5 Mrd. DM). Noch nicht hinzugerechnet ist der erneute Reibach der Banken durch ihren neuen Kredit in Höhe von 2,2 Mrd. DM, der ja völlig ohne jedes Eigenrisiko gewährt und erneut erhebliche Zinsen in Millionenhöhe einbringen wird.

Noch einen weiteren Vorteil bringt der Vergleichsantrag dem Kapital: Während bei einem Konkurs die Wettjagd nach dem dicksten Brocken beginnen kann, ist das Vergleichsverfahren ein geeignetes Instrument zur Disziplinierung der Belegschaften. Der drohende Anschlußkonkurs mit zwangsläufiger Liquidierung der Rest-AEG hängt wie ein Damoklesschwert über ihnen. Gesamtbetriebsrat und IG-Metall haben auch sofort angebissen, indem sie von Arbeitskämpfen abrieten, da hierdurch der Vergleich gefährdet würde. Der nächste Rückzieher ist schon vorprogrammiert, wenn es um die Forderungshöhe bei Sozialplänen für die anstehenden Massenentlassungen geht...

»Kollege, hast Du schon Deine 71 DM Notopfer für die Neue Heimat gezahlt?«

Die Frage ist natürlich erfunden, denn sie setzt voraus, daß in der Gewerkschaft demokratische Zustände herrschen und die Mitglieder gefragt würden, bevor sie zur Kasse gebeten werden, aber die Zahl stimmt: 561 Mill. DM sollen die Gewerkschaftsmitglieder nach dem Beschluß des DGB-Bundesvorstandes aufbringen, um die Neue Heimat Städtebau allein für das Jahr 1981 zu sanieren. Bei 7,88 Mill. DGB-Mitgliedern macht dies pro Nase 71 DM.

Vietors Nachfolger, Diether Hoffmann (verdient er eigentlich auch wie Vietor 524.000 DM ?), reibt sich die Hände: *„Die Gewerkschaften stehen voll zu uns, ohne diesen Rückhalt wüßte ich nicht, wie es weitergehen sollte"*.

Den Mitgliedern gegenüber werden derweil Eiertänze aufgeführt, um ihnen weiszumachen, das in den maroden Konzern hineingepumpte Geld würde die Kampfkraft der Gewerkschaften nicht schwächen. Beispielhaftes leistete hier die ‚Metall' (15/82): *„Vereinfacht gesagt wurde die Summe wie folgt aufgebracht: Die IG Metall hat ein schon länger bestehendes Darlehen an die Beteiligungsgesellschaft für Gemeinwirtschaft (BGAG) in eine Erhöhung des Kapitals und der Rücklagen bei dieser gemeinwirtschaftlichen Dachgesellschaft umgewandelt. Die BGAG wird damit ihrerseits in die Lage versetzt, im entsprechenden Umfang der ‚Neuen Heimat Städtebau' Mittel zuzuführen"*. Vereinfacht gesagt?

Jetzt wird auch deutlich, was Diether Hoffmann meinte, als er auf dem 12. DGB-Kongreß, der einen Schlußpunkt unter die Affäre Neue Heimat setzen sollte, feststellte: *„Jetzt brauchen wir insbesondere Vertrauen: Das Vertrauen der Mitarbeiter, das Vertrauen der Öffentlichkeit, vor allem aber das Vertrauen der Gewerkschaften und der Mieter"*.

Das Vertrauen der Gewerkschaften kostet diese also 561 Mill. DM in diesem Jahr. Und im nächsten? In ihrem Größenwahn hat die Neue Heimat für 2 Mrd. DM Grundstücke zusammengerafft, die sie jetzt nicht verscherbeln oder bebauen kann. Allein für die Zinsen sind jährlich 200 Mill. DM zu zahlen. Hoffmann darf auch in den nächsten Jahren auf die Zahlungswilligkeit der DGB-Führung vertrauen. Man wird doch nicht die Kuh schlachten, die sich nach langjähriger anstrengender Gewerkschaftstätigkeit im Alter so bequem melken läßt (vgl. Ex-GEW-Chef Frister).

Aber Hoffmann reicht nicht das Vertrauen der Gewerkschafter, er will auch noch das Vertrauen der Mieter. Was er damit meint, deutete er auf dem DGB-Kongreß bereits an: *„Wir werden nicht daran vorbeikommen, unseren Wohnungsbestand zu reduzieren, vorhandene Wohnungen zu verkaufen, um auf diese Weise Spielraum für neue Aktivitäten zu gewinnen. Dabei ist es selbstverständlich, daß wir die Wohnungen in erster Linie unseren Mietern anbieten und daß kein Mieter seine Wohnung verlieren muß, weil er sie nicht kaufen will oder kann"*. Inzwischen wurde bekannt, daß die Neue Heimat plant, 10 % ihres 320.000 Wohnungen umfassenden Bestandes zu verhökern, wobei „auch an den Verkauf von Wohnungen an Kapitalanleger gedacht" (FAZ, 14.7.82) wird. In gigantischem Umfang steht hier eine Umwandlung von Sozialwohnungen in Eigentumswohnungen ins Haus, so daß selbst Hamburgs Bausenator Apel vor einer „völlig überflüssigen Konfrontation mit dem Senat" warnte.

Aber auch die Mitarbeiter der Neuen Heimat wurden von Hoffmann um Vertrauen gebeten. Sie mußten etwas länger rätseln, was dies zu bedeuten habe. Auf dem DGB-Kongreß hatte der neugekührte Vorsitzende Breit noch eine Lanze für die Beschäftigten gebrochen: *„Sorgen wir dafür, daß das Fehlverhalten einzelner früherer Vorstandsmitglieder der Neuen Heimat nicht zurückschlägt auf 5000 Beschäftigte, die für den Wohnungsbau und die Gemeinwirtschaft seit Jahren redlich ihre Pflicht taten und tun!"* Inzwischen kündigte Hoffmann einen ‚beachtlichen' Abbau von Arbeitsplätzen bei der Neuen Heimat an. Zahlen wurden nicht genannt. Oder sollte Breits Aussage, daß 5000 Beschäftigte bei der Neuen Heimat redlich ihre Pflicht tun, obwohl dort in Wirklichkeit 6000 Mitarbeiter beschäftigt sind, bereits ein Hinweis auf das Ausmaß der beabsichtigten Entlassungen sein?

Äußerungen auf Gewerkschaftstagen sind ja manchmal etwas verklausuliert; dies gilt auch für den nächsten Punkt, dem von Hoffmann geforderten Vertrauen der Öffentlichkeit. Dahinter steckt das Verlangen, daß die Öffentlichkeit nicht so neugierig sein soll, sondern lieber darauf vertrauen soll, daß die zuständigen Aufsichtsgremien in den gewerkschaftlichen Unternehmungen Mißstände und Verfehlungen schon von sich aus abstellen werden. Dazu Heinz Oskar Vetter auf dem DGB-Kongreß: *„Wir müssen uns eigentlich einmal plastisch vorstellen, wie anders wir an die Sache hätten herangehen können, wenn diejenigen, die Akten geklaut und verscheuert haben, das, was sie wußten, uns, den Aufsichtsgremien, unmißverständlich gesagt hätten. Dann sähe die Sache wohl sicher anders aus"* („Gewerkschafliche Monatshefte" 6/82, S. 379).

Es bedarf überhaupt keiner Phantasie sich vorzustellen, was geschehen wäre, wenn der Ex-Pressesprecher der Neuen Heimat, Siegfried Mehnert, mit seinen Aktenbergen nicht zum „Spiegel", sondern zum Aufsichtsrat gegangen wäre. Nämlich nichts. Der Beweis: Auf der Aufsichtsratssitzung der Neuen Heimat am 10.10.79 fragte der Betriebsratsvorsitzende, ob das Gerücht stimme, daß Albert Vietor über Strohmänner an der Münchener ‚terrafinanz' beteiligt sei, die mit Grundstücksschiebereien 30 Mill. DM verdient hatte. Vetter verneinte, obwohl ihm Vietor bereits am 11.6.76 seine Beteiligung gestanden hatte (nach „Stern", 8.7.82).

Weder die Öffentlichkeit, noch die Mitarbeiter der Neuen Heimat, die Mieter und erst recht nicht die Gewerkschafsmitglieder haben also Veranlassung, den Anregungen Hoffmanns zu folgen und der Neuen Heimat-Führung Vertrauen entgegenzubringen. Kontrolle wäre da schon eher angesagt. Schließlich mußte auch Heinz Oskar Vetter auf dem DGB-Kongreß zugeben, daß das mit dem Vertrauen nicht das Wahre ist: *„Auch ich habe jahrelang denen vertraut, die es nicht verdient haben"*.

Kommission Betrieb & Gewerkschaft

Ausbildung jugendlicher Ausländer »keine lohnende Investition«

Nach Angaben des Bildungsministeriums waren im Juli 115 000 Jugendliche ohne Ausbildungsplatz — ein Drittel mehr als noch vor einem Jahr. Prognosen des DGB gehen davon aus, daß in diesem Jahr die Zahl der Jugendlichen ohne berufliche Ausbildung auf 332 000 ansteigen wird. Angesichts dieser Misere legte die IG-Metall vor einigen Monaten ein „Sofortprogramm der IG Metall zur Beseitigung des Ausbildungsstellenmangels" vor. Eine Forderung darin ist die nach einer Ausbildungspflicht der Betriebe. HBV-Vorstandsmitglied Christian Götz griff dies im ‚Ausblick' auf und forderte *„für alle Betriebe, die die Voraussetzungen zur Ausbildung nach dem Berufsbildungsgesetz erfüllen, eine Ausbildungspflicht per Gesetz"*.

Den Kanalarbeiter in der SPD-Bundestagsfraktion und designierten Nachfolger des IG Chemie-Vorsitzenden Karl Hauenschild, Hermann Rappe, veranlaßte dies zu einer höchst bemerkenswerten Entgegnung: *„Viele Jugendliche, die die Schule verlassen, sind ohnehin schulmüde. Es wäre eine sinnlose Quälerei, sie zu einer Berufsausbildung zu zwingen... Möglicherweise werden dann Jugendliche in eine Ausbildung gedrängt, die sie gar nicht haben wollen."*

Rappe tut einfach so, als wäre die angestrebte Ausbildungspflicht für Betriebe eine Verpflichtung für Jugendliche, einen verordneten Ausbildungsgang anzunehmen und spielt sich dann zum Interessensvertreter der ‚schulmüden' Jugendlichen auf. Doch Rappes Zynismus geht noch weiter: **„Von einer Ausbildungspflicht wären auch jugendliche Ausländer betroffen. Die für sie anfallenden Kosten wären viel zu hoch und keine lohnende Investition, da viele später in ihr Heimatland zurückkehren."**

Gegen diese Äußerungen hat inzwischen die Verwaltungsstelle Reutlingen der IG Metall protestiert. In ihrem an Rappe gerichteten Schreiben heißt es: *„Dem unbedarften Leser können wir nur schwer klarmachen, daß Du Beiträge an eine DGB-Gewerkschaft bezahlst."*

Ob die IG Chemie ihren Mitgliedern klarmachen kann, warum so ein Mann aus den Beiträgen der Gewerkschaftsmitglieder finanziert werden soll?

Der Briefwechsel ist in der August-Ausgabe der „Nachrichten zur Wirtschafts- und Sozialpolitik" im Wortlaut dokumentiert.

Kommission Betrieb & Gewerkschaft

Fortsetzung von S. 1

Die SPD ist am Ende

Ein Sommerflirt mit den Grünen

Die innere Krise der SPD und das drohende Ende der sozialliberalen Koalition in Bonn haben zu Überlegungen über Bündnismöglichkeiten mit den Grün-Alternativen geführt, die man differenziert bewerten muß, Neben dem ebenso unverschämten wie unrealistischen Gedankenspiel, man könnte die Grün-Alternativen anstelle der FDP als Mehrheitsbeschaffer zur Fortführung der bisherigen Politik einspannen, gibt es auch ernstzunehmende Denkansätze über das Zustandekommen eines „neuen historischen Blocks" als Grundlage einer politischen Wende. Dieser Denkansatz baut im Allgemeinen auf der Einbildung auf, daß es nur dem negativen Einfluß der FDP zuzuschreiben sei, wenn „authentisch sozialdemokratische Politik" in Bonn nicht durchgesetzt werden kann. Mit den Grün-Alternativen soll nun ein ganz anders gearteter Bündnis- und Koalitionspartner zur Verfügung stehen, mit dem die SPD endlich d i e Politik machen könnte, die sie eigentlich am liebsten schon seit 1969 betrieben hätte.

Die SPD-Führung befindet sich im Konflikt, ob sie solchen Illusionen Spielraum geben soll oder ob es taktisch günstiger ist, mit Blick nach Rechts jeden Gedanken an eine Partnerschaft mit den Grün-Alternativen kategorisch zu dementieren. Denn einerseits bildet das Bemühen um Integration radikaler „außerparlamentarischer" Bewegungen ein traditionelles Aufgabengebiet der SPD im arbeitsteiligen System der etablierten Parteien. Andererseits muß die SPD aber befürchten, daß ihre freundlichen Signale nach Links auf der rechten Seite ihres Spektrums weitere Verunsicherung und Abwanderung zur CDU/CSU (oder FDP) hervorrufen. Da es bei diesen Überlegungen sowohl nach Links wie nach Rechts um erhebliche Potentiale geht, fällt der SPD eine Entscheidung schwer. Ihre Politik ist dementsprechend schwankend und uneinheitlich. Nachdem im Juli von prominenten Politikern der SPD einige sehr wohlwollende Signale in Richtung Grün-Alternative abgegeben worden waren, ist man wenige Wochen später schon wieder um schroffe Abgrenzung bemüht. Bundeskanzler Schmidt höchstpersönlich bemüht sich, um mitzutei-
ist man wenige Wochen später schon wieder um schroffe Abgrenzung bemüht. Bundeskanzler Schmidt höchstpersönlich bemüht sich, um mitzutei-
len, daß er den Verhandlungen zwischen SPD und GAL in Hamburg überhaupt keine Chance einräumt: Mit Rechtsbrechern sei keine Zusammenarbeit möglich. Der GAL-Fraktionsvorsitzende Ebermann hatte nämlich an einer Hausbesetzung teilgenommen. Hätte er stattdessen ein paar Millionen Wahlkampfspenden „manipuliert", zig Millionen Steuern unterschlagen o.ä., wäre er vermutlich gesellschaftsfähig.

Der Bundeskanzler äußerte seine Abfuhr gegen die GAL ganz kurz nach einem Zusammentreffen mit dem Hamburger Bürgermeister Dohnanyi. Und der will seinerseits immer noch den Eindruck erwecken, als verhandele er „ernsthaft" mit der GAL. Tatsächlich hat aber auch er sich dem inzwischen angesagten Distanzierungskurs nicht entziehen mögen: Seit mehreren Wochen betonen die führenden Hamburger SPD-Politiker demonstrativ, daß sie für die von der GAL geforderte politische Wende auf gar keinen Fall zu haben sein werden. Sie wollen nur „ausloten", ob man die GAL nicht vielleicht zur „Unterstützung unserer bewährten sozialdemokratischen Politik" gewinnen kann. In fast allen relevanten Fragen hat die SPD bereits deutlich gemacht, daß sie an ihrer bisherigen Politik festhalten will. Demnach sind die „ernsthaften Gespräche" mit der GAL nur noch eine Farce, um das bittere Ende der SPD auch in Hamburg noch ein paar Wochen hinauszuzögern. Dohnanyi sagt es in aller Offenheit: Mit der GAL wird bloß verhandelt, weil eine Gesprächsverweigerung die SPD demnächst noch mehr Wählerstimmen kosten würde. Sowieso hat sich die SPD von Neuwahlen nicht viel zu versprechen. Aus dem bekannten Dilemma kommt sie nicht heraus: Verweigerung und Sturheit gegenüber der GAL kosten weitere Stimmen nach Links. Andererseits kosten — wie Dohnanyi übrigens in einem partei-internen Strategiepapier auch selbst entdeckt hat — die hinhaltenden Gespräche mit der GAL Stimmen nach Rechts. Da ist es schon am besten, die SPD schwankt wild hin und her und macht sich gleich nach b e i d e n Seiten hin unglaubwürdig.

Einen anderen Weg hat Börner in Hessen gewählt: Er donnert klipp und klar, daß für ihn mit den Grünen überhaupt nichts laufen wird und daß sie ihn an die Nazis erinnern. Der Mann kann sich solche Töne erlauben, weil er sich nach der Landtagswahl im Oktober sowieso nichts mehr ausrechnet. Er hat seine Koffer schon gepackt und will wenigstens noch mal laut mit den Türen knallen.

Daß Börner und Dohnanyi jetzt gegeneinander ausgespielt werden, gehört auch zum Dillemma der SPD: In Hessen warnt Innenminister Gries (FDP), daß trotz der harten Worte Börners ein Zusammengehen der SPD mit den Grünen nach der Wahl gar nicht ausgeschlossen sei, siehe die laufenden Verhandlungen in Hamburg. Und in Hamburg sieht sich Dohnanyi mit einer parlamentarischen Anfrage der CDU konfrontiert, warum er über die Grün-Alternativen eigentlich so völlig anders denkt als sein Parteifreund Börner. Politischer Betrug ist eben ein schweres Geschäft, wenn man sich dabei nicht über eine einheitliche Linie einig ist.

SPD ohne Konzept

Der rechte SPD-Ideologe Löwenthal (nicht zu verwechseln mit seinem noch rechteren Namensvetter im ZDF) hat vor ein paar Monaten viel Staub aufgewirbelt: Er hatte versucht, Gleichgesinnte um ein Thesenpapier zur Selbstdarstellung der SPD zu sammeln. Hauptpunkt des Papiers war die These, daß die SPD sich nunmehr entscheiden müsse, ob sie sich auf ihre Stammwähler aus der Arbeiterschaft oder auf das Protestpotential aus den Mittelschichten orientieren will. Beiden Teilen zugleich könne es die SPD gar nicht recht machen, weil die Interessen beider Gruppen kontrovers seien: Sicherung der Arbeitsplätze kontra überzogene ökologische Forderungen usw. usf. Löwenthals Ratschlag lautete selbstverständlich: Rückbesinnung der SPD auf ihre Arbeiterwähler, klare Abrenzung von den grün-alternativen Spinnern.

Löwenthals Vorstoß als solcher war ein Mißerfolg. Von den SPD-Rechten mochten sich nur wenige voll mit den Aussagen und dem Vorgehen Löwenthals solidarisieren. Manche linken SPDler widersprachen sogar ausdrücklich dem Versuch der Thesen, zwei soziale Gruppen gegeneinander auszuspielen, die eigentlich b e i d e zum Potential der SPD gehören müßten.
SPDler widersprachen sogar ausdrücklich dem Versuch der Thesen, zwei soziale Gruppen gegeneinander auszuspielen, die eigentlich b e i d e zum Potential der SPD gehören müßten.

Löwenthals Thesenpapier baut auf einer krassen Verzerrung der Realität auf: Weder stehen die Interessen der Arbeiterschaft und der neuen Protestbewegungen feindlich gegeneinander, noch ist die SPD berechtigt, sich als Interessenvertreterin der Arbeiter darzustellen. Schließlich ist es nicht den Parolen der Grün-Alternativen, sondern der Politik der SPD zuzuschreiben, wenn die Arbeitslosigkeit Rekordhöhen erreicht, wenn das „soziale Netz" immer mehr demontiert wird, wenn die Reallöhne stagnieren oder sogar sinken usw.

Trotzdem sollte nicht verkannt werden, daß Löwenthals Thesen sich im Kern auf eine Realität beziehen: Die Krise der SPD stellt sich als Verlust nach zwei Seiten, zur CDU/CSU (bzw. FDP) und zu den Grün-Alternativen dar. Wie sich die Verluste genau verteilen, läßt sich mit wissenschaftlicher Präzision nicht sagen. Immerhin kann die etablierte Statistik vielleicht als Hilfsmittel und Anhaltspunkt dienen. Die „Frankfurter Allgemeine" behauptet (anscheinend auf Basis eines Vergleichs mehrerer Umfrage-Ergebnisse und Untersuchungen), daß von denjenigen, die 1980 die SPD gewählt haben, derzeit 15 % für die CDU/CSU votieren würden, 9 % für die FDP und 7 % für die Grünen („FAZ", 4.8.82). Diese Schätzung scheint für die Grünen sehr niedrig zu sein: Sie würde bedeuten, daß unter den SPD-Wählern die Tendenz zu den Grünen nicht größer ist als im Durchschnitt sämtlicher Wähler. Eine infas-Untersuchung der Hamburger Bürgerschaftswahlen behauptet, hier habe die SPD per Saldo 35.000 Stimmen an die CDU verloren, 11.000 an die GAL und 9.000 an die SPD (Information 12/82 des Hamb. Statist. Landesamtes).

Solche Zahlen ergeben allerdings auf jeden Fall ein verzerrtes Bild, weil sie die überproportionalen Verluste der SPD an die Grün-Alternativen bei den Erstwählern nicht berücksichtigen. Gerade dieser Faktor macht den SPD-Politikern die größten Sorgen.

Insgesamt wird man wohl annehmen dürfen, daß die SPD derzeit rund doppelt soviel Wähler nach Rechts abgibt wie nach Links. Lediglich mit einer „Öffnung nach Links" könnte die SPD also ihre Probleme gar nicht in den Griff kriegen, selbst wenn sie zu einer solchen „Linkswende" bereit wäre.

Die sich nach Rechts wendenden früheren SPD-Wähler p a u s c h a l als politisch blinde Protestwähler („Denkzettel") oder als verirrte Schäfchen einzuordnen, wäre gewiß fahrlässig und naiv. Man muß schon annehmen, daß bei großen Teilen dieser Abwanderer eine bewußte Sympathie für wesentliche Elemente der CDU/CSU-Propaganda vorliegt. So etwa eine Neigung, auf wirtschaftliche Probleme und Sorgen mit dem Angriff auf Sündenböcke zu reagieren: die „Ausländerflut", der „überzogene Umweltschutz", das „überstrapazierte soziale Netz", die Krankfeierer, die maßlose Besitzgier schmarotzender Arbeitslosen usw. usf. Auch eine zunehmende Tendenz zu stabilen Werten (als Reaktion auf die reale Destabilisierung der Verhältnisse) wie Ordnung, Recht, Gehorsam, Vaterland etc. spielt sicher eine Rolle.

So betrachtet, muß die SPD sich in der Tat sehr dringend Gedanken machen, auf welches politische Potential und auf welche Linie der Selbstdarstellung sie setzen will. Gleichermaßen nach Rechts wie nach Links Wähler zurückzuholen, kann nicht gelingen. Das Dilemma der SPD ist gegenwärtig, daß sie zur gleichen Zeit Lockrufe nach Links wie nach Rechts aussendet. Das Ergebnis ist dabei bloß, daß die Signale sich gegenseitig aufheben und lediglich wachsende Unglaubwürdigkeit der Partei produziert wird. Die SPD kann, beispielsweise, keine glaubwürdige Integrationspolitik gegenüber den Grün-Alternativen entwickeln, wenn sie diese gleichzeitig als Rechtsbrecher, kommunistische Berufsrevolutionäre, Phantasten usw. darstellt. Umgekehrt bringen die Schimpfkanonaden und messerscharfen Abgrenzungen von den Grün-Alternativen der SPD auch nach Rechts keinen Gewinn, solange sie immer noch irgendwo mit eben solchen Grün-Alternativen zusammenarbeitet oder jedenfalls Zusammenarbeit nicht prinzipiell ausschließt.

Auf diesen realen Widerspruch scheinen Löwenthals Thesen gezielt zu sein. Der Konflikt blieb ungelöst, der SPD fehlt nach wie vor ein einheitliches Konzept.

Über die weitere Behandlung des Problems durch die SPD läßt sich nur spekulieren. Momentan scheint es so zu sein, daß zwar die erste Welle positiver
Konzept.
Über die weitere Behandlung des Problems durch die SPD läßt sich nur spekulieren. Momentan scheint es so zu sein, daß zwar die erste Welle positiver
Stellungnahmen zu den neuen Bündnismöglichkeiten einen Dämpfer erhalten hat, insbesondere durch die öffentliche Intervention des Bundeskanzlers gegen Vereinbarungen mit der GAL in Hamburg. Andererseits repräsentieren die Äußerungen von Schmidt und anderen sicher noch keine vereinheitlichte, gefestigte Linie in der SPD. Eher ist zu rechnen mit weiteren Schwankungen, kraß kontroversen Stellungnahmen aus der SPD, vielleicht auch mit örtlichen Experimenten und verblüffenden Manövern. Ganz sicher wird die SPD-Politik gegenüber den Grün-Alternativen in der nächsten Zeit nicht immer logisch und rational, bisweilen sogar unberechenbar sein. Vielleicht wird die Linke dann der Versuchung widerstehen müssen, allzu genau herausfinden zu wollen, was die SPD sich nun eigentlich bei diesem oder jenem Schritt wieder gedacht hat und welch raffinierte Taktik dahinter stehen könnte: Vieles wird einfach Herumprobiererei, manches auch schlichtes Gestümper sein.

Jenseits bloßer Überlebens- und Integrationsstrategien gibt es in der SPD aber gewiß auch ernstzunehmende Elemente einer inhaltlichen Neu-Besinnung. Es gibt in der SPD immer noch ein reformerisches Potential, das sich zwar der dominierenden Parteilinie weitgehend unterworfen hat, aber das aus dem Wachstum der Grün-Alternativen Ermutigung und Spielraum für eigene Überlegungen und Stellungnahmen schöpft. Zwei Fehler der Grün-Alternativen gegenüber diesem Potential in der SPD sind denkbar und treten tatsächlich auf: Falsch ist es, a l l e Äußerungen aus der SPD (und vor allem dann, wenn es sich um prominente SPD-Politiker handelt) n u r unter dem Gesichtspunkt der Taktik zu bewerten und zurückzuweisen. Falsch ist es andererseits, derartige Äußerungen euphorisch überzubewerten und gleich irgendwelche linken SPD-Politiker zum Wunsch-Bundeskanzler zu küren. Taktische Motive und wirkliches Umdenken lassen sich in den Köpfen der SPD-Kader gar nicht so klar und sauber trennen, wie mancher es vielleicht gern hätte. Da wird man vor allem ständig und genau hinhören müssen.

Hamburg:
Verhandlungen von SPD und GAL gehen weiter

Sechs Stunden lang verhandelten am 21.8. die 28köpfige Verhandlungskommission der GAL-Hamburg und die 20 Mitglieder der SPD-Delegation um die Themen Wirtschaftspolitik/Beschäftigungsprogramm sowie Sanierung der Elbe. Da das Programm nicht geschafft wurde, trifft sich die Kommission bereits am 27.8 wieder, um über die Elbsanierung weiterzuberaten und ein Programm für Ausbildungsplätze, gegen Jugendarbeitslosigkeit zu behandeln.

Der vielfach erwartete und teils erhoffte Knall kam nicht: Die SPD präsentierte ihre Position, daß auch zukünftig bei Hausbesetzungen dem Rechtsstaat durch polizeiliche Räumung Genüge getan werde. Die GAL widersprach „legalistisch": Rechtsstaat sei auch Sozialstaat, wird dagegen verstoßen, sei Widerstand geboten. Das Thema konnte nicht geklärt werden und wird wiederkommen.

Dann ging's zum Thema Wirtschaftspolitik zur Sache. Durfte man den Meldungen der örtlichen Presse glauben, dann zog die GAL mit einem *„Triumph"* in diese Verhandlungen. Der Senat hatte tags zuvor sein Konzept „Finanzpolitik für Hamburg: Beschäftigung und Stabilität" vorgelegt, das von der CDU so gewertet wurde, daß damit *„der Weg der SPD für ihre Verhandlungen mit der GAL geebnet wird"*. — Doch da unterschätzt die CDU die GAL und ihre Forderung nach einer Wende in der Beschäftigungs- und Sparpolitik. Seitens der GAL wurde positiv angemerkt, daß im Senatsprogramm drei Ansatzpunkte für eine andere Politik enthalten seien:

— Die Rücknahme von Personaleinsparungen im Öffentlichen Dienst für 1983
— Die Bereitschaft, über Gewerbesteuererhöhung Mehreinnahmen von den Reichen zu holen
— Die prinzipielle Bereitschaft, über Neuverschuldung Beschäftigungspolitik zu machen.

Auf der anderen Seite nimmt die SPD keinen Abschied von ihrer alten „Stabilitätspolitik" und will nach wie vor unsoziale und für die GAL untragbare Maßnahmen durchführen: Sie hält 1983 weiter an der Sparpolitik fest, die 1982 noch durch 20 % Kürzungen nichtausgegebener Gelder für Ergänzungs- und Erweiterungsbeschaffungen verschärft werden soll (was vor allem
1983 weiter an der Sparpolitik fest, die 1982 noch durch 20 % Kürzungen nichtausgegebener Gelder für Ergänzungs- und Erweiterungsbeschaffungen verschärft werden soll (was vor allem
im Sozialbereich greift). Sie will die Grundsteuer erhöhen, was u.a. zu ca. 1 % Mietsteigerung führt. Sie will „Einkommensgrenzen bei staatlichen Leistungen" einführen, was sich noch akzeptabel anhören mag, wo Vorsicht aber angebracht ist, da in dem Zusammenhang auch von Wohngeld und BaFög gesprochen wurde, also keine Leistungen für Reiche. Auch die geplante Erhöhung von Sozialmieten (ca. 40 Pfennig pro m²) sowie die geforderte stärkere Eigenwirtschaftlichkeit des Verkehrsverbundes HVV, die zu drastischen Fahrpreiserhöhungen führen wird, lehnt die GAL ab. Der gestoppte Stellenabbau im Öffentlichen Dienst ist nicht der große Erfolg: Weiterhin gilt für 1983 Einstellungsstop und das alte Senatskonzept, von 1982 - 1986 5.000 Stellen abzubauen, d.h. 1984 und folgende kann wieder kräftig zugelangt werden.

Ablehnend reagierte die SPD auf die GAL-Forderungen nach Umschichtungen im Haushalt (Aufgabe unsinniger Projekte zugunsten von Investitionen vor allem im Umweltschutz) und stärkerer Einbeziehung der öffentlichen Unternehmen in die Beschäftigungspolitik (z.B. HEW: statt Kernenergie Fernwärme), was den Haushalt nicht mehr belasten würde, aber Arbeitsplätze bringen kann.

Insgesamt alles andere also als ein GAL-Triumph, so daß diese nach den Verhandlungen erklärte: „Die SPD geht weiter in die falsche Richtung, aber sie geht langsamer". Für eine Tolerierung reichen die aktuellen Zusagen nicht aus.

Große Enttäuschung herrschte bei der GAL über die begonnene Elbsanierungsdiskussion. Nachdem seitens des Senats freundliches Entgegenkommen signalisiert worden war, war in den Verhandlungen nichts davon zu spüren. Technokraten- und Behördenargumentation, die sich hinter Vorschriften und Langzeitmeßprogramme verschanzte, steht von der GAL geforderten drastischen Sanierungsmaßnahmen entgegen und ist nichts Neues, sondern die bereits seit drei Jahren geübte Praxis der Umweltbehörde und des Senats. Hier zeichnete sich keinerlei Annäherung ab.

Die GAL-Mitgliederversammlung am 22.8. billigte den bisherigen Kurs der Verhandlungsführung, d.h. daß diese nicht dann abgebrochen werden, wenn es in einem der 9 Forderungspunkte nicht zu einer Einigung kommt. Allerdings soll eine Bilanzierung der Verhandlungsergebnisse öffentlich machen, wo die Dissense bestehen, was als nächstes zum Punkt Elbsanierung ansteht. Gleichzeitig beschloß die MV, nicht in der Verhandlungsposition zu verharren, sondern die außerparlamen-
chen, wo die Dissense bestehen, was als nächstes zum Punkt Elbsanierung ansteht. Gleichzeitig beschloß die MV, nicht in der Verhandlungsposition zu verharren, sondern die außerparlamen-
tarische Aktion auf dem Gebiet Sozialpolitik/Arbeitslosigkeit zu forcieren. Der Protest gegen die Bonner Haushaltsbeschlüsse und die Unterstützung der „Initiative soziale Sicherheit" gehört ebenso dazu wie Aktionen aus Anlaß der Hamburger Haushaltsberatungen. Erfreulich war bei der GAL, daß das Vorgehen einstimmig verabschiedet werden konnte.

Turbulenzen in Hamburg

Am *„moralischen und politischen Abgrund"* sieht der CDU-Vorsitzende Perschau die Stadt. Grund: der GAL-Abgeordnete Thomas Ebermann war im Zusammenhang mit einer Hausbesetzung festgenommen worden. Die Springer-Presse, die CDU und die rechte Mafia in Hamburgs SPD sahen die Stunde gekommen, um die SPD zum Abbruch der Verhandlungen mit der GAL zu zwingen. Nach der von den gleichen Kreisen ausgehenden Kampagne über die kommunistische Unterwanderung der GAL schien dies der willkommene Anlaß. Stützen konnten sie sich dabei auf eine starke Bastion im SPD-Senat: Den Innensenator und SPD-Rechten Alfons Pawelczyk, berüchtigter Aufrüster der Hamburger Polizei. Pawelczyk ist Schöpfer der „Hamburger Linie", keine Hausbesetzung länger als 24 Stunden zu dulden.

Zunächst schien der rechte Vorstoß zu gelingen: Nahezu alle Teile der SPD gingen auf Distanz. Bürgermeister Dohnanyi ließ erklären: *„Hausbesetzungen werden auch zukünftig nicht toleriert ... Das Gewaltmonopol des Staates ist für Sozialdemokraten nicht verhandelbar"*.

Die SPD-Linke, noch vor 16 Monaten auf dem SPD-Landesparteitag im heftigen Streit um die Hamburger Wohnungspolitik und Pawelczyks Linie, hatte jetzt nicht viel zu sagen. Drei linke Bürgerschaftsabgeordnete der SPD erklärten gegenüber der TAZ, daß sie das „Gewaltmonopol des Staates" bejahen und daß sich gefälligst auch die GAL daran halten muß.

Letzter Versuch für Kiep's „Bürgersenat"

Die SPD-Linken erlagen hier wieder einmal dem bewährten Zusammenspiel der drei Säulen für rechte Politik in Hamburg, das schon einmal in ähnlicher Manier Bürgermeister Klose gestürzt hat: Die Springer-Presse bauschte zwei relativ harmlose Aktionen, eine Hausbesetzung und eine Aktion in der Bezirksversammlung, per Schlagzeilen zu staatszerstörenden Ereignissen auf. Die CDU erhoffte sich Rückenwind für den Vorschlag von Walter Leisler-Kiep, seinen bislang gescheiterten „Bürgersenat" aus CDU, rechter SPD und rechter FDP doch noch durchzusetzen und an die Macht zu kommen. Kiep hatte zuletzt am 31.7. seinen „Bürgersenat" noch einmal konkretisiert: Er sei bereit, dafür Abstriche am CDU-Programm zu machen und auf drei CDU-Anliegen zunächst zu verzichten: die Änderung des Schulgeset-

Forts. nächste Seite

Forts. v. voriger S.

zes, den Großflughafen Kaltenkirchen sowie die schärfere Handhabung des „Extremistenerlasses" (bei letzterem will er die Regelanfrage fallenlassen und nur die ernsthaft in Erwägung gezogenen Bewerber für den öffentlichen Dienst vom Verfassungsschutz überprüfen lassen). Kiep hat angekündigt, im September Namen für seinen „Bürgersenat" vorzustellen, falls die SPD bei einer Abstimmung darüber den Fraktionszwang aufhebt.

Diese Offerte in Richtung rechter SPD hat die CDU jetzt mit einem zusätzlichen geschickten Schachzug garniert: Am 1. September soll auf CDU-Antrag in namentlicher Abstimmung darüber befunden werden, den Senat aufzufordern, *„seine bisherige Praxis gegenüber rechtswidrigen Hausbesetzungen beizubehalten und im Falle eines Strafantrags die sofortige Räumung zu veranlassen"*.

SPD-Rechte provozieren

Kieps Bürgersenat, eigentlich eher eine verdeckte große Allparteienkoalition, setzt starke Hoffnungen auf den rechten Gewerkschaftsflügel der SPD, der als einziger offen auf dem SPD-Landesparteitag am 16. Juni gegen die Gespräche mit der GAL Front machte und bereits zwei Tage nach der Wahl Neuwahlen gefordert hatte. Kieps Forderung nach einer *„wachstumsfördernden Politik"* für Hamburg ist vor allem in diese Richtung gewandt, da er sich erhofft, daß diese eher mit der CDU zusammengehen könnten, als mit den angeblichen Wachstumshemmern von der GAL. Propagandistische Unterstützung bekommt Kiep vom Alt-SPD-Rechten Herbert Weichmann. Resonanz findet er auch beim ehemaligen SPD-Landesvorsitzenden Paulig, der in der „Bild"-Zeitung (2.8.) eine Große Koalition nicht ausschloß. Stärker scheint der rechte Flügel der SPD allerdings auf Neuwahlen zu orientieren, um dann, wenn sich an den Kräfteverhältnissen nicht viel ändert, mit der CDU zusammenzuarbeiten. Pawelczyk und Fraktionsvorsitzender Voscherau sprachen nach der Hausbesetzung von Neuwahlen und machten Druck in Richtung Gesprächsabbruch.

Praktisch unterstützt wurde dies vom rechten SPD-Bezirk Mitte, in dessen Gebiet der Stadtteil Billstedt liegt. In diesem vom rechten Wirtschaftssenator Lange geführten Bezirk war als einzigem von allen sieben Hamburger Bezirken der GAL durch die SPD-Mehrheit das Fraktionsrecht versagt worden.

Auch der erste Hausabriß im Dorf Moorburg (Symbol des Widerstands gegen die Hafenerweiterung) seit zwei Jahren und nur zwei Tage nach der Hausbesetzung dürfte nicht zufällig geschehen sein, sondern wird vielfach als Provokation der Rechten gewertet. Dieses Haus ist im Besitz der städtischen Wohnungsbaugesellschaft SAGA, zu deren Vorstandsmitgliedern Lange und der ehemalige Innensenator Staack gehören.

Dennoch hat sich vorerst die „Mitte" um Dohnanyi durchgesetzt. Sie ging zwar auf Distanz und ließ Dohnanyi erklären, daß es sich bei den Kontakten mit der GAL ja eigentlich nur um Gespräche und nicht um Verhandlungen handele. Gleichzeitig kündigte er an, daß zu *„einem möglichst frühen Zeitpunkt"* die Gespräche unbedingt um Hausbesetzungen geführt werden müßten, wobei die Haltung des Senats *„nicht verhandelbar"* sei.

Gleichzeitig aber scheint Dohnanyi an der Fortführung der Gespräche festzuhalten. Seine Voraussage, daß bei Neuwahlen die SPD nur zu verlieren habe und auch durch die GAL-Gespräche kurzfristig nichts zu gewinnen sei (SPD-vorstandsinternes Papier von Dohnanyi) scheint der SPD nur den Weg zu lassen, in Hamburg mit Rücksicht auf Bonn so lange wie möglich zu überleben. Das aber ist weder durch Neuwahlen, noch durch eine Große Koalition möglich, sondern nur durch Tolerierung durch die GAL bzw. das Hinauszögern der Aussicht, daß es zu einer solchen Tolerierung kommen könnte. Insofern ist vielleicht sogar mit teilweisen Zugeständnissen der SPD an die GAL zu rechnen.

GAL: Kurs halten

Die GAL hat in verschiedenen Erklärungen die Beteiligung an der Hausbesetzung als legitim erklärt und ihrerseits die „Hamburger Linie" in der Jugend- und Sozialpolitik (Sparen auf der einen Seite, immer mehr Ausgaben für Polizei und polizeiliche „Lösung" sozialer Konflikte) angegriffen. In einem Brief an den SPD-Landesvorstand vom 11.8. hat die GAL daher vorgeschlagen, über Hausbesetzungen und Jugendpolitik am konkreten Fall Billstedt und der Polizeiübergriffe gegen Punx in Altona zu verhandeln, um eine Wende in der Jugend- und Sozialpolitik Hamburgs zu erreichen.

Derzeit sind die Chancen, inhaltlich in die Offensive zu kommen, angesichts einer verunsicherten und in der Richtung zerstrittenen SPD nicht schlecht. Sollten dabei gar Zugeständnisse der SPD herauskommen, kann die GAL dies getrost als ihren Erfolg buchen.

Hausbesetzung in Hamburg

Billstedt (Hamburg-Mitte) ist ein sozial und kulturell besonders unterversorgter Stadtteil. Gleichzeitig hat das Arbeiterviertel Billstedt einen hohen Anteil von Ausländern und jugendlichen Arbeitslosen. Seit drei Jahren bemüht sich die „Initiative für ein Stadtteilzentrum Billstedt-Horn" um Räumlichkeiten. Zwar wurde ihr Anliegen immer positiv als „berechtigt" und „notwendig" beschieden, doch es passierte nichts. Zuletzt konzentrierte sich die Initiative auf eine leerstehende Polizeirevierwache. Als bekannt wurde, daß das Bezirksamt diese Revierwache unter Umgehung der Initiative anderweitig verwenden will und eine vorübergehende Untervermietung mit einem Galeristen abgemacht hatte, nutzte die Initiative ein schon länger geplantes Rockkonzert am 7.8., um von da aus für eine Besetzung der Revierwache zu mobilisieren. Dafür bat sie die GAL um Unterstützung. Die Presse allerdings und interessierte Senatsstellen machten daraus eine Besetzungsaktion der GAL. Der GAL-Fraktionsvorsitzende in der Bürgerschaft, Ebermann, und die Bezirksabgeordnete Schmitt sollen nach dem Willen des Bezirksamts alleinverantwortlich als „Rädelsführer" angeklagt werden. Für die Springerpresse war Ebermann „Anführer einer Hausbesetzergruppe".

Presse und Senat versuchten, die Aktion zur Abrechnung mit der GAL hochzustilisieren; das dahinterstehende Anliegen der Jugendlichen sollte völlig verdrängt werden. Von SPD-Seite wurde dies gezielt angegangen: So ließ der Senat in seiner Antwort auf eine GAL-Anfrage bewußt den Eindruck entstehen, als habe das Bezirksamt vor drei Monaten vergeblich versucht, der Initiative die Wache anzubieten. In Wahrheit hatte das Bezirksamt damals nicht die gewünschte Wache 93 in Billstedt angeboten, sondern die Wache 92 im Industriegebiet Billbrook, die zudem verkehrsmäßig nicht zu erreichen ist.



GAL-Abgeordnete Schmitt und Ebermann werden nach der Hausbesetzung abgeführt.

Gleichzeitig wurde versucht, eine Schadensersatzklage gegen die Besetzer durchzusetzen. Der Galerist als Mieter der Wache wurde unter Druck gesetzt, eine solche Klage anzustrengen. Künstler, an die er untervermietet hat, haben sich mittlerweile mit der Stadtteilinitiative solidarisiert und fordern die Rücknahme der Klage.

2 Tage nach der Besetzung war Bezirksversammlung in Hamburg Mitte. Dabei auch 70 Zuhörer, darunter die meisten aus Billstedt. In der öffentlichen Fragestunde zeigten die etablierten Politiker ihre Dialogfähigkeit gegenüber den Jugendlichen. Nichtssagende Antworten und Vertröstungen sowie schneller Abbruch der Fragestunde provozierten geradezu Proteste. Schließlich ließ der SPD-Versammlungsleiter die Zuhörer von der Polizei abräumen. Die GAL-Abgeordneten, die vergeblich per Antrag versuchten, die öffentliche Fragestunde zu verlängern, solidarisierten sich und verließen die Versammlung.

Am nächsten Tag schlagzeilte „Bild": *„Krawalle! GAL-Anhänger stürmten Hamburger Parlament"*.

GAL-Forderungen und SPD-Akzente

vom rechten SPD-Bezirk Mitte, in dessen Gebiet der Stadtteil Billstedt liegt. In diesem vom rechten Wirtschaftssenator Lange geführten Bezirk war als einzigem von allen sieben Hamburger Bezirken der GAL durch die SPD-Mehrheit das Fraktionsrecht versagt worden.

Auch der erste Hausabriß im Dorf

zu erreichen.

Derzeit sind die Chancen, inhaltlich in die Offensive zu kommen, angesichts einer verunsicherten und in der Richtung zerstrittenen SPD nicht schlecht. Sollten dabei gar Zugeständnisse der SPD herauskommen, kann die GAL dies getrost als ihren Erfolg buchen.

GAL-Forderungen und SPD-Akzente



Foto: H. W.

Wohnungspolitik in Hamburg: SAGA-Sprecher Gatermann freut sich über den jüngsten Hausabriß in Moorburg.

Zu neun wichtigen Bereichen der Hamburger Politik hat die GAL Forderungen als Bedingungen für die Tolerierung eines SPD-Senats aufgestellt. Nach der Wahl hat sie diese Forderungen noch einmal konkretisiert und in einem Flugblatt in hoher Auflage vorgestellt. Ihre Bereitschaft, darüber zu verhandeln und nicht ein starres Ultimatum vorzuknallen, hat die GAL folgendermaßen beschrieben:

„Wir sind bereit ... über Einzelheiten unseres Forderungskatalogs und über einen Terminplan für seine Verwirklichung zu verhandeln. Wir erwarten jedoch, daß mit allen Maßnahmen sofort begonnen wird, und daß der Zeitplan ihrer vollen Verwirklichung in einem vertretbaren und von uns beeinflußbaren Rahmen liegt. Nicht bereit sind wir, unseriöse und unkontrollierbare Versprechungen auf irgendeine Zukunft hin zu akzeptieren. Und nicht bereit sind wir ebenso, uns auf irgendwelche Tauschgeschäfte einzulassen, die den Wesensgehalt unserer Forderungen zunichte machen würden (etwa: Wir steigen aus Brokdorf aus, wenn ihr der Zerstörung Moorburgs durch die Hafenerweiterung zustimmt).

Unser Forderungskatalog macht sozialdemokratisches Weiterregieren in Hamburg in einer neuen Weise möglich, umfaßt aber natürlich nur einen Teil dessen, was wir insgesamt an politischen Veränderungen in der nächsten Zeit für nötig halten. Deswegen — und weil wir nicht bereit sind, letztlich als neuer Juniorpartner der großen SPD deren alte Politik mit fortzuschleppen, und weil wir uns auch weiterhin außerparlamentarisch nicht die Hände binden lassen — gehen wir keine Koalition ein. Wir streben nicht selbst Senatorenposten an, sondern übernehmen Verantwortung in der parlamentarischen Opposition, auf die die SPD sich aber mit stützen kann, soweit sie zu der von uns beschriebenen Wende bereit ist."

Wie hat die SPD bislang inhaltlich auf die GAL-Forderungen reagiert? Während die SPD-Rechte hauptsächlich in öffentlichen Äußerungen betont, daß da kaum etwas bei rauskommen könne (am weitesten „positiv"), äußerte sich dabei der Fraktionsvorsitzende Henning Voscherau, der eine Einigung nur für möglich hält, wenn sie *„auf der Grundlage des SPD-Wahlprogramms zustande kommen"* würde — (1), äußert sich die „Mitte" vorsichtiger skeptisch; sie betont zwar, daß man *„sozialdemokratische Politik fortsetzen"* wolle, aber auch bereit sei, **„neue Akzente"** zu setzen (Dohnanyi)— (2). Dohnanyi hat aber auch betont: *„Dieser Senat wird keinen grundsätzlichen Wandel in der Politik zulassen"* (3). — Hoffnungsvoller ist da schon die SPD-Linke, die in ihren peinlich spärlichen (öffentlichen) Äußerungen die Erwartung nach einer Wende zurück zur Reformpolitik ausspricht. Am weitesten hat sich bislang der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Bodo Schümann vorgewagt, der die „Chance" betont, **„quasi unter dem Druck des Wahlergebnisses und der GAL — zu einer deutlichen sozialdemokratischen, sozialistischen Politik zurückzufinden"** und ankündigt, daß *„die Zeiten fauler Kompromisse ... vorbei"* sind. Schümann schätzt die Gespräche sogar als Nagelprobe dafür ein, daß *„sie Auskunft geben* (werden) *über den wirklichen inhaltlichen Standort der SPD"* — (4). Auch der Bürgerschaftsabgeordnete Wulf Damkowski hofft auf *„eine Perspektive für konsequente Reformpolitik"* — (5), wenngleich er, stärker als Schümann, die Verantwortung für deren Zustandekommen vor allem bei der GAL ansiedelt.

Wie aussichtsreich diese Hoffnungen sind, soll eine Gegenüberstellung der GAL-Forderungen mit den bisherigen öffentlichen Äußerungen der SPD bzw. einzelner ihrer Repräsentanten zeigen. Das Fazit vorweg:

Viel von Dohnanyis „neuen Akzenten" ist bislang nicht sichtbar. Im Gegenteil überwiegt die strikte Betonung, daß man die bisherige Politik konsequent fortsetzen wolle. Würde man allein diese **Äußerungen** zur Meßlatte der Tolerierung nehmen, dürften die GAL/SPD-Gespräche gar nicht geführt werden. Da müssen die SPD-Linken aber noch einige Schläge zulegen, soll ihre Hoffnung auf eine neue Reformpolitik erfüllt werden.

1. Rücknahme der Sparbeschlüsse im Sozial- und Bildungsbereich

Hierzu gibt es keine verbindliche Aussage. Deutlich zeichnet sich ab, daß das vorbereitende Getöne um die leeren Kassen Hamburgs von den SPD-Rechten zur Fortsetzung und Forcierung der Sparpolitik benutzt wird. Voscherau in einem „Bild"-Interview: *„Ziel unserer Politik war und bleibt die Konsolidierung des Haushalts ...BILD: Wie denn? — Voscherau:* **Durch Sparen, auch wenn's wehtut"** — (6).

In dieser Zielsetzung geht er mit ziemlicher Sicherheit einig mit den SPD-Rechten Finanzsenator Steinert und Wirtschaftssenator Lange ebenso wie mit der haushaltspolitischen Linie Helmut Schmidts. Konsequenz für Hamburg: **Eine Sparpolitik kaum vorstellbaren Ausmaßes, die für die GAL nicht verhandelbar ist.**

Demgegenüber steht ein bemerkenswertes Papier des den Linken zuzurechnenden Sozialsenators Ehlers, das er in die aktuellen Haushaltsberatungen des Senats eingebracht hat und das nicht ohne Grund als Geheimpapier behandelt wird. Ehlers entwickelt in diesem Papier, daß geringere als bisher angenommene Wachstumsraten bei Fortführung der derzeitigen Politik bis 1985 die Arbeitslosenzahl Hamburgs von derzeit 51.000 auf 105.000 mehr als verdoppeln werden. In der Konsequenz spricht er gegen Sparpolitik, gegen den geplanten Abbau von 5000 Stellen im öffentlichen Dienst, für höhere Belastungen der Unternehmen (Gewerbesteuer, Gebühren) und für eine Neuverschuldung zugunsten arbeitsplatzschaffender Investitionen.

Ein Papier, das angesichts der bisherigen Politik fast ‚revolutionär' anmutet und — vorbehaltlich genauerer Kenntnis — für die GAL durchaus verhandelbar erscheint.

Dabei dürfte es besonders interessant sein, den von der rechten AFA-Mafia beherrschten Hamburger DGB in die Verantwortung zu zwingen, da viele von Ehlers Ansätzen mit den aktuellen beschäftigungspolitischen Forderungen des DGB übereinstimmen.

Forts. v. voriger S.

2. Ein wirksames Beschäftigungsprogramm

Zu den GAL-Forderungen nach einem Beschäftigungsprogramm gibt es bislang keine verwertbaren offiziellen Äußerungen der SPD. Weder zum Ausbau der Fernwärme, noch zu Investitionen im Umweltbereich, noch zur Umstellung von Rüstungs- auf sinnvolle zivile Produktion auf den Hamburger Werften. Indiz dafür, wie die Diskussion laufen wird, dürften die aktuellen Auseinandersetzungen um den sozialen Wohnungsbau und den Straßenbau sein. Gegenüber von der SPD geplanten 5000 Sozialwohnungen jährlich fordert die GAL 8000 Wohnungen. Die SPD hat ihre Pläne noch in der letzten Legislaturperiode durchgezogen und 11 Bebauungspläne verabschiedet. Dabei ist weder eine umfassende Planung unter Einbeziehung der Wohnqualität, ausreichender stadtplanerischer und die Umwelt berücksichtigender Gesichtspunkte vorgenommen worden, noch eine ausreichende Bürgerbeteiligung vorgesehen. Mit diesem „Sachzwang" wird jetzt versucht, Druck auf die GAL auszuüben, Mitverantwortung für jahrelange SPD-Mißwirtschaft zu übernehmen. Die von der SPD verantworteten „Sachzwänge" werden zur Zeit von der GAL differenziert geprüft und haben in einem Fall zur Ablehnung durch GAL und CDU geführt, so daß die SPD zur Zeit die Zerstörung der Kleingartensiedlung Billerhuder Insel zurückstellen mußte. In einem anderen umstrittenen Fall, in Hamburg-Rahlstedt, hat die GAL trotz großer Bedenken sich für den Bau entschieden. Im Fall einer Umgehungsstraße in Bergedorf wiederum hat die GAL sich gegen dieses rigoros durchgezogene Projekt ausgesprochen, zusammen mit der CDU, die allerdings aufgrund von Kritik der Bauindustrie ihren Rückzieher vorbereitet. Es soll an dieser Stelle nicht näher erläutert werden, daß CDU und GAL unterschiedliche Gründe hatten, die Projekte abzulehnen. Nichtsdestotrotz tönen gerade die stillen Sympathisanten einer Großen Koalition in der SPD-Rechten von einer unheilvollen Allianz CDU/GAL, die die Arbeitsplätze gefährde, in der nicht unberechtigten Hoffnung, die rechten DGB-Führer könnten drauf anspringen (tatsächlich hat schon die IG Bau Steine Erden protestiert). Symptomatisch für den Versuch, die GAL für die Folgen der SPD-Planungen in die Verantwortung zu ziehen, ist die Äußerung des neuen Bausenators Günter Apel: *„Die GAL allerdings muß sich fragen lassen, wo sie denn die in ihrem Wahlprogramm versprochenen 8000 Wohnungen pro Jahr bauen will"* — (7).

3. Ausstieg aus der Atomenergie

Auch hier zeichnet sich kaum eine Annäherung ab. Die SPD-Linke will sich mit dem Spruch bescheiden, daß Brokdorf nicht gebaut werde — (8), während Dohnanyi seinen noch vor der Wahl verabschiedeten Brokdorf-Doppelbeschluß (Brokdorf wird weiter gebaut, Hamburg steigt aber aus, wenn sich 1985 erwiesen hat, daß man auch ohne das AKW-Brokdorf auskommt) für ausreichend hält. Immerhin hatte er noch am 5.7. gegenüber dem „Spiegel" erklärt, daß er auch dann vorher aus Brokdorf aussteigen wolle, *„wenn die GAL mir zeigt, wie dieser Ausstieg ohne Gefährdung der Stromversorgung beschleunigt werden kann"*, was ihm heftige Kritik der SPD-Rechten einbrachte.

Völlig ausgeblendet blieb bei dieser Erörterung seitens der SPD, daß die GAL den vollständigen Ausstieg aus der Atomenergie fordert, d.h. Abschaltung der AKWs Stade und Brunsbüttel und Nichtansnetzgehen des AKW Krümmel (geplant für 1983).

4. Stop der Hafenerweiterung

Selbst der Senat kann nicht nachweisen, daß dieses kostspielige (180 Millionen DM) Projekt überhaupt jemals neue Arbeitsplätze schafft, geschweige denn, daß es notwendig ist, den Hafen über die zur Zeit genutzten Flächen hinaus auszudehnen. Trotzdem sollen die Dörfer Moorburg und Francop zerstört werden. Immerhin hatte Dohnanyi zu der GAL-Forderung zunächst erklärt: *„Wir sind der Auffassung, daß das Hafenerweiterungsgesetz notwendig ist. Wenn aber andere Anregungen an uns herangetragen werden, wie wir auf einem anderen Wege zu demselben Ziel kommen können, dann werden wir dies selbstverständlich prüfen"* — (9). In direkter Konfrontation zu dieser Äußerung erklärte Wirtschaftssenator Lange in der „Bild" *„die Hafenerweiterung für unverzichtbar"*. — (10) Finanzsenator Steinert machte sie in seinem Rechenschaftsbericht sogar zu einem der *„wichtigsten Ziele, die in seiner Amtszeit erreicht worden seien"* — (11). Mittlerweile ist auch Dohnanyi auf diesen Kurs eingeschwenkt: *„Hamburg lebt von seinem Hafen. Hamburg braucht die Hafenerweiterung"*, sagte er in der Fernsehsendung „Monitor" am 17.8. — (12).

5. Sanierung der Elbe sofort beginnen

5. Sanierung der Elbe sofort beginnen

Bei der Elbsanierung scheint die verbal vorgetragene Kompromißbereitschaft der SPD am weitesten gediehen, was wesentlich zwei Gründe haben dürfte: zum einen die bei Wählerumfragen erwiesene Popularität dieses Themas, zum anderen der Zwang, die völlig versaute Elbe zumindest wieder soweit zu sanieren, daß die Industrie sie auch weiterhin als Abwasserkanal nutzen kann. Dohnanyi hatte bereits im Wahlkampf öffentlich auf einer Veranstaltung der Elbfischer erklärt, daß er die Nicht-Veröffentlichung der Einleitungsbescheide für Schwermetalle in die Elbe für einen Fehler halte. Dies hat er nach der Wahl wiederholt — (13). Mittlerweile hat die GAL ihr konkretes Forderungspapier zu diesem Komplex veröffentlicht und ist auf positive Resonanz beim Umweltsenator gestoßen, aus dessen Behörde signalisiert wird, daß es *„zumindest in der Tendenz eine Reihe von Übereinstimmungen"* gebe. Gleichzeitig wird aber Kritik geübt an den „unrealistischen" Forderungen nach sofortigem Vollzug der GAL-Maßnahmen und an der Radikalität, mit der eine umfassende Elbsanierung gefordert wird. Stattdessen möchte die SPD eine Reihe schönklingender Absichtserklärungen vorlegen, die auf Fertigung von Gutachten, „Vorbereitung" von Maßnahmen und ähnlich unverbindliche Zusagen hinauszulaufen scheinen.

Immerhin scheint die SPD an diesem Punkt größere Flexibilität beweisen zu wollen, was möglicherweise auch Aufschluß über die Taktik der „Mitte" in den Verhandlungen geben könnte.

Zugeständnisse machen an einigen Punkten, in anderen wieder unnachgiebig sein, so daß man schließlich der GAL mangelnde Kompromißbereitschaft vorwerfen kann, wenn diese nicht bereit ist, ein insgesamt unzureichendes Verhandlungsergebnis anzunehmen. Dohnanyi selber hat öffentlich die mögliche Bedeutung von Zugeständnissen bei der Elbsanierung erklärt und die möglichen Bruchlinien angedeutet: *„Es geht um Lernen auf beiden Seiten. Ich habe in der Vorwahlzeit zum Beispiel von den Umweltschützern lernen müssen ... Andererseits werden die Grünen uns Lernergebnisse in Fragen öffentlicher Finanzen* (Anmerkung: Akzeptieren von Sparpolitik), *Energieversorgung und so weiter zu verdanken haben, wenn es zu einer Zusammenarbeit kommt"* — (13).

6. Beseitigung der Wohnungsnot

Es gibt bislang keine offiziellen SPD-Äußerungen zu den GAL-Forderungen, wenngleich eine Reihe von ihnen ihre Entsprechung in SPD-Parteitagsbeschlüssen haben. Eine Änderung der Praxis, Wohnungen leerstehen zu lassen, Häuser abzureißen, Wohnraumzweckentfremdung, Luxusmodernisierung und Umwandlung von Miet- in teure Eigentumswohnungen ist nicht erkennbar. (Gerade zu letztem hat aktuell der Verein „Mieter helfen Mietern" enthüllt, daß seit 1978 5750 preisgünstigere Miet- in Eigentumswohnungen umgewandelt wurden, und zwar mit jährlich steigender Tendenz: allein 1981 waren es 2400).

In einer Frage zeigt sich der Senat besonders unnachgiebig: Die GAL-Forderung, bei Besetzung leerstehender Häuser nicht zu räumen und Besetzer nicht zu bestrafen, wird strikt mit dem Hinweis auf Verfolgung von Rechtsbruch und Erhalt des „staatlichen Gewaltmonopols" zurückgewiesen. Insbesondere Innensenator Pawelczyk verbindet damit seine Position. Auch die SPD-Linke tut sich mit dieser GAL-Forderung mehr als schwer.

7. Frauen-Forderungen

Die Forderung nach Einrichtung eines Frauenausschusses in der Bürgerschaft wurde sehr rasch und einigermaßen problemlos erfüllt. Hingegen liegt zur zweiten Forderung, nach Schaffung eines Frauen-Etats zur Sicherstellung der Finanzierung der Frauenprojekte (in Selbstverwaltung) noch nicht einmal eine Stellungnahme aus der SPD vor. Wenig Gutes läßt der Verlauf der Behördenverhandlungen mit den Frauen vom 3. Frauenhaus ahnen: Wie auch bei anderen autonomen Projekten immer wieder erlebt, will die Behörde drastisch am Stellenplan streichen und durch penetrantes Hineinschnüffeln die Autonomie des Projekts faktisch liquidieren.

8. Maßnahmen zur Demokratisierung Hamburgs

Hier bewegt sich am allerwenigsten. Ob Verbot faschistischer Organisationen, Abschaffung von Polizeihunden und CN-Kampfgas, Abschaffung der Berufsverbote — diese Forderungen
Verbot faschistischer Organisationen, Abschaffung von Polizeihunden und CN-Kampfgas, Abschaffung der Berufsverbote — diese Forderungen
„dürften freilich so lange Utopien sein, solange der Hamburger Innensenator Alfons Pawelczyk heißt" (Flugblatt der GAL). Stattdessen verfolgt dieser zunehmend zur „law and order"-Symbolfigur verkommende SPD-Rechte einen provokativen Kurs, wo er kann: Sei es bei Häuserräumungen, sei es bei brutalen Übergriffen gegen jugendliche Punx im Stadtteil Altona, die auf Empörung und Widerstand stießen und auch von der dortigen Bezirks-SPD kritisiert wurden. Gegen die Kritik der Altonaer Bezirksversammlung hielt Pawelczyk in einer Senatsantwort auf eine GAL-Anfrage daran fest, daß die Polizeiüberfälle dem *„Gebot der Verhältnismäßigkeit"* entsprächen. Obwohl Pawelczyk im selben Text zugibt, daß der erhoffte Erfolg („Lösung" des Punx-Problems) nicht eingetreten sei, kündigt er an, *„die Polizei werde auch weiterhin ‚flexibel und der Lage angepaßt' einschreiten"* — (14).



Für die GAL nicht tragbar: Oberst a.D., Innensenator Pawelczyk

Für die GAL ist es inakzeptabel, daß der Bereich „innere Sicherheit" völlig von Einsparungen ausgenommen ist. Stattdessen setzt sich Pawelczyk über die Springer-Presse groß in Szene und betont in einem Interview, daß für die „Innere Sicherheit" kein Bundesland *„soviel getan hat wie wir. Wir geben Millionen für bessere Technik aus"*. 140 Polizeibeamte seien neu eingestellt, 60 Schulpolizisten eingeführt, 48 Jugendschutztrupps (nach Eigen-Definition: „Sozialarbeiter der letzten Instanz") aufgestellt und durch Zentralisierung der Polizeiwachen 260 Polizeibeamte für den Außendienst freigemacht worden — (15). Die GAL hat diese Tendenz der Senatspolitik, im Sozialbereich zu sparen und soziale Konflikte polizeilich zu „lösen", scharf attackiert.



Ebenso unerträglich ist die dominierende Politik Pawelczyks in der Ausländerfrage. Noch bevor das neue bundesweite Asylgesetz eingeführt wurde, hat er in Hamburg die Politik gegen Asylanten drastisch verschärft. Von ihm stammt das im November 1981 entwickelte Konzept, „potentielle Asylbewerber abzuschrecken". Asylanten-Sammellager, Verschlechterung der sozialen Versorgung, zunehmende Ablehnung von Asylanträgen sowie beschleunigte Abschiebung auch in faschistische Länder gehören zu diesem Konzept. Regelmäßig setzt sich der Oberst a.D. in der Springer-Presse mit Begriffen wie „Asylanten-Schwemme" und „Asylmißbrauch" in Szene und verkündet seine Erfolgsmeldungen, de-
Begriffen wie „Asylanten-Schwemme" und „Asylmißbrauch" in Szene und verkündet seine Erfolgsmeldungen, de-
ren letzte ist: Reduzierung der Zahl der Asylanträge im ersten Halbjahr 1982 um 50 % gegenüber dem Vorjahr und Verachtfachung der Abschiebungen von 33 in 1981 auf 246 in 1982.

Mit dieser Praxis und diesem Senator dürfte zwischen GAL und SPD nichts gehen.

9. Friedenspolitik

Die GAL-Forderung nach einem Votum Hamburgs im Bundesrat gegen die NATO-„Nachrüstung" blieben bislang unbeantwortet. Allerdings dürfte die Bürgerschaftssitzung am 1. September, dem Anti-Kriegstag, eine Probe auf die Bereitschaft der SPD zu kommunaler Friedenspolitik sein: Die GAL hat neben einer Reihe konkreter Anträge zu Rüstungsproduktion, Friedenserziehung usw. auch den Antrag eingebracht, Hamburg zur atomwaffenfreien Zone zu erklären.

Quellen:
(1) Hamburger Abendblatt (HA), 17.8.82 — (2) Erstmals in: Spiegel, 5.7.82 — (3) HA, 3.8.82 — (4) Hamburger Rundschau (HR), 19.8.82 — (5) HR, 8.7.82 — (6) BILD, 21.7.82 — (7) HA, 21.7. und BILD, 28.7.82 — (8) Schümann in HR, 19.8.82 — (9) Spiegel, 5.7.82 — (10) BILD, 15.7.82 — (11) WELT, 5.7.82 — (12) Nach: HA, 18.8.82 — (13) Interview in HA, 26.7.82 — (14) HA, 8.7.82 — (15) HA, 2.8.82

Impressum

Herausgeber, Druck und Verlag: Hamburger Satz- und Verlags-Kooperative GmbH, Lindenallee 4, Postfach 7685, 2000 Hamburg 19; Telefon: Redaktion/Verlag 040/435320, Aboverwaltung 040/435346; V.i.S.d.P.: Heinrich Eckhoff, Verlagsanschrift; Abonnementspreis jährlich DM 60,–, halbjährlich DM 33,– (als Förderabo jährlich 100, halbjährlich DM 50,–); Bezahlung im Abruf, sonst PSchA Hamburg 27175-203 oder Dresdner Bank Hamburg, BLZ 200 800 00, Kt. 4 810 685 00
Einzelpreis DM 4,–; erscheint vierwöchentlich. Bei Nichterscheinen durch höhere Gewalt keine Entschädigung.
Auflage dieser Ausgabe: 6000
Eigentumsvorbehalt: Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift so lange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. „Zur-Habe-Nahme" ist keine Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Presseerklärung

Presseerklärung des 3. Frauenhauses

Seit über 3 Jahren arbeitet die Initiative „Drittes Frauenhaus Hamburg e.V." für ein Frauenhaus im Bereich Süderelbe. Nach langen schwierigen Verhandlungen und einem olympiareifen Hindernislauf, wird das Haus am 1.9.82 eröffnet.

Nun werden uns wieder neue Schwierigkeiten bereitet, die wir nicht vorhersehen konnten und die unser Projekt gefährden.

Unser Stellenplan soll zusammengestrichen werden. Die Zukunft der Mitarbeiterinnen ist ungewiß; sie stehen auf der Straße. Die Verhandlungen mit der Behörde für Arbeit, Jugend und Soziales (BAJS) haben einen Punkt erreicht, wo eine Verständigung scheinbar nicht mehr möglich ist. Am 16.8.82 brachen wir ein Gespräch in der BAJS ab.

Die Situation ist wie folgt entstanden:

Der Senat stellte im Haushalt 1982 Gelder für den laufenden Betrieb des 3. Frauenhauses im Bereich Süderelbe bereit. Als klar war, wann die Umbauarbeiten abgeschlossen sein würden und wir das Haus eröffnen können, stellten wir in Absprache mit der BAJS Mitte Juni 82 den Antrag auf die Bewilligung dieser Gelder. Schon einen Tag später wurden wir von Frau Dr. Wischnewski, Leiterin des Landesamtes für Rehabilitation, telefonisch darauf hingewiesen, daß die laufenden Kosten des Hauses drastisch gesenkt werden sollten. Sie stellte nur den Stellenplan in Frage.

Ein Antrag, alle Mitarbeiterinnen 4 — 6 Wochen vor Eröffnung einzustellen, um das Team inhaltlich zu vereinheitlichen und die einzelnen Arbeitsbereiche im Hinblick auf die baldige Eröffnung konkret vorzubereiten, wurde abgelehnt. Auf unseren Widerspruch hin, bewilligte uns der Widerspruchausschuß Ende Juli 8 Tage zu.

In einem Gespräch Mitte Juli unterbreitete uns die BAJS ihren ersten Vorschlag über die Anzahl der Mitarbeiterinnen. Wir hatten 8,5 Stellen gefordert, in Anlehnung an das Konzept und die Größe des 1. Hamburger Frauenhauses, das 38 Personen unterbringen kann. Wir haben 35 Betten zur Verfügung. Die Behördenvertreter meinten jedoch zunächst, es seien auch 6,42 Stellen ausreichend. In einem späteren Brief war sogar nur noch von 5,5 Stellen die Rede. Weiter stellten sie Bedingungen, von denen vorher nie die Rede war:

Die BAJS erklärte sich nur verhandlungsbereit, wenn wir eine ausführliche Begründung unseres Stellenplans abliefern würden. Es wurde ein neuer Besprechungstermin vereinbart. Wir legten ein 11seitiges Papier vor, in dem wir erneut unser Konzept darstellten und die Arbeit in einem Frauenhaus ausführlich beschrieben.

Im Laufe dieses Gesprächs stellte sich jedoch heraus, daß Frau Dr. Wischnewski in keinster Weise bereit war, unsere Darstellung zu akzeptieren bzw. unseren nun ausführlich begründeten Stellenplan zu diskutieren. Sie erklärte ihr Verhalten mit einem 2 Jahre altem internen Behördenpapier (von dem wir in diesem Gespräch das erste Mal etwas hörten), in dem gefordert wird, daß die Frauenhäuser detaillierte Arbeitsplatzbeschreibungen erstellen sollten. Das von uns vorgelegte Papier reichte auf einmal nicht aus. Weiter stellte sie unser Konzept grundsätzlich in Frage, mit der Zielrichtung, die Autonomie des 3. Frauenhauses zu untergraben. Und das zwei Wochen vor Eröffnung des Hauses!

Ziel unserer Arbeit ist es, den Frauen, die mißhandelt werden, die Möglichkeit zu geben, selbständig ihr weiteres Leben zu planen. Sie sollen nicht in einem Haus mit „Heimcharakter" versorgt und weiterhin gegängelt werden. Wir gehen davon aus, daß jede Frau in der Lage ist mit der nötigen Ruhe, Zeit und Unterstützung ihr Entscheidung für die Gestaltung ihres Lebens selbst zu fällen. Das Konzept „Hilfe zur Selbsthilfe" kann nur durch intensive und ausgeglichene Teamarbeit verwirklicht werden.

Diese inhaltlichen Argumente werden aber plötzlich, im Gegensatz zu früheren Bewilligungsverfahren für das 1. und 2. Frauenhaus, nicht mehr berücksichtigt. Stattdessen wurde die Anzahl der Mitarbeiterinnen durch einfache Drei-Sätze bzw. Prozentrechnung festgelegt. Wir verließen daraufhin das Verhandlungsgespräch, da wir keine weitere Möglichkeit der Verständigung sahen.

Dies ist ein Angriff auf unser Projekt! Wir wollen am 1.9.82 wie geplant eröffnen, denn es warten schon viele Frauen darauf, in dem Frauenhaus unterkommen zu können. Es ist uns unbegreiflich, wie wir kurz vor der Eröffnung behandelt werden und unsere Arbeit in Frage gestellt wird.

Vor dem Wahlkampf war immer schon von 4 Frauenhäusern die Rede. Soll das 3. Frauenhaus nun das Vorzeigeprojekt für die Sparsamkeit der Behörde werden?

Verein „Drittes Frauenhaus HH e.V."
Buddestr. 8
2102 Hamburg 93
Spendenkonto: Haspa 1262/127804 BLZ: 20050550

Die AL Westberlin nach der Anti-Reagan-Demo

Nach den Straßenschlachten vom 11.6. ist die AL Westberlin, die zusammen mit den ,,autonomen Gruppen'' zu der verbotenen Demonstration gegen den Besuch Präsident Reagans aufgerufen hatte, massiven Angriffen ausgesetzt gewesen. In der Liste wird seither eine hitzige Debatte um die 'Gewaltfrage' geführt, teilweise wird offen nach Distasnzierung von jeder Form der Gewalt gerufen. Die Debatte wird nach der Sommerpause fortgeführt. Nicht diskutiert wird, daß es die AL zum 10./11.6. geschafft hat, sich bündnispolitisch zwischen a l l e Stühle zu setzen. Das Fiasko der AL führte offensichtlich nur zu größerer Vehemenz bei der Diskussion um die 'Gewaltfrage'.

Der Ablauf der Hetzkampagne

Die Herrschenden wußten die Gunst der Stunde zu nutzen. Innensenator Lummer forderte erneut, den Straftatbestand der ,,gefährlichen Zusammenrottung'' ins StGB einzuführen. Außerdem solle die Polizei endlich mit CS-Gas ausgerüstet und Tränengasbeimischungen in Wasserwerfer legalisiert werden. Die besetzten Häuser werden als Ausgangsbasen der Gewalttäter diffamiert und Häuserräumungen ,,als Mittel der Gewaltbekämpfung'' angedroht. ,,*Jetzt ist Schluß*'', tönte ein CDU-Abgeordneter : ,,*Die kriminellen Zentren, die Fluchtburgen und Bruttstätten der Kriminalität gehören geräumt*''. (,,taz Berlin'',22.6.82)
Sekundiert werden Lummer und Co. dabei von sämtlichen Polizeiorganisationen. Die GdP fordert die schärfere Anwendung der vorbeugenden Verhaftung sowie die Ausdehnung des Tatbestands des Landfriedensbruchs. Der Bund Deutscher Kriminalbeamter drängt auf die Einführung von CS-Gas, damit ,,Berlin nicht zur Hauptstadt der Chaoten verkomme''. Auch die Polizeigewerkschaft im Deutschen Beamtenbund klagt erneut über unzulängliche Gesetze und ruft nach Distanzwaffen wie z.B. Gummigeschossen.

Als passende Argumentationshilfe erscheint zur gleichen Zeit in der ,,FAZ'' ein Verfassungsschutzbericht über militante Hausbesetzer, in dem zunehmende Zusammenhänge zu terroristischen Gruppen behauptet werden (s. dazu auch Artikel im letzten AK). Untermalt wird das alles durch eine mehrtägige Chaoten-Kampagne der Presse, allen voran der Springer-Presse : Blut, Steine, Terror einerseits - Ronald und Nancy Reagan im Vierfarbendruck und ernste Würdigung von Reagans Friedenswillen andererseits.

cy Reagan im Vierfarbendruck und ernste Würdigung von Reagans Friedenswillen andererseits.

Weiter geht es mit Diskussionen über Schadensersatzforderungen an die AL und gerichtlicher Verfolgung gegen sie als Anmelder. Den Vogel schießen schließlich einige FDP'ler mit der Forderung ab, die AL zu verbieten. Wohlrabe von der CDU schließt sich in ,BILD' diesem Ruf an : ,,*Die Alliierten sollten prüfen, ob eine Partei, die mit zum Terror gegen unbescholtene Mitbürger aufruft, und ein Urteil des höchsten Berliner Gerichts mißachtet, sich nicht außerhalb unserer Grundordnung stellt. Was ist, wenn auch die Alliierten zu dieser Überzeugung gekommen sind ? Wohlrabe : ,Dann müßten sie die AL verbieten - schon aus Gleichheit zur NPD. Die Alternativen wären dann für die parlamentarische Arbeit disqualifiziert.'* '' (,BILD',14.6.82)

Spaltungsstrategie der SPD

,,*Die AL muß jetzt zur Gewaltfrage klar Farbe bekennen,*'' forderte auch H.J.Vogel, Vorsitzender der SPD-Fraktion. ,,*Sie muß auch sagen, ob ihre Abgeordneten weiterhin als Angehörige der ersten Gewalt, nämlich der Gesetzgebung, Entscheidungen der dritten Gewalt - also der Gerichte nur dann befolgen wollen, wenn sie ihnen politisch genehm sind.*'' Die SPD sei bereit gewesen, ,,*dem Parlamentarisierungsprozeß, dem sich die AL ausgesetzt hat, eine Chance zu geben und abzuwarten, ob die Transformation und Fundamentalkritik, Engagement und Utopie in reale Politik gelingen und daraus etwas Fruchtbares erwachsen würde.*'' Die AL befinde sich jetzt an einem Scheideweg (,Tsp.'.19.6.).

Während die praktische Mitarbeit der AL lobend hervorgehoben wird,wird die Haltung zum Staatsmonopol auf Gewalt zur Gretchenfrage erhoben. Oder wie der Regierende Bürgermeister von Weizsäcker im Abgeordnetenhaus sagte : ,,*Nur wer sich klar und endgültig von der Gewalt distanziert, ist legitimiert, sich am parlamentarischen Konflikt und Konsens zu beteiligen. Nur er ist ein Kollege in diesem Haus.*'' (,taz bln',25.6.82)

Offene Distanzierer

Bei jeder solchen Kampagne der ,,Demokraten'' sind auch die Jusos, die DKP und ihr nahe Kräfte zur Stelle, die der Distanzierung von jeder Gegengewalt zum 1000sten Male das Wort reden, wie dies z.B. auch bei den Rekrutengelöbnissen der Fall war.

Die **Jungsozialisten** verurteilten auf ihrem Bundeskongreß die Ausschreitungen in Berlin. ,,*Wer mit brennenden Barrikaden und Molotowcocktails gegen Polizisten Menschenleben auf's Spiel setzt, kann kein Bestandteil der Friedensbewegung sein. (...) Derartige Ausschreitungen wie jetzt in Berlin gefährden die Erfolge der Friedensbewegung und nützen ausschließlich den Aufrüstern und den reaktionären Kräften, die demokratischen Widerstand in allen Bereichen gesellschaftlicher Konflikte kriminalisieren wollen.*''

Die **Liga für Menschenrechte** meint: ,,*Die AL trägt deshalb die Mitverantwortung für das in Berlin bisher nicht erreichte Ausmaß an Gewalt gegen Personen und Sachen. Wer trotz aller Erfahrungen Randalierergruppen Gelegenheit gibt, sich unter dem Deckmantel der Friedensbewegung zu versammeln und ihrem Hang nach Gewalttaten nachzukommen, sollte wissen, daß damit das Grundrecht der Versammlungsfreiheit zum Schaden aller Demokraten gefährdet, die rechtsstaatliche Ordnung untergraben und die Friedensbewegung diskreditert wird.*''

Die **DFG/VK**, die die Demo ursprünglich unterstützte, erklärt: ,,*Die entsetzlichen Szenen im Bereich des Nollendorf- und Winterfeldplatzes haben ihren Ausgangspunkt ebenso in der rücksichtslosen Kriegermentalität einiger Steinfetischisten, den Leben und Gesundheit von Menschen anscheinend nichts wert sind. (...) Die DFG-VK vermag keine Unterschiede im Verhalten der Gewalttäter mit oder ohne Uniform festzustellen.*''

Die **Humanistische Union** erklärte ,,*Brennende Mercedesbarrikaden, ein brennendes Möbelhaus sind nicht gut und die Erregung darüber verständlich; doch unbegreiflich ist, daß die Erregung über die immer größer werdende Möglichkeit einer Atomvernichtung ausbleibt. Die zunehmende Gewalt der sogenannten Chaoten ist ein Bestandteil unserer Zeit, mit dem wir uns auseinandersetzen müssen.*''

Es geht auch anders!

Es geht auch anders!

Die **,,Initiative DS Westberlin''** ,,erklärt sich uneingeschränkt solidarisch mit der AL'' und fordert, ,,*daß der Anteil polizeilicher Maßnahmen am Zustandekommen von Panik und Gewalttätigkeit*'' von einer parlamentarisch Untersuchungskommission aufgeklärt werden soll.

Der Vorstand von **Netzwerk** meint, die Eskalation am 11.6. sei ,,*maßgeblich auf das Verhalten der Polizei am Nollendorfplatz*'' zurückzuführen. Er unterstützt nachträglich die Entscheidung der AL, zu der verbotenen Demo aufgerufen zu haben.

Die **JUDOS Westberlin** betonen, daß die Hetze gegen die AL die gesamte Linke treffen soll. Sie schreiben: ,,*Wir sind, anders als viele von euch der Meinung, daß es richtig war, am 11.6. zeitgleich zum Reagan-Besuch zu demonstrieren.*'' Sie halten es zwar für ,,*unglaubwürdig, gewaltsam für den Frieden zu demonstrieren, weisen aber auf den Anteil der Polizei und des Senats an den Krawallen hin.*''

Die Diskussion in der AL

In einem Papier des AL-Abgeordneten **Jänicke**, dem sich weitere ALer angeschlossen haben, heißt es, die AL habe in einer ,,*unverschuldet schwierigen Situation*'' eine Fehlentscheidung getroffen. Die Konsequenzen wären absehbar gewesen, ein Teil der Autonomen hätte die Konfrontation mit der Polizei bewußt gesucht, die Leichtfertigkeit mit der Militanz führe die AL in die Isolation. Als Konsequenz wird gefordert, die AL müßte ihr Verhältnis zu den Autonomen klären. ,,*Die AL ist politisch erledigt, wenn sie den Eindruck erweckt, als wenn sie immer wieder den Straßenkämpfern die Bühne, das Publikum und schließlich auch noch die publizistische Entschuldigung verschafft.*''

In anderen Stellungnahmen wird noch deutlicher eine Distanzierung gefordert. So äußerte **Otto Schily** gegenüber dem Spiegel ,,*Die politische Glaubwürdigkeit der AL hängt davon ab, daß sie zur Gewaltfrage einen klaren Standpunkt einnimmt.*'' Wenn sie es nicht schaffe, ,,*dann wird sie im politischen Abseits landen.*'' Am deutlichsten formuliert **Irmgard Kohlhepp** die prinzipiell gewaltfreie Position. ,,*Es fällt mir schwer für Distanzierung zu sein — aber hier ist Schluß! Um der hundertausende Demonstranten vom 10. Juni Willen muß ich mich von den Gewalttaten am 11. Juni distanzieren.*'' Sie fordert:,,*Gewaltfreiheit als Prinzip, soziale Verteidigung als Strategie.*''

Ein Wilmersdorfer ALer hält den Demo-Aufruf ebenfalls für falsch und fordert eine scharfe Distanzierung von den Autonomen. Die AL habe weder Brandanschläge noch die Demo—Vorbereitungen, noch die mangelnde Bündnisbereitschaft, noch überhaupt die Aktionen der militanten Autonomen kritisiert. ,,*Die Autonomen wußten, was sie wollten, die Polizei wußte es auch; nur wir haben wiedereinmal Sozialarbeiter gespielt, und die politische Schirmherrschaft für eine Straßenschlacht übernommen. (...)Nur die eindeutige Verurteilung des politischen Gehaltes der autonomen Strategie macht unseren eigenen Standpunkt deutlich.*''

In anderen Stellungnahmen wir zwar ebenfalls für eine grundsätzlich gewaltfreie Widerstandsform eingetreten, aber keine Distanzierung von den Autonomen gefordert: ,,*Uns nützt es wenig, wenn wir uns von den Autonomen Gruppen oder grundsätzlich von der Gewalt distanzieren, wir werden das Gewaltproblem nicht wegdiskutieren können, weil uns Gewalt in dieser Gesellschaft immer wieder mit unterschiedlichsten Formen aufgezwungen wird. Und trotzdem wollen und müssen wir grundsätzlich für gewaltfreie politische Widerstandsformen eintreten und kämpfen.*'' **(Rabatsch - Sellin).**

Nur in wenigen Äußerungen wird Militanz — auch wenn sie von den meisten konkret am 11.6. nicht für richtig gehalten wurde — behandelt. So schreibt **D. Kunzelmann** in einem Kommentar für die ,,TAZ'': ,,*Solange jedoch die 350.000 in Bonn, 70.000 in Berlin auf Dauer sich zufrieden geben mit dem traditionellen Rahmen von zwar massenhaften aber wenig druckausübenden Demos und mit dem Ritual langatmiger Abschlußkundgebungen, solange wird die Zahl derjenigen wachsen, die aufgrund ihrer Lebenserfahrung die Gegengewalt verabsolutieren. Solange nicht entschieden ist, was Hunderttausende von friedlichen Demonstranten tatsächlich zu verändern in der Lage sind, (...) solange müssen wir mit den Militanten diskutieren und uns nicht durch Hetze aus Angst vor dem Verlust an Reputation und Seriosität trennen lassen.*''

müssen wir mit den Militanten diskutieren und uns nicht durch Hetze aus Angst vor dem Verlust an Reputation und Seriosität trennen lassen.''

Oder die **Weddinger Bezirksgruppe** schreibt: ,,*Die AL braucht sich nicht von Gewalt, zu distanzieren, weil sie dazu nicht aufgerufen hat, ... Die AL bedient sich nicht des Mittels der Gewalt um ihre politischen Vorstellungen zu verwirklichen. Bei aller Kritik und Fehlern, die die AL gemacht hat: Wo Recht zu U n recht wird, wo Politik zu Gewalt und Krieg führt, wird Widerstand zur Pflicht (...). Es geht nicht an, daß wir die großen Sprüche klopfen und die ,Autonomen' die Köpfe für uns hinhalten. Erkennen wir endlich an, daß es Situationen gab und gibt, in denen sich Mensch u.U. auch körperlich wehren muß, in denen Steine auch Argumente sind.*''

Die Kommission tagt

Nachdem in den ersten Tagen nach dem 11.6. eine Flut verschiedener Stellungnahmen entstanden und z.T. an die Presse gingen, beschloß die AL, eine Kommission einzusetzen, die die Ereignisse um den 11.6. untersuchen sollte.

Der Bericht soll nach der Sommerpause auf einer MV diskutiert werden. In dem Bericht wird festgestellt:

,,*Die AL lehnt politische Strategien ab, in denen gewalttätige Angriffe auf die Institutionen des Staates oder Repräsentanten des Systems unter den hiesigen gesellschaftlichen und politischen Verhältnissen praktiziert und gerechtfertigt werden. Ebenso halten wir die Inszenierung von Straßenschlachten anläßlich von Demonstrationen für sinnlos und schädlich. Wir lehnen dies nicht nur für uns selbst ab, sondern kritisieren auch Gruppen, die dies befürworten. Wir werden nach wie vor legitime Aktionen, wie Haus-, Bauplatz- oder Betriebsbesetzungen, sowie friedliche Demonstrationen, auch wenn sie verboten sind, unterstützen und selbst mit durchführen. In diesen Punkten gibt es kein Prinzipienproblem ,legal — illegal', sondern es geht immer um die politische Beurteilung des politischen Sinns dieser Aktionen im einzelnen.*''

Die AL soll dieser Version zufolge zukünftig militanten Aktivitäten gegenüber oberlehrerhaft ihre ,,Sinnlosigkeit'' bescheinigen. Allerdings dürfte dies manchmal auf Schwierigkeiten stoßen, wurde doch den Hausbesetzen 1980 (selbst in der bürgerlichen Diskussion) bescheinigt, daß sie durch solche Aktivitäten erst diese Öffentlichkeit erreicht hatten. Die AL hatte damals vertreten, daß in bestimmten Situationen Steine mehr bewirken könnten als Argumente. Zumindest Sozialarbeiter-Solidarität soll den Militanten weiter zugutekommen: ,,*Daß gewaltsame Attacken vielen, die diese Gesellschaft an den Rand gedrängt haben, als der einzige Ausweg erscheinen, nötigt uns nicht zur D i s t a n z , sondern zur S o l i d a r i t ä t mit den Betroffen. Die Konstellation von Gewalt und Gegengewalt wird von den Verhältnissen noch oft produziert werden. Die ,Gewaltdebatte', die uns jetzt wieder aufgezwungen worden ist, sehen wir daher auc als C h a n c e , um diesen Mechanismus bloßzustellen.*''

den. Die ,Gewaltdebatte', die uns jetzt wieder aufgezwungen worden ist, sehen wir daher auc als C h a n c e , um diesen Mechanismus bloßzustellen.''

Der sechsseitige Bericht beginnt mit der Feststellung der Handlungsunfähigkeit der AL bei den Vorbereitungen zum 11.6.82. Selbstkritisch wird konstatiert: ,,*Die eigentliche Entscheidung, am 11. Juni, am Tage des Besuchs Reagans in Berlin, zu demonstrieren, war politisch ein Nebenprodukt (!) der langwierigen Diskussion über die Frage des Demonstrationsaufrufes für den 10.6.82. Die überwiegende Mehrheit der AL, auch ihrer Funktionsträger (GA, Delegierte) interessierte sich für die Demonstration nicht.*''

Im nächsten Teil des Berichtes wird festgestellt: ,,*Das Engagement der AL konzentrierte und beschränkte sich weitgehend auf die Diskussion über die Unterschrift unter den Aufruf der ESG und die Verhandlungen mit den Autonomen. (...) Weder inhaltlich noch organisatorisch hat die AL im relvantem Maß und eigenständiger Weise friedenspolitisch eingegriffen. (...) Aber auch das praktische Mitwirken der AL war besonders bei Zustandekommen der Demonstration am 10.6., der größten in Berlin seit vielen Jahren, minimal.*''

Nach dem Demo-Verbot für den 11.6. hätte man nur noch aus ,,moralischem Rigorismus'' heraus reagiert, nach dem Motto ,,Augen zu und durch''. ,,*Das Fiasko des 11.6. ist auch Ergebnis des Nichtfunktionierens unserer ,basisdemokratischen' Strukturen*''. Dieser Teil des Berichtes über die e i g e n e Rolle grenzt schon an Heuchelei. Sowohl gegenüber dem Bonner Bündnis zum 10.6. als auch gegenüber dem Westberliner Bündnis zum 10.6. war die AL vollkommen damit beschäftigt, die Frage der Solidarität mit Polen, die Frage eines, oder genauer gesagt, dieses oder jenen Redners aus der DDR zur Gretchenfrage zu erklären, an der sich für die Zunkunft die Geister der Friedensbewegung scheiden sollten. Diese Strategie hat zumindest für den 10.6. (wie der Kommissionsbericht ja im Grunde eingesteht) ein Fiasko erlebt.

Diese Konfrontation vor dem 10.6., und keineswegs das herzliche Verhältnis zu den Automen, ist für einen Teil der AL ausschlaggebend gewesen, mit auf die Demonstration am 10.6. zu setzen.

Während antiimperialistische Kräfte bundesweit für den 10.6 nach Westberlin mobilisierten, um an die Anti-Haig-Demonstration anzuknüpfen, während der Staatsapparat alles getan hat, um es zu einer Schlacht kommen zu lassen (und viele, die am Nollendorf-Platz unvorbereitet in den Polizei-Kessel geraten waren, waren froh, von den Autonomen herausgehauen worden zu sein), verfolgten AL-Teile ganz andere Ziele damit. Logischerweise mußte diese AL-Strategie (der 11.6. als Gegengewicht in der Friedensbewegung gegen den 10.6.) als Fiasko enden, weil das Kalkül, die Autonomen als ,Hilfkräfte' zu funktionalisieren, nicht durchsetzbar war. Ein typisches Beispiel für den Umgang der AL mit Bündnispartnern ist die Planung eines großen Sit ins nach der Demo vom 10.6. Die MVV beschloß es, der Delegiertenrat verwarf die Idee wie-

AL mit Bündnispartnern ist die Planung eines großen Sit ins nach der Demo vom 10.6. Die MVV beschloß es, der Delegiertenrat verwarf die Idee wie-

der. Der Witz der Geschichte ist, daß die ,,Bündnispartner'' von dieser Idee über die bürgerliche Presse informiert wurden.

Tatsächlich hat sich die AL mit ihrer B ü n d n i s s t r a t e g i e vom 10.6. zwischen alle Stühle gesetzt, während für die Gefahr der Isolation jetzt völlig einseitig die ,,Schuldigen'' bei den Autonomen gesucht werden.

D. Westberlin

Schleswig-Holstein:

Grüne schließen sich zusammen

Schleswig-Holstein erlebt gegenwärtig ein historisches Ereignis: Die Fusion der konservativen ,,Grünen Liste Schleswig-Holstein'' (GLSH) mit dem Landesverband der Bundespartei ,,Die Grünen''. — ,,Up ewig ungedeelt'' (auf hochdeutsch: ''Auf ewig ungeteilt!'') oder ,,Fusion zur Politikfähigkeit'' lauten die Schlagworte, mit denen führende Grüne dieses Ereignis würdigen. Ein Blick auf die Tatsachen kann helfen, diese Entwicklung realistisch zu bewerten.

Der Hindernislauf der grün-alternativen Wahlbewegung

Seit der Entstehung einer grünen Wahlbewegung anläßlich der schleswig-holsteinischen Kommunalwahlen 1978 gibt es den bislang unüberbrückbaren Streit: ,,Dürfen Kommunisten und andere Linke gleichberechtigt mittun oder nicht?'', lautete die Problemstellung der konservativen Grünen — die sie sofort mit einem barschen ,,NEIN'' beantworteten. Häßliche Auswüchse erlebte die grün-alternative Wahlbewegung bei der Gründung des Landesverbandes der GLSH: Da wurden ohne jede Satzungsgrundlage ganze Kreisverbände nicht aufgenommen, weil sie unliebsame Positionen eingenommen hatten; da wurden willkürlich Gründungsteilnehmer ausgesondert (zuletzt per Gesichtskontrolle beim Gründungslokal) — ein in der Tat einmaliger Gründungsakt. Die so Verprellten gründeten dann die ,,Liste für Demokratie und Umweltschutz'' (LDU).

Zu den Landtagswahlen 1979 kandidierte die GLSH allein, mit nur mäßigem Ergebnis. Die LDU unterstützte diese Kandidatur nicht, weil sie sie unter den gegebenen politischen Umständen als bloße Wahlhilfe für Stoltenberg ansah.

Bei Gründung der Bundespartei ,,Die Grünen'' Anfang 1980 kam es zum Zusammenschluß der alten GLSH mit großen Teilen der LDU zum Landesverband SH der Grünen. Dieser Bund hielt nur wenige Monate: Vielen GLSH-Leuten (an der Spitze Baldur Springmann) war das in Saarbrücken beschlossene Programm der Grünen Partei allzu radikal. Außerdem mochten sie nicht mit den Sozialisten von der Gruppe Z (Ende 1979 vom KB abgespalten) zusammenarbeiten. Es kam zu mehreren Schüben von Austritten und zur Wiederbelebung der GLSH als konservative Konkurrenz gegen den grünen Landesverband. Im Landesverband der Grünen kam es zu einer Art Waffenstillstand und Arrangement zwischen dem ,gemäßigten' Flügel um den Landesvorsitzenden Michael Gärtner und der Gruppe Z.

Bei den Kommunalwahlen Anfang dieses Jahres gab es Konkurrenzkandidaturen der GLSH gegen die Grünen in Lübeck und Flensburg. Dort hatten die Kreisverbände der GLSH alle Einigungsangebote der Grünen ausgeschlagen. Das Ziel, mit einer ,,bürgerfreundlichen'', strikt antikommunistischen Tour in die Kreistage zu kommen und die eher linken Grünen auf diesem Wege abzukoppeln, mißlang deutlich — beide Gruppierungen erreichten etwa gleiche Prozentzahlen und scheiterten beide an der 5%-Klausel.

Kurz nach der Kommunalwahl befürwortete die GLSH plötzlich ein Wahlbündnis mit den Grünen. Konkret hieß das dann in ihren Landesmitgliederversammlungen: 1. Schnell das Bündnis schließen; 2. Schnell ein Minimalprogramm festlegen (kurze, knappe Programmfestlegungen zu den Sachgebieten, so daß beide Gruppen nicht erst lange in eine Programmschlacht einsteigen müssen; 3. die ersten 10 Kandidaten müssen von beiden Gruppen im Konsens bestimmt werden, was den Ausschluß sozialistischer Grüner von den ersten 10 Plätzen ermöglichen sollte — wiederum war die Gruppe Z die Hauptzielscheibe.

Forts. nächste Seite

Inhaltliche Übereinstimmung?

Der GLSH geht es neben ihrer Sehnsucht nach bürgerlicher Wohlanständigkeit (die sie durch die Zusammenarbeit mit radikalen Linken gefährdet sieht) aber um mehr: Mit der Ausgrenzung von Sozialisten betreibt sie die Ausgrenzung bestimmter politischer Positionen, die ihrem Wesen nach zunächst als sozial und konsequent demokratisch einzustufen sind.

1. In der Wirtschafts- und Sozialpolitik sieht sich die GLSH jenseits der Klassen und vertritt damit in der Konsequenz eine Politik für die Reichen und Mächtigen: So etwa, wenn sie die Forderung „35 Stunden Woche bei vollem Lohnausgleich" ablehnt und Arbeitszeit-Verkürzungen mit „abgestuften" Lohnsenkungen koppeln will. Denn: ein *„voller Lohnausgleich ist einfach unrealistisch und trägt nicht zur sozialen Gerechtigkeit bei"* (aus einem Verhandlungspapier vom Mai 82). Bekanntlich haben die Arbeiterfamilien sowieso zuviel Geld. Die GLSH sorgt sich mehr um die Klein- und Mittelbetriebe, deren Förderung ihnen sehr am Herzen liegt. Es soll ja immer noch Kleinkapitalisten ohne Zweitwagen geben. Motiv und weltanschaulicher Grund dieser Politik ist das „Primat der Ökologie". Damit steht die GLSH der Position ihres Mitglieds Springmann und seiner reaktionären ÖDP (Ökologisch-Demokratische Partei) sehr nahe: Arbeiter und Kapitalisten sind gleichermaßen Schuld an der wirtschaftlichen und — vor allem — ökologischen Krise; bei beiden Klassen herrscht die „Mentalität des Habens" vor. Statt „Sozialstaat" predigt die GLSH „Selbsthilfe" und „Selbstorganisation". Daß diese Forderung zweideutig ist, sei mit den Worten eines Leserbriefes an die „Kieler Rundschau" (19.8.) verdeutlicht: *„Und in der Tat birgt Selbstorganisation die Gefahr in sich, daß sich der Staat der Verantwortung für ausreichende Angebote im sozialen Bereich entzieht. Ein selbstorganisierter Kinderladen z.B., so wichtig und so notwendig er auch z.Zt. sein mag, entlastet den Staat von seiner Verantwortung, befriedigende soziale Angebote zu schaffen. Problematisch an allen selbstorganisierten Projekten ist auch die Tatsache, daß in ihnen Menschen — und auch hier wieder mal besonders Frauen — massenweise unbezahlte Arbeit verrichten, für die eigentlich hauptamtliche Mitarbeiter/innen eingestellt werden müßten"*.

Zum § 218 kann die GLSH sich nicht zu einer eindeutigen Haltung entscheiden: *„Die GLSH lehnt die Möglichkeit des Schwangerschaftsabbruchs nicht ab. Ein Teil unserer Mitglieder lehnt allerdings eine ersatzlose Streichung des § 218 ab"*. (Interview mit dem GLSH-Vorständler Dieter Plagemann, taz 9.8.821).

Sehr unbeliebt hat sich die GLSH in der Anti-AKW-Bewegung durch ihre rege Distanziererei gemacht. Selbst wenn AKW-Gegner nur mal vorsichtig die Hand an den Brokdorfer Bauzaun legten, hieß es anderntags in der Presseerklärung der GLSH, daß die Partei sich von gewalttätigen Aktionen distanziere. Bislang ist noch jedweder Widerstand, der nicht in das GLSH-Raster enger „Gewaltfreiheit" paßte, öffentlich diffamiert worden.

Und noch bis nach den Kommunalwahlen wurden die antikommunistischen Attacken gegen die Gruppe Z („Kommunistische Kadergruppe") breit über die tiefschwarze schleswig-holsteinische Presse unter's Volk gestreut.

Die Fusion GLSH-Grüne

Die Grünen hatten im Mai ihr Vorgehen zur Landtagswahl festgelegt: *„Die Grünen streben eine einheitliche Kandidatur aller ökologischen und alternativen Kräfte an und werden alles daran setzen, eine sachlich nicht begründete Aufsplitterung dieser Kräfte zu verhindern"*. Als Ansprechpartner nannten sie namentlich die Bürgerinitiative, die lokalen alternativen oder grün-alternativen Listen, die Demokratischen Sozialisten und die GLSH. Damit hatten die Grünen/SH eine deutlich demokratischere Position bezogen als z.B. der grüne Bundesvorstand, der immer noch auf seinem unseligen grünen Führungsanspruch herumreitet.

Allerdings wurde dann ausschließlich mit der GLSH verhandelt. Um andere Kräfte wurde sich gar nicht erst gekümmert, um die Hochzeit mit der GLSH nicht zu belasten.

In dem Vertrag zwischen GLSH und den Grünen/SH zur Fusion in die gemeinsame zukünftige Partei „Die Grünen/SH" hat die GLSH alle Vorteile auf ihrer Seite — zumindest formal: Sie erhält in allen Gremien der gemeinsamen Partei die volle Parität — also auch auf den Landesdelegiertenversammlungen zukünftig von 100 Delegierten 50 für die GLSH. Darüber hinaus eine Sperrminorität von 30 %: So können bei „ausrichtenden Parteibeschlüssen" Minderheiten, die im Verhältnis von 30 % vertreten sind, ein Veto einlegen und Beschlüsse verhindern. Die GLSH behält ihre Autonomie als selbständige Arbeitsgruppe (AG) innerhalb der fusionierten Partei. Dazu gehört selbstverständlich auch die Beibehaltung ihrer Gremien. Eine inhaltliche Übereinkunft gibt es bisher nicht; der Vertrag berührt ausschließlich die technisch-organisatorischen Aspekte der Fusion. Gegenüber der Presse wurde lediglich geäußert, daß diese inhaltliche Übereinkunft schon deshalb nicht so kompliziert sein könne, weil die GLSH das Saarbrücker Programm der Grünen im Wesentlichen akzeptieren könne. Das hindert manche GLSH-Leute allerdings nicht, sich gleichzeitig zum Programm der ÖDP zu bekennen.

Bei den Grünen wurde die Fusion mit Erleichterung aufgenommen — war doch bislang immer befürchtet worden, die GLSH würde im Falle eines Scheiterns der Verhandlungen erneut eine Spalterkandidatur beabsichtigen. Damit wäre der Traum von Landtagssitzen für die Grünen wohl zu Ende gewesen. Zumindest unter diesem Aspekt ist auch die Gruppe Z mit der Fusion sehr zufrieden.

Lediglich der ehemalige Spitzenkandidat der SH-Grünen zur Bundestagswahl, Horst Mühlenhardt, setzte einen anderen Akzent: *„Wenn unsere Positionen einer grünen Bewegung, die keine reaktionären Momente hat, sondern eine linke, grün-sozialistische Politik macht, abgelehnt werden, dann gibt es auch keine Fusion. Was wir gemacht haben, ist ein Überangebot gegenüber einem bei der GLSH vorhandenen Irrationalismus."* Und konkreter: *„Da ist die Frage der Minderheiten, die Sozialfrage, Friedenspolitik, wirtschaftliche Vorstellungen, die von uns vertreten werden. Wenn die da nicht mitziehen, dann sind alle Bündnisverhandlungen in Frage gestellt"* (nach taz, 2.8.82).

Grüner Alleingang zur Landtagswahl?

Die 350 Leute starke GLSH besitzt nun in der Partei „Die Grünen" gegenüber der bisherigen Formation „Die Grünen"ö, die etwa 700 Mitglieder umfaßte (!), die gleichen Rechte und Chancen — so etwas hatte sie zu ihren besten Zeiten (in der Gründungsphase) noch nie. Ob diese Fusion zu einem dauerhaften Neuanfang der grünen Wahlbewegung in SH wird, muß allerdings bezweifelt werden. Vor dem Hintergrund der rein technisch-organisatorischen Fusion ist deutlich der Druck der 5 %-Hürde zu spüren — aber nichts anderes. Diese Art der Bündnispolitik ist durchaus legitim — für absolut verfehlt ist allerdings die Art und Weise des Kompromisses anzusehen: Die meisten alten Streitpunkte sind nach wie vor da. Eine Aufarbeitung der früheren Auseinandersetzungen wurde bewußt vermieden. Mit Formeln wie „gegenseitige Mißverständnisse" soll alles möglichst unpolitisch und versöhnlich unter den Teppich gekehrt werden. Ob das wirklich klappt, muß sich noch zeigen, wenn es demnächst an inhaltliche Festlegungen geht.

Ein Ausblick auf die inhaltliche Gestaltung der grünen Kandidatur läßt erwarten:

1. Es muß befürchtet werden, daß eine soziale und arbeiternahe Wirtschaftspolitik, die sich tatsächlich zum Anwalt der Betroffenen macht, von dieser Bündniskonstellation abgelehnt wird oder daß bestenfalls nur schlechte Kompromisse zustande kommen. Vor dem Hintergrund des strukturschwachen Landes, der hohen Arbeitslosenzahlen und der noch katastrophaleren Zustände, die auf dieses Land zukommen — der SH-Unternehmerverband will uns schon jetzt daran gewöhnen, daß in den nächsten Jahren weitere 100 000 Arbeitsplätze fehlen werden — wäre eine solche Mehrheitslinie der Grünen selbstmörderisch — und, was die Betroffenen angeht, schlicht reaktionär.

2. Schon im bisherigen Zustand sind die Grünen/SH kaum friedenspolitisch handlungsfähig: Da stehen sich, wie bundesweit, der Anti-NATO-Flügel und der Flügel der „Ost = West-Ausgewogenheit" sehr kontrovers und lähmend gegenüber. Die Fusion kann dazu führen, daß diese gegenseitige Blockade sich zu einem Durchbruch der „Ausgewogenheit" entwickelt.

Ähnliches gilt auch für andere Bereiche einer alternativen Politik in SH.

Ausgerechnet in dieser Situation blockieren die linken Grünen erheblich die Zusammenarbeit mit anderen linken, alternativen Kräften, um die Fusion nicht gleich wieder zu gefährden. Ob ihre Kalkulation aufgeht, ist noch offen. Vielleicht werden die Karten doch noch einmal neu gemischt?

Ein Genosse aus SH und AK-Redaktion

Hessens Grüne machen Börner ein Geschenk

Nach der klaren Koalitionsaussage der hessischen FDP für Dregger gibt es kaum noch eine politische Überlebenschance für Ministerpräsident Börner (SPD). Und Börner nutzt die sich daraus ergebene Narrenfreiheit, um noch einmal mit markigen Worten Publicity zu machen: Vom Nachdenken über eine Zusammenarbeit mit den Grün-Alternativen will Börner, im Gegensatz zu manchen Parteifreunden, nichts wissen. Die Grün-Alternativen stehen für Börner *„in der Nähe der Faschisten"*. Mit denen würde er sich, pfui Teufel aber auch!, noch nicht mal an einen Verhandlungstisch setzen. („Spiegel", Nr. 33/82). Aus früheren Ausfällen Börners weiß man schon, daß er für solche Auseinandersetzungen Dachlatten bevorzugt.

In der hessischen SPD stößt Börner mit seiner Holzerei gegen die Grün-Alternativen auf Widerspruch: „ ... *Zwar vorwiegend in linken, doch auch in gemäßigten Parteikreisen stößt man sich an dem ‚permanenten Herumgehacke' auf den Grünen ... Die ständigen Angriffe auf die hessischen Grünen, so wird kritisiert, erweckten den falschen Eindruck, als sei diese Gruppierung der Hauptwahlkampfgegner der SPD"*. Durch die *„Klotzerei"* von Börner & Co. werde bloß die fundamentaloppositionelle Strömung bei den Grünen gestärkt. Stattdessen gelte es, Möglichkeiten einer längeren Zusammenarbeit zu diskutieren und *„Kompromißlinien mit den Grünen abzuklopfen"*. (Nach „Frankf. Allgemeine", 18.8.)

Eigentlich hätte das eine überdeutliche Einladung an die Grünen sein müssen, mit diesen offensichtlichen Widersprüchen in der SPD Politik zu machen und ihre eigene Handlungslinie so festzulegen, daß sie die Linken in der SPD stärken und die Rechten um Börner schwächen könnte. Die Landesmitgliederversammlung der Grünen am 14.8. entschied bei etwa 100 Anwesenden jedoch anders. Es kam eine in sich selbst nicht einmal konsequente Resolution zustande, die selbst den grünen Hausautor in der „Taz", Jovi, zu dem Kommentar veranlaßte, man habe sich um eine klare Entscheidung herumgemogelt.

Zur Debatte stand auf der MV u.a. ein Antrag des von den Ex-Spontis um Cohn-Bendit beeinflußten KV Frankfurt. Abgesehen von unumstrittenen Aussagen (— die Grünen werden keine „Regierungsverantwortung" übernehmen, die Grünen werden *„keinerlei Kompromisse in Fragen des Lebens und Überlebens"* eingehen —) bestand der Kern des Antrags in folgendem Punkt: Eine Unterstützung Dreggers durch die Grünen wurde prinzipiell ausgeschlossen. Die Grünen seien jedoch *„bereit, jeden anderen Kandidaten zum Ministerpräsidenten zu wählen und ihn zu unterstützen, der die im Landesprogramm DER GRÜNEN HESSEN festgelegten Grundsätze einer ökologischen, sozialen, basisdemokratischen und gewaltfreien Politik unterstützt und im Landtag und Bundesrat durchzusetzen bereit ist..."*.

Diese Formulierung hätte einen Ehrenplatz in einem kürzlich zugrunde gegangenen satirischen Magazin verdient gehabt. Besagt sie doch, daß die Grünen nur jemanden wählen möchten, der mit ihrem Programm übereinstimmt und der vermutlich auch gleich noch das grüne Parteibuch im Schrank hat. Da mag mancher sich an die berühmte Prinzipienfestigkeit der alten MLer erinnern, denen ein ähnliches Unterstützungsangebot auch zuzutrauen gewesen wäre.

Eine Minderheitsposition setzte sich auf der Grünen-MV dafür ein, nach Hamburger Vorbild ein genau definiertes Tolerierungsangebot an die SPD zu formulieren. Der Antrag von zwei Mitgliedern aus Frankfurt sah folgenden Forderungskatalog vor:

— Beendigung der Großprojekte (Startbahn-West, WAA, Block C Biblis u.a.m.);

— entschiedener Widerstand der Landesregierung gegen zusätzliche Militäranlagen in Hessen (Mittelstrecken-Raketen, Munitionsdepots u.a.m.);

— Aufhebung der Stellenstreichungen im Landeshaushalt; wirksame Maßnahmen gegen Betriebsstillegungen, Massenarbeitslosigkeit und Fehlen von Ausbildungsstellen;

— keine Berufsverbote.

Außerdem, so hieß es im Antrag, müsse die Regierungsmannschaft der SPD ausgewechselt werden.

Der vorgeschlagene Forderungskatalog wäre sicher allzu knapp und unpräzise gewesen, gerade auch wenn man ihn mit den sehr ausführlichen und umfassenden Vorstellungen der GAL in Hamburg vergleicht. Diesem Mißstand wäre jedoch abzuhelfen gewesen. Die Kritik an dem Antrag bezog sich auf ein ganz anderes Argument: Mit der Aufstellung eines Forderungskatalogs würde man programmatische Positionen zugunsten einzelner Forderungen aufgeben, oder, wie es in der schließlich beschlossenen Resolution heißt: „ ... *Wir sind jedoch nicht bereit, von unseren Inhalten abzugehen, zu weichen oder für eine Auflistung von Forderungen, die nie vollständig sein kann, grüne Grundsätze aufzugeben"*. Das ist extrem fundamentaloppositionell gedacht. Spielraum für Kompromisse und somit zur Durchsetzung von Teilzielen ist nicht vorgesehen.

Ähnlich fundamentaloppositionell ist auch die Aussage zur Zusammenarbeit mit den etablierten Parteien in der beschlossenen Resolution: *„Die GRÜNEN-Hessen sind zur Zusammenarbeit in Sachfragen mit den etablierten Parteien oder einzelnen Abgeordneten bereit, wenn sie Forderungen und Programm-Punkte der GRÜNEN-Hessen akzeptieren können."*

Mit anderen Worten: Jeder etablierte Politiker hat das Recht, sich den Forderungen und Programmpunkten der Grünen anzuschließen. Ein Wunder, daß man nicht gleich beschlossen hat, eine etwaige Unterstützung etablierter Politiker für grüne Forderungen angewidert zurückzuweisen!

Schwer einsichtig ist, daß die MV in derselben Resolution als *„selbstverständlich"* (!) beschlossen hat, daß nach der Wahl *„eine Gruppe für Gespräche mit anderen Parteien"* gewählt bzw. nach einem noch festzulegenden Schlüssel gebildet wird. Diese Gruppe soll *„Gespräche über Sachfragen"* aufnehmen — anscheinend mit a l l e n etablierten Parteien — sofern diese dem Grundsatz der Öffentlichkeit der Gespräche zustimmen. Vielleicht scheitert es ja gleich an dieser Bedingung. Ansonsten ist nicht zu begreifen, worüber die Grünen eigentlich mit anderen Parteien sprechen wollen, solange sie einen Spielraum für Kompromisse gar nicht vorgesehen haben und solange sich die Zusammenarbeit auf die Unterstützung grüner Forderungen beschränken soll. Wie dieser Widerspruch nach der Wahl gelöst werden soll, bleibt abzuwarten, falls andere Parteien überhaupt auf das Gesprächsangebot eingehen.

Schlecht ist an der beschlossenen Resolution zudem, daß sie das B e s o n d e r e dieser Wahl ignoriert: den drohenden Wahlsieg Dreggers und damit eng verbunden auch die Möglichkeit eines Regierungswechsels in Bonn, was insgesamt zu einer noch schärferen Rechtswende der Politik führen wird. In dieser Beziehung fällt die beschlossene Resolution noch ein Stück hinter den Antrag des KV Frankfurt zurück. Die Resolution scheint sich an der These zu orientieren, daß es gleichgültig sei, wer in Wiesbaden und Bonn regiert, da es schlimmer sowieso nicht mehr werden könne. Dieselbe Geisteshaltung beim Gesprächsangebot an die anderen Parteien: alle ohne Differenzierung werden angesprochen, statt deutlich zu machen, daß die Grünen Gesprächspartner vor allem in der SPD suchen, während sie mit der CDU bestimmt herzlich wenig Gemeinsamkeiten zu besprechen haben werden. Aber vielleicht sehen das manche hessischen Grünen auch ganz anders?

Börner wird mit dem Verlauf der MV wohl nicht unzufrieden sein; eine Annäherung zwischen den Grünen und den Linken in der SPD ist durch die Beschlußlage der Grünen jedenfalls nicht gerade begünstigt worden.

Man kann den hessischen Grünen zugute halten, daß sie 1. mit Börner einen extrem harten Kotzbrocken vor sich haben, daß 2. die Konfrontation zwischen regierender SPD und Basisbewegungen in Hessen besonders hart ist, und daß 3. angesichts der realen Kräfteverhältnisse ein Tolerierungsangebot an die SPD sowieso mit 99,5 %iger Wahrscheinlichkeit rein hypothetisch gewesen wäre. Der Fehler der Grünen ist insofern verständlich, bleibt aber unter dem Aspekt des Herangehens an die SPD trotzdem ein Fehler.

Beschluß der GRÜNEN-HESSEN vom 14.8.1982:

Zusammenarbeit mit anderen Parteien

Die Wachstumspolitik der etablierten Parteien im Landtag ist gescheitert. DIE GRÜNEN-HESSEN stehen dazu in einem grundsätzlichen, fundamentalen Gegensatz. Sie werden deshalb keine Koalition mit diesen Parteien eingehen.

Da DIE GRÜNEN-HESSEN nicht verantwortlich sind für die menschenfeindliche und lebensbedrohende Politik der anderen Parteien, werden sie auch keine Regierungs-„Verantwortung" übernehmen, um nicht unter dem Deckmantel der Sachzwänge zu unverantwortlichen Entscheidungen gezwungen werden zu können.

Politische Verantwortung heißt für DIE GRÜNEN-HESSEN, die Fehler der bisherigen Wachstumspolitik zu benennen und neue Wege politischen Handelns einzubringen und öffentlich zu diskutieren. Zugeständnisse über grundsätzliches Wohlverhalten werden wir nicht machen. Formen und Inhalte unserer Politik bestimmen wir selbst.

DIE GRÜNEN-HESSEN sehen ihre politische und gesellschaftliche Verantwortung darin, keinerlei Kompromisse in Fragen des Lebens und Überlebens zuzulassen oder einzugehen und nicht von ihrem basisdemokratischen Selbstverständnis abzuweichen.

DIE GRÜNEN-HESSEN sind zur Zusammenarbeit in Sachfragen mit den etablierten Parteien oder einzelnen Abgeordneten bereit, wenn sie Forderungen und Programmpunkte der GRÜNEN-HESSEN akzeptieren können. Wir sind jedoch nicht bereit, von unseren Inhalten abzuweichen oder für eine Auflistung von Forderungen, die nie vollständig sein kann, grüne Grundsätze aufzugeben.

Selbstverständlich ist für uns, daß eine Landesversammlung nach der Wahl eine Gruppe für Gespräche mit anderen Parteien wählt bzw. einen Schlüssel festlegt, in dem neben Mitgliedern von Fraktionen und Vorstand alle Regionen und Betroffene von Großprojekten gleichberechtigt vertreten sind.

Voraussetzung für die Aufnahme von Gesprächen über Sachfragen sind:

- Gleichbehandlung der GRÜNEN in allen mit dem Wahlergebnis zusammenhängenden Angelegenheiten.
- Öffentlichkeit der Gespräche, d.h., die Gespräche müssen für alle zugänglich sein und protokolliert werden.

Verlauf und Ergebnisse solcher Gespräche werden auf einer Landesversammlung nach vorheriger Diskussion in den Kreisverbänden ausgewertet und entschieden.

— Interview mit Roland Vogt —

Eine Reise mit Folgen

AK: Aus einem Gespräch mit Ghadafi während seines Österreich-Besuches hat sich eine Einladung nach Libyen ergeben. Ihr seid dann mit einer Gruppe dort hingefahren. Was waren für die Motive, diese Reise zu unternehmen ?

Roland Vogt: Ich kann nicht für die ganze Gruppe sprechen. Meine Motive waren, die Haltung von Libyen zu der NATO-„Nachrüstung" zu erkunden und herauszufinden, ob über den Zeitpunkt dieses einen Besuches hinaus das gegenwärtige Libyen für die europäische Friedensbewegung ein Gesprächspartner in der Auseinandersetzung um die NATO-„Nachrüstung" sein kann; denn Libyen fühlt sich zu Recht wie andere afrikanische Länder von der Stationierung von 112 Cruise missiles auf Sizilien in Comiso schwerstens bedroht. Erklärend kann man vielleicht hinzufügen, daß Libyen schon einmal von Italien aus angegriffen und als Kolonie unterworfen worden ist und daß die Hälfte der libyschen Bevölkerung in der italienischen Kolonialzeit ausgerottet worden ist. Von daher kann man gut verstehen, daß die Leute und die gegenwärtige Führung dort aufs höchste alarmiert sind, wenn gegenüber ihrer Küste solche Waffen installiert werden. Weiterhin ist nachgewiesen, daß Libyen als Feind Nr. 1 in den USA firmiert. Dies ist z.B. in der Times-Ausgabe dieser Woche nachzulesen. Es gibt also ein doppeltes Trauma : einmal kommen die Raketen nach Italien, von wo aus sie schon einmal angegriffen worden sind, zum anderen stehen diese unter der Nuklearherrschaft der USA,eine Bedrohung, die man gar nicht überschätzen kann.

AK: Ghadafi als Weltfeind Nr.1 der USA, das gibt mir das Stichwort : muß man nicht sagen, daß in dieser Situation die Reise nach Libyen ein m u t i g e r Schritt gewesen ist, weil über Libyen in der öffentlichen Meinung praktisch eine Quarantäne verhängt worden ist, Ghadafi zählt als 1. Terrorist in dieser Welt, Libyen ist eines der ersten Aggressionsobjekte des Imperialismus. In einem kühnen Vergleich könnte man Eure Reise sogar ein wenig damit vergleichen, daß Uri Avneri gegen die gesamte öffentliche Meinung in Israel Arafat in Westbeirut besucht hat, der in Israel als schlimmster Terrorist zählt.

R.V. : Ich will einmal bei dem Vergleich anknüpfen. Ich will meine Position nicht heroisieren. Uri Avneri hat Gefahr für Leib und Leben auf sich genommen, indem er nach Beirut gegangen ist. Dies ist bei mir bei dieser Tripolis-Reise nicht der Fall gewesen. Was an dem Vergleich richtig ist, ist, daß man die Isolation, in die man nach einem solchen Unternehmen gerät, aushalten muß. Ich habe vor dieser Reise

einem solchen Unternehmen gerät, aushalten muß. Ich habe vor dieser Reise

nach Libyen für den grünen Bundesvorstand eine Erklärung zum Libanon abgegeben. Darin wird zum Ausdruck gebracht, daß wir, die Grünen, in einer solchen Situation verstärkte Anstrengungen unternehmen müssen, zwischen den betroffenen Völkern zu vermitteln, d.h. auch Feindbilder dabei abzubauen. In diesem Sinne ist sicherlich ein verwandtes Motiv zu der Reise von Uri Avneri zu finden.

Jetzt zu der Quarantäne-Politik gegenüber Libyen. Das war ein Punkt, der mir bei dem Positionsaustausch, der in Wien stattgefunden hat, klar geworden ist und zwar zunächst einmal in der Form eines Verdachtes. Ich hatte dort den Verdacht gewonnen, daß wenn das richtig ist, ja nur in der Tendenz richtig ist, was dort über die Volksherrschaft, über die ökonomische Ordnung dort, über ökonomische und soziale Verteilungsgerechtkeit behauptet wird, dann ist es ganz logisch, daß die USA als Vormacht des Kapitalismus und Imperialismus Libyen als Weltfeind Nr.1 hochstilisieren. Wenn das alles stimmt, so mein Eindruck, dann vertreten die ja ein Modell, das den in den USA herrschenden Vorstellungen diametral entgegensteht und das ein attraktives Beispiel für die 3.Welt sein könnte und geradezu in einen natürlichen Gegensatz zu den Weltherrschaftsinteressen der beiden Supermächte geraten kann.

AK : Eine große Rolle bei der Auseinandersetzung um Eure Reise haben (wieder einmal) die bürgerlichen Medien gespielt. In den Reihen der etablierten Parteien ist Möllemann (FDP) ebenfalls schwer unter Beschuß geraten, weil er Kontakte nach Libyen pflegt. Dabei ist die Kritik rundweg als heuchlerisch zu bezeichnen. Für die etablierten Parteien waren Menschenrechtsfragen noch nie ein Hindernis, Kontakte zu pflegen, bei der Türkei - um nur ein Beispiel zu nennen - ist das Gegenteil der Fall. Auch die Frage, daß Ihr als Gäste die Reise finanziert bekommen habt, ist ein völlig normales und übliches Verfahren. Etablierte Politiker fahren allemal in Länder auf Kosten anderer oder des Staates, auch in Länder, die alles andere als demokratisch zu bezeichnen sind. Oder man denke an die staatliche Parteienfinanzierung in diesem Lande.

R.V. : Zunächst möchte ich dazu sagen, daß die Grünen einen anderen Anspruch haben und daß sich daraus auch die Maßstäbe an unsere Reise ergeben haben. Wir haben bei der Frage der Menschenrechte einen anderen Anspruch als die etablierten Parteien, es ist aus der Sicht der Grünen ein Unterschied, ob ein Möllemann oder ein Vogt eine solche Reise macht. Ich weiß nicht, wie es bei Möllemann war, ich hatte bei mir nicht das Gefühl, daß die Grünen diese Reise abzusegnen hätten, daß sie sozusagen Bindewirkungen für die Grünen zur Folge haben sollte, sondern ich habe das, wie auch die anderen Mitglieder der Grünen,Gertrud Schilling und Otto Schily,die mitgefahren sind,ganz betont auf die eigene Kappe genommen. Uns war auch vorher klar, daß die Diskussion bei den Grünen noch nicht so weit entwickelt ist, um eine solche Reise überhaupt tragen zu können. Auf der anderen Seite aber, in dem Motivationszusammenhang mit den Cruise missiles kann man nicht solange warten, bis dieser Diskussionsprozeß gelaufen ist. Es würde vielleicht einen Diskussionsprozeß von einem bis zwei Jahre bedeuten und dann sind die Cruise missiles längst aufgestellt.

Bei der Reaktion der bürgerlichen Medien gibt es gar nicht eine so eindeutige Reaktion zu beobachten. In der ersten Reaktion auf das Bekanntwerden der Reise haben gerade bürgerliche Medien, wie die Frankfurter Allgemeine, vergleichsweise sachlich reagiert. In der FAZ wurde mir etwa das Motiv zugute gehalten, daß ich die Cruise missiles auch gegenüber Libyen und überhaupt Ländern des sich emanzipierenden Afrikas gegenüber für bedrohlich halte. Das ist eigentlich erstaunlich. Ich habe selbst die Rückfrage, was ist eigentlich ein bürgerliches Medium, ist die taz ein bürgerliches Medium ? Nach meiner Meinung hat die A r t der Berichterstattung der taz doch einen ziemlichen Schaden angerichtet. Ich will damit nicht sagen und nicht in das falsche Licht kommen, daß dort bestimmte Zensurinteressen wären, das wäre ein sehr wohlfeiler Vorwurf in diesem Zusammenhange, aber die Art und Weise, wie hier schlampig mit Tatsachen umgegangen worden ist und wie dort Strömungspolitik innerhalb der Bewegung gemacht worden ist, das halte ich für katastrophal. Da ist das eine oder andere bürgerliche Medium manchmal

für katastrophal. Da ist das eine oder andere bürgerliche Medium manchmal

besser als diese Zeitung.

Dann aber ist in den sogenannten bürgerlichen Medien nach dem 1.Schub von Reaktionen, insbesondere nach der Erklärung des Bundesvorstands der Grünen, ein Umschwung festzustellen. Im zweiten Schwung war die Presse einhellig : Die Erklärung des Bundesvorstandes der Grünen wurde mit Beifall bedacht vor allem von sogenannten liberalen Zeitungen, wie etwa von der Gräfin Dönhoff in der Zeit. Dies war ein Beifall auf der Ebene eines Aufgusses von Vorurteilen, zu dem der Bundesvorstand mit seiner Erklärung auf einer ungenügenden Reflexionsebene eingeladen hatte. Dadurch ist ein wechselseitiger Bekräftigungsprozeß von dieser Art von Medien und dem Bundesvorstand der Grünen in Gang gekommen.

Die Frage nach der Moral ist eine ganz schwierige Sache. Es gibt in unserer Gesellschaft eine doppelte Moral in der Einschätzung solcher Vorgänge. Bei der Bezahlung vermute ich, daß alle ähnlichen Reisen, auch von grünen Vorstandsmitgliedern, nicht aus eigener Tasche bezahlt worden sind, daß sie gar nicht anders funktionieren konnten als bei unserer Reise.

AK : Eine wesentliche Rolle hat bei der Auseinandersetzung um Eure Reise gerade bei den Grünen die Frage der Bewertung der Innenpolitik Libyens gespielt. In der Erklärung des Bundesvorstandes wird von einer „Gewaltpolitik im Inneren" und einer „imperialistischen Politik" Libyens in Afrika gesprochen. Dir wird eine rosige Schilderung der Verhältnisse dort vorgeworfen. Hat es nicht der Diskussion um die Reise sehr geschadet, daß die Frage der Bewertung um die inneren Verhältnisse in Libyen so in den Vordergrund gestellt worden und sogar fast in Form von Glaubensbekenntnissen ausgetragen worden ist ? Wäre es nicht angemessener gewesen, tatsächlich erst einmal E i n d r ü c k e über die inneren Verhältnisse dort zu sammeln, bzw. in die Diskussion der Grünen einzubringen und das Ganze nicht auf die Ebene von voreiligen Einschätzungen und schließlich Glaubensbekenntnissen zu eskalieren ?

R.V.: Die Diskussion, die bisher über die inneren Verhältnisse in Libyen stattgefunden hat, hat leider das eigentliche Motiv dieser Reise verdeckt, nämlich wieweit Libyen Auseinandersetzungspartner in der Frage der NATO-„Nachrüstung" sein kann und das 2., das ich auch für ein Friedensmotiv halte, ob sich meine Vermutungen von Wien erhärten könnten, um damit Feindbilder und Isolation abzutragen; denn Feindbilder und Isolation können zu tödlichen Folgen, wenn nicht gar zu Kriegen und Weltkriegen beitragen. Diese Diskussion ist auf einer Ebene wechselseitiger Unreife geführt worden, auch von unserer Seite sind da Fehler gemacht worden. In der Berichterstattung haben wir unter dem Eindruck des Neuen das viel zu sehr in den Vordergrund gerückt, einfach dadurch, daß man, wenn man etwas Neues gesehen und gefühlt hat, das Bild erfüllt : Wes des Herz voll ist, dem läuft der Mund über. Aber trotzdem meine ich, daß man noch offen sein muß für solche Wahrnehmungen,daß man auch offen sein muß für die Vermittlung solcher Wahrnehmungen. Wir haben aber dabei, das muß ich vielleicht auf mich selbst einschränken, den Fehler gemacht, den Zustand mit einer völlig anderen Welt konfrontiert zu sein - es war meine erste Reise außerhalb Europas und US-Amerikas - und dabei nicht genug Abstand gewonnen zu haben, diese Eindrücke in einer reiferen Form verarbeitet zu haben. Das war mein Fehler. Der Fehler bei einigen Kritikern liegt m.E. darin, daß sie den ganzen Vorgang zu eurozentristisch, wenn nicht sogar zu ethnozentristisch betrachtet haben, d.h. dort nicht nur europäische Maßstäbe anlegen, sondern ausgesprochen anspruchsvolle europäische, nämlich grüne : ökologische, basisdemokratische, gewaltfreie und soziale Maßstäbe anlegen. Wir werden in der ganzen Welt kein solches Land finden, wir müssen das ja auch erst im eigenen Land aufbauen, wo wir derzeit gerade 5% Zustimmung und diese auch nicht bruchlos finden. Wir werden kein Land finden, das ökologisch, basisdemokratisch, gewaltfrei und sozial ist, wir werden im Fall Libyen vielleicht mit einem Land konfrontiert, daß sozial ist,vielleicht im Fall Costa Rica mit einem Land, das zwar nicht gewaltfrei ist, aber wenigstens keine Armee hat und wir werden verschiedene andere Facetten von Werten dort finden, die wir anstreben. Wir können aber an kein Land mit der Vorstellung herantreten, daß dieses auf den vier Säulen der Grünen

streben. Wir können aber an kein Land mit der Vorstellung herantreten, daß dieses auf den vier Säulen der Grünen

beruhen müsse, bevor man bereit ist, mit ihm Kontakt aufzunehmen. Das würde ich sonst grün-eurozentristisch nennen.

Ich halte es für ein absolut unzumutbares Herangehen an solche Länder, weil es gerade die Europäer waren, die solchen Ländern gegenüber ausgesprochen gewaltsam, brutal und vernichtend gewesen sind, ich erinnere dabei noch einmal an die Rolle, die Italien in Libyen gespielt hat.

AK : Du bist in der Diskussion angegriffen worden, daß Du die Zustände innerhalb Libyens zu rosig malst. Gibt es Deiner Meinung gute Gründe für diese Kritiken an der Außen- und Innenpolitik Libyens ?

R.V. : Ich muß mich zunächst einmal dagegen verwahren, daß ich die inneren Verhältnis als rosig dargestellt habe. Das Problem war, daß die Berichterstattung in dieser ungesunden Situation, in der wir uns in der Auseinandersetzung befunden haben, von vorneherein nur mit Ressentiments aufgenommen werden konnte. Ich hatte von vorneherein gesagt, daß das, was wir hier vortragen, nur unter dem Vorbehalt gesehen werden könne, daß wir uns dort nur 5 Tage lang aufgehalten haben. i.ü. habe ich in zitierender Weise, indem ich mich vor allem auf den Achmed el Shahati bezogen habe, das Modell, das sie anstreben, beschrieben. Ich habe allerdings darauf hingewiesen, daß man in der Tendenz sagen kann, daß es sich hier um ein Land handelt, in dem man eine vergleichsweise Verteilungsgerechtigkeit feststellen kann, vor allem vor dem Hintergrund, was dort vor 1969 anzutreffen war unter der Feudalordnung unter König Idris und daß ebenso in der Tendenz festgestellt werden kann, daß dort die Revolutionskomitees und die Volkskongresse ernsthafte Anstrengungen bedeuten, dort das Modell der Volksherrschaft zu verankern. Ich habe auch darauf hingewiesen, daß es nach wie vor den Widerspruch gibt, zwischen dem Anspruch der Volksherrschaft und der dominierenden Figur Muhamed Ghadafis. All dies wurde offen und als Teilbericht einer Gruppe dargelegt, wo ich erwarten konnte, daß andere Teile der Reisegruppe auch noch kritischere Teile vortragen würden. Ich habe diesen Bericht glücklicherweise auch auf Tonband festgehalten. Alle meine Einschränkungen, alle meine vorher geäußerten Vorbehalte zu dem Bericht sind in der weiteren Diskussion , völlig unter den Tisch gewischt worden.

Ich habe in Libyen die Frage der Exekutionen im Ausland zur Sprache gebracht, es gab dazu von libyscher Seite eine Erklärung. Ich habe in einem Gespräch mit dem tripolitaner Revolutionskomitee meine Einschätzung deutlich gemacht, daß diese Erklärungen für uns nicht befriedigend sind und zweitens es meiner Meinung nach zu einem abrupten Abbrechen dererlei Gesprächekontakte mit Leuten aus der europäischen Friedensbewegung kommen werde, falls es auch noch e i n e weitere Exekution im Ausland geben werde, wie auch immer die Libyer dies begründen zu können meinen. Der 2.Punkt ist nicht in den öffentlichen aber in Zweier- und Dreiergesprächen behandelt worden, nämlich das Verhalten der Libyer im Falle Ugandas und Idi Amins. Da haben mir kompetente Leute von libyscher Seite erklärt, daß sie das aus heutiger Sicht für einen schweren Fehler halten. Sie seien von der Sicht, Idi Amin sei ein Anti-Zionist und damit auf ihrer Linie geblendet worden. Nachdem sie sich eine Zeit in diesem Land aufgehalten hätten - so ihre Aussage -, hätten sie sich zurückgezogen, andere sagen, sie seien von der tansanischen Armee geschlagen worden und sie hätten sich dann schnell zurückgezogen. Da steht dann Aussage gegen Aussage, aber man muß das erst einmal zur Kenntnis nehmen, um dann die weitere, wirkliche Wahrheit zu erforschen. Andere Vorwürfe, die Libyer würden eine imperialistische Politik gegenüber den Ländern ihrer unmittelbaren Nachbarschaft betreiben, sie seien z.B. in den Tschad einmarschiert, werden dort gar nicht bestritten. Es gibt inzwischen eine Erklärung des libyschen Volksbüros dazu, wo sie zum Ausdruck bringen, daß dies eine zeitlich begrenzte Aktion war auf Ersuchen der dortigen , Übergangsregierung. Das ist natürlich nicht etwas, was wir rechtfertigen können. Aber zumindest sollte man sich dazu den Standpunkt der Libyer anhören. Ich muß dazu sagen, daß die weltweite Isolationsstrategie, die gegenüber Libyen herrscht, leider auch ein Versatzstück auf libyscher Seite

gegenüber Libyen herrscht, leider auch ein Versatzstück auf libyscher Seite

hat. Die libysche Pressepolitik im Ausland ist von der Technik her, und allem, was man dazu braucht, um einer solchen Dauerkampagne standzuhalten, völlig unterentwickelt. Selbst in Fällen, wo die Vorwürfe nicht berechtigt sind, bleibt dann eben das einseitige Bild so bestehen.

AK: Es hat bei Argumenten gegen eine solche Reise in der Diskussion bei den Grünen eine ganze Reihe gegeben, die darauf hinauslaufen, solche Kontakte in Länder der 3.Welt generell unmöglich zu machen. So ist z.B. kritisiert worden, daß es keine offiziell bei den Grünen genehmigte Reise gewesen sei. Aber eine offizielle Genehmigung durch die grünen Gremien hätte dazu geführt, daß es sich um einen Kontakt d e r grünen Partei nach Libyen gehandelt hätte, was der Sache nun überhaupt nicht angemessen wäre. Es konnte - wenn überhaupt - nur eine Privatreise sein. Es heißt in der Erklärung des Bundesvorstandes bzw. des Bundeshauptausschusses jetzt, man nehme überhaupt nur Kontakte zu sozialen, demokratischen und ökologischen Bewegungen in der 3.Welt auf. Das hieße aber, daß nach diesen Kriterien weder Rudolf Bahro, noch Rolf Stolz, der damals Bundesvortandsmitglied bei den Grünen war, hätten nach Nord-Korea fahren dürfen, noch hätte es das Gespräch mit der islamisch ausgerichteten afghanischen nationalen Front geben dürfen, mit der ihr im Juni dieses Jahres in Bonn Vereinbarungen zur Unterstützung getroffen habt. Ebenso hätte die Einladung der sowjetischen Botschaft abgelehnt werden müssen, usw. Dieses Prinzip würde dazu führen, daß die Grünen kaum noch Kontakte zu Ländern der 3.Welt wahrnehmen würden, selbst dort, wo diese Länder hier einer Unterstützung gegenüber imperialistischer Aggression bedürfen, wo sogar mehr Unterstützung wünschenswert wäre.

R.V. : Es gibt ja in der 3.Welt schon Oppositionsbewegungen, Freiheitsbewegungen, die den Grünen näher stehen, als jedwede an der Macht befindliche Regierung. Da gibt es noch ein großes Feld, das auszuloten wäre. Der Fall in Libyen liegt allerdings komplizierter, weil die Libyer für sich in Anspruch nehmen, daß ihr gegenwärtiger Zustand das Ergebnis einer Bewegung sei, das Ergebnis der Volksbewegung, die nach dem Staatsstreich libyscher Offiziere um Muhammar Ghaddafi, nach 1969, in Gang gekommen sei, also eine Bewegung von oben und unten in Einem. Es wird auch behauptet, daß Ghaddafi keine Macht im herkömmlichen Sinne sondern mehr eine ideologische Führungsposition ausübe. Dies ist der Anspruch, den die dort vertreten. Wir selbst waren dort von den Revolutionskomitees eingeladen worden.

Bei den früheren Reisen war m.E. Rolf Stolz in Kenntnis des grünen Bundesvorstands in Nordkorea, ich würde sagen, da hat er vergleichsweise Glück gehabt, daß die Verhältnisse in Nord-Korea nicht so ins Zentrum des Interesse gerückt sind wie in Libyen. Kim il Sung steht nicht so im Zentrum des Interesses wie etwa Ghaddafi. Bahro hat dort ebenfalls nach einer Einladung das Land besichtigt und führende Gestalten des Landes dabei sprechen können. Er hat dann am Ende der Reise - ich weiß nicht aus welcher Motivation heraus - sich von den dortigen Gastgebern distanziert.

Es hätte auch nicht stattfinden können die Reise von Rolf Stolz zur Gründungsfeier der sahaurischen Republik. Es ist eine Tatsache, daß der Auseinandersetzung um den Kontakt mit der Sowjetbotschaft in Bonn geradezu ein Begehren des grünen Vorstands vorgelagert war, daß Breschnew während seines Besuches in Bonn eine Delegation von Vertretern der Friedensbewegung unter Einschluß der Grünen empfangen möge. Die Situation hat sich dann gedreht nach der Zurückweisung von Milan Horacek, eines ausgebürgeten tschechischen Bürgers. Erst danach hat sich das Verhalten der Grünen um 180 Grad gedreht und es sind neue Maßstäbe aufgestellt worden. Diese Maßstäbe konnten m.E. aber nur für Kontakte im N a m e n der Grünen und mit Bindewirkung für sie gelten. Anders der Kontakt, den wir mit Ghadafi in Wien und schließlich beim Besuch in Libyen hatten, dieser Kontakt ist erst im Nachhinein durch die Erklärung der Grünen officialisiert und damit zu einer wohlfeilen Beute der Pressekampagne in diesem Ausmaß geworden.

Ein Schlußresumé muß ich für mich noch ziehen : Die Kritik und auch die

Ein Schlußresumé muß ich für mich noch ziehen : Die Kritik und auch die

z.T. fundierte Kritik z.B. von der Gesellschaft für bedrohte Völker oder auch von Amnesty international und anderen an solchen Kontakten, die hinterläßt natürlich auch Spuren und führt auch zu der Frage, ob ich dort meinen Standpunkt gründlich revidieren muß. In dem Zusammenhang komme ich zu dem Schluß, wenn wir denen in Libyen etwas Sinnvolles vermitteln können, und sie versuchen ja auch ihre Position nach hier zu vermitteln , bzw. ihre Situation im besten Licht erscheinen zu lassen, dann ist das mit den Worten des verstorbenen Peter Keuer aus Rheinland-Pfalz zu tun : das Eine kann ohne das Andere nicht sein, nämlich Basisdemokratie kann sich nicht ohne Einhaltung verwandter Prinzipien wie etwa der Gewaltfreiheit verwirklichen lassen. Eine Gewaltpolitik, sollte sie in Libyen stattgefunden haben und weiter stattfinden, wird wahrscheinlich nicht nur in Libyen selbst die positiven Absichten ihres Modells im Keim zerstören. Insofern meine ich, daß der Kontakt und der Informationsaustausch bei diesem ganzen Unternehmen im weiteren durchaus kritisch betrachtet werden soll. Aber es wird eine pathologische Entwicklung dadurch eingeleitet, daß man in einer Weise des Schlagabtausches Leute in die Defensive drängt und einem Verfahren unterwirft, das schon fast Spurenelemente der Gehirnwäsche und der psychischen Elektroschockbehandlung hat. Ich will damit sagen, daß man, wenn man soetwas gemacht hat, Parallelen mitbekommt, man eine Ahnung davon bekommt, was eine solche Isolationsstrategie an pathologischen Dingen zur Folge haben kann.

AK : Wir danken für das Interview. Wir hoffen, daß es keinesfalls zur Verschärfung der Diskussion, sondern mehr zum Gegenteil beitragen kann.

Vor der nächsten Wahl: Die Hessen-Grünen

Interview mit zwei Landtagsabgeordneten

Das folgende Interview wurde Anfang August in Frankfurt aufgenommen. Dirk Treber (Angestellter) ist Aktivist der BI gegen die Startbahn West aus Walldorf und kandidiert auf Platz 1 der Landesliste der Grünen. Frank Schwalba-Hoth (Lehrer) kommt aus Marburg, ist Pressesprecher des Landesvorstands und kandidiert auf Platz 7. (Zu den Ergebnissen der jüngsten Landesmitgliederversammlung der Hessen-Grünen siehe Artikel in diesem AK.)

AK: Daß die Hessenwahl sehr wichtig ist und überregionale Bedeutung hat, ist wohl klar und braucht hier nicht noch einmal erklärt zu werden. Schafft die FDP die 5 Prozent? Gibt es dann eine neue Regierungskonstellation auch in Bonn? Können die Grünen diese Entwicklung überhaupt beeinflussen? Heißt der nächste Ministerpräsident Dregger, oder ist da vielleicht noch etwas zu machen?

Frank Schwalba-Hoth: Auf der Ebene der Wahlarithmetik gibt es verschiedene Möglichkeiten: Falls die CDU die absolute Mehrheit bekommen sollte, stellt sich die Frage einer Zusammenarbeit der Grünen mit anderen Parteien gar nicht. Falls wir es schaffen, die absolute Mehrheit der CDU zu verhindern, erst dann steht diese Frage auf der Tagesordnung. Die Grünen wollen dies auf einer Landesmitgliederversammlung am 14./15.8. in Hofheim klären, und wir können daher jetzt noch nicht sagen, wie unser Verhältnis dazu aussieht. Sonst würden wir die Diskussion in Hofheim präjudizieren und einengen — und das würde unserem Verständnis von Basisdemokratie widersprechen.

Eins ist jedoch klar: Wir sind keine Mehrheitsbeschaffer für andere Parteien bzw. für gescheiterte Politik, eine Koalition ist darum ausgeschlossen. Es ist möglich, daß wir vor und für eventuelle Gespräche einen Forderungskatalog aufstellen, und bei einer Annahme dieses Forderungskatalogs durch eine der anderen Landtagsparteien würden wir dann eventuell bereit sein, einen Ministerpräsidenten dieser Partei zu wählen. Zum Inhalt dieser (möglichen) Forderungen kann man sagen, daß auf jeden Fall dazugehören wird Wiederaufforstung des Startbahngeländes, keine WAA, kein Block C in Biblis, Abschaltung von Biblis A und B.

Dirk Treber: Ein schwieriges Problem, das von den Grünen diskutiert werden muß, wird sein, daß es nicht allein damit getan ist, einen bestimmten Forderungskatalog aufzustellen oder z.B. auch zu sagen: Holger Börner — nein, aber ein anderer Sozialdemokrat könnte für uns akzeptabel sein. Das sind zwar alles wichtige Dinge, aber wenn eine irgendwie geartete Zusammenarbeit zwischen SPD und Grünen zustandekommen soll, dann wird sich das auch an der Frage festmachen, ob die Grünen einen Haushalt unterstützen können. Das ist meiner Ansicht nach insofern schwierig, weil es zumindest in den bisherigen Haushaltsplänen enorm viele Sachen gab, die von den Grünen von ihrem Selbstverständnis her gar nicht unterstützt werden können.

Die Grüne Landesversammlung sollte also nicht nur diesen Katalog aufstellen — keine Startbahn, keine WAA, kein Biblis — sondern sich wenigstens ein paar Grundgedanken darüber machen, welche Forderungen wir an einen Landeshaushalt als Vorbedingung für eine etwaige Zusammenarbeit stellen würden. Dabei geht es meiner Ansicht nach sowieso nie um eine Koalition, sondern um eine punktuelle Zusammenarbeit, bei der vermutlich auch der Fall eintreten würde, daß es in diesen und jenen Fragen keine gemeinsame Abstimmung mit der SPD gibt. Ich kann mir sogar vorstellen, daß es mal eine gemeinsame Abstimmung mit der CDU gibt. Das ist zwar sehr unwahrscheinlich, aber immerhin denkbar. Auf lokaler Ebene gibt es so etwas. In Mörfelden beispielsweise haben die Grünen zusammen mit der CDU und auch der DKP schon Anträge gegen die SPD abgestimmt. Diese Konstellation wird es zwar im Landtag nicht geben, da dort die DKP nicht vertreten sein wird, aber es könnte schon sein, daß man mal mit der CDU gegen die SPD abstimmen muß.

AK: Außer der noch ungeklärten Haushaltsfrage sind die Bedingungen, die ihr für eine etwaige Zusammenarbeit mit einer anderen Partei stellt, allesamt ökologische Forderungen. Gibt es solche Forderungen auch aus anderen Politikbereichen?

Frank: Wir lassen uns nicht auf die Formel Ökologie gleich Naturschutz reduzieren. Für uns heißt Ökologie genauso „kein Sozialabbau" und das Hinarbeiten auf eine Gesellschaft, in der die Machtausübung über andere Menschen, die Zerstörung der Natur durch die Konzentration von Kapital und Produktionsmitteln in wenigen Händen nicht mehr gegeben ist. Von uns wird es keine wie auch immer geartete Zustimmung zum Abbau der Sozialleistungen geben. Inwiefern dies in einen Forderungskatalog aufgenommen wird — Voraussetzungen für die Wahl eines Ministerpräsidenten oder für die Zustimmung zu einem Haushalt — das können wir jetzt vor der Landesversammlung noch nicht sagen.

AK: In Hamburg hat die GAL von der SPD auch ein Programm zur Schaffung von Arbeitsplätzen gefordert. Soweit mir bekannt ist, ist das innerhalb der Grünen nicht unumstritten. Welche Meinung gibt es bei euch dazu?

Frank: Ich glaube, deine Frage ist falsch gestellt. Wir wollen kein herkömmliches Beschäftigungsprogramm, weil wir damit der arbeitenden Bevölkerung nur vorgaukeln würden, daß wir die Vollbeschäftigung garantieren könnten, wenn wir nur ein wie immer geartetes Mitspracherecht hätten. Damit streuen wir allen Sand in die Augen und lassen uns auch auf die Terminologie der Herrschenden ein. Was wir wollen, sind strukturelle Veränderungen, die es ermöglichen, daß die Zahl der Arbeitslosen nicht weiter steigt, sondern abnimmt. D.h. in der Umsetzung erstens 35-Stunden-Woche, zweitens Verringerung der Jahres- und Lebensarbeitszeit. Die bisher durchgeführten Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen lassen die Frage offen, ob die davon Betroffenen auch nach Ablauf der Frist ihren Arbeitsplatz behalten. Das sog. Beschäftigungsprogramm läßt sich zudem nicht von der Frage trennen, wo denn jetzt Arbeitsplätze geschaffen werden sollen. Ohne Strukturveränderungen im Wohnungs-, Verkehrs-, Energie- und Sozialbereich verharrt ein Beschäftigungsprogramm im Rahmen des bloßen Herumkurierens.

AK: Das ist sicher ein anderes Vorgehen als von der GAL in Hamburg. Aber die Differenz ist m.M. noch nicht klar auf den Punkt gebracht. Ihr findet es also letztlich Illusionsmacherei, wenn die GAL in den laufenden Verhandlungen ein Arbeitsplatzprogramm fordert, und seid stattdessen der Meinung, daß die Sicherheit von oder die Schaffung neuer Arbeitsplätze erst dann möglich sein wird, wenn grundlegende gesellschaftliche Veränderungen stattgefunden haben. Ist es so?

Frank: Wir dürfen nicht die Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse aus den Augen verlieren; sonst wird das Pferd falsch herum aufgezäumt.

Dirk: Man muß das mal konkret für die Bereiche diskutieren, für die in Zukunft Arbeitslosigkeit zu erwarten ist. Bezogen auf den Kreis Groß Gerau sind das z.B. die Caltex-Werke (Raffinerie). Dort wird ein großer Teil der Produktion stillgelegt. Hierzu haben die Grünen eine Veranstaltung mit den Betriebsräten zusammen gemacht, wo wir ganz klar gesagt haben, daß die Probleme nicht dadurch gelöst werden können, daß Gespräche mit Wirtschaftsminister Hoffie oder mit Börner geführt werden, bei denen dann versprochen wird, der Staat würde sich für die Erhaltung ihrer Arbeitsplätze einsetzen. Das ist vielleicht kurzfristig eine Möglichkeit, langfristig aber nicht. Wir haben den Arbeitern beispielsweise vorgeschlagen, für die Durchsetzung der 35-Stunden-Woche zu streiken, auch eine Betriebsbesetzung in Betracht zu ziehen, und langfristig eine Umstellung der Produktion auf Produkte anzustreben, die umweltfreundlicher sind als das, was dort heute zum Teil produziert wird. Das ist ein längerfristiger Prozeß, der nicht allein durch irgendwelche staatlichen Vorgaben gelöst werden kann. Noch ein Beispiel: Wenn Opel versucht, Teile der Produktion nach Spanien zu verlagern, dann wird dieses Problem ebenfalls nicht dadurch zu lösen sein, daß die hessische Landesregierung das einfach verbietet, einmal abgesehen davon, daß sie das auch gar nicht machen wird. Da müssen die Grünen, wenn sie im Hessischen Landtag vertreten sind, gemeinsam mit den Kollegen überlegen, was da zu tun ist. Ein weiteres Problem in Hessen ist die Konzentration auf drei große Wirtschaftsunternehmen im Rhein-Main-Gebiet, nämlich Hoechst, Opel und Flughafen AG. Dies führt z.B. dazu, daß teilweise Arbeiter aus dem Westerwald, dem Odenwald oder der Mannheimer Gegend bis zu über eine Stunde anreisen müssen. Ich denke, daß es langfristig gesehen besser ist, sich dafür einzusetzen, daß neue Arbeitsplätze dort geschaffen werden, wo diese Leute wohnen. Dadurch würde die relativ einseitige Strukturierung der Wirtschaft aufgehoben werden und zum anderen auch eine bestimmte Infrastruktur für den Verkehr. Ausgebaut werden nämlich nur diejenigen Verkehrswege, die die Leute von ihren Wohnungen zum Arbeitsplatz bringen, während andererseits die ganzen Bundesbahnstrecken im Odenwald stillgelegt werden. Es kann nicht in unserem Interesse liegen, die ganze Industrie im Rhein-Main-Gebiet noch mehr zu konzentrieren, weil das ja auch mit einer ganzen Menge negativer Folgen für die eh schon belastete Umwelt verbunden ist.

AK: Eine Forderung nach einem Arbeitsplatzprogramm muß aber nicht schlechthin auf die Stärkung von drei Großunternehmen hinauslaufen. Das ist in so einer Forderung noch nicht angelegt.

Frank: Aber die Gefahr ist vorhanden.

AK: Ihr habt im wirtschaftspolitischen Teil eures Programms die Forderung nach Aufhebung des Privateigentums an industriellen Produktionsmitteln, mindestens bei der großen Industrie. Das ist in Kreisen linker Gewerkschafter durchaus wohlwollend aufgenommen worden. Steht diese Forderung jetzt nur auf dem Papier, sozusagen kraft höherer intellektueller Einsicht eurer Programmschreiber, oder ist es eine Forderung, die auch im Wahlkampf und in der zukünftigen Orientierung der hessischen Grünen eine maßgebliche Rolle spielen soll?

Frank: Es gibt gar keinen solchen „Programmschreiber". Unser Landesprogramm ist in den verschiedenen Stadien der Ausarbeitung zweimal an alle Mitglieder und Sympathisanten geschickt worden. Das Wirtschaftsprogramm ist dann neun Stunden auf einer Landesmitgliederversammlung diskutiert worden. Das steht nicht nur auf dem Papier, und wir haben es auch nicht bloß aus taktischen Gründen reingeschrieben, sondern das ist das, was wir wollen, und wir werden es offensiv nach außen vertreten. Privates Eigentum darf keine Macht über die Selbstbestimmung anderer Menschen ermöglichen. Hier sind neue Formen freier, nicht-staatlicher und selbstverwalteter Verfügungsrechte zu entwickeln.



AK: Kommen wir noch einmal zu dem Komplex „punktuelle Zusammenarbeit" zurück. Aufgrund der Mehrheitsverhältnisse in der Hamburger Bürgerschaft ist erstmals die Situation eingetreten, daß von grün-alternativen Abgeordneten ganz allgemein stärker Einfluß genommen werden kann, ohne sich jetzt große Illusionen über greifbare Ergebnisse zu machen. Wie steht ihr zu dem Hamburger Experiment?

Dirk: Ich begrüße dieses Experiment, und wir verfolgen das hier sehr aufmerksam, weil ja bei uns im Herbst eine ähnliche Situation eintreten kann. An dem Hamburger Beispiel wird deutlich werden, inwieweit eine punktuelle Zusammenarbeit zwischen Sozialdemokraten und Grünen möglich ist. Ich bin dagegen, zu sagen, so etwas darf von vornherein gar nicht erst probiert werden. Andererseits sollte man sich keine Illusionen machen. Dieses Experiment kann auch sehr schnell scheitern. Dann gäbe es in Hamburg Neuwahlen, und das kann übrigens auch in Hessen sehr schnell passieren.

AK: Mit Blick auf die Hamburger Auseinandersetzungen ist auf Pressekonferenzen sowohl vom Bundesvorstand wie auch von den hessischen Grünen mehr betont worden, daß eine Zusammenarbeit prinzipiell mit jeder Partei möglich sei. Gäbe es nicht gute Gründe, eine Zusammenarbeit mit der CDU prinzipiell auszuschließen?

Dirk: Ich habe vorhin schon gesagt, daß es auf örtlicher Ebene sehr wohl Gründe geben kann, auch mal mit der CDU zusammen abzustimmen.

AK: Das ist etwas anderes, wenn verschiedene Parteien, die in der Opposition sind, etwas gemeinsam ablehnen, obwohl sie unterschiedliche Gründe dafür haben. Hier geht es aber um die Frage, möglicherweise auch eine CDU-Regierung zu tolerieren. Also steht es überhaupt zur Debatte, in Hessen gegenüber der CDU ähnlich zu verfahren wie in Hamburg gegenüber der SPD verfahren wird?

Dirk: Nein.

Frank: So explizit will ich da jetzt nicht nein sagen. Es wäre durchaus möglich, wenn die CDU die Startbahn wieder aufforstet, die WAA nicht baut, Biblis abschaltet, die Großunternehmen enteignet und die Trennscheiben in den Knästen abschafft, zu einem CDU-Ministerpräsidenten „Ja" zu sagen. Das ist aber eine rein hypothetische Sache, denn so etwas liegt außerhalb der Möglichkeiten der CDU. Von daher ist es auch eine hypothetische Frage von dir. Über die Inhalte ist es derzeit vollkommen unmöglich, mit der CDU einen Konsens grundsätzlicher Art zu finden.

AK: Das ist ja eine offenkundige Konstruktion. Und es wäre auch illusionär, von der SPD zu erwarten, sie ließe sich auf eine ehrliche Kooperation mit den Grünen auf dieser Basis ein. Es scheint sich aber von den Mehrheitsverhältnissen her in diesem Land eine Situation anzubahnen, wo sich ein konservatives Lager CDU und FDP einerseits und ein Lager, das aus Grünen und Sozialdemokraten besteht, andererseits gegenüberstehen. Es gibt offenbar diese Polarisierung in der Bevölkerung, und die Frage ist, ob es realistisch ist, grüne Forderungen auf dem Weg durchzusetzen, daß man seine Position in Parlamenten nutzt, die eine numerische Mehrheit von sozialdemokratischen und grünen Abgeordneten haben. Ist das eine Option, oder müssen wir das auch als illusionär abtun?

Dirk: Es gab vor kurzem im „Vorwärts" ein Interview mit Jo Leinen, in dem er vertreten hat, man müsse einen neuen „Reformblock" bilden. Ich sehe dabei die Gefahr, daß es nur darum geht, die ganze Friedens- und Ökologiebewegung wieder in die Sozialdemokratie zu integrieren. Das ist auch einer der Gründe, weshalb Jo Leinen in manchen Bürgerinitiativen kritisiert wird, daß er als Bundesvorstandsmitglied des BBU und immer noch Mitglied der SPD eine solche Forderung in einer Situation aufstellt, wo die SPD halt eine Raketenpartei ist. Oder eine Partei, die in Hessen die ganze Großprojekte-Politik vorantreibt. Da müßte schon eine ganze Menge passieren, da müßten wirklich glaubwürdige Veränderungen bei der SPD passieren, da müßte eine ganze Menge Leute, die in der SPD jetzt noch das Sagen haben, abtreten, damit längerfristig so eine Kooperation möglich wird. Im Moment beurteile ich das eher pessimistisch.

Frank: Auf Bundesebene scheint mir ein Zusammengehen SPD-Grüne gegenwärtig unmöglich zu sein. Erstens ist eine Wandlung der SPD in Fragen der Friedens-, Wirtschafts-, Umwelt- und Sozialpolitik nicht abzusehen. Zweitens würde es darauf hinauslaufen, uns als radikaldemokratische Alternative zum herrschenden Block in die Parteienfamilie zu integrieren. Diesem Versuch werden wir unseren Widerstand entgegensetzen.

Dirk: Aus sozialdemokratischen Kreisen innerhalb der Bürgerinitiative gegen die Startbahn West — also Leute, die in dieser Frage im Widerspruch zu ihrer Partei stehen — gibt es eine Kritik an den Grünen, bei der uns vorgeworfen wird, daß das, was die Grünen heute machen, im Grunde die alte Juso-Doppelstrategie sei. Damit seien sie selbst auf den Bauch gefallen, und damit würden auch wir auf den Bauch fallen. Ich denke, daß da teilweise was dran ist. Die Entscheidung der Grünen, auch im parlamentarischen Raum zu arbeiten, was einschließt, daß man in Situationen reinkommen kann, in denen man gezwungen ist, mit den etablierten Parteien zusammenzuarbeiten, führt teilweise zu den gleichen Gefahren, die es auch bei der 68er Bewegung gab. Damals gingen Leute mit dem Anspruch in die Parteien hinein, dort Veränderungen herbeizuführen. Am Schluß blieben ein Karsten Voigt oder ein Wolfgang Roth übrig, die dann zwar Bundestagsabgeordnete wurden, aber den kritischen Anspruch, den sie mal hatten, verloren. Vor dieser Gefahr stehen auch die Grünen oder Teile von ihnen. Es gibt ja jetzt schon diese Fehlentwicklungen in Bremen oder Baden-Württemberg ...

Frank: Ansätze dazu.

Dirk: ...Ansätze, ja. Mit diesem Konflikt werden auch die Hessen-Grünen im Landtag zu tun haben. Da bin ich ziemlich sicher.

AK: Mich würde nochmal die Auseinandersetzung über die Rolle der Arbeiterbewegung interessieren. Seinerzeit hat es einige aufsehenerregende Äußerungen von Milan Horacek und Jürgen Engel dazu gegeben — z.B. wo war denn die Arbeiterbewegung in den letzten Jahren? Was hat sie denn verhindert? — und dadurch wurde die Bedeutung der Arbeiterbewegung als wesentliche gesellschaftliche Kraft stark in Frage gestellt. War das nur polemische Begleitmusik zur Entstehung der Demokratischen Sozialisten?

Frank: Mir steht es nicht zu, die Arbeiterbewegung hier in irgendeiner Weise zu kritisieren. Eins ist klar, wir suchen Zusammenarbeit mit allen oppositionellen Gewerkschaftern. Wir haben deshalb auch beschlossen, unseren Programmteil Wirtschaft und Arbeitswelt an alle hessischen Betriebs- und Personalräte zu verschicken. Es entspricht nur der Logik der bisherigen Diffamierung der Grünen durch Teile der Gewerkschaftsspitze, daß sie uns als arbeiterfeindlich darstellen. Da ist nichts dran.

AK: Immerhin hat jetzt die „metall" die Grünen zu Wort kommen lassen. Das ist doch bemerkenswert, wenn im Organ der größten Einzelgewerkschaft Grüne selbst ihre Vorstellungen darlegen können. Nutzt ihr das zu einer Offensive der Argumente in den Gewerkschaftsbereich hinein?

Dirk: Das ist übrigens kein Einzelfall. In der Gewerkschaftszeitung der HBV z.B. stand auch ein Artikel zu der Situation in Hamburg nach der Wahl, also zum Verhältnis zwischen SPD und GAL, wo aufgezeigt wurde, daß es notwendig ist, daß Sozialdemokraten und Grüne zusammenarbeiten, gerade auch, um Forderungen der Gewerkschaften und der Arbeiterbewegung durchzusetzen.

Wir können vor den Problemen in diesem Bereich — steigende Arbeitslosenzahlen, Betriebsstillegungen, Rationalisierungen — nicht die Augen verschließen. Das sind gesamtgesellschaftliche Probleme, bei denen wir als Grüne gefordert sind. Das hat seinen Niederschlag in unserem Wirtschaftsprogramm gefunden, in das wir eine ganze Menge Forderungen der Gewerkschaften aufgenommen und eingearbeitet haben. Für unsere Mitglieder sollte es auch selbstverständlich sein — wenngleich es auch Fälle gibt, wo das noch nicht erkannt worden ist —, daß sie sich in den Gewerkschaften als Mitglieder aktiv betätigen.

AK: Gibt es auf der Landesliste Kandidaten aus dem Spektrum aktiver Gewerkschafter?

Dirk: Leider nein. Das muß man ganz offen sagen.

AK: Stellt die Liste doch mal ein bißchen vor.

Frank: Die Kreisverbände haben 80 Grüne und Nicht-Grüne für die Landesliste vorgeschlagen. Diese 80 Leute haben sich mit politischen Lebensläufen vorgestellt, die dann allen Mitgliedern zur Verfügung gestellt wurden. Aus diesem Kreis sind im Mai 45 Kandidaten letztendlich auf die Landesliste gewählt worden. Im ersten Dutzend ist etwa eine Parität zwischen Frauen und Männern vorhanden. Im ersten Dutzend sind drei Nicht-Grüne dabei, ein Rechtsanwalt aus Darmstadt, ein Sponti aus dem Frankfurter AStA, ein Schriftsteller, der bis vor kurzem im Knast gesessen hat. Alle Mitglieder der Landesliste haben sich direkt nach der Wahl in einer schriftlichen Erklärung dazu verpflichtet, sich an Beschlüsse der Basis (Landesversammlung, Landeshauptausschuß) und an das Landesprogramm zu halten, ferner nach zwei Jahren zu rotieren und dann in einer Bürogemeinschaft mitzuarbeiten und nur 1800 DM von ihren Diäten zu behalten und den Rest an einen Ökologiefonds abzuführen.

Dirk: Die wichtigen ökologischen Bewegungen in Hessen sind eigentlich sehr gut repräsentiert. Leute von der Startbahn und vom Widerstand gegen die WAA Frankenberg/Merenberg sind auf den vorderen Plätzen, teilweise mit mehreren Vertretern. Das zeigt, daß wir im Gegensatz zu allen anderen Parteien, die für den hessischen Landtag kandidieren, ganz stark in diesen Basisbewegungen und BIs verankert sind. Wir werden Leute aus diesen Bewegungen in den hessischen Landtag schicken, um auch auf dieser Ebene die außerparlamentarischen Kämpfe fortzusetzen.

Frank: Auf dem letzten Treffen der zukünftigen „Wiesbadener" haben wir auch darin Übereinstimmung erzielt, daß wir als Kollektiv arbeiten wollen, daß Verantwortung gemeinsam getragen werden soll und nicht einzelne herausgestellt werden sollen, und daß die zukünftigen Landtagsabgeordneten wie auch ihre zukünftigen Nachrücker kollektiv und gleichberechtigt zusammenarbeiten wollen.

AK: Wie würdet ihr die politische Herkunft der Kandidaten beschreiben?



Hessische Landtagskandidaten der Grünen

Foto: M. Jarl

Hessische Landtagskandidaten der Grünen

Foto: M. Jarl

Frank: Grün, bunt, alternativ.
AK: Ich meine, in der Hamburger Bürgerschaft gibt es jetzt Abgeordnete, die sich als Sozialisten und Marxisten bezeichnen, was speziell für die Leser unserer Zeitung recht erfreulich ist.
Frank: Ehemalige KBler sind bei uns nicht drunter. (Gelächter) Es hat bei uns keine Gesinnungsprüfung und Kategorisierung vorab gegeben — du Marxist, du nicht, du Sozialist, du nicht —, ich glaube aber, daß diese zukünftige Fraktion eine dezidiert linke Politik im hessischen Landtag garantiert.
Dirk: Wenn die Presse so eine Kampagne wie jetzt gegen die GAL machen will, daß also aufgezählt wird, der/die ist oder war im KB, der/die ist Z-Fraktion usw., dann können die das hier natürlich auch in entsprechender Form machen.
Frank: Die ,,politischen Stellen'' werden auch bei uns sicher irgendwo fündig werden und dann der Öffentlichkeit irgend etwas präsentieren, was nach kommunistischer Unterwanderung riecht.
AK: Wie steht ihr heute dazu, daß Alexander Schubart nicht auf die Liste genommen wurde, und wie bewertet ihr rückblickend die Auseinandersetzung um ein Wahlbündnis und eine Alternative Liste?
Dirk: Daß der Aschu nicht auf der Liste ist, hat ja nicht nur mit dem Beschluß der Frankfurter Grünen zu tun, ihn von ihrem Kandidatenvorschlag zu kippen, weil er sich für eine Alternative Liste eingesetzt hat. Denn es gab ja nach wie vor den Vorschlag der Grünen Bergstraße, den Aschu trotzdem auf die Landesliste draufzuwählen, und die wären auch nach den Frankfurter Auseinandersetzungen bei diesem Vorschlag geblieben, wenn Aschu das gewollt hätte. Er wollte das dann selbst nicht mehr. Ich denke, daß er trotz dieser Kontroversen als Repräsentant der Bürgerinitiative gegen die Startbahn West und als einer, der sich sehr stark für das Volksbegehren engagiert hat, auf einen der vorderen Plätze gewählt worden wäre, wenn er bereit gewesen wäre, zu kandidieren. Trotz all dieser Querelen, die es gegeben hat. Ich persönlich — das kann ich jetzt wieder nur als jemand aus der BI sagen — bedaure das auch irgendwo, weil ich in der Arbeitsgemeinschaft Volksbegehren doch gut mit ihm zusammengearbeitet habe, und ich denke, das wäre auch in der Landtagsfraktion möglich gewesen. Gut, es hat nicht sollen sein ... Zur Diskussion um die AL: Ich habe von vornherein der ganzen Sache wenig Chancen gegeben. Ich habe den Leuten, die das ganz zu Anfang der Diskussion an mich herangetragen haben, schon vorausgesagt, daß z.B. eine Zusammenarbeit Grüne—DKP wegen einer ganzen Menge Punkte nicht gehen wird, und bei allen anderen Kräften, die für eine AL eingetreten sind, ist eigentlich relativ wenig dahinter gewesen. Was z.B. von seiten der USPD oder der Demokratischen Sozialisten gekommen ist, auch programmatisch, das war doch teilweise sehr erschütternd. Die konnten nicht mal festmachen, welches ihre Differenzen zu dem waren, was die Grünen wollen. Deswegen ist oft der Eindruck entstanden, es ginge bei der ganzen AL-Diskussion nur darum, auf einen Zug, der schon längst abgefahren ist, noch aufzuspringen. Denn wir hatten schon vor einem Jahr gesagt, daß wir diese offene Liste machen. Wir hatten damals sogar teilweise selbst noch diskutiert, wie es mit einer AL oder sonstwas aussieht. Aber da hatte es überhaupt keine Resonanz gegeben. Erst als die ganze Sache von unserer Seite aus abgeschlossen war, sowohl die programmatische Diskussion als auch z.T. die Nominierung von Kandidaten in den Kreisverbänden, da ist die AL-Diskussion erst zustandegekommen. Sie hat eigentlich den Grünen gar nicht so sehr geschadet, aber der Bürgerinitiative gegen die Startbahn West hat sie geschadet, weil dadurch die Arbeit fast zwei Monate lang gelähmt worden ist, nachdem sich nach der Platzbesetzung Resignation breitgemacht hatte. Die BI-Arbeit nahm erst wieder einen Aufschwung, als auf einem BI-Plenum beschlossen wurde, daß sich die BI als Organisation nicht an der Bildung der AL beteiligt. Damit war aber auch aus der ganzen AL-Diskussion die Luft raus, weil nämlich ziemlich schnell deutlich wurde, daß die DKP sowieso ihre eigene Kandidatur macht und die Demokratischen Sozialisten nicht antreten.
Frank: So richtig, wie ich das Konzept der AL in Hamburg und in Berlin finde, so falsch finde ich es in Hessen. Für ein AL-Projekt ist es notwendig, eine Infrastruktur von Bürger- und Basisinitiativen flächendeckend als Grundlage zu haben. Das ist in Hessen nicht der Fall. Darum war ich auch in der Diskussion nicht für das Projekt AL, sondern für die grüne offene Liste, bei der programmatisch ja all das enthalten ist, was auch traditionelle AL-Forderungen sind. Seht euch unseren Schwulen-Teil an, seht euch unseren Frauen-Teil an, unsere Ausländer-Forderungen, sowie unsere Vorstellungen zur Wirtschafts- und Sozialpolitik.
AK: Stichwort Bundestagswahlen, vielleicht vorgezogene Bundestagswahlen, vielleicht sogar aufgrund des Ausgangs der Hessenwahl — sollen sich alle den Grünen anschließen, oder soll es ein Bündnis Grüne, Alternative, Demokratische Sozialisten geben?
Dirk: Wenn es jetzt vorgezogene Bundestagswahlen geben sollte, weil die SPD bei der Hessenwahl einen ganz starken Einbruch erleidet, dann denke ich, ist es sowieso notwendig, daß alle oppositionellen Kräfte gegen den herrschenden Block die Grünen unterstützen, weil man nicht in so relativ kurzer Zeit für die gesamte BRD eine Alternative Liste zustande bringen wird. Ob das bis 1984 möglich sein wird, möchte ich auch bezweifeln. Ich denke, die Grünen selbst und alle, die ein Interesse an einer Alternativen Liste haben, sollten prüfen, ob es für die Bundestagswahlen möglich ist, auch so eine offene Liste zu bilden, wie wir das hier in Hessen haben. D.h., daß auch Nicht-Grüne auf dieser Liste kandidieren könnten.
AK: Offener als in Hessen müßte sie zumindest sein. Wie seht ihr unabhängig von Wahlterminen euer Verhältnis zu den Demokratischen Sozialisten und zu den Alternativen?
Dirk: Grundsätzlich sind wir bereit, mit all diesen Gruppen, mit der ganzen Ökologie- und Friedensbewegung zusammenzuarbeiten, gemeinsame Aktionen durchzuführen und Initiativen zu unternehmen. Daher wird unser Verhältnis zu den Alternativen oder zu den Demokratischen Sozialisten nicht in erster Linie durch Konfrontation, sondern durch Kooperation bestimmt sein. Inhaltliche Differenzen müssen aber offen ausgetragen werden. Das wird man daran festmachen müssen, was für ein Bundesprogramm sich die Demokratischen Sozialisten z.B. geben, wenn sie sich im November als Partei gründen.
Frank: Das wird sich auch an der Frage entscheiden, inwieweit sich dort reformistische Ansätze durchsetzen. Denn das ließe sich schwerlich mit unserer Programmatik verbinden.
Dirk: Längerfristig ist es nicht gesagt, daß es für immer und ewig eine Partei DIE GRÜNEN geben muß. Es ist durchaus denkbar, daß sich eine neue Organisation aus den Grünen, den Demokratischen Sozialisten, alternativen Gruppen, Teilen der Gewerkschaftsbewegung, der Friedensbewegung, der Ökologiebewegung bildet, wenn sich z.B. die gesellschaftlichen Auseinandersetzungen noch weiter verschärfen — um die Frage der Stationierung der Mittelstreckenraketen, weil sich die wirtschaftliche Situation verschlechtert usw. Da ist es durchaus denkbar, daß eine neue linke, sozialistische oder fortschrittliche Partei oder Kraft entsteht, in der auch die Grünen aufgehen.
Frank: Es ist zwar denkbar, es besteht aber gegenwärtig keine Notwendigkeit, daß so eine neue Organisationsform, wie von dir eben skizziert, entstehen müßte.
Dirk: Ich denke dabei auch nicht an kurze Etappen, z.B. die nächsten zwei bis drei Jahre, sondern da muß vorher noch einiges passieren.
Frank: Aber gegenwärtig stellt sich für uns die Organisationsfrage nicht.
AK: Aber anscheinend die Demokratiefrage. Die grüne Landtagskandidatin Gertrud Schilling (Platz 2) soll in Libyen gesagt haben, die Grünen wollten die Parlamente abschaffen, was in der bürgerlichen Presse hohe Wogen geschlagen hat. Bei der Startbahn West wurde erstmals versucht, ein ökologisches Wahnsinnsprojekt mit dem Mittel eines Volksbegehrens und Volksentscheids zu verhindern. Seht ihr in solchen plebiszitären Elementen mögliche Formen für eine neue Politik?
Frank: In wieweit diese in der ,,taz'' zitierte Äußerung von Gertrud authentisch ist, dazu können wir jetzt nichts sagen, weil Gertrud sich im Augenblick in Comiso befindet und sich dort an den Aktionen gegen die Stationierung der Mittelstreckenraketen beteiligt. Zur programmatischen Auseinandersetzung, welches Verhältnis wir zu den Parlamenten haben, ist klar, daß das Verhältnis zwischen parlamentarischer Arbeit und außerparlamentarischer Arbeit ein wechselseitiges ist. Wir glauben nicht, daß sich allein durch die Arbeit in den Parlamenten irgend etwas wesentliches in diesem Staat verändern läßt. Es gibt da das bekannte und beliebte Bild der zwei Beine, das Standbein und das Spielbein; dabei ist für mich klar, daß das Standbein die außerparlamentarische Bewegung ist und das Spielbein die parlamentarische Arbeit. Eine parlamentarische grüne oder grün-alternative Vertretung ohne Ankoppelung ans Außerparlamentarische ist tot — mausetot — und kann nichts, gar nichts bewegen. Das heißt für die zukünftige Fraktion, daß wir uns ständig in unserer Arbeit rückkoppeln werden. Zum Verhältnis zwischen plebiszitärer und repräsentativer Demokratie, nicht nur hier in Hessen, in der gegenwärtigen Form nicht das ist, was uns vorschwebt. Wir haben in unserem Programm Vorschläge gemacht, um den Charakter dieser repräsentativen Demokratie so zu verändern, daß eine größere Bürgerbeteiligung möglich ist. Das heißt in der Umsetzung: Änderung der hessischen Gemeindeordnung in wesentlichen Punkten, z.B. Öffentlichkeit aller Sitzungen und aller Magistratssitzungen, Verlagerung der Kompetenzen auf untere Ebenen, das geht auch über den Rahmen der Hessischen Gemeindeordnung hinaus, Volksabstimmung bei wichtigen Fragen, Runtersetzen des Quorums, ab wann Volksabstimmungen beantragt werden können. Duch diese Veränderung glauben wir, daß es möglich ist, dieser repräsentativen Demokratie eine neue Qualität zu geben. So daß der Begriff repräsentativ sich dann letztendlich wandelt zu etwas Neuem.
Dirk: Es ist eine wichtige Erfahrung, daß bei der ganzen Diskussion Volksbegehren/Volksentscheid gegen die Startbahn West ja oder nein, die Grünen die einzige Partei waren, die von Anfang an das Volksbegehren vorbehaltlos unterstützt haben. Nicht nur um die Möglichkeit, wie sie in der Hessischen Verfassung vorgesehen ist, auszunutzen, um vielleicht dieses Großprojekt zu verhindern, sondern um auch diese Form der direkten Demokratie wirklich mal zu erproben. So etwas ist ja vorher noch nie gemacht worden und es hat dazu geführt, daß der Widerstand sich enorm ausgedehnt hat. Zum einen ist das Problem dadurch hessenweit bekannt geworden. Zum anderen haben die Leute nicht nur über Demokratie in Hessen diskutiert, oder daß sie jetzt ihre Stimme gegen die Startbahn abgeben, sondern sie waren großenteils auch bereit, sich darüber hinaus ganz konkret zu engagieren.

AK: Das heißt also, grüne Abgeordnete machen auch zukünftig nicht etwa Volksbegehren in Hessen überflüssig.
— Gelächter —
Dirk: Nein, nein, ganz im Gegenteil!
AK: Ihr lacht, aber ein Teil der Leute in der Startbahn-BI sagt durchaus, das war Scheiße und das wollen wir nicht noch mal.
Frank: Wenn unsere Politik dazu führen sollte, daß die Aktivitäten der Bürgerinitiativen quantitativ und qualitativ abnehmen sollten, dann ist unsere Politik falsch.
Dirk: Es muß, wenn man in Zukunft dieses Mittel des Volksbegehrens anwendet, z.B. gegen die WAA, sehr genau geprüft werden, was es sonst noch für politische Rahmenbedingungen gibt. Es könnte ja z.B. sein, daß diese nach den Landtagswahlen dann anders sind, als sie es damals waren, bei der Startbahn. Es ist auch abhängig davon, was die Bürgerinitiativen oder die Bevölkerung dieser Region wollen, ob sie sich Z.B. zutrauen, sowas zu machen. Es nützt nichts, wenn wir als Grüne oder als Startbahn-BI stellvertretend sagen: Jetzt macht ihr noch mal so ein Volksbegehren, und die wollen das gar nicht oder die trauen sich das nicht zu. Das heißt, man kann nicht unbesehen versuchen, das ständig wieder anzuwenden, sondern man muß genau die Bedingungen klären.

Ich wollte aber noch etwas zu dem Problem Wahlen, Grüne, Bürgerinitiativen sagen. Ich finde schon, daß sich da gerade in der Startbahn-BI ein Problem ergibt.

Vor dem Baustop-Urteil für die Untertunnelung der Okrifteler Straße gab es z.T. eine resignative Haltung bei den Leuten, nach dem Motto, wir gehen zwar sonntags noch raus an die Mauer und machen da Aktionen, aber der große Tag der Abrechnung kommt am 26. September, wo wir alle das Kreuz an der richtigen Stelle machen. Dann ziehen die in Wiesbaden lange Gesichter, denn jetzt ham sie's mal gezeigt bekommen. Das ist ein bißchen zu wenig, wenn die Aktivitäten eines Großteils der Bürger sich nur noch darin erschöpfen; es kann sehr leicht dazu führen, daß dann die grünen Landtagsabgeordneten nur noch eine Art Stellvertreterpolitik für die BI im hessischen Landtag machen. Es muß ein gemeinsames Interesse sowohl der Bürgerinitiativen als auch der Grünen sein, neue Perspektiven zu entwickeln im Widerstand gegen die Startbahn West. Da müssen Möglichkeiten gefunden werden, daß die Leute selbst wieder aktiv werden. Ich denke, daß wir als Bürgerinitiative wieder etwas im Aufwind sind mit bestimmten kleineren Aktionen, die wir jetzt gemacht haben, z.B. mit der Ankettungsaktion im Flughafen-Terminal oder mit der Blockade-Aktion, die heute stattgefunden hat. Diese Blockade-Aktion war eine Sache, die überwiegend von älteren Bürgern, von Hausfrauen, Arbeitern, Angestellten und Handwerkern gemacht worden ist.

Das sind Möglichkeiten, die man steigern kann, wo mehr Leute sich aktiv betätigen können, die ganz wichtig sind, um gerade jetzt im Landtagswahlkampf den politischen Druck aufrecht zu erhalten, der benötigt wird, um die Startbahn West zu kippen.
kampf den politischen Druck aufrecht zu erhalten, der benötigt wird, um die Startbahn West zu kippen.
AK: Das heißt, was jetzt an Aktionen stattfindet, ist keineswegs ein letztes Aufbäumen, das auch dem grünen Wahlkampf nicht schlecht zupaß kommt, sondern ordnet sich ein in eine längerfristige Strategie der BI, um das Projekt auf alle Fälle doch noch zu Fall zu bringen.
Dirk: Ganz genau. Da muß man meiner Ansicht nach ganz säuberlich trennen. Das eine ist die Arbeit, die die Grünen machen, Aufklärungsarbeit, wo der Aspekt der Startbahn West ein Teil unseres ökologischen Widerstandes ist. Wo wir sagen, wir sind gegen die Startbahn und hessenweit darüber aufklären, was da alles für Sauereien gelaufen sind und warum wir dagegen sind. Das andere ist aber, daß wir als Mitglieder der Bürgerinitiativen auch weiterhin an der Basis den Kampf dagegen führen, und da wären die bisherigen Aktionen nur der Anfang. Zu diesen Aktionen gehört z.B. auch die Umwelt-Stafette, die von Ende August bis Mitte September durchgeführt wird, und die alle ökologischen Brennpunkte in Hessen anfährt.

Das Motto dieser Sache ,,Wählt keine Startbahn- und Atomparteien — für Umwelt und Leben'' soll ja darüber aufklären, daß die drei Parteien, die jetzt im hessischen Landtag sind, in Bezug auf diese Projekte eine verfehlte Politik machen. Das soll aber nicht plump auf Wahlpropaganda für die Grünen hinauslaufen. Das kann ein Ergebnis des Denkprozesses sein, den man bei den Leuten auslöst, aber mich würde noch viel mehr freuen, wenn nicht nur viele Leute anfangen, kritisch zu denken oder anders zu wählen, sondern wenn sie selbst aktiv werden und versuchen, für ihre Interessen einzutreten.

AK: Wir danken Euch für dies Gespräch

Atombombenbau jetzt im eigenen Keller möglich — BRD mischt kräftig mit

Der technologische Durchbruch ist geschafft: Benutzte man bislang kilometerlange Anreicherungsanlagen, um Uran und Plutonium für Atomwaffen aufzubereiten, kann dies demnächst in einem normalen Keller produziert werden. Die Entwicklung spezieller Hochleistungslaser hat dies möglich gemacht. Führend bei dieser Technologie sind neben den USA wieder einmal die BRD, die sich dabei sogar eine Spitzenposition erobern konnte. Wieder tauchen dabei die Firmennamen wie Kraftwerksunion, Uranit, Messerschmidt-Bölkow-Blohm und das Frankfurter Battelle-Institut auf. Bekannt, aber kaum öffentlich zur Kenntnis genommen, wurde, daß die BRD auch hier schon wieder einmal engste Kontakte nach Südafrika pflegt.

In den USA ist es bereits in Vorbereitung, mit diesem Verfahren endgültig dem Problem des Atommülls zu Leibe zu rücken: Bis 1990 sollen, hauptsächlich aus Atommüll, 14.000 neue Atombomben produziert werden. Bei der Inbetriebnahme dieser Anlagen in den USA ist die BRD über die DWK (zuständig für die Aufbereitung von Atommüll) gleich selbst mit von der Partie. Damit kann sich die BRD ein weiteres Stück „Selbstbestimmung" erobern: Sie darf an den Atombomben für den Einsatz auf dem Schlachtfeld Europa mitproduzieren.

Zur Herstellung von Atombomben werden Uranatome mit der Massenzahl 235 und Plutoniumatome mit der Massenzahl 239 gebraucht. Das U-235 taucht im Natururan nur zu 0,7 % auf. Für den Betrieb von AKWs muß es auf 3 %, für eine Atombombe auf 90 % aufkonzentriert werden.

Plutonium (Pu) 239 ist erst in einer Konzentration von über 94 % optimal waffentauglich. Das hängt damit zusammen, daß andere Plutoniumisotope entweder bereits nach ca. 12 Jahren zerfallen (pu-241), oder aber erst in größeren Mengen eine kritische (d.h. zur schnellen Kettenreaktion und damit zur Atomexplosion fähige) Masse bilden. Atomsprengköpfe sollen möglichst wenig Ballast tragen; man ist deshalb an einer möglichst kleinen kritischen Masse (in der Regel unter 5 kg) interessiert.

In optimaler Konzentration wurde Pu-239 bislang nur in militärischen Reaktoren produziert. Das in Leichtwasserreaktoren, den derzeitig gebräuchlichen AKW's, erzeugte Plutonium besitzt einen nur mäßig waffentauglichen Pu-239-Anteil von 55 %. **Für die Waffentechnik hochinteressant ist hingegen das Pu aus dem Brutmantel von Schnellen Brütern: dieses hat bei 96 % Pu 239 eine kritische Masse von 4,5 kg!** (1)

Im Zuge der atomaren Aufrüstung wurde in den letzten Jahren fieberhaft daran gearbeitet, über Laserbestrahlung schneller und billiger an Uran-235 und an Pu-239 zu gelangen. Mit Erfolg! An führender Stelle bei der Entwicklung dieser Methode, auf die sich sicher alle die stürzen werden, die schnell und billig Atombomben bauen wollen, steht ... die BRD!

Das Prinzip der Laseranreicherung

Will man Uran 235 anreichern, d.h. den Anteil gegenüber anderen Uranisotopen erhöhen, wird das Uran erst einmal in eine gasförmige Verbindung mit dem gasförmigen Element Fluor überführt (UF_6 = Uranhexafluorid). Das Uran-Atom und die Fluoratome bewegen sich gegeneinander, d.h. sie schwingen, wie bei Kugeln, die mit Federn miteinander verbunden sind. Jede Verbindung und jedes andere Isotop (d.h. z.B. Uran 235 oder Uran 238) schwingt mit einer anderen Energie. Gelingt es nun eine Energiequelle zu bauen, die genau die Infrarotstrahlung abgibt, mit der die Uran-235-Hexaluorid-Verbindung abstrahlt, kann man damit genau diese Verbindung anregen bzw. abtrennen. Eine solche Energiequelle nennt man Laser. In den letzten Jahren ist das Problem gelöst worden, Infrarotlaser für beliebige Energiebereiche zu bauen. In der BRD besitzen die AEG/Telefunken zusammen mit dem Frauenhofer Institut solche Laser.

Brauchte man bei den bisher üblichen Anreicherungsverfahren Tausende von Anreicherungsschritten hintereinander, so schafft das neue Verfahren bereits in einer Stufe, das Uran 235 von 0,7 % (wie es in der Natur vorkommt) auf 22 % anzureichern.

Und das ist auch der Grund, weshalb ein US-Wissenschaftler erklärte: „Diese Technologie erlaubt es, daß man sich Bomben im eigenen Keller baut" (in „Science" 191 (1976) 1162).

BRD-Spitzenposition bei der Laserforschung

Zur Urananreicherung gehört eine sehr teure, aufwendige und komplexe Technologie, die bisher nur in großen Anlagen realisierbar war und nur von wenigen Staaten beherrscht wurde. Welche Bedeutung der Anreicherung beigemessen wird, mag folgendes Beispiel verdeutlichen: Bei der Degussa war Mitte der 60iger Jahre das sogenannte Zentrifugenverfahren entwickelt worden, das effektiver arbeitete als das bisher verwendete Gasdiffusions-Verfahren. Die „*Amerikaner befürchteten, daß man damit schneller als mit dem amerikanischen Verfahren in wenigen Stufen zu hochangereichertem Uran komme. Sie waren besorgt, daß so die Atombombe unerwünschten Außenseitern zugänglich würde. Deshalb verlangten sie eindringlich, daß dieses Zentifugenverfahren für geheim erklärt wurde. Als die amerikanische Forderung durchsickerte, gab es natürlich Aufregung an der Börse. Die Degussa Aktien stiegen daraufhin — ohne Hinzutun des Unternehmens — von ihrem damaligen Kurs, der etwa bei 750 bis 800 lag, auf 1500*". (2)

Die Laseranreicherung (siehe Kasten) bietet nun die Möglichkeit, in kurzer Zeit auf kleinem Raum und erheblich billiger als bisher reines Atomwaffenmaterial herzustellen. (3)
Die Erfindung und Erforschung von geeigneten Lasern erfolgte auf Anregung eines israelischen Forschungszentrums zunächst in den USA. Die ersten Patente zur Urananreicherung wurden 1972 in den USA angemeldet und sogleich unter Geheimhaltung genommen, was für das amerikanische Kapital bedeutete, daß es nicht weltweit den Profit aus diesem Verfahren einstreichen konnte.
„*Die Rücksichtnahme der Amerikaner auf die Proliferationsgefahr*" (4) durch die neue Lasertechnik wurde durch westdeutsche Firmen bestraft: Am 7.10.1974 meldete die Kraftwerksunion in Erlangen (KWU) ein Verfahren zur Isotopentrennung an, das am 8.4.1976 vom Deutschen Patentamt offengelegt wurde (Nr. 2447762), und am 11.12.1974 war die Uranit-Uran-Isotopentrennungs-Gesellschaft mbH in Jülich so weit (Offenlegungsschrift Nr. 2458563 vom 16.6.1976). Die Erfinder des Uranit-Patents arbeiteten beim Battelle-Institut e.V. in Frankfurt.

„*Die Deutschen hatten damit eine starke internationale Position auf diesem Gebiet*". (5) Die Profiteinbußen, „*die die USA durch den Verlust der Überseerechte erlitten haben, sind im Augenblick überhaupt noch nicht meßbar*", jammerte dann auch ein US-Atom-Wissenschaftler. (6) Der Uranit gelang es sogar, ihr Verfahren 1975 in den USA patentieren zu lassen, während die entsprechenden amerikanischen Verfahren noch der Geheimhaltung unterlagen.

Auch in den folgenden Jahren blieben bundesdeutsche Firmen gut im Rennen um die Rechte für die Laseranreicherung. Insgesamt wurden von 1974 bis 1981 zahlreiche Patente von 3 westdeutschen Firmen angemeldet (25 von der Kraftwerks-Union, 4 von Uranit und eins von Messerschmitt-Bölkow-Blohm. (7) Ihnen kam dabei zugute, daß die USA die Geheimhaltung der Verfahren erst 1978 aufgaben und die US-Firmen erst nun ihre eigenen Entwicklungen patentieren lassen konnten. Nur 8 US-Patente zur Laseranreicherung wurden bis heute in den USA angemeldet und 5 in der BRD. Insbesondere die Kraftwerks-Union als der einzige westdeutsche Kernkraftswerkhersteller hatte sich rechtzeitig wesentliche Rechte sichern können. Sowohl im Batelle-Uranit-Patent als auch im KWU-Patent wurde ausdrücklich darauf hingewiesen, daß sich das entwickelte Laser-Verfahren „*u n t e r a n d e r e m*" auf die Urananreicherung beziehe, jedoch „*der Anwendungsbereich dieses Verfahrens dadurch in keiner Weise beschränkt ist.*" (5) In der Tat!

Die Lasermethode zur Urananreicherung ist prinzipiell geeignet für alle Isotopentrennungen, was nicht nur für den Bau von Neutronenbomben von großer Bedeutung sein könnte (8): Wie in den USA bereits angegangen, eröffnet sie insbesondere die Möglichkeit, aus dem zivilen Reaktormüll die zu Bombenzwecken wertvollen Pu-239-Isotopen von den anderen Pu-Bestandteilen abzutrennen, d.h. die Trennung von militärischen und zivilen Atomanlagen gänzlich aufzuheben.

In der benannten IFEU-Studie wird nachgewiesen, daß die Plutoniumanreicherung nur für den Bombenbau notwendig ist. Ein Eingeständnis dieser Forschung wäre praktisch gleichbedeutend mit dem Eingeständnis, die BRD bereite die Möglichkeit vor, selbst Atombomben zu bauen. Hier dürfte der entscheidende Grund dafür liegen, „daß der damalige Bundesforschungsminister Hauff vor einer Bundestagskommission am 10.1.1981 ausführte, daß in seinem Haus nur ein einziger Bereich der Grundlagenforschung der Geheimhaltung unterliege, das sei der Bereich der Urananreicherung, dort wiederum nur ein bestimmter Spezialteil". (9)

Eine weitere Enthüllung des IFEU-Instituts ist in diesem Zusammenhang hochinteressant: Es wird (mit geänderten Initialen) berichtet von einer Zusammenarbeit eines an der „Universität A." bestallten Professors mit dem südafrikanischen „Southern Universities Nuclear Institute" einerseits und der Uranit GmbH Jülich und KWU (also den beiden Firmen mit BRD-Patenten für Laser-Urananreicherung) andererseits.

Gegenstand dieser von „einer deutschen Forschungseinrichtung und einem südafrikanischem Gremium" finanziell unterstützten kooperativen Forschung sind die „Röntgenlaser", deren erfolgreiche Anwendung auf dem Atomwaffentestgelände Nevada, USA, bereits 1981 von einer US-Fachzeitschrift enthüllt wurde (IFEU, S. 34f).

USA: Atomwaffen aus Atommüll

„*... der beste Weg, den ich sehe, sehen kann, das Plutonium* (für unser Waffenprogramm, Anm.) *zu bekommen, ist der, Ihr Müllproblem zu lösen*" — so der US-Energieminister Edwards in einer Rede vor Energieforschungsexperten am 3.9.81. Tatsächlich lagern in US-amerikanischen Abkling- und Zwischenlagerbecken abgebrannte Brennelemente, von deren Plutonium 10.000 Sprengköpfe hergestellt werden können. (10)

Anläßlich einer Anhörung vor dem US-Kongreß zum Thema „*Vorschläge, aus abgebranntem kommerziellen Kernbrennstoff Plutonium für US-Kernwaffen zu gewinnen*", wurde von einem Militärspezialisten des US-Energieministeriums erläutert, daß das geheime Forschungs- und Entwicklungsprogramm zur Laser-Isotopen-Seperation des Plutonium (Pu-LIS) dazu dienen soll, eine „*starke Sicherheits- und Verteidigungsposition*" herbeizuführen, u.a. durch „*Reinigung von Pu aus dem Brennstoff kommerzieller Reaktoren mit dem Ziel. es für die Waffenherstellung zu verwenden.*" (IFEU, S. 120). Um auf diesem Weg den Rohstoff für die bis 1990 zusätzlich geplanten 14.000 Atomsprengköpfe zu gewinnen, soll bis 1987 eine „*Vielzweck-Pu-LIS-Produktionsanlage*" in Betrieb gehen, zu deren Finanzierung in Zukunft jährlich 50 - 60 Mio Dollar einkalkuliert sind. „*Von dieser Anlage wird erwartet, daß sie das Plutonium aus zivilen Reaktoren mit 50 - 60 % Pu-239 auf ca. 94 % Pu-239 anreichern kann. Dabei würde aus 100 kg Reaktorplutonium ca. 65 kg Waffen-Plutonium entstehen.*" (IFEU, S. 55)

Konkret folgt aus dieser Planung, daß alle Atomkraftwerke in den USA in Bombenfabriken verwandelt werden sollen. Dies bringt selbst Teile der US-Atomindustrie auf die Palme, die um ihren „guten Ruf" fürchten und gegen die Pläne der Reagan-Administration einwenden: „*Dieses wäre eine Katastrophe für die Öffentlichkeitsarbeit. Wir verbrachten Jahre damit, der Öffentlichkeit zu versichern, daß Kernkraft vom Atomwaffenprogramm getrennt ist.*" (IFEU, S. 67) Offensichtlich sind die militärischen Ziele der US-Regierung jedoch wichtig genug, um die totale Demontage des 1953 eingeleiteten Propagandarummels „Atom for Peace" in Kauf zu nehmen. Weniger unerfreulich für die Atomindustrie wäre allerdings die durch die Militarisierung des zivilen Atomprogramms geschaffene Möglichkeit, jede öffentliche Einflußnahme und Kontrolle auf die Genehmigung von Reaktoren, Atommüll-Transporten, -lagern etc. zu umgehen, da dies dann dem Bereich der „nationalen Sicherheit" und somit der Geheimhaltung unterläge.

In einer interessanten Rechnung haben die IFEU-Wissenschaftler den Versuch gemacht, die Folgen der Atommüllnutzung zu Bombenzwecken für die BRD zu veranschaulichen: Demnach wären zur Produktion einer Nagasaki-Bombe aus dem Leichtwasserreaktorplutonium pro Jahr ca. 400.000 stromverbrauchende Einwohner nötig (z.B. Bochum, Bielefeld, Mannheim, Nürnberg).

Das bedeutet, „*daß die Stromverbraucher jeder größeren Stadt pro Jahr eine Atombombe der Nagasaki-Stärke produzieren würden, allemal genug, um diese Stadt jährlich einmal dem Boden gleichzumachen.*" (IFEU, S. 66)

Besondere Beachtung verdient das Interesse der Bundesregierung an der Anwendung der Plutonium-Isotopentrennung, ist doch diese Technologie (im Unterschied zur Urananreicherung) besonders unter militärischen Gesichtspunkten zu gebrauchen! (IFEU, S. 36f) Bisher sind neben der erwähnten Kooperation mit Südafrika zwei weitere Initiativen in diese Richtung bekannt geworden, die angesichts der Geheimhaltungsklausel (s.o.) vermutlich nicht mehr darstellen als die Spitze des berühmten Eisbergs:

Das Interesse der Bundesregierung an der WAA Barnwell (USA)

Zum einen handelt es sich dabei um die Versuche der DWK, einen „*größtmöglichen Anteil an der Betriebskapazität*" (atw 7/81) der seit 1977 eingemotteten WAA Barnwell (South Carolina) zu übernehmen.

Die Bundesregierung hat inzwischen dieses Engagement ausdrücklich „*begrüßt, weil ein Know-How-Austausch und internationale Kooperation auch von sicherheitstechnischem Interesse*" sei.

Es spricht einiges dafür, daß sich das Interesse der Bundesregierung weniger auf Fragen der Betriebssicherheit (11) sondern in erster Linie auf die militärischen Aspekte der Barnwell-WAA konzentriert. Denn gerade die Barnwell-WAA ist ein Musterbeispiel dafür, daß die militärischen Interessen der Reagan-Regierung im Begriff sind, die kommerziellen Interessen vollends zu überlagern. Aus Gründen der Unwirtschaftlichkeit bei kommerzieller Nutzung wollen weder die US-Regierung und noch viel weniger die AKW-Betreiber auch nur einen Pfifferling in diese WAA stecken. Anders sieht es unter dem Aspekt der „Waffenschmiede" Barnwell aus. So ist mittlerweile zur Aufstockung militärischer Pu-Vorräte seitens der Reagan-Administration geplant, „*das bei der Wiederaufarbeitung gewonnene Plutonium einfach aufzukaufen, zu Preisen, die ein Engagement der Wirtschaft lohnend machen würde.*" (12) Nach Berechnungen des US-Physikers Cochran, müßten 85 % des dort abgetrennten Pu's für Atombombenzwecke aufgekauft werden, falls die Anlage je rentabel arbeiten soll. Ein DWK-Engagement in Barnwell eröffnet somit die reizende Aussicht, bei einem Atomkrieg in Europa vernichtet zu werden durch nukleare Sprengsätze, hergestellt aus Plutonium Made in Germany! Das entscheidende „sicherheitstechnische" Interesse der BRD an Barnwell könnte jedoch darauf beruhen, daß innerhalb dieser WAA Ende September 82 ein großangelegter Versuch mit der neuen Lasermethode durchgeführt werden soll. „*Als Gastteilnehmer für den ohne Spaltmaterial durchzuführenden ‚cold test' (kalter Versuch), der die Funktion von IAEA-Sicherungen im Falle der Herstellung von Waffenplutonium demonstrieren soll, sind — gegen entsprechende Bezahlung — Japan, die BRD, Frankreich und England vorgesehen.*" (taz, 23.7.82, IAEA = Internationale Atomenergiebehörde)

Auch hier werden „Sicherheitsinteressen" vorgeschoben, um einzig und allein die perfekte Umrüstung einer „zivilen" WAA für den Atomkrieg praxisnah erproben zu können!

Was will die Bundesregierung mit den neuen US-Atomwaffentechnologien?

Während bisher BRD-Patente für die Urananreicherung vorlagen, wurde seitens der Reagan-Administration im Juli dieses Jahres ebenfalls der Export der Pu-LIS-Technologie in die BRD und nach Frankreich bestätigt. Es handelt sich hierbei um ein Patent, das von der Firma „Laser Analytics Inc." (BRD-Zweigstelle: 61 Darmstadt, Alsfelderstr. 12) entwickelt wurde.

Ganz im Unterschied zu den USA, wo dieses „Exportgeschäft" breit publiziert und kritisiert wurde, ist dieser Vorgang in den Massenmedien der BRD nahezu unerwähnt geblieben.

Lediglich die „FAZ" verdeutlichte in einem empörten Kommentar, jedoch gegen den „*amerikanischen Enthüllungsjournalismus*", daß sie derartige Vorgänge am liebsten ganz unter den Teppich geschoben sähe. — Die „kluge" Argumentation dieses Kommentars gegen die „*Unterstellung*", die BRD könne nun besser Bomben herstellen, spricht allerdings für sich:

Zum einen sei doch klar, „*daß es diese (Laser-) Geräte ohnehin in Deutschland gibt und daß solche Geräte auch neuerdings von deutschen Firmen hergestellt werden*", zum anderen sei es ohnehin „*unmöglich, zivile und militärische Kernkraftnutzung sorgfältig zu trennen*" und schließlich, so die augenzwinkernde Schlußbemerkung, sei bei solchen Fragen zwischen den USA und der BRD ohnehin die ganz spezielle „*Vertrauenswürdigkeit maßgebend*".

Leider sind Ereignisse dieser Art, die eigentlich jedem Menschen kraß das Interesse auch dieser Bundesregierung an der Entwicklung von Atombombentechnologien vor Augen führen könnten, auch in der fortschrittlichen Presse, kaum verbreitet, ganz zu schweigen von der Friedensbewegung, die dieses Thema bisher weitgehend ignoriert. Gerade in einem Land, dessen Atombombenforschung im Faschismus und in der Hoffnung auf den „totalen Sieg" wurzelt, sollten alle Indizien für eine gezielte Atomwaffenforschung besonders aufmerksam verfolgt und einer breiten Öffentlichkeit bekannt gemacht werden.

Zwei Genossen aus Heidelberg und Lüneburg

Anmerkungen

1) H.Grupp, A.Schmalenströr: Atommüllbomben IFEU-Bericht 19, Seite 29; Dr. Hariolf Grupp, Physiker, ist einer der Gründer des Instituts für Energie- und Umweltforschung Heidelberg e.V. Er ist zur Zeit Bundestagsassistent der Energieenquetekommission, die herausfinden soll, ob der Brüter gefährlicher ist als Leichtwasserreaktoren. Mensch kann annehmen, daß er über gute Insiderkenntnisse verfügt.
2 . Winnacker, Wirtz: Das unverstandene Wunder Kernenergie, Seite 221
3 . Die Standard-Technologie zur Urananreicherung war bisher der Gas-Diffusion-Prozeß, der nur in Riesenanlagen mit Investitionskosten von 3 bis 4 Milliarden Dollar realisiert ist. Weiterhin ist eine Riesenmenge an Energie — in der Regel 2 bis 3 große AKWs — für diesen Prozeß notwendig. Andere Anreicherungsverfahren etwa das Zentrifugenverfahren — sind von den Investitionskosten ähnlich ernorm, verbrauchen aber wesentlich weniger Energie. Allen gemeinsam ist, daß der Prozeß einige tausend Mal wiederholt werden muß, um die gewünschte Anreicherung zu erreichen, was in der Regel durch eine Hintereinanderschaltung der Einzelprozesse erreicht wird. Das bedeutet große, kaum vor neugierigen Augen zu versteckende Fabriken und enorme Investitionskosten.
4 . Proliferation (lateinisch: Sprossung, Wucherung, Nachkommenerzeugung): mensch versteht darunter die Weitergabe und Verbreitung von Atomwaffenmaterial bzw. auch von Produktionsanlagen für solches Material.
5 . H.Grupp, A.Schmalenströr a.a.O. Seite 32
6 . R.K.Lester Bull. of the Atomic Scientists 37, (1981) 35
7 . Zusammenstellung nach Chemical Abstracts für die Jahre 1974 bis 1981
8 . Als Zünder für die Neutronenbombe werden u.a. spezielle Isotope des Californiums und des Curiums diskutiert, die eine besonders kleine kritische Masse haben. Auch hochreines Plutonium-239 ist im Gespräch. Die Abtrennung dieser besonders geeigneten Isotopen stellt gegenwärtig zumindest noch eine erhebliche ökonomische Schwelle dar. Auch hier eröffnet die Laseranreicherungsmethode neue Möglichkeiten. Ein Artikel zur Neutronenbombentechnologie ist für den AK in Vorbereitung.
9 . H.Grupp, A.Schmalenströr, a.a.O., S. 40
1 0 Atommüllzeitung Nr. 19, S. 17
1 1 Als Demonstrationsobjekt für „Betriebssicherheit" wäre die Barnwell-Anlage denkbar ungeeignet: „Die heißen Zonen und die Ausrüstung im Sicherheitsbereich sind nicht für fernbediente Wartung vorgesehen... wichtige Vorsorge für Rettungsmaßnahmen bei Strahlenverseuchungsfällen innerhalb der Zellen sind nicht getroffen worden... Die Konstrukteure sind davon ausgegangen, daß die Anlage wartungsfrei sein werde und so wurden Fragen der Reparierbarkeit vernachlässigt...", so eine US-Studie, zit. nach H.Grupp, ...S. 100
1 2 taz, 8.4.82

Interview mit Dany Diner und Micha Brumlik:

Libanon

Der reale und der imaginäre Krieg



Darum geht es in dem folgenden Gespräch mit Dany Diner und Micha Brumlik, die beide in der „links"-Redaktion mitarbeiten. Der reale Krieg: der israelische Vernichtungszug gegen die PLO, der imaginäre Krieg: der Krieg der „Geister und Gespenster", in dem Auschwitz mit West-Beirut gleichgesetzt wird. Aus zugespitzter antifaschistischer Sensibilität oder zur Entlastung der Verbrecher von gestern? Zumindest aus Nichtbefassung oder Unkenntnis eines Geschichtsabschnitts (ohne Auschwitz kein Zionismus, ohne Zionismus keine Vertreibung der Palästinenser), der eigentlich gerade der westdeutschen Linken von Begriff sein sollte.

Sich damit auseinanderzusetzen, ist keine Ablenkung der prioritär zu übenden Solidarität mit dem palästinensischen Volk, sondern gehört unmittelbar dazu. Die westdeutsche Linke lebt eben in Westdeutschland und nicht in Australien.

Weitere Themen des Interviews betreffen die Frage „Mini-Staat" oder „bi-nationaler Staat" bzw. die heutige Situation in Israel, wo die einzigen Demonstrationen des Nahen Ostens gegen den Krieg im Libanon stattgefunden haben. Ferner die Frage, ob ein „Linkszionismus" überhaupt denkbar ist.

E., KB/Gruppe Frankfurt

AK: Beide arbeitet ihr in einer Gruppe in Frankfurt mit, die sich Gruppe linker Juden nennt. Daraus entnehme ich erstmal, daß ihr der Meinung seid, daß auch heute noch eine „jüdische Frage" existiert. Ist das richtig? Könnt ihr auch vielleicht etwas zu dieser Gruppe sagen?

Micha Brumlik: Ich weiß nicht, ob es objektiv noch eine jüdische Frage gibt. Es gibt aber mit Sicherheit und ganz bestimmt hier in der BRD viele Juden, die ihr Jude-Sein zumal hier in Deutschland immer noch als problematisch erleben. Und die zudem nicht mit der Art und Weise einverstanden sind, in der das Jüdisch-Sein in der hiesigen Gemeinde organisiert wird. Die von dir benannte Gruppe ist weniger eine feste Gruppe als vielmehr ein loser Diskussionszirkel, der seit ungefähr zwei Jahren Fragen der jüdischen Identität, des Lebens im nach-nationalsozialistischen Deutschland und Fragen der Beziehungen von Juden zum Staate Israel diskutiert.

Dany Diner: Es ist sicher so, daß jeder, der an dieser Gruppe teilhat, seine Teilnahme anders definiert. So verschieden die Individuen, so unterschiedlich sind damit auch die Probleme. Doch erst ein Wort zur Namensgebung: Wir haben uns nicht „linke Juden" genannt, sondern die Bezeichnung „jüdische Gruppe" hat sich durchgesetzt. Ich selbst halte es für besser, weil wir – ohnehin Linkke – mehr damit zum Ausdruck bringen wollen, als daß wir „Sonder"-Juden sind. Wir haben, wenn man so will, implizit einen Anspruch geäußert, daß wir uns noch mehr Juden so wünschen bzw. – idealiter – alle Juden so wünschen würden. Das Entscheidende, was jedenfalls meine Person angeht, ist das gewesen: Der Mensch besteht identitätsmäßig aus verschiedensten Anteilen. Das ist ja auch durch die Frauenbewegung deutlich geworden. Jeder Mensch besteht aus verschiedenen Anteilen. Es gibt Anteile, die in der politischen Arbeit in den unterschiedlichen linken Organisationen, an denen die verschiedenen Individuen teilhaben, nicht aufgehen. Und diesen Anteil, den nicht-aufgehenden Anteil, den haben wir sozusagen in diesem Diskussionszusammenhang aufgehoben.

AK: Könnt ihr die stattgefundenen Aktivitäten dieser Gruppe darstellen?

Micha Brumlik: Wir haben zwei bis drei Aktionen gestartet. Eine Aktion war eine Flugblattaktion anläßlich der Neueröffnung der Alten Oper in Frankfurt. Wir haben auf Flugblättern darauf hingewiesen, daß es nicht umstandslos möglich ist, die deutsche bürgerliche Kultur zu feiern, ohne nicht auch der Opfer zu gedenken, die das Kapitulieren der deutschen bürgerlichen Innerlichkeit vor dem Nationalsozialismus gefordert hat. Wir haben in diesem Zusammenhang auf das Schicksal jüdischer Musiker der Alten Oper vor dem Kriege und dem Nationalsozialismus hingewiesen. Eine weitere Aktion war eine Veranstaltung anläßlich des 9. November, als des Judenpogroms von 1938, das euphemistisch unter dem Namen „Kristallnacht" bekannt geworden ist. In dieser Veranstaltung haben wir vor einem größeren Publikum ein Thema bereits angeschnitten und behandelt, das anläßlich der letzten Diskussionen um Vergangenheit und Solidarität, also in der ganzen Libanon-Debatte, erst so richtig an die Öffentlichkeit gelangt ist: nämlich inwieweit sich nicht auch unter Teilen der deutschen Linken bewußt oder unbewußt antisemitische Argumentationsmuster finden. Argumentationsmuster, die vor allem darauf zielen, die Kinder ehemaliger Täter gewissensmäßig zu entlasten.

AK: Was meinst du mit diesen unbewußten Argumentationsmustern?

Micha Brumlik: Das beste Beispiel, das mit dazu einfällt, ist das bekannte Plakat, auf dem Begin gleich groß neben Adolf Hitler abgebildet ist. Ein anderes Beispiel sind einfach Sprüche wie: „Ihr seid ja auch nicht besser" oder „Endlösung der Palästinenserfrage" usw.

AK: Im Zusammenhang mit der Solidaritätsbewegung kommen wir nachher nochmal darauf zurück. Zunächst aber etwas anderes: In der Presse ist heute viel von einem „Bruch des nationalen Konsenses" innerhalb Israels die Rede. Tatsächlich ist eine Demo von 100.000 Menschen in Israel weitaus mehr, proportional zur Bevölkerung gesehen, als eine 500.000-Demo in Bonn. Zumal w ä h r e n d des Krieges. Auch in den jüdischen Gemeinden außerhalb Israels wird derzeit viel Kritik an der Begin/Sharon-Regierung geübt. Der Fall Elie Gewa, der Oberst, der eine Erstürmung West-Beiruts ablehnte, wurde überall bekannt. Der gleiche Elie Gewa sprach sich aber auch für eine militärische Konfrontation mit der PLO aus – allerdings im Bekaa-Tal statt in Beirut. Eine häufige Parole auf den israelischen Demonstrationen war: „Wir wollen nicht d i e s e n Krieg" – das beinhaltet keineswegs eine Ablehnung des Krieges gegen die Palästinenser schlechthin. Nun also die Frage: Wie schätzt ihr die inner-israelische Situation heute ein? Ist ein solches Wort wie „Bruch ..." angemessen oder vielleicht übertrieben?

Dany Diner: Es ist keine Frage, daß die Mehrheit derjenigen, die gegen die Kriegspolitik der gegenwärtigen Regierung oder gegen diesen Kriegsstil demonstriert haben, zweifellos bereit ist, ihr staatliches Gemeinwesen weiterhin zu verteidigen gegen jeden Angriff, der von außen kommt. In dieser Hinsicht kann man zweifellos nicht von einem prinzipiellen Bruch sprechen, der eine den Konflikt transzendierende Perspektive anbieten würde. Daran Hoffnungen zu knüpfen, wäre verfehlt, auf alle Fälle verfrüht. Andererseits muß man verstehen und begreifen, daß in der israelischen Gesellschaft – wo die Loyalitäten sehr, sehr eng geknüpft sind, wo die Bereitschaft existiert, allein durch die bloße Anwesenheit oder durch das Leben an diesem Ort an der Aufrechterhaltung dieses Gemeinwesens teilzuhaben – ein solcher Protest, wenn auch nicht bewußt, so zumindest einen Bruch andeutet. Es ist ein Bruch, der psychisch viele dieser Demonstranten sehr tief getroffen hat. Sie haben Bilder gesehen, die sie mit ihren moralischen Ansprüchen nicht vetreten können. Das ist zwar noch kein politisches Konzept, aber immerhin ein Einschnitt, der meines Erachtens so tief geht, daß man darauf bauen kann. Ein Einschnitt, der im Laufe der weiteren Diskussion, der weiteren Auseinandersetzungen innerhalb der israelischen Gesellschaft, der palästinensischen Gesellschaft und innerhalb der palästinensischen Organisationen so etwas vorbereiten könnte wie ein Begreifen, ein gegenseitiges Verstehen, wodurch diese Konflikte entstanden sind, und wie sie letztendlich im Sinne beider Völker aufzuheben sind.

Ich würde sagen: Das, was passiert ist, ist – gemessen an unseren Ansprüchen von Veränderungen – äußerst gering, aber gemessen am Maßstab der israelischen Gesellschaft und ihrer Möglichkeiten dennoch ein ganz, ganz enormer Schritt. Wenn dieser Offizier, dieser Oberst Gewa andere Kriegsziele als legitim ansieht, würde ich sagen: das ist selbstverständlich, sonst wäre er kein Offizier und wäre nicht so weit gekommen. Das heißt, er befürwortet Krieg als Mittel der Politik, wir können an ihn keine pazifistischen Maßstäbe anlegen. Aber daß er darüber raisonniert und meint, etwas sei legitim und etwas anderes sei illegitim, daß er dazu steht, seine militärische Karriere opfert und weiter — unter psychischem Druck von, was weiß ich, von Verwandten, Freunden — dazu steht und nicht mehr bereit ist, mitzukämpfen i n einem Krieg (er sagt das ja nicht n a c h einem Krieg): das ist meines Erachtens ein Fanal für Veränderungsmöglichkeiten. Keine Garantie, aber ein Fanal, das m.E. eine ganz tiefe Bresche in die israelische Psyche geschlagen hat.

Michael Brumlik: Ich möchte dafür vielleicht noch ein Beispiel eben. Ich habe neulich mit einer jungen Frau aus einem Mapam-Kibbuz gesprochen. Sie versicherte mir, daß sie den Krieg unmoralisch und falsch findet. Sie erzählte mir, daß sie, als ihr Mann zu den Waffen gerufen wurde, mit Tränen in den Augen zu ihm gesagt hat: „Geh doch nicht!" Und dann hat sie mir erzählt: „Warum konnte ich meinem Mann diese Forderung stellen? Doch nur, weil ich wußte, daß er auf jeden Fall zum Militär gehen würde. Hätte ich gewußt, daß er nicht gehen würde, oder daß mein Argument ihn irgendwie beeinflussen würde, dann hätte ich ihn überhaupt nicht darum gebeten". Ich habe sie dann nochmal gefragt, wie denn das käme, und daraufhin konnte sie nur noch sagen:

„Na ja, das ist eben eine Familie. Der ganze Staat Israel ist eine einzige Familie, und man läßt seine Familie in der Stunde der Gefahr nicht alleine".

Dany Diner: Dieses Stammesbewußtsein oder Familienbewußtsein wird eigentlich durch solch einen Protest gebrochen. Die Gesellschaft fängt in diesem Sinne überhaupt erst an, eine Gesellschaft zu sein, in der es legitim ist, Konflikte auszutragen, unterschiedliche Positionen einzunehmen auch in Situationen eines militärischen Konflikts.

Das ist ein ganz wichtiges Moment. Es gibt in Israel einen Spruch, der sozusagen die gesamte zionistische Kolonialgeschichte durchzieht. Leute mit ehernen Ansprüchen, sozusagen mit sozialistischen Idealen, haben real Anteil am Kolonisationsprozeß gegen die palästinensische Bevölkerung, sind diesem Widerspruch verhaftet, und dennoch sind sie bereit, das zu verfolgen — mit dem Leid, das sie dem anderen zufügen. Dieser Spruch ist: „Man schießt und man weint". Beides zugleich. Und dieses Schießen und Weinen in einem scheint heute immer mehr in Frage gestellt zu werden, weil die Leute zum Handeln gegen die herrschende Politik bereit sind und nicht nur zum Weinen.

Das ist m.E. auch ein Hinweis auf Veränderungen, von denen — das will ich immer wieder betonen — wir nicht erwarten können, morgen oder übermorgen politische Lösungen angeboten zu bekommen. Das ist aber ein Hinweis auf eine Erweiterung von Basis, eine Ausdehnung der oppositionellen Tendenz, mit welcher letztendlich eines Tages die Palästinenser werden zusammenleben müssen.

Micha Brumlik: Vielleicht noch mal schlagartig: Man kann sicher sagen, daß der Konsens gebrochen ist. Aber das heißt noch lange nicht, daß die Bevölkerung über diese Frage gespalten ist.

AK: Hierzu noch eine Frage an euch beide. Es gibt israelische Oppositionelle wie z.B. Uri Avneri, der sich als „Linkszionist" vorstellt. Solche Menschen wie Avneri haben mit dem Zustandekommen der jetzigen Demonstrationen und Proteste bestimmt sehr viel zu tun.

Nun stellt sich aber die Frage, ob es überhaupt einen „Linkszionismus" geben k a n n ? Das betrifft ja auch direkt die Frage der Perspektiven und der Weiterentwicklung der israelischen Oppositionsbewegung.

Dany Diner: Ich würde mal sagen: Die Leute, die sich als „Linkszionisten" empfinden, haben eine Vorstellung davon, daß es sowas gibt. Das muß man einfach akzeptieren. Andererseits ist es natürlich undenkbar, daß im Sinne sozialistischer Vorstellungen, die z u m i n d e s t davon ausgehen, daß Menschen gleich behandelt werden sollen, eine linke zionistische Perspektive jemals möglich gewesen wäre. Oder auch möglich sein könnte. Das ist undenkbar.

Eine sozialistische oder sogar demokratische Vorstellung ist mit Zionismus, welcher Spielart auch immer, in Israel oder in diesem Gebiet nicht zu vereinbaren. (Übrigens sind die Einzigen, die eine tatsächliche Theorie vom Zionismus haben, Antizionisten und seine fundamentalsten Kritiker.)

Trotz der realen historischen und theoretischen Evidenz, daß dies undenkbar ist, gibt es aber ein Dilemma dabei: Nämlich was heißt das praktisch-politisch? Ich würde meinen, daß die Diskussion um den Zionismus vermutlich in der israelischen Gesellschaft erst die zweite Stufe sein wird. Die erste Stufe ist, daß sich heute soviel Potential ansammelt, das erstmal aufgrund moralischer Bedenken — und meinetwegen auch aufgrund realpolitischer Überlegungen — Rechte der Palästinenser, einen palästinensischen Staat oder die Selbstbestimmung der Palästinenser akzeptiert — aber noch nicht versteht, daß die Aufrechterhaltung eines jüdischen Staates mit Gleichheits-Vorstellungen nicht zu vereinbaren ist. Dennoch bilden diese Leute das Potential, das den Bruch vollziehen kann. Nicht die Theorie, nicht die Einsicht, sondern die politische Bewegung vollzieht diesen Bruch. Es bedeutet, daß man jetzt politisch argumentiert, und es geht nicht darum, vor allen Dingen theoretisch oder ideologisch jetzt jeden Einzelnen zu befragen, wie er zum lieben Gott bzw. zum Zionismus stünde. Es kommt darauf an, was er t u t . Für mich ist das dann konkret-politisch unerheblich, wenn er sagt: „Aber ich bin auch Zionist", solange er gleichzeitig sagt: „Ich bin bereit, das und das und das zu akzeptieren". Obwohl er immer noch in einer zionistischen Geschichtsphilosophie, in einer zionistischen Geschichtsmythologie steht, und in welchen psychisch-kollektiven Einbindungen er auch immer stehen mag.

Das zum einen. Das ist die innerisraelische Diskussion. Dann gibt es noch etwas anderes. Du hast den Namen Uri Avneri erwähnt. Uri Avneri war einer der ersten und bekanntesten, die immer von sich behauptet haben: „Ich bin kein Zionist". Sein bedeutendstes Buch heißt immer noch „Israel ohne Zionisten". Uri Avneri hat seine Meinung im Laufe der letzten Jahre nicht prinzipiell geändert, sondern genau in dem Sinne, wie ich das meinte: Um in der zionistischen Gesellschaft überhaupt wirken zu können, hat er behauptet, Zionist zu sein. Die Zionisten wissen ganz genau, daß er keiner ist. Das kann er tausendmal behaupten. Wenn er gleichzeitig bestimmte Vorstellungen verfolgt, nämlich: Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser und Gleichheit der Bürger bzw. der Palästinenser in Israel — dann wissen sie es. Uri Avneri (das ist meine Deutung) hat auch verstanden,

daß auf Seiten der Araber und der Palästinenser die Bedeutung des Wortes ,,Zionismus'' eine ganz andere ist. Das ist m.M. die Crux der ganzen Debatte. Die Araber gehen (in ihrer überwiegenden Mehrheit) davon aus, und dies hat mit ihrer Kultur, mit der Kultur des Islam und überhaupt des Orients zu tun, daß die Juden eine Religion sind. Nun ist es so, daß die Juden zwar auch eine Religion, aber nicht n u r eine Religion sind. Bei allen Völkern des Ostens fällt Religion und nennen wir es mal: Identität zusammen — bei den Armeniern, bei allen Minoritäten und nicht zuletzt sogar bei den Griechen.

Wenn Uri Avneri sagt (und da folge und verstehe ich ihn — argumentiere selbst aber anders): ,,Ich möchte von den Palästinensern als Zionist akzeptiert werden'', dann bedeutet es für ihn (und für die, die mit ihm einer Meinung sind), daß er als solcher für ein nationales Recht der Israelis ist, als israelische Nation in Palästina zu leben. Das akzeptieren viele nicht. Wenn er also sagt: ,Ich bin Zionist'', versucht er, in ihrer Sprache zu sprechen und ihnen mitzuteilen: ,,Aber das müßt ihr akzeptieren''. In bin anderer Auffassung. Ich versuche anders zu argumentieren, indem ich von einer jüdisch-israelischen Nationalität ausgehe. Indem ich den Zionismus als eine politische, rechtliche und herrschaftliche Struktur definiere, die er auch tatsächlich darstellt. Und dagegen läßt sich vorgehen. Verfassungen und reale Verhältnisse lassen sich ändern. Das ist gar keine Frage! Dann entsteht ein anderes Gemeinwesen im Raum zwischen Mittelmeer und Jordanfluß. Dann geht es darum, konkret zu bestimmen, daß alle Menschen gleich sind. Daß diese beiden Kolektive auch gleich sind.

Das Wort Zionismus schillert in den verschiedensten Farben. Für alte Marxisten-Leninisten kommt das Wort Zionismus aus einer ganz anderen Debatte. Was Lenin und Trotzki damals dazu gesagt haben, ist für die Palästina-Frage unerheblich. Das kann auf kultureller Ebene und in der innerjüdischen Diskussion etwas bedeuten, was mit Palästina nichts zu tun hat. Für die Palästinenser ist es freilich in einem anderen Sinne etwas ganz anderes: Diskriminierung, Unterdrückung und Vertreibung. Deswegen ist die Diskussion um den Zionismus eine so schwierige; und wenn alle aufeinander prallen, ohne sich überhaupt austauschen zu können, wird sie irrational.

Micha Brumlik: Ich möchte dazu noch eine geistesgeschichtliche Fußnote machen. In der Diskussion um den Zionismus wird Antizionisten heute der Vorwurf gemacht, den Begriff Zionismus einseitig und damit falsch zu verwenden. Darum sollten wir ganz klar feststellen, daß Zionismus für uns heißt: *die Errichtung eines exklusiven jüdischen Nationalstaates auf palästinensischem Territorium.* Wenn dieses Zionismus ist — dies ist der real existierende Zionismus — dann ist ,,Linkszionismus'' in der Tat unmöglich. Man muß allerdings feststellen, daß es in der Geschichte der zionistischen Bewegung al-

...schichte der zionistischen Bewegung al- mus'' in der Tat unmöglich. Man muß allerdings feststellen, daß es in der Ge-

schichte der zionistischen Bewegung alle möglichen Formen von Utopien gegeben hat. Zum Beispiel bei kleinen Gruppen, die glaubten, daß Juden unter sozialistischen Bedingungen im Lande Israel — in Erez Israel — leben könnten, und die genau dies, das schlichte Leben in Israel, als Zionismus deklarierten. Das ging so weit, daß einige Splittergruppen eines anarchistischen Zionismus proklamierten, daß man etwa den Nomaden ähnlich nun wieder im Nahen Osten umherschweifen sollte. Das sind solche geistesgeschichtlichen Windungen . . .

Aber wie gesagt: durchgesetzt hat sich die Form des Zionismus, die einen exklusiven jüdischen Nationalstaat auf palästinensischen Boden gründen wollte. Und das ist in der Tat in einer linken Form unmöglich.

Dany Diner: Wenn solche Leute wie der Gründer der Hebräischen Universität sich unter zionistischer Identität vorgestellt haben, daß es eine Hebräische Universität in Jerusalem geben wird, daß dort jüdisch-hebräische Kultur in Hebräisch gelehrt wird, und wenn sie das unter Zionismus verstanden haben, denn muß ich sagen: Dagegen habe ich nichts einzuwenden. Wenn er das Zionismus nennt und dabei glücklich geworden ist, ist es für mich kein Problem. Es geht aber um das Prinzip der zionistischen Bewegung: einen jüdischen Staat in Palästina gründen zu wollen, der so jüdisch sein soll, wie England englisch ist. Das ist der Anfang und das Prinzip dieses Konfliktes, vom ersten Quadratmeter Boden bis zu den Tausenden Quadratkilometern heute.

Am Prinzip, Errichtung und Aufrechterhaltung eines jüdischen Staates, hat sich nichts geändert. In dieser Hinsicht ist die Opposition, der wir uns nahe fühlen — wir sind denkende Menschen, die Zusammenhänge begreifen wollen — auf jeden Fall nicht zionistisch. Wir können auf keinen Fall Zionisten sein.

AK: Kann man und muß man nicht genau in diesem Zusammenhang eine erste Bilanz des Zionismus, nach so und so vielen Jahren zionistischen Staatsapparats, ziehen? Folgender Satz, den ich neulich las, kam mir angemessen, einleuchtend vor: ,,Nirgendwo auf der Welt sind Juden so gefährdet wie in Israel heute''.

Dany Diner: Das ist ein Satz, der in Israel in der Argumentation und Auseinandersetzung mit dem herrschenden Zionismus und dem herrschenden Bewußtsein tatsächlich eine frappierende Bedeutung hat. Andererseits, wenn man die Psyche dieser Menschen verstehen will, hat diese empirisch richtige Aussage wenig Bedeutung. Denn die Existenz der Juden in Israel — wie sie diese in ihrer Mehrheit begreifen — geht nicht bloß um die physische Integrität des einzelnen Individuums, sondern um die Möglichkeit, als Jude in einem Land zu leben, ohne daß seine Identität als solche in Frage gestellt







wird. Diese Menschen sind dazu bereit, individuell ihr Leben hinzugeben, und

wird. Diese Menschen sind dazu bereit, individuell ihr Leben hinzugeben, und das tun sie auch in den Kriegen. Oder sie nehmen, wenn sie dort leben, in Kauf, daß da eine Bombe liegt und meinetwegen völlig Unbeteiligte davon getroffen werden. Aber es geht hier um mehr als um die physische, empirische Integrität. Es geht, würde ich sagen, weitaus mehr um kollektiv-psychologische Momente. Da sagen sie: ,,Wenn ich in Israel umkomme, dann weiß ich wofür'' verglichen mit der Sinnlosigkeit der Opfer des Nazismus.

AK: Das ist aber gerade eine Sache, die heute zum ersten Mal in dem Ausmaß in Frage gestelt wird.

Dany Diner: Ich will ein Beispiel dafür geben, wie tief dieser Bruch gehen muß: Der Sohn des israelischen Innenministers (das war auch hier in er Presse zu lesen), selber Hauptmann bei den Fallschirmjägern, dessen Vater ein ultra-frömmelnder Nationalist ist, hat der Regierung und der Öffentlichgkeit eine Petition übergeben. Darin sagt er, er könne sich vorstellen, daß, wenn Juden in den Städten Tyrus oder Sidon oder Damur gewesen wären und darunter, wie er sagt, einige ,,Terroristen'', dann wäre man ganz sicher anders vorgegangen, als wenn dort Araber sind. Das heißt: Er ist bereit, Menschen als gleich anzusehen, keinen Unterschied zwischen Juden und Arabern zu machen. Wenn jemand bereit ist, in Israel die Araber als Menschen anzusehen (sei es auch, daß er als Militär einen Unterschied zwischen Militär- und Zivilbevölkerung macht, aber eben nicht grundsätzlich zwischen Juden und Arabern), dann ist es ein Bruch des nationalen Konsenses, nicht nur des politischen, sondern auch des ideologischen Konsenses.

AK: Das Wissen über Israel, über die Widersprüche innerhalb der israelischen Gesellschaft ist innerhalb der westdeutschen Linken sehr spärlich. Auch in der Linken existiert eine starke Tendenz, diesen Staat und die in diesem Land lebenden Menschen als eine Einheit zu betrachten. Darum frage ich euch nach den nicht- oder antizionistischen Organisationen in Israel.

Micha Brumlik: Es sind vielleicht zwei, drei Gruppen. Es gibt kleine Gruppen der radikalen, antizionistischen Linken. Dann ist da die KP Israels, die größtenteils eine Partei der unterdrückten arabischen Bevölkerung und in manchen Fällen des arabischen Nationalismus ist, der sich aufgrund von Parteiverbot keine andere Ausdrucks-

form wählen kann als die einer moskautreuen herkömmlichen KP.

form wählen kann als die einer moskautreuen herkömmlichen KP.

Es gibt schließlich noch, eventuell eher auf der rechten Seite, eine — antizionistisch kann man nicht sagen — nichtzionistische Gruppierung der Ultra-Orthodoxie. Das ist in Israel selber eine große Diskussion. Diese Leute werden immer verdächtigt, keine Zionisten zu sein. Es ist diese Gruppe, die unter anderem darauf drängt, daß Frauen nicht mehr zum Wehrdienst eingezogen werden, daß religiöse Jünglinge ebenfalls vom Militär dispensiert werden und die zum Beispiel auch den nationalen Luftfahrtgesellschaften das Fliegen am Sabbat verbieten will. Es ist also eine Gruppierung, die den jüdischen Staat akzeptiert, ihn aber in seiner säkularen (nicht-religiösen) Form zurückweist. Insofern ist diese Gruppierung, obwohl sie in der Koalition sitzt, objektiv den zionistischen Zielen kontra-produktiv, was aber nicht heißt, daß sie nicht die gegenwärtige Politik in ihren meisten Zügen unterstützt. Interessant ist vielleicht, daß diese ultra-orthodoxen Kreise sich in der Annexionspolitik eher als Tauben gebärden.

AK: Wie verhält es sich heute mit solchen Gruppen wie beispielsweise der Matzpen?

Dany Diner: Die Gruppen, die es immer in Israel und auch während des Mandats gab, die den Zionismus bekämpften, waren bislang immer sehr marginal. Heute haben sie einen Stand erreicht, den man als minoritär bezeichnen kann. Das ist ein großer Fortschritt. Diesen Stand haben sie nicht als Organisation erreicht — als Organisation haben sie m.E. keine große Bedeutung — aber als Ferment innerhalb der Entwicklung heute haben sie eine überragende Bedeutung gewonnen. Diese Organisationen sine: Die KP, die vorhin erwähnt wurde, zumindest ihr arabischer Teil, der zum größten Teil natürlich von der völlig entrechteten palästinensischen Bevölkerung gestellt wird. Die KP ist nichts anderes als eine mit Moskau affiliierte Bürgerrechtsbewegung. Dann natürlich auch die jüdischen Zugehörigen dieser Partei, die aber verschwindend gering sind gemessen am arabischen Anteil. Dann die unterschiedlichen Matzpen-Gruppen. Es gibt eine trotzkistische Organisation und eine Organisation, die sozusagen als ,,Undogmatische Linke'' zu bezeichnen ist. Früher gab es auch maoistische Organisationen, das hab aber eher mit der Entwicklung der Neuen

Linken in Europa zu tun gehabt als mit der realen Entwicklung im Lande. Entscheidend ist bei Matzpen gewesen, daß

Linken in Europa zu tun gehabt als mit der realen Entwicklung im Lande. Entscheidend ist bei Matzpen gewesen, daß sie die einzige Organisation, die einzigen Individuen waren, die wirklich eine Theorie des Zionismus im Lande selbst hatten. Das ist eigentlich ihre immense Stärke. Ihre Vorstellungen, ihre Form der Kritik fließen jetzt auch in die Bewegung mit ein. Ohne daß man sagen könnte, daß sie bereits angenommen wären, aber das ist der Prozeß. Je weniger sie sich organisiert verhalten — das heißt in unserer Sprache: je weniger sektiererisch — um so größer ist ihre Wirkung. Sie nehmen an den verschiedenen Solidaritäts-Komitees teil, an bestimmten Aktionen, sei es in der israelischen Presse, sei es in Form von Demonstrationen. Je stärker sich dieser Bruch erweitert, desto größer wird ihre sinngebende Bedeutung sein. Denn die meisten der Leute, die heute protestieren, wissen gar nicht, wie weit sie in ihrem Protest gegangen sind. Erstmal wollen sie ihre Abscheu über die Art, über die Form des Krieges, über die Führung des Staates zum Ausdruck bringen, nicht über diese Politik prinzipiell.

Das ist aber sozusagen das Tor, wo das Ferment der Erkenntnis überhaupt eingehen kann. Wenn man vom Bruch des nationalen Konsenses in Israel spricht, hat das eine ganz praktische Bedeutung. Es bedeutet nicht den Bruch mit der Begin/Sharon-Regierung. Es bedeutet etwas ganz anderes, was weniger ausgesprochen wird, aber gemeint ist: Es bedeutet für die Leute, die demonstrieren, den Bruch mit der Arbeiterpartei. Mit der Arbeiterpartei, die nicht als Opposition aufgetreten ist, die diese Regierungspolitik vertreten hat mit der Metapher der 40 Kilometer. Obwohl jeder, der von militärischen Dingen was versteht, ganz genau weiß, daß man nach 40 km nicht einfach halten kann, sondern die Schlacht zu Ende führen muß — man kann nicht einfach auf einer schiefen Ebene stehen bleiben. Die Metapher der 40 km bedeutet: Man unterestützt das eigentlich, möchte aber politisch ,,sauber'' bleiben.

In diesem Sinn ist der Bruch des nationalen Konsenses Bruch mit der Arbeiterpartei. Das ist eigentlich das Neue in Israel. Und dafür gibt es heute noch kein politisch-organisatorisches Auffangbecken; das wäre noch zu früh, heute zu sagen, dies oder jenes ist richtig oder falsch. Diesen Prozeß gilt es weiter anzutreiben, zu beschleunigen. Man kann aber heute noch nicht einfach sagen, in welche Organisationsformen er einmünden könnte.

AK: Nun spreche ich euch auf das Arafat-Interview in ,,Le Monde'' an. Dort erklärt Arafat genau das unmißverständlich, worüber viel spekuliert wurde (hat er das gesagt, hat er das nicht gesagt?). Nämlich, daß er, bzw. die PLO-Führung, für die Anerkennung des Staates Israel eintrete und für eine Zusammenarbeit bzw. einen Dialog mit den linken Israelis. Dazu zwei Fragen: Wie bewertet ihr eine solche Erklärung, was die Möglichkeiten und Perspektiven heute und morgen betrifft? Wie bewertet ihr sie aber auch hinsichtlich der Vergangenheit?

Dany Diner: Er hat von d e n Israelis — nicht von den ,,linken'' Israelis gesprochen . . .

Micha Brumlik: Ich kann das nur ganz global sagen und muß mich jetzt auch dem Verdacht aussetzen, kontra-produktiv zu sein: Aber ich bin nach wie vor der Meinung, daß er das s o nicht meinen kann, und ich gebe eigentlich der israelischen Regierung recht, wenn sie sagt: ,,Wenn die PLO uns anerkennt, dann ist sie nicht mehr die PLO''.

Dany Diner: Die israelische Reghierung sagt es noch anders: ,,Wir brauchen nicht die Anerkennung der PLO''.

Ich sehe das Interview sehr, sehr positiv. Vielleicht ist es vermessen, die Absichten eines anderen zu deuten — zumal er in einer solchen schwierigen Lage ist. Ich nehme an, daß die Demonstrationen in Israel während des Krieges, die ja wirklich die einzigen Demonstrationen für die Palästinenser im Nahen Osten gewesen sind — oder sagen wir das mal weniger prätentiös: gegen den israelischen Krieg gegen die PLO und damit natürlich für die PLO — einen enormen Eindruck auf die Palästinenser gemacht haben könnten. Denn damit ist eigentlich das monolithische Bild von Israel zumindest in Frage gestellt worden. Ich kann mir vorstellen, daß dies bei den Palästinensern das Verständnis dafür erleichtern könnte, daß es sowas gibt wie ein jüdisch-israelisches Kollektiv, mit dem man sich in irgendeiner Weise wird arrangieren müssen. Denn wenn man jetzt nicht in Jahrhunderten planen will, ist klar, daß militärisch dieses politische Gemeinwesen sehr schwer in die Knie zu zwingen ist. Das heißt, daß der Bündnispartner die israelische Opposition ist. Man muß diese Opposition verstärken, indem man ihr sozusagen

Knie zu zwingen ist. Das heißt, daß der Bündnispartner die israelische Opposition ist. Man muß diese Opposition verstärken, indem man ihr sozusagen

ein Minimum dessen gibt, was sie verlangt, was ihr ermöglichen kann, weitere Schritte zu tun auf die Palästinenser zu und auf ein gemeinsames Zusammenleben hin. Das Angebot Arafats, das viel wichtiger als alles andere im Interview ist, war, daß palästinensische und israelische Intellektuelle gemeinsam — er benutzt das Wort ,,profond'', also: in aller Tiefe — die gesamte Problematik diskutieren sollen und vielleicht sogar eine neue programmatische Grundlage für die Palästinenser und die israelische Opposition schaffen könnten. Das bedeutet m.E. auch einen Bruch mit der palästinensischen Charta oder mit bestehenden Punkten, die für Israelis, welcher Fraktionierung auch immer, natürlich Anathema sind: das heißt, daß die Juden als Religion angesehen werden. Wenn dies sozusagen erstmal aufgehoben ist, und es braucht nicht unmittelbar formalisiert zu werden, allein die öffentliche Debatte darüber . . . das hieße, den Rubicon überschritten zu haben. Und genau wie es in Israel ein Prozeß ist, genauso ist es auch auf Seiten der Palästinenser ein Prozeß. Diese Prozesse u beschleunigen, wäre auch eine Aufgabe der nicht-jüdisch/israelischen und der nicht-palästinensisch/arabischen Linken, nämlich der Linken schlechthin, die sich mit diesem Problem auseinandersetzen und die für solche Debatten Raum und Rahmen schaffen müßten.

AK: Wie betrachtet ihr denn hierzu die bisherige politische Praxis der palästinensischen linken Organisationen? Kann man diese Erklärung Arafats — was diese Frage betrifft — tatsächlich als so neu ansehen? Es gab/gibt beispielsweise den israelisch-palästinensischen Friedensrat mit einer



Reihe von Gesprächen, Konferenzen usw. . . .

Dany Diner: Ich würde mich nicht zum Schulmeister der Palästinenser machen. Denn das, was an palästinensischer Politik gewesen ist, war meines Erachtens das, was unter den Bedingungen der zionistischen Strukturen und der zionistischen Politik möglich gewesen ist. Mehr von ihnen zu verlangen, hieße zu verleugnen, um welche Konflikte es sich handelt und welche Bewußtseinsdeformationen dieser Konflikt mit sich führt. Das war meine persönliche Meinung, die ich vertreten habe, daß die Palästinenser nur diesen enormen Schritt tun können, von dem ich meine, daß er jetzt als Prozeß im Gange ist, wenn sich in Israel etwas regt. Und das ist jetzt m.E. passiert.

Die bisherigen Gespräche waren auf der rein diplomatischen Ebene, sie sollten sozusagen einem Dritten etwas erleichtern, nämlich vielleicht Österreich, der BRD, vielleicht den Amerikanern. Die Israelis, die darüber debattierten, hatten sicher die Absicht, sich eine Anerkennung seitens der PLO einzuhandeln, ignorierten aber dabei das objektive Unvermögen beispielsweise Arafats, das überhaupt tun zu können. Die größte inhaltliche Bewegungsfreiheit der PLO ist, so schrecklich es klingt, aber das ist eben dialektisch, nur um diesen schrecklichen Krieg und um die israelische Opposition herum, die sich aufgrund des Krieges entwickelt hat, möglich geworden.

Micha Brumlik: Ich verstehe es aber immer noch nicht. Heißt das, daß Arafat in diesem „Le Monde"-Interview den zionistischen Staat, samt seines Grundgesetzes, anerkannt hat?

Dany Diner: Nein, das heißt es nicht. Meiner Meinung nach hat er einen Schritt in eine Richtung gemacht, die sich die jüdische oder israelische Opposition immer gewünscht hat. Nicht eine formelle Anerkennung Israels, die heute in Israel keine relevanten Adressaten hätte, die keine Basis hat und keine Basis im Sinne von Staatsrepräsentativität hätte, sondern Schritte in eine Richtung, die einen Prozeß auslösen könnte, bei dem etwas herauskommen könnte, was vielleicht die Frage der Anerkennung von zwei Staatswesen überflüssig machen würde. Das ist das Entscheidende daran: Sich auf einen Prozeß einzulassen, wo beide an ihren ursprünglichen Forderungen sehr, sehr viel verlieren, aber an Neuem sehr, sehr viel gewinnen können. Die Palästinenser, die am Schluß dieses Prozesses stehen werden, werden nicht mehr die Palästinenser sein, die diesen Prozeß begonnen haben. Die Israelis, die am Schluß dieses Prozesses stehen werden, werden nie wieder die Israelis, nämlich die zionistischen Israelis, sein wie die, die ihn begonnen haben. Aber sie können diesen Prozeß nicht anti-zionistisch beginnen. Zu fordern, daß sie schon Anti-Zionisten sind, bevor sie diesen Prozeß eingehen, ist absurd. Sich darauf einzulassen, war bislang die Schwierigkeit; ich hoffe, daß dies beendet ist.

AK: Mir ist nicht immer klar, für wen innerhalb des palästinensischen Widerstands Arafat überhaupt spricht. Seine Verhandlungen, die er derzeit führt, finden auch nicht gerade in aller palästinensischer Öffentlichkeit statt.

Dany Diner: Ich denke, daß Arafat, der immerhin mindestens 15 Jahre bewaffneten Kampf geführt hat, legitimiert genug ist, im Namen aller Palästinenser zu sprechen. Erhebungen in der West-Bank und im Gaza-Streifen führen zu Ergebnissen, daß die PLO zu 90% akzeptiert wird, damit auch Arafat. Wer das bezweifelt, der möchte es eigentlich nicht, daß Arafat die Palästinenser repräsentiert; das ist aber Fakt.

AK: Die Arafat-Gruppe sowie andere palästinensische Organisationen wie die DFLP und auch linke Juden und linke Israelis vertreten das Konzept einer Aufteilung in zwei Staaten, einen palästinensisch-arabischen und einen jüdisch-israelischen Staat. Zumindest für eine „erste Phase". Kann aber überhaupt ein halbwegs zufriedenstellendes Zusammenleben existieren, solange der Staat Israel Instrument zionistischer Politik, also Kolonisation, Vertreibung und Entrechtung ist? Ist sowas überhaupt realistisch als Perspektive?

Micha Brumlik: Das sind zwei Fragen. Die eine ist, ob es ein wünschenswertes Konzept ist, die andere, ob es ein mögliches Konzept ist. Unabhängig davon, daß natürlich jeder israelische Oppositionelle für das Recht der Palästinenser auf einen eigenen Staat eintreten muß, glaube ich, daß die materielle Basis für diesen Nationalstaat mittlerweile dahingeschwommen ist. Soweit ich die israelische Siedlungspolitik und die Integration der Wirtschaft auf der Westbank in die israelische Ökonomie und die sogenannten israelischen „Sicherheitsinteressen" verfolge. Wenn ich mir die Beschlagnahmung von Boden und Territorien ansehe, so bin ich der Meinung, daß es zu einer Freigabe von Boden im Westjordan-Land für die Gründung eines eigenen palästinensischen Staates kaum kommen kann. Nicht zuletzt deswegen, weil m.E. in der israelischen Bevölkerung auf absehbare Zeit eine Sperrminorität von mindestens 50% geben wird, die gegen eine solche Rückgabe sein wird.

Also unabhängig davon, ob man das für wünschenswert hält oder nicht, glaube ich, daß die materielle Basis für dieses Konzept bereits dahin ist.

Dany Diner: Ich bin auch nicht sehr optimistisch über die Möglichkeiten einer palästinensischen Staatsgründung. Aber ich möchte trotzdem sagen, daß die Forderung für einen palästinensischen Staat eigentlich das Entscheidende in der israelischen Argumentation ist. Real sehe ich kaum eine Möglichkeit. Deshalb sind wir auch für — und das ist der Begriff, den wir in die Diskussion gebracht haben — einen binationalen Staat. Das heißt, daß Menschen zweier Völker, zweier Sprachgruppen, zweier Identitäten in einem Land leben und daß sie unabhängig davon, an welchem Ort sie leben, die gleichen Rechte haben und ihre eigenen nationalen kulturellen Institutionen aufrechterhalten.

AK: Das dürfte genauso schwierig bzw. langwierig sein.

Dany Diner: Es würde in diesem Interview zu weit führen, aber die israelische Ökonomie integriert die Palästinenser als Arbeiter, sie reißt sie vom Boden weg, aber sie zieht sie ein. Es ist ja nicht so, daß die Palästinenser sozusagen außer Lande sind. Zweifellos ist die israelische Politik daraufgerichtet, sie letztendlich zu vertreiben. Von daher auch das aktuelle Gerede von einem Palästinenser-Staat Jordanien: Das ganze hat natürlich nur den Sinn, auf der Westbank und dem Gazastreifen die Palästinenser im Falle eines Konfliktes an dieser sogenannten Ostfront in einer Nacht über den Jordan zu jagen. Das ist eigentlich das Ziel der gegenwärtigen israelischen Führung. Aber ich bezweifle, daß die gegenwärtige israelische Regierung lange diese Politik wird führen können. Denn Israel kann nicht existieren ohne die USA. Ich sehe noch keine, sagen wir mal, fundamentalen Wandlungen der Politik der USA, aber ich sehe ganz, ganz tiefe Irritationen. Ich würde sagen, die USA haben jetzt gar keine Politik. Sie haben weder die alte Politik, Israel auf Teufel komm raus zu unterstützen, noch haben sie eine neue Politik, die von ihren imperialistischen Interessen her nötig ist, Israel wieder an die Kandarre zu nehmen. In dieser Situation von weder - noch ist Israels Kriegspolitik überhaupt erst möglich. Perspektivisch gesehen gehe ich nicht davon aus, daß wir die Existenz eines unabhängigen palästinensischen Staates im Gazastreifen und auf der Westbank erleben werden, weil er aus vielerlei Gründen nicht denkbar ist. Aber die Argumentation muß auf die Selbstbestimmung mit dem Recht der Staatsgründung hinauslaufen. Darum geht es ja heute. Jeden Tag, der ins Land geht, wird eine neue Siedlung errichtet. Das muß verhindert werden, das kann man nur verhindern, wenn die Menschen, die dort am Ort leben, politische Rechte erhalten. Politische Rechte bedeutet eben, eine öffentliche Sphäre in Form eines Staates zu errichten. Gar keine Frage. Wenn wir deshalb sagen: Staat? Ja!, dann meinen wir, daß bestimmte politische Widerstands- oder Defensivrechte der Palästinenser erhalten werden müssen, um diesen zionistischen Kolonisationsprozeß stoppen zu können.

Wenn wir aber analytisch reden und fragen: „Ist dieser Staat möglich?", dann gehen wir davon aus, daß er vermutlich oder höchstwahrscheinlich nicht möglich ist. Das ist die analytische Ebene und das andere ist die politische Ebene.

Wenn Experten über diesen Staat reden, dann werden sie wahrscheinlich dazu kommen, daß er nicht möglich ist. Aber politische Menschen, die heute eine Bewegung antreiben, werden denjenigen, die heute den ersten Schritt auf die Straße tun, nicht sagen: „Ach, du kannst dich sofort wieder hinsetzen, das wird sowieso nicht gehen". Sondern sie werden natürlich sagen: „Selbstbestimmungsrecht den Palästinensern!" oder sogar: „Einen palästinensischen Staat!"

AK: Wesentlichste Voraussetzung für einen binationalen Staat ist eben die Gleichberechtigung — zionistische Ideologie und Politik sind genau auf dem Gegenteil aufgebaut . . .

Dany Diner: Das geht natürlich nur in einer nicht-zionistischen Perspektive, das steht außer Frage. Es geht aber auch um die Vermittlung zwischen der real existierenden Wirklichkeit und dem real existierenden Bewußtsein: das ist das politisch Interessante. Sonst sind es Prognosen oder Spekulationen.

AK: Zum Schluß noch zur westdeutschen Solidaritätsbewegung mit dem palästinensischen Volk. In der „taz" wird seit Wochen eine rege Diskussion geführt. In Leserbriefen, zum Teil auch in Artikeln der „taz"-Journalisten wird im Zusammenhang mit dem Libanon-Krieg viel über Auschwitz, Holocaust, Endlösung usw. geschrieben und eine ziemliche Begriffsvermengung dabei betrieben. Dieser Flut von Leserbriefen steht als Kontrastprogramm die Tatsache entgegen, daß die bisherigen Demonstrationen gegen den Krieg im Libanon äußerst mager besucht wurden. Ganz abgesehen davon, daß sie meiner Meinung nach in keiner Relation zum Antifaschismus hier in der BRD steht. Dies zu hinterfragen, halte ich nicht für eine Ablenkung von der in erster Linie zu übenden Solidarität mit den Palästinensern. Sondern auch dafür ist dies absolut notwendig. Diese Solidaritätsbewegung findet nicht im zusammenhanglosen Raum statt, sondern eben hier, in der BRD.

Dany Diner: Ich will nicht sagen: im Libanon, ich würde sagen anhand des Krieges im Libanon werden zwei Kriege geführt. Es gibt den realen Krieg, der schrecklich ist, der verwerflich ist. Wo es gar keine Frage ist, auf wessen Seite man sich zu stellen hat und mit wem man solidarisch zu sein hat — nämlich mit den Palästinensern. Dieser Krieg ist schrecklich — aber er ist nicht schrecklicher als andere Kriege, die von einer Armee geführt werden gegen einen Gegner, der im klassischen Sinne einen „irregulären" Krieg führt, einen notwendigerweise irregulären Krieg. Die Palästinenser wollen ja überhaupt erst Staat werden, man läßt sie ja nicht, sie würden ja ganz gerne. Und solche Kriege kennt man aus Algerien und aus anderen Orten, wie z.B. Vietnam, mit Unterschieden, aber es sind bekannte Kriege. Das ist nichts Neues.

Dann gibt es noch einen Krieg, und das ist der Krieg der Geister und Gespenster. So würde ich das nennen. Wenn für Begin der Hitler im Bunker in Beirut sitzt, wenn Begin gegen Hitler Krieg führt und den zweiten Weltkrieg nochmal nachvollziehen will in seinem Bewußtsein, dann ist es doch allen offensichtlich, daß es nicht der Krieg im Libanon ist. Wenn sich auf der anderen Seite so viele Leute, die sich Linke nennen, so echauffieren, dann habe ich den Eindruck, es geht gar nicht um die Palästinenser, sondern sie kämpfen selber auch einen Krieg: einen Krieg der Geister und Gespenster. Nur wissen sie selbst noch nicht, auf welcher Seite sie stehen. Und ich habe die Vermutung, daß sie auf der Seite ihrer Eltern stehen. Ohne es zu wissen, indem sie die Schrecken des NS-Regimes und der Massenvernichtung der Juden dahingehend umzudeuten wünschen, daß es sich um einen ganz normalen Krieg gehandelt habe. Sie wünschen sozusagen, daß die nationalsozialistischen Vernichtungskriege ganz normale Kriege waren, und dabei möchten sie, daß der israelische Vernichtungsfeldzug gegen die PLO eigentlich ein Ausrottungskrieg im Sinne der Nationalsozialisten wäre. Das ist der Punkt.

Solange diese beiden Kriege nicht entmischt werden können, der reale und der imaginäre Krieg, solange wird die Diskussion weitergehen ohne Ende. Wenn die deutsche Vergangenheit in der deutschen Seele nicht aufgearbeitet wird, dann wird jeder Konflikt, der dort stattfindet, wieder die Vergangenheit verlebendigen.

AK: Könnt ihr in dem Zusammenhang sowohl negative als auch positive „Erlebnisse" nennen in der innerlinken Diskussion?

Dany Diner: Ich habe bei vielen politischen Bekannten in letzter Zeit eine zunehmende Sensibilität für dieses Problem erfahren, bei solchen, bei denen ich vor Jahren sowas nicht gespürt habe. Aber die sind wesentlich älter, das heißt gleichaltrig mit uns.

Micha Brumlik: Als wir im November letzten Jahres unsere Veranstaltung gemacht haben, hatten die meisten von uns immer noch das Gefühl, daß die Frage der Sensibilisierung bezüglich der deutschen Vergangenheit einzig und alleine auf unseren Schultern ruhte und daß wir einsame Rufer in der Wüste wären. Dieses Gefühl habe ich nicht mehr. Das erleichtert es mir zumindest, mich mit vorwärtsweisenden Fragen des israelisch-palästinensischen Konfliktes auseinanderzusetzen und nicht mehr nur immer wieder gebannt auf die Art und Weise zu starren, wie das hier in Deutschland bearbeitet wird. Aber ich will sagen, daß dies unter vielen der vorhin als links betitelten Juden durchaus nicht Konsens ist. Es gibt eine ganze Reihe, die bei der Aufarbeitung der deutschen Vergangenheit vorangehen und glauben, daß es ihre Pflicht als Juden sei, sich genau mit diesen Fragen, die wir zum Schluß angesprochen haben, auseinanderzusetzen. Ich empfinde diese Last gerade dadurch nicht mehr so, daß eine ganze Reihe deutscher Genossen sich für diese Fragen nicht nur sensibilisiert hat, sondern auch argumentativ eingetreten ist.

AK: Mit diesem Lob auf die westdeutsche Linke können wir ja aufhören . . .

Eine allerletzte Frage: Zu welchen Themen, zu welchen Fragen müßte eurer Meinung nach die Diskussion weiter laufen bzw. womit sollte sich befaßt werden?

Dany Diner: Ja, mit der Geschichte, mit der realen Geschichte! Meistens besteht nur ein Mythos von Geschichte, das kann in die eine oder in die andere Richtung gehen. Also zum Beispiel, daß die Linken über ihre eigene Geschichte so wenig lesen. Das wundert mich einfach. Wenn ich die Bücherwände angucke, da wundere ich mich, daß zu den Themen, die ihnen eigentlich am Nächsten stehen müßten, wo sie auch eine Last tragen — da ist nichts.

AK: Eben und wenn man die Leserbriefe in der „taz" nimmt, müßte man den Eindruck gewinnen, daß diese Menschen sich Tag und Nacht mit der sogenannten deutschen ‚Vergangenheit' befassen.

Dany Diner: Ja. Genau. Und das Groteske ist, daß es zum Beispiel in einem Leserbrief in Neonazi-Manier heißt: „.... nicht 6 Millionen, sondern zwei Millionen..." Wichtig ist auch, verstehen zu lernen, in welchem schrecklichen Dilemma die Juden damals nach Palästina oder nach Israel gekommen sind, ohne das rechtfertigen zu wollen. Auf der anderen Seite muß begriffen werden, mit welcher Wucht diese Geschichte auf die Palästinenser niedergegangen ist. Das betrifft die Palästinenser genausowie die Juden. Sie hat eine Keule getroffen, und aus dieser Ohnmacht sind sie bis heute nicht erwacht. Diese Dinge gehören zusammen. Dieses Dilemma auszuhalten, täte den Linken ganz gut, das ist auch Thema der letzten Jahre gewesen. Man hat gelernt, daß Geschichte und Gesellschaft kein linearer Prozeß sind. Und das ist hier in Deutschland die Geschichte mit den Juden. Die kann nicht einfach vorbei sein. Das merkt man an den Reaktionen. Die Leute bestätigen das. Indem sie leugnen, bestätigen sie das. Die Leute sagen nein und schreien dabei ja. Das ist wahnsinnig!

* * *

Literaturhinweise zum Thema

Dan Diner, *Israel in Palästina, Über Tausch und Gewalt im Vorderen Orient*, Athenäum-Verlag 1980

John Bunzl (Hrsg.), *Israel-Palästina, Klasse, Nation und Befreiung im Nahost-Konflikt*, Junius-Verlag, 1980
Das Buch enthält eine Reihe Aufsätze verschiedener Autoren, unter anderem ein Gespräch zwischen Sa'id Hammami (Vertreter der PLO in London, 1978 dort ermordet) und Mosche Machover (Mitbegründer der nichtzionistischen Linken Matzpen).

Walter Hollstein, *Kein Frieden um Israel*, progress dritte welt verlag, 1977
Ein Buch zur Sozialgeschichte der Entstehung des Nahost-Konflikts

Lydia Rokach, *Israels heiliger Terror*, Minotaurus-Verlag, 1982
Eine Analyse der israelischen gegenwärtigen Politik anhand der Tagebuchaufzeichnungen von Moshe Sharett, Israels erstem Außen- und Premierminister in den Jahren 1953-1955

J.Metzger/M.Orth/C.Sterzing, *Das ist unser Land*, Lamuv-Verlag, 1980
Über das Leben der Palästinenser im Gaza-Streifen und auf der West-Bank

John Bunzl, *Israel und die Palästinenser*, Barumüller-Verlag, 1982
Untersuchung der israelischen Politik gegenüber den Palästinensern

Kontaktadressen

Flensburg
KB/Gruppe Flensburg
c/o Buchladen Tigerberg
Norderstraße 89
2390 Flensburg

Kiel
H. Lankau
Postlagerkarte 09 88 93 A
2300 Kiel 1

Lübeck
Postlagerkarte 08 23 14 A
2400 Lübeck 1

Bremerhaven
KB c/o arbeiterbuch
Sonnenstraße 8
2850 Bremerhaven
Tel.: 0471/47597

Bremen
B. Möller
Postfach 10 31 41
2800 Bremen 1

Braunschweig
Postlagerkarte 08 13 78
3300 Braunschweig

Emden
Postlagerkarte 06 74 58 A
2970 Emden

Göttingen
Buchladen Rote Straße
Rote Straße 10 z.Hd. KB
3400 Göttingen

Hannover
V. Campen
Postfach 12 62
3000 Hannover 1

Lüneburg
Postlagerkarte 01 78 90 A
3140 Lüneburg

Weser-Ems-Gebiet
Postlagerkarte 07 01 78 A
2900 Oldenburg

Bielefeld
Vertriebsbüro
Buddestraße 9
4800 Bielefeld

Bochum
Postlagerkarte 05 60 11 A
4630 Bochum

Dortmund
KB c/o Bücherstube
Große Heimstraße 62
4600 Dortmund 1

Duisburg
Postlagerkarte 08 01 90 A
4100 Duisburg

Köln
KB/Gruppe Köln
c/o BULI-Büro
Jülicher Straße 22
5000 Köln 1

Mönchengladbach 2
Postlagerkarte 00 67 45 A
4050 Mönchengladbach

Münster
Postlagerkarte 02 90 33 B
4400 Münster

Darmstadt
Hauptpostlagernd
Postlagerkarte 01 86 40 B
6100 Darmstadt

Frankfurt
Postlagerkarte 03 27 76 B
6000 Frankfurt 1

Freiburg
schriftlich c/o KB über
Buchladen Jos Fritz
Wilhelmstraße 15
7800 Freiburg

Heidelberg
Postlagerkarte 07 10 89 A
Postamt Leimen
6900 Heidelberg

Stuttgart
Postlagerkarte 924 B
7000 Stuttgart 1

Nürnberg
P. Tröstler
Postfach 15 04 72
8500 Nürnberg

Würzburg
Postlagerkarte 07 93 03 A
8700 Würzburg

Trier
Postlagerkarte 03 10 78 B
5500 Trier



Aktion für gemeinsame Perspektive von Juden und Arabern



Kein Ruhmesblatt für die westdeutsche Linke war der Diskussionsprozeß und die Vorbereitung zu einer überregionalen Palästina-Libanon-Demonstration am 21.8. in Frankfurt. Dennoch könnte vielleicht ein Schritt gemacht worden sein, der eine wirkungsvollere Solidaritätsarbeit als bisher ermöglicht und auch die Perspektive weist, wie eine Anti-Kriegs-Bewegung, bezogen auf das „Pulverfaß Nahost", in der Bundesrepublik aussehen könnte,

Es begann damit, daß das Frankfurter El Salvador-Komitee zu Treffen einlud, um die Schwäche der bisherigen Aktivitäten gegen die israelische Invasion zu reflektieren und eine neue Initiative zu diskutieren. Neben mehr oder weniger „altgedienten Internationalist/inn/en" der Frankfurter Szene nahmen sowohl linke jüdische Intellektuelle als auch Palästinenser teil, wobei die letzteren aus ihrem Unmut über „mangelnde Aktivitäten" der Vorstände ihrer Organisationen keinen Hehl machten. Schnell kam die (kleine) Runde überein, es solle a) r a s c h eine möglichst große, und daher bundesweite Demonstration organisiert werden und b) eine Plattform erarbeitet werden, die es sowohl den Palästinensern als auch oppositionellen Juden in der BRD ermöglicht, daran teilzunehmen. In aller Bescheidenheit ist anzumerken: Die einzige politische Organisation der BRD-Linken, die bei dieser Idee (b) mit Geburtshelfer spielte, war der KB. KBW und GIM schlossen sich dem an, ohne freilich irgendeine besondere „Avantgarde-Rolle" einzunehmen.

Der Frankfurter Kreis lud zu einem bundesweiten Vorbereitungstreffen, das am 7.8. in Neu-Isenburg mit ziemlich zahlreicher Beteiligung stattfand. Palästina- und andere Internationalismus- Komitees, ML-Gruppen, Autonome und Antiimpis, schließlich auch DKP-nahe Kräfte waren dort vertreten, nicht aber: Grüne, Demokratische Sozialisten und Spontis.

Die tollsten Sektierer, irgendwelche ML-Ruinen vornehmlich aus NRW, bezeichneten den Frankfurter Aufruf-Entwurf als prozionistisch. Denn darin fehle

— der Begriff Völkermord für das Vorgehen der Israelis

— die Charaktrisierung des Zionismus als Rassismus

— die Feststellung, daß Zionismus Vertreibung der Palästinenser nicht nur im Libanon sondern weltweit bedeute usw. usf.

Autonome und Antiimpis waren der Meinung, daß die Anti-Kriegs-Proteste in Israel selbst viel zu sehr hervorgehoben würden, während sie in Wirklichkeit nur eine Variante des Zionismus seien.

Es wurde abgestimmt: „Wer ist dafür, daß die Formulierung Zionismus gleich Rassismus in das Flugblatt kommt?" Mehrheit. Und so weiter.

Nach diesem verunglückten Verlauf des „Bundestreffens" beschloß die Frankfurter Initiative, einen neuen, eigenen Aufruf nach ihren Vorstellungen zu formulieren und darunter Unterschriften zu sammeln. Nun kam tatsächlich ein breites oppositionelles Spektrum zusammen: Palästinenser, oppositionelle Juden, die namentlich unterzeichneten, Linke, Alternative Listen, die hessischen Grünen, die DS bundesweit, Komitees, Asten usw. Die Sektierer standen im Regen. Ob überhaupt jemand den in Neu-Isenburg mehrheitlich durchgepaukten Text druckte und verteilte, ist nicht bekannt. Aber damit waren die Schwierigkeiten nicht beendet. Der Bundesvorstand des Palästinensischen Studentenvereins (PSV) fühlte sich übergangen. Er wisse nicht, wie seine Unterschrift unter den Frankfurter Aufruf gekommen sei. Er selbst sei jedenfalls nicht an den Verhandlungen beteiligt gewesen. Die Vorstände von PSV und PAV hätten bereits für den 24.7. eine bundesweite Demo angestrebt. Von ihren westdeutschen Bündnispartnern (das DKP-nahe ASK sowie die Bundesvorstände von Jusos und Judos, VDS, BBU) sei ihnen aber bedeutet worden, daß eine Großaktion wegen der Sommerpause und anderer Termine erst am 2.10. möglich sei. Nun könnten sie ihren Mitgliedern nicht vermitteln, weshalb zwei „bundesweite " Demos stattfinden sollten. Nach langen, zähen Verhandlungen war es aber doch möglich, die Unterstützung des PSV-Vorstands für den Frankfurter Aufruf und eine regionale Mobilisierung dieses Verbandes für die Demo am 21.8. zu erreichen. Nach dieser Methode verfuhr auch die ASK: Alle regionalen Aktivitäten zur Solidarität mit den Palästinensern sind gut und werden unterstützt, aber die bundesweite Demo bleibt gefälligst die von u n s, am 2.10. - pardon, da findet ja die Kalkar-Demo statt, also am 18.9. - oje, da ist ja die Starbahngegner-Demo in Wiesbaden, also vielleicht am 25.9. ....? (Hoffentlich hat Eppler oder ein anderer Friedens-Sonntagsredner da Zeit)

Am 19.8. fand im überfüllten Frankfurter Volksbildungsheim eine Libanon-Veranstaltung zur Vorbereitung der Demonstration statt. Frangi (PLO) und Dan Diner hielten brilliante Eingangsreferate, wie man sie auf solchen Veranstaltungen nur selten hört. Darin war eine Menge Diskussionsstoff enthalten. Doch die Westdeutschen brachten es nur zu einer Debattenschlacht darüber, ob die PLO „Verrat" begehe, und ob Diner ein „Zionist" ist. Schade. Das war der Stand am Vorabend der Demonstration.

KB/Gruppe Frankfurt

„nicht mehr aktuell"

Organisation der BRD-Linken, die bei dieser Idee (b) mit Geburtshelfer spielte, war der KB. KBW und GIM schlossen sich dem an, ohne freilich irgendeine besondere „Avantgarde-Rolle" einzunehmen.

Frankfurter Initiative, einen neuen, eigenen Aufruf nach ihren Vorstellungen zu formulieren und darunter Unterschriften zu sammeln. Nun kam tatsächlich ein breites oppositionelles Spektrum zusammen: Palästinenser,

„nicht mehr aktuell"

Vergangenheitsbewältigung

„*Ein Jude reicht*", sagte Margit Schiller, als für die Abschlußkundgebung der Demo am 21.8. neben Frangi (PLO) Dan Diner und Jacob Moneta u n d Erich Fried vorgeschlagen wurden. Ausgerechnet Fried - der fehlte (den Antiimperialisten) gerade noch... Sie hat den Trotta-Film („Die bleierne Zeit") nicht gesehen oder nicht verstanden. Der Gudrun wäre das jedenfalls nicht entschlüpft (oder etwa doch?).

• • •

„*Nazi-Begin*" überschreibt die KPD/ML-Neue Einheit ihre Flugblätter (ja, die gibt es noch, wenngleich man nicht darüber aufgeklärt wird, wie der Kampf vom Vorsitzenden Klaus Sender mit den geheimnisvollen Strahlenwaffen, die ihn einst zum Exil in Schweden zwangen, ausgegangen ist). Hauptanliegen der provokanten Gruppe: den Zusammenhang zwischen Zionismus und Nationalsozialismus „klarzumachen" (also daß es sich im Prinzip um d a s s e l b e handele!). Man bekommt selten Flugblätter der KPD/ML-Neue Einheit. Man bekommt nie Flugblätter der KPD/ML-Neue Einheit, in denen sich mit dem deutschen Faschismus auseinandergesetzt wird. Außer, wenn es um Israel geht. Die KPD/ML-Neue Einheit hat erkannt: „Die Demonstration am 21.8. ist prozionistisch" (pronazistisch?) und „der KB war am schlimmsten".

Wir wünschen guten Verlauf der Therapie und bleiben unseren liberalen Grundsätzen treu: Keine geschlossenen Anstalten!...

• • •

Zitat von Leuten der autonomen Zeitung „Freiheit" (Hamburg): „Wir lassen uns nicht wegen einigen sogenannten progressiven Juden aus dem weltweiten Kampf gegen Imperialismus und Rassismus herauskatapultieren". Mensch beachte: „sogenannt"!

• • •

„Ich bin kein Untertan des Staates",meinte eine Debattenrednerin der Marxistischen Gruppe. „Was habe ich mit den Verbrechen des Nazi-Staates zu tun?" Freispuch 1. Klasse, Richter: Wir selbst. Weiter MG: Ob es nicht zynisch sei, wenn Dan Diner am selben Tag, an dem der Abzug der PLO aus Beirut beginne, an einer Demonstration gegen diesen Krieg teilnehme. MG enthüllt: Die heimlichen Zionisten haben das Datum dieser Demonstration gerade so gewählt, daß sie noch beim Protestieren über die Niederlage der Palästinenser frohlocken können. Juden ist jedenfalls alles zuzutrauen.

• • •

Alfred Dregger: Wir müssen endlich aus dem Schatten Hitlers heraustreten.

• • •

Die „FAZ" (19.8.) widmet der Frankfurter Palästina-Initiative einen Kommentar auf der Titelseite. Es sei geschmacklos, in Deutschland gegen Israel zu demonstrieren. Das Dilemma der Deutschen sei schließlich gewesen, daß die M e h r h e i t gegen den mordenden Antisemitismus der w e n i g e n „*hilflos*" gewesen sei.

• • •

Israelische Medien widmen der Frankfurter Demonstration deutlich mehr Aufmerksamkeit als westdeutsche. Die Auseinandersetzung zwischen den aufrufenden Gruppen werden dargestellt. Der „Faz"-Kommentar wird im israelischen Rundfunk zitiert. Auch der o.g. Satz?

"Dankeschön für Ihr Angebot. Wir sind derzeit etwas stark mit der Palästinenserproblematik im Programm vertreten. Morgen widmen wir auch 'Pro und Contra' diesem Stoff. Da ist ein wenig Zurückhaltung angebracht ..."Ein bißchen Zurückhaltung, zu wenig Sendetermine, kein Geld - das sind Gründe, die nicht nur der Süddeutsche Rundfunk der Medienwerkstatt München nannte, um eine Sendung des Dokumentarfilmes **"Eines Tages werden wir zurückkehren"** abzulehnen, der sich mit der Situation der Palästinenser im Libanon beschäftigt. *"Wir haben den Film allen ARD-Anstalten angeboten, auch dem ZDF und manchen sogar mehrmals. Dem Bayrischen Rundfunkredakteur, dem wir die Rohschnittfassung gezeigt haben, hat es sogar ziemlich gefallen, aber nach zehn Minuten Film hat er auch gesagt, daß sie sich das nicht leisten können, den zu zeigen. Nach dem Erdmuthe Heller-Film 'Im Land der bitteren Kakteen', auf den es Proteste gehagelt hat, trauen die sich gar nichts mehr"*, erklärte Stefanie Landgraf, eine der drei Filmemacher(innen) im Gespräch nach einer Kinoaufführung des von vornherein als Fernsehfeature geplanten Films.

Nachdem die Israelis ihren Angriffs- und Vernichtungskrieg gegen die in Beirut lebenden Palästinenser begonnen hatten, ging die Medienwerkstatt München nochmal in den Funkhäusern hausieren. Das Interesse an ihrem Film war aber eher geringer geworden: dem BR fehlten diesmal die israelischen Positionen in dem Film; und der zuständige Redakteur hielt es auch nicht für möglich, eine der mittlerweile fast üblich gewordenen Ausgewogenheitsdiskussionen mit "namhaften Vertretern" zu machen, denn: *"So eine Diskussion könnte die pro-palästinensische Wirkung des Filmes nicht aufheben"*. Der WDR bot nun an, die 45-Minuten-Dokumentation auf 12 Minuten zusammenzuschneiden und statt des normalen Preises von etwa 30000 DM den Film für 12000 DM einzukaufen. Die Filmemacher lehnten das ab. Vor kurzem erreichte sie daraufhin ein Angebot des SWF, den Film doch für 10000 DM zu verscherbeln... Die bezeichnendste Absage aber erhielt das Filmteam vom Norddeutschen Rundfunk: **nach dem Angriff der Israelis im Libanon lohne sich eine Sendung des Filmes nun wohl nicht mehr, weil die gezeigten Einrichtungen der Palästinenser und deren beschriebene Infrastruktur ja mittlerweile bereits zerstört und damit nicht mehr aktuell seien.**

Mehr Mut als die öffentlich-rechtlichen Medienverwalter hatte die katholische Kirche in der Schweiz, die die Dokumentation seit geraumer Zeit für ihre Bildungsarbeit einsetzt, aber auch die Landeszentrale für politische Bildung und das Holländische und das Dänische Fernsehen, die sie bereits gesendet haben. Warum die Fernsehanstalten den Film auf gar keinen Fall zeigen wollen, ist deutlich: Stefanie Landgraf, Johannes Gulde und Rüdiger Lorenz haben wochenlang das Leben in den palästinensischen Flüchrtlingslagern beobachtet, haben die Flüchtlinge bei der Arbeit begleitet, sind mit den Kindern in die Schule gegangen und haben sie nach ihrer Heimat befragt. Würden bundesdeutsche Fernsehzuschauer das alles sehen, könnte ihr Nahostbild gefährlich ins Wanken geraten: keine blutrünstige, terroristische PLO, die kleine israelische Kinder fressen will, sondern eine politische Organisation, die beispielsweise dafür Sorge getragen hat, daß die Flüchtlingskinder eine vernünftige Schulausbildung erhalten können, die sich um Waisen kümmert, die die SAMED-Werkstätten mitorganisiert, in denen Palästinenser eine vernünftige Ausbildung erhalten können, und in denen auch Kriegskrüppel Arbeit finden... Ein besonderes Interesse hatte das Filmteam an den Ansichten und dem Leben der palästinensischen Jugendlichen, die ihre Heimat nur aus Erzählungen ihrer meist seit 30 Jahren vertriebenen Eltern und Verwandten kennen. Die etwa 13jährige Mona im Geschichtsunterricht einer von der UNRA betriebenen Schule, in der fast alle Lehrer der PLO angehören: *"Das palästinensische Volk wurde vertrieben, weil Palästina ein strategisch wichtiges Land ist. Heute leben die Zionisten an unserer Stelle dort. Unser Ziel ist, unser Land wieder zu bekommen und dahin zurückzukehren"*. Die Hoffnung und den Willen, in ihre Heimat zurückzukehren, haben alle befragten Jugendlichen. Besonders deutlich wird deren Wille bei Übungen der größten Jugendorganisation der PLO, der Al Ashabl und der Al Zaharat. Auch dort haben die Münchner filmen dürfen. Ein Junge im Trainingsdreß: *"Von Palästina haben mir zuerst meine Eltern erzählt und auch viele alte Leute, die dort noch groß geworden sind. Zweitens in der Schule. (...) Und drittens von der Revolution, die uns erklärt, daß wir ein Recht haben, in unser Land zurückzukehren"*.

Auch mit der ständigen Anwesenheit von Krieg beschäftigt sich der ästhetisch sehr an 'übliche' Fernsehfeatures angelehnte (viel Kommentar als Erklärung zu den Bildern, kurze, wenig beobachtende Bildsequenzen) Film sehr eindrücklich. Die knapp zwanzigjährige Tochter der Famile Tarek, bei der das Team einen Teil seiner Drehzeit verbracht hat: *"Heute bombardieren die Israelis gewöhnlich die Lager und versuchen uns mit solchen Attacken einzuschüchtern. Als eine palästinensische Familie haben wir uns daran gewöhnt. Angriffe sind für uns zum Alltag geworden. Wir würden nicht einmal erschrecken, wenn z.B. jetzt ein israelischer Luftangriff käme"*. Das war 1980...

Eine der wesentlichen Schwächen des Filmes, die sich aber aus dem völlig fehlenden Wissen eines möglichen BRD-Publikums und der relativen Kürze der Dokumentation erklärt, ist es, daß Konflikte innerhalb der PLO, aber auch Differenzen und Belastungen im Verhältnis der Generationen zueinander (beispielsweise in der Frage der Gleichberechtigung der Frau) nicht angeschnitten werden. Gezeigt wird fast ausschließlich der gemäßigte PLO-Flügel und dessen Anhänger. Nichtsdestotrotz ist der Film sehr sehenswert und eine gute Diskussionsgrundlage für Veranstaltungen. Die Filmemacher setzen nun, da ihnen die öffentlich-rechtliche Öffentlichkeit versperrt bleibt, darauf, daß Initiativen, Programmkinos und andere Interessierte sich ihre Öffentlichkeit selber schaffen.

Wer den Film vorführen will oder eine Videokassette davon leihen möchte, soll sich an die Medienwerkstatt München, Elisabethstr.49, 8000 München 40 wenden.

Fassanbass

Honduras als Ordnungsmacht des Imperialismus

Auf dem Weg zum mittelamerikanischen Krieg

Durch den Einmarsch honduranischer Truppen in El Salvador ist dort die Schwelle zur Internationalisierung des Krieges überschritten.

Auch bei der Ausweitung der Überfälle konterrevolutionärer Verbände aus Honduras in Nordnicaragua zu einem regulären Krieg mischt honduranisches Militär massiv mit.

Ausgestattet mit immer umfangreicherer Militärhilfe der USA schicken sich Regierung und Armeeführung von Honduras an, eine zentrale Rolle beim Kampf gegen die antiimperialistische Revolution in Mittelamerika zu übernehmen.

Nach der zwangsweisen Evakuierung aller salvadorianischen Flüchtlinge und der einheimischen Bevölkerung aus dem Grenzgebiet zu El Salvador, ist die Einmischung der honduranischen Armee in die Kämpfe zwischen FMLN und Regierungstruppen des Nachbarlandes systematisch verstärkt worden.

Soldaten der honduranischen Spezialeinheit zur Guerillabekämpfung „cobra" drangen am 21.2.82 70 km weit nach El Salvador ein, um im Departament San Vicente Stellungen der FMLN zu zerstören. Gleichzeitig überschritten 300 salvadorianische Soldaten die honduranische Grenze und griffen das Flüchtlingslager „la Virtud" an, ohne daß honduranische Stellen auch nur verbal reagierten.

In der ersten Junihälfte unterstützten honduranische Truppen eine Großoffensive der salvadorianischen Armee in der Provinz Chalatenango. Flüchtlinge, die aus dem Kampfgebiet entkommen wollten, wurden von honduranischen Grenzeinheiten zurückgeschickt. Am 10. Juni kamen der Chef der honduranischen Streitkräfte, der salvadorianische Verteidigungsminister und die beiden Generalstäbe zu einem Gespräch zusammen. Mit ihrer Intervention vom 23.6.82 trat die honduranische Armee dann endgültig in den Krieg gegen die Befreiungsstreitkräfte der FMLN ein: Ein Kontingent von 1.600 Mann marschierte an diesem Tag von Norden her in die Hochburg der salvadorianischen Guerilla, Morazán, ein.

Der Versuch, die hier erstmals zu einem Stellungskrieg angetretene FMLN-Streitmacht zwischen der honduranischen Armee und 6.000 Mann Regierungstruppen El Salvadors „aufzureiben", scheiterte. Dies konnten auch die erst kürzlich von ihrer Spezialausbildung in den USA zurückgekehrten Eliteeinheiten der salvadorianischen Armee nicht verhindern. Die honduranische Armee hält seither einen Gebietsstreifen von ca. 100 km² in El Salvador besetzt. Die FMLN vermied zunächst so weit als möglich Zusammenstöße mit der honduranischen Armee, um eine Internationalisierung zu vermeiden. Guerillakommandant Joaqûin Villalobos kündigte an, die FMLN werde ihre Operationen nach Honduras ausdehnen, falls sich die honduranische Armee nicht aus El Salvador heraushalte.

Nachdem die salvadorianische Armee in Morazán in Bedrängnis geriet, übernahmen honduranische Hubschrauber dort ihre Versorgung mit Munition und anderen Nachschubgütern sowie den Abtransport von Verwundeten auf honduranisches Gebiet. Am 9. August drang eine honduranische Einheit 70 km weit nach Morazán ein bis zu dem Ort Perqûin. In dessen Nähe hatten die salvadorianischen Eliteeinheiten zuvor schwere Niederlagen erlitten.

Bei ihrem Vorgehen gegenüber der Bevölkerung El Salvadors bedient sich die honduranische Armee der gleichen Methoden wie die salvadorianischen Volksmörder. Flüchlinge, die am 12.6.82 den Rio Sumpul nach Honduras überqueren wollten, gerieten in die Hände honduranischer Truppen. 300 von ihnen wurden bei dem anschließenden Massaker ermordet.

Für den Kampf der salvadorianischen Oppositionsfront gegen das herrschende US-Statthalterregime wie auch für den begonnenen Befreiungskampf in Guatemala hat das sandinistische Nicaragua immense Wichtigkeit zumindest als Vorbild und politischer Rückhalt - ähnlich wie Anfang der sechziger Jahre die kubanische Revolution einen Aufschwung der revolutionären Bewegungen überall in Lateinamerika auslöste.

Hohe Berater von Reagans Ex-Außenminister Haig hatten schon im Frühjahr 81 verkündet, man werde die Aufstandsbewegungen in Zentralamerika nicht zerschlagen können, ohne die sandinistische Revolutionsregierung in Nicaragua zuvor beseitigt zu haben. Dementsprechend großzügig behandelten die US-Behörden die Ex-Nationalgardisten des besiegten Somoza-Regimes, die sich u.a. in Florida sammeln, neu bewaffnen und ausbilden konnten. Ebensolche Trainingslager wurden mit offenkundiger Billigung der honduranischen Armee im Grenzgebiet zu Nicaragua auf honduranischem Boden errichtet. Inzwischen befindet sich dort auch der größte Teil der konterrevolutionären Einheiten aus Florida. Eine Rundfunkstation nahm von Honduras aus ihren Betrieb auf, die ständig Greuelmärchen über die Sandinisten verbreitet, zur Sabotage und zum bewaffneten Kampf gegen die FSLN aufruft.

Besonders unter den Miskito-Indianern im Nordosten Nicaraguas lösten Hetzpropaganda, abenteuerliche Gerüchte und das Unwesen nordamerikanischer Sekten Verunsicherung und schließlich eine große Fluchtbewegung nach Honduras aus. Mit wohlwollender Duldung honduranischer Militärs warben ehemalige Nationalgardisten zahlreiche junge Miskitos an und errichteten eigens neue Lager für sie.

Seit dem Frühjahr 1981 haben die konterrevolutionären Verbände ihre bewaffneten Vorstöße über die honduranische Grenze ständig verstärkt. Wiederholt sicherte ihnen die honduranische Armee durch Einsatz von Maschinengewehren und Hubschraubern den Rückzug.

Die Eskalation zu einem neuen Krieg begann in den ersten Junitagen d. J., als ca. 1000 Mann der „Contras" die Grenze überschritten und den Kampf gegen Einheiten des sandinistischen Volksheeres im Norden der Provinz Zelaya aufnahmen. Nach neuen Berichten rückten im Juli noch mehrere Tausend der in Honduras trainierten Exil-Nicaraguaner auf nicaraguanisches Territorium vor und versuchten, die Hafenstadt Puerto Cabezas zu erobern. Nach erheblicher Verstärkung der sandinistischen Truppen griff selbst die honduranische Luftwaffe mit Kampfmaschinen auf Seiten der Invasoren ein!

Just zur selben Zeit, als das konterrevolutionäre Heer von Südost-Honduras aus in Nicaragua einfiel, führten die honduranische Armee und die US-Luftwaffe ein dreitägiges Manöver durch, bei dem gemeinsam der Transport von Truppen und Material in diese unzugängliche Region Südosthonduras geübt wurde. Ein Sprecher der US-Streitkräfte bestätigte das Manöver, beruhigte jedoch, es habe sich nicht um eine „Kampfübung" gehandelt.

Für jede Art von Angriffen auf Nicaragua dient Honduras als Sprungbrett: Am 19. Juli drang ein von Honduras kommendes Flugzeug bis nach Corinto, der wichtigsten Hafenstadt Nicaraguas, vor und feuerte Raketen auf eine Brücke und auf Treibstofftanks ab; am 27. Juli schafften es zwei Flugzeuge aus Honduras, bis nach Managua vorzustoßen; sie versuchten, Bomben auf die einzige Raffinerie abzuwerfen; am 18. Juli besetzte ein 80köpfiges Kommando aus Honduras den Ort San Fernando, 17 km von der Grenze entfernt, ermordete mehrere Menschen, raubte die im Aufbau begriffenen Kooperativen aus und entführte auf ihrem Rückzug über die Grenze vier Einwohner; zurück blieben in San Fernando ein brennendes Gehöft und ein brennendes Rathaus sowie einige Verpflegungsbeutel, wie sie die honduranische Armee verwendet.

Honduras hat mit seinen Grenzen zu El Salvador, zu Nicaragua und zu Guatemala, wo der Befreiungskampf ebenfalls begonnen hat, eine Schlüsselposition auf der mittelamerikanischen Landenge. Bisher kaum von inneren revolutionären Strömungen erschüttert, ist das Land damit wie geschaffen für eine Polizeifunktion im Dienste des Imperialismus.

Neuerdings mit einem zivilen Präsidenten ausgestattet, wird es entsprechend großzügig mit US-Kriegsmaterial und Militärhilfe versorgt. Von 3,6 Mio. Dollar 1980 stieg die Militärhilfe auf jetzt mehr als 15 Mio. Bei seinem Besuch Mitte Juli in Washington bekam Präsident Suazo Cordova nochmals 21 Mio. Dollar für dieses Jahr, um damit 3 Flugplätze auszubauen, die später nötigenfalls von der US-Luftwaffe mitbenutzt werden dürfen. Etwa 100 US-Militärberater arbeiten gegenwärtig in Honduras, wie honduranische Offiziere erklärten. Nach Angaben des ehemaligen US-Botschafters in El Salvador, Robert White, leitet eine Reihe von ihnen den Einsatz der honduranischen Truppen gegen die FMLN in Morazán.

Auch die Bundesregierung leistet jetzt „ihren" finanziellen Beitrag zur Vorbereitung der honduranischen Armee auf einen mittelamerikanischen Krieg: mit zwei Millionen DM hilft sie, das militärische Kommunikationssystem zu verbessern! (Siehe „Offener Brief" an die Bundesregierung und die Antwort darauf in diesem AK).

Durch die Internationalisierung des Krieges wird aktuell möglicherweise eine entscheidende Niederlage der salvadorianischen Armee verhindert. Auch für die anderen revolutionären Bewegungen, insbesondere die sandinistische Revolution in Nicaragua, stellt die jüngste Entwicklung eine ernsthafte Gefahr dar. Noch steht aber nicht fest, ob sich die Imperialisten einen Gefallen tun, wenn sie Honduras zur Drehpunkt eines konterrevolutionären Roll-Back machen: schon wurden die ersten Guerilla-Aktionen in Honduras gemeldet!

(Quellen: ides, MD, taz, FR)

Lateinamerika - Kommission

Im Wortlaut:

Terroristin fraß Kalaschnikow

FR

Nach langem Leugnen haben die Regierungen von Honduras und El Salvador zugegeben, daß sich die honduranische Armee am Kampf gegen die Guerilla in El Salvador aktiv beteiligt. Vor wenigen Wochen soll sie am Grenzfluß Rio Sumpul 300 Flüchtlinge aus El Salvador, die meisten Frauen und Kinder, massakriert haben. Gleichzeitig wurde bekannt, daß das Auswärtige Amt in Bonn Ausrüstungshilfe für die honduranische Armee genehmigt hat. Aus diesem Grunde richtete die „Informationsstelle Lateinamerika e. V." (ila), die sich auf die Mitarbeit von Wissenschaftlern, Publizisten und Organisationen stützen kann, einen sarkastisch-ironischen Brief an Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher.



Sehr geehrter Herr Bundesaußenminister!

Mit deutlicher Genugtuung durften wir erfahren, daß die Bundesregierung am 16. Juni dieses Jahres endlich auch Ausrüstungshilfe an Honduras in Höhe von 2 Millionen DM beschlossen hat. Wir entnahmen diese erfreuliche Nachricht einer Notiz aus der „Frankfurter Rundschau" vom 26. 6. Darin hieß es unter anderem, die Hilfe der Bundesregierung sei ausdrücklich für Infrastrukturmaßnahmen der honduranischen Armee bestimmt. Ihr Ministerium, Herr Bundesaußenminister, habe in diesem Zusammenhang angeführt, die Grenze zwischen Honduras und El Salvador müsse besser gesichert werden.

Unsere oben erwähnte ganz besondere Genugtuung beruht nun genau auf dieser Äußerung Ihres Ministeriums, ist sie doch Bestätigung für die Dringlichkeit und Notwendigkeit unserer eigenen Öffentlichkeitsarbeit. Tatsächlich wird es allerhöchste Zeit, daß die honduranische Armee — ebenso wie jene in El Salvador — in die Lage versetzt wird, mit allen erdenklichen Mitteln gegen die Keime des Terrorismus vorgehen zu können. Wie nötig eine gutgerüstete Armee in den Grenzgebieten von Honduras und El Salvador ist, zeigte nicht nur der allen bekannte „Fußballkrieg" zwischen den beiden Ländern — der uns gerade jetzt, während der Fußballweltmeisterschaft wieder schmerzhaft ins Gedächtnis zurückgerufen wurde — dies haben auch jene beiden Ereignisse am Rio Sumpul — am 14. Mai 1980 beziehungsweise am 11. Juni 1982 — deutlich bewiesen. In beiden Fällen versuchte eine größere Gruppe salvadorianischer Terroristen den Rio Sumpul nach Honduras hin zu überschreiten. Den Armeen von Honduras und El Salvador gelang es, beide Anschläge zurückzuweisen. Die Terroristengruppen gaben vor, Bauern zu sein, die angeblich vor dem Terror der Armee El Salvadors fliehen wollten. Diese von Moskau und Kuba gesteuerten Lügner waren aber leicht zu enttarnen. Sie selber kommen von drüben, Herr Bundesaußenminister, Ihnen kann man da nichts vormachen. Diese angeblichen Bauern besaßen sogar die Frechheit, Frauen, Kinder und Alte mitzunehmen. Die Hintergedanken dafür sind aber auch hier einfach zu durchschauen: der Troß dient den männlichen Terroristen zur Tarnung des ganzen Unternehmens einerseits, andererseits werden aus den Kindern neue Terroristen herangezogen, während die Frauen dazu dienen, Terroristennachwuchs zu gebären und für die erwachsenen männlichen Terroristen zu arbeiten. Moskau scheut vor keinem noch so miesen Trick zurück!

Aber — so behaupten kirchliche Kreise — die Terroristen am Rio Sumpul hätten gar keine Waffen bei sich gehabt. Auch dafür gibt es eine einleuchtende Erklärung: die angeblichen Bauern waren sehr wohl bewaffnet, sie warfen aber Gewehre und Panzer in den Fluß, als sie bemerkten, daß sie zwischen das Feuer der tapferen Armeen von Honduras und El Salvador geraten waren. Eine gefangengenommene, knapp 17jährige Terroristin soll — nach inoffiziellen Berichten — eine Kalaschnikow, die sie nicht mehr hatte wegwerfen können, einfach verschluckt haben.

In der Tat, diese Elemente scheuen vor nichts zurück, weshalb die regulären Streitkräfte aus El Salvador und Honduras gezwungen waren, an jenem Rio Sumpul einmal 600 und in den letzten Tagen weitere 300 als Bauern verkleidete Terroristen zu erledigen. Die Soldaten erfüllten nur eine bittere Pflicht. Gerade deshalb, Herr Bundesaußenminister, sind wir so froh darüber, daß die Bundesregierung bei der Erfüllung dieser Pflicht endlich zur tatkräftigen Mithilfe bereit ist.

Wie Terroristen — die niederträchtigerweise immer behaupten, ihre schändlichen Aktionen aus sozialen Gründen zu begehen — zu behandeln sind, zeigte uns allen der berühmte Einmarsch der israelischen Truppen in den Libanon. Dies mag die Bundesregierung vielleicht dazu bewogen haben, sich endlich den Wünschen der US-Administration zu beugen und in Zentralamerika neben die linken Reden der Sozialistischen Internationalen auch einmal militärische Nägel mit harten Köpfen und Widerhaken zu setzen.

Sicherlich ist diese Bundesregierung nicht in der Lage, mit nur annähernd vergleichbarer Wirksamkeit in Honduras einzugreifen, wie die israelische Armee im Libanon. Aber das liegt offensichtlich auch gar nicht in ihrer Intention. Die Bundesregierung und Sie, Herr Außenminister, wollen zweifellos nur die demokratischen Kräfte in Honduras stärken, und da — dies zeigt so trefflich die türkische Gegenwart — ist eine Aufrüstung der Armee immer wieder das probateste Mittel.

Die Armee alleine ist in der Lage, sogenannte soziale Probleme, die zumindest in Mittelamerika nichts anderes sind als kubanische und sowjetische Aufwiegelungsversuche, wirkungsvoll zu lösen. (Das sagt jedenfalls die derzeitige US-Regierung.)

Wir wünschen Ihnen und dieser Regierung weiterhin viel Erfolg auf ihrem Weg, zusammen mit der US-Regierung in Mittelamerika für Ruhe und Ordnung zu sorgen. Die Masse der Menschen dieser Region werden Ihnen dafür dankbar sein!

Mit freundlichen Grüßen
für die ila
Dr. Gernot Wirth

Frankfurter Rundschau vom 9.7.82

Dr. Hildegard [illegible]-Brücher [illegible]
Staatsminister im Auswärtigen Amt [illegible]

An das Mitglied
des Deutschen Bundestages
Herrn Klaus Thüsing
Bundeshaus

D-5300 Bonn 1

300-440.70 [illegible]

Betr.: Schriftliche Anfragen für Monat Juli 1982,
Fragen Nr. 129 und 130

Sehr geehrter Herr Kollege,

Ihre Fragen zur Gewährung von Ausrüstungshilfe an Honduras beantworte ich wie folgt:

Zu Nr. 129:

Mit Honduras sind noch keine Lieferabsprachen [illegible] worden. Es ist aber beabsichtigt, durch die Lieferung von Fernmeldegerät den Ausbau der Infrastruktur dieses Landes zu unterstützen. Wir hoffen, daß eine solche Maßnahme [illegible] beiträgt, die Versorgung der Flüchtlinge in Honduras zu verbessern sowie die Hilfe bei den [illegible] Natur- und [illegible] wetterkatastrophen zu beschleunigen [illegible] ihre Effizienz zu erhöhen. Bessere Nachrichtenverbindungen [illegible] ferner eine erfolgreichere Bekämpfung des über honduranisches [illegible] führenden Waffenschmuggels ermöglichen.

In Entwicklungsländern wie Honduras bietet häufig allein das Militär die einzig vorhandene Infrastruktur auf dem Gebiet des Transport- und Fernmeldewesens, mit der [illegible] abgelegenen Gebieten wohnenden Bevölkerungsteile versorgt werden können. Staatsminister Dr. Corterier hat sich bei seinem kürzlichen Besuch in Honduras davon überzeugen können, daß sich zum Beispiel die Versorgung der nicaraguanischen Flüchtlinge im nicaraguanisch-honduranischen Grenzgebiet im wesentlichen auf das Militär und seine Verbindungen stützen muß.

Die Verbesserung des Fernmeldewesens der honduranischen Armee hilft somit unmittelbar der Bevölkerung.

Zu Nr. 130:

Die Regierungen von Honduras und El Salvador haben durch Friedensvertrag von 1980 den elfjährigen Kriegszustand beendet. Ein Teilstück der salvadorianisch-honduranischen Grenze muß noch zwischen beiden Regierungen festgelegt und markiert werden. Dies wird erschwert durch die Guerrillabewegungen gerade in dem umstrittenen Grenzgebiet.

Honduras ist nach der Wiederherstellung der Demokratie besonders an der Kontrolle seiner Grenzen interessiert, um einen Übertritt der Salvadorianischen Guerrilla auf sein Staatsgebiet und damit eine krisenhafte Entwicklung im eigenen Lande zu vermeiden. Dies ist ein legitimes Anliegen eines jeden Staates.

Die Verbesserung des honduranischen Fernmeldewesens wird zu einer verbesserten Grenzüberwachung beitragen, die auch der größeren Sicherheit der Flüchtlinge in Honduras dient.

Brief von der Informationsstelle Lateinamerika (ila) an das Bundesaußenministerium über Ausrüstungshilfe der BRD an Honduras und eine Stellungnahme aus dem Auswärtigen Amt

(aus: ila-info Nr.58, August 82)

Rebellion ist gerechtfertigt!

zur chinesischen Kulturrevolution

Die Ausrufung des Kriegsrechts in Polen und die gewaltsame Zerschlagung der „Solidarität" hat erneut die Frage nach den Perspektiven sozialistischer Politik in den realsozialistischen Ländern aufgeworfen. Der Prozeß der „gesellschaftlichen Erneuerung" wurde von den Militärs abrupt beendet; der Spielraum für auf friedlichem Wege durchsetzbare Reformen hat sich auch in Polen als gering erwiesen. Die chinesische Kulturrevolution, wie sie vielen von uns noch in Erinnerung ist, bot da scheinbar ein völlig anderes Bild: Eine vom obersten Parteiführer initiierte, siegreiche Revolution, die die „Machthaber auf dem kapitalistischen Weg" aus ihren Posten jagte, neue revolutionäre Machtorgane installierte und das Kultur- und Erziehungswesen von Grund auf umgestaltete. Tatsächlich war das Grundproblem dasselbe: Hier wie dort ging es in letzter Instanz um die Frage der Macht im Staat, hier wie dort hat die Volksbewegung diese Frage nicht für sich entscheiden können. In Polen wurde sie
sie vielen von uns noch in Erinnerung ist, bot da scheinbar ein völlig anderes Bild: Eine vom obersten Parteiführer initiierte, siegreiche Revolution, die die „Machthaber auf dem kapitalistischen Weg" aus ihren Posten jagte, neue revolutionäre Machtorgane installierte und das Kultur- und Erziehungswesen von Grund auf umgestaltete. Tatsächlich war das Grundproblem dasselbe: Hier wie dort ging es in letzter Instanz um die Frage der Macht im Staat, hier wie dort hat die Volksbewegung diese Frage nicht für sich entscheiden können. In Polen wurde sie
rasch und brutal zerschlagen, in China unter Zugeständnissen des („reformistischen") Flügels der Staatsbourgeoisie um Zhou Enlai zunächst integriert, dann stückweise aus dem öffentlichen Leben verdrängt und unterdrückt.

Hierzulande wird daraus gern ein „no future" für jeden Versuch revolutionärer Veränderung (nicht nur in den realsozialistischen Ländern, sondern überhaupt) gemacht. Während mit der „Solidarität" noch vielfältige Identifikationsbedürfnisse befriedigt werden konnten, wird die Kulturrevolution zur massenfeindlichen Repression umgewertet und mit dem Stalinismus gleichgesetzt. Die vorherrschende Unkenntnis über ihre Inhalte und ihren Ablauf erleichtert es, ihren Charakter als Klassenkampf, als Kampf der Unterdrückten gegen ihre Unterdrücker, zu verleugnen.

Wer heute den tatsächlichen Ablauf der Klassenkämpfe in der Zeit von 1966 bis 1969 rekonstruieren will, muß nicht nur durch den Dreck waten, den Deng Xiaoping und seine Anhänger samt einer Heerschar bürgerlicher Wissenschaftler und Journalisten über die Kulturrevolution gekübelt haben: auch die Blumensträuße und Siegerkränze, die ihre damaligen — angeblichen oder wirklichen — Vorkämpfer über sie gehäuft haben, müssen beiseite geräumt werden. Diese Aufgabe endgültig zu lösen, muß einer revolutionären Bewegung und Organisation in China selbst vorbehalten bleiben. Die Artikelreihe zur Kulturrevolution im AK kann — basierend auf unvollständigem und keineswegs immer gesichertem Faktenmaterial — nur einen ersten, in vieler Hinsicht diskussions- und verbesserungswürdigen Versuch einer Analyse darstellen. Bisher sind Artikel erschienen zur Entwicklung der Klassenkämpfe bis zum großen Sprung nach vorn 1958/59 (AK 201), zur bürgerlichen Restauration Anfang der 60er Jahre (AK 202) und zur frühen, von studentischen Rotgardistengruppen geprägten Phase der Kulturrevolution (AK 204).



Der „Januar-Sturm" 1967

Gegen Ende des Jahres 1966 war die Kulturrevolution an einem Wendepunkt angelangt. Nach ersten Erfolgen der Parteilinken und der aus Studenten und Schülern entstandenen Roten Garden war es der Parteibürokratie gelungen, die gegen sie gerichteten Angriffe einzudämmen, sich hinter loyalen Rotgardistenverbänden zu verschanzen und ihre Machtbasis zu stabilisieren (1).

Ende Dezember begann daher die Parteilinke, die Bildung von Rebellenorganisationen auch in den Produktionseinheiten, die bis dahin ausdrücklich verschont werden sollten, zu propagieren und selbst mit voranzutreiben.

Schon ab November 66 hatten Arbeiter in den Pekinger und Schanghaier Großbetrieben, unterstützt durch studentische linke Rotgardistengruppen, begonnen, sich — zunächst noch illegal — zu organisieren (2). Ihre soziale Basis hatten diese Arbeitergruppen vor allem unter den Jungarbeitern und Lehrlingen, den Vertrags- und Zeitarbeitern. Deren soziale Lage war wesentlich schlechter als die der regulären Arbeiter, die (durch das Bonus- und Prämiensystem) oft Spitzenlöhne einstreichen konnten und auch in Bezug auf die Kranken-, Unfall- und Altersversicherungen besser gestellt waren (3).

Um die Jahreswende 66/67 traten diese Gruppen, die sich selbst ‚Revolutionäre Rebellen' nannten, mit der Gründung von überbetrieblichen Dachorganisationen in die Öffentlichkeit.

Dem Paukenschlag von Shanghai (zur „Kommune von Shanghai" folgt ein Artikel in einem der nächsten AKs) folgte nur wenig später der „Rebellensturm" auch in einer Reihe von anderen wichtigen Großstädten: Überall wurden öffentliche Gebäude, Zeitungen, Radiostationen, Fabriken und Versorgungseinrichtungen besetzt und die jeweiligen Parteimachthaber für abgesetzt erklärt. In Peking richteten sich die Angriffe gegen verschiedene Ministerien, deren Chefs eng mit der offenen Parteirechten und/oder mit Zhou Enlai verbunden waren, darunter vor allem das Ministerium für Öffentliche Sicherheit unter Xie Fuzhi sowie die Ministerien für Landwirtschaft und für die verschiedenen Industriezweige.

Die Verwirklichung der Massendemokratie

Die Verwirklichung der Massendemokratie

Es war die Zeit der extensiven Demokratie; nie zuvor seit der Zeit der Stützpunktgebiete im Befreiungskrieg war ein so großer Teil der Bevölkerung ins politische Geschehen aktiv mit einbezogen. Für die Bildung von politischen Organisationen in den Basiseinheiten gab es keinerlei Einschränkungen mehr. Jede Gruppe konnte ihre Meinung auf Wandzeitungen, Flugblättern und eigenen Zeitungen darlegen. Papier und Druckmöglichkeiten mußten von den staatlichen Stellen zur Verfügung gestellt werden. Tag und Nacht fanden in allen größeren Hallen und Sälen Diskussionen statt. In großem Umfang wurden Materialien über die politischen Auseinandersetzungen der letzten Jahre veröffentlicht, die sich meist völlig hinter verschlossenen Türen, unter dem äußeren Anschein der Einheitlichkeit der Partei abgespielt hatten. Für viele der Rebellen entstand zum ersten Mal die Möglichkeit, sich ein einigermaßen zutreffendes Bild der politischen Verhältnisse in ihrer Einheit und im Staat überhaupt zu verschaffen (4).

Die scheinbar unangreifbare Autorität von Partei- und Verwaltungsfunktionären brach zusammen. Tausende und Abertausende von Leitungskadern, die sich durch ihre bürgerlichen Praktiken verhaßt gemacht hatten, wurden von ihren Posten abgesetzt und mit „Schandhüten" durch die Straßen gefahren oder mußten sich vor Massenversammlungen verantworten. Auch wo die Kader auf ihren Posten blieben, konnten sie meist nicht mehr schalten und walten wie bisher, sondern mußten ihre Arbeit unter den kritischen Augen der Rebellengruppen und der mobilisierten Massen verrichten.

An einigen Stellen wurden neue Formen der Machtausübung und der Basiskontrolle gesucht. Neben Shanghai wurde auch in Chengchow, Kaifeng, Loyang (Provinz Hunan) und Changchun (Provinz Jilin) versucht, die Volksmacht in Form von Kommunen zu organisieren.

„In dieser kurzen Periode wurde tatsächlich an einigen Orten, wenn auch noch nicht sehr gründlich, das wesentliche der ‚Volkskommune China' verwirklicht; die Gesellschaft befand sich in einer Situation der ‚Massendiktatur' ähnlich jener der Pariser Kommune", schreibt die ‚Proletarische Allianz Hunan' in ihrer rückblickenden Analyse (5).

Die Kämpfe in den Betrieben und die Spaltung der Arbeiterklasse

Doch ist es den Rebellen nur in wenigen Fällen gelungen, tatsächlich (und nicht nur auf der Ebene von Proklamationen) ‚die Macht zu ergreifen'. Die Parteibürokratie machte Ende 1966 große Anstrengungen, um ihr ergebene Massenorganisationen in den Betrieben aufzubauen. Ob es die ‚Arbeiterscharlachgarden' in Shanghai waren, die ‚Rote Schutztruppe' in Peking oder Organisationen unter den verschiedensten Namen in Kanton, Wuhan und einer Reihe von anderen Provinzhauptstädten: Immer handelte es sich um Gruppen vor allem der neuen Arbeiteraristokratie, die gutbezahlten Facharbeiter und Techniker. Sie wurden geführt von Vorarbeitern, Meistern, Partei-, Betriebs- oder Gewerkschaftsfunktionären, die ihrerseits in enger, wenn auch gut getarnter Fühlung mit den jeweiligen Parteileitungen handelten.

Im Dezember hatten solche Arbeitergruppen vor dem 1. Ministerium für Maschinenbau in Peking gegen die anhaltenden ‚Arbeitsstörungen' durch die Rebellen protestiert. In Shanghai hatten sie dem ‚Arbeiterrebellenhauptquartier' blutige Straßenschlachten geliefert. Damals hatten die Betriebs- und Gewerkschaftsführungen die ‚Protestzüge' ermutigt, indem sie überaus freigiebig Reisescheine und -spesen verteilten. Zugleich wurden materielle Forderungen der Arbeiter bereitwillig erfüllt, wurden Sonderprämien und -bonusse ausgeschüttet; alles in der Absicht, die Arbeiter auf diese Weise für die Interessen der Bürokratie einzunehmen. Für die kostspielige Buhlerei um die Sympathie der Arbeiter wurden die betrieblichen Investitions- und Umlauffonds sowie die von den Gewerkschaften verwalteten Sozialfonds geplündert. Alle diese Maßnahmen wurden später (von der Linken) unter dem Begriff „Schwarzer Wind des Ökonomismus" zusammengefaßt. Sie verfolgten das Ziel, durch zunehmendes wirtschaftliches Chaos die zentralen Organe zum Durchgreifen zu zwingen.

Nach der ‚Machtergreifung' der Rebellen gingen die rechten Arbeiterorganisationen auf breiter Front zu Streiks und Sabotageaktionen über. Betroffen waren vor allem das Transportwesen (Eisenbahnen, Häfen), sowie die Energie- und Wasserversorgung.

und Sabotageaktionen über. Betroffen waren vor allem das Transportwesen (Eisenbahnen, Häfen), sowie die Energie- und Wasserversorgung.

Auch ein nicht geringer Teil der Fabriken stand still (6). Damit war in Teilen des Landes die Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln und Brennstoffen akut gefährdet, und die Produktionsausfälle nahmen für die Volkswirtschaft bedrohliche Ausmaße an. Da es gerade die nicht leicht zu ersetzenden Facharbeiter und Techniker waren, die die Streiks trugen, war es den jungen und oft in den Betrieben noch nicht fest verankerten Rebellengruppen schwer möglich, die Produktion wieder in Gang zu bringen. Nur in Shanghai gelang das in größerem Umfang, und auch dort nur um den Preis des Kompromisses mit den ‚Scharlachgarden' und der gleichzeitigen Ausgrenzung der „Ultralinken". Wo sie sich stark fühlten, gingen die rechten Arbeiterorganisationen sogar vom Streik zum Angriff über und vertrieben die Rebellen aus ihren gerade eroberten Positionen.

Dier Grabenkämpfe in der Verwaltung

In den Büros und Verwaltungen sahen sich die Rebellen einer festgefügten Front aller dort Beschäftigten gegenüber. Die Zahl der jüngeren Kader aus den unteren Rängen, die schon in den Anfangsphasen der Kulturrevolution gegen ihre Vorgesetzten rebelliert hatten, war sehr gering, so daß sich die Rebellen nur in glücklichen Einzelfällen auf fest in den Büros verankerte Widerstandsgruppen stützen konnten. Das erleichterte es den Behördenchefs, die Rebellen als Eindringlinge von außen zu diffamieren und zu isolieren.

Die Rebellen versuchten, ihre zahlenmäßige Schwäche durch eine ‚Taktik der fliegenden Einsatzgruppen' auszugleichen: *„Man zog von einem Komplex zum anderen, um jedesmal eine kleine Gruppe, einen ‚harten revolutionären Kern' als die neue ‚reale Machtfraktion' zurückzulassen. Diese Methode hätte nur bei breiter Binnenunterstützung durch die unteren Kader Erfolg haben können. Bei der gegebenen Lage einer geschlossenen Abwehrphalanx waren die Behörden in dem heftig entbrennenden Kleinkrieg eindeutig im Vorteil. Ganz wie der Parti-*



san inmitten einer ihm gewogenen Bevölkerung einen enormen Informationsvorsprung genießt und sich nach Belieben zurückzieht und ausweicht, konnten die Führungskader mit den bei ihnen stationierten Rebellen Katz und Maus spielen'' (7). Diese Führungskader organisierten ‚unterirdische Widerstandsgruppen', die von ihren Untergebenen weiterhin als die ‚echten' Vorgesetzten respektiert wurden, *„während die Rebellen mit einer Unmenge von Akten, die ihnen als den neuen Volkskommissaren zur Prüfung vorgelegt werden, voll beschäftigt und in Trab gehalten sind''* (8).

Rebellenabteilungen, die aufgrund ihrer isolierten Position für jede Verstärkung aus dem Büro selbst dankbar sein mußten, wurden nach allen Regeln der Kunst unterwandert, bis sie hoffnungslos von heimlichen Anhängern der alten Behördenchefs majorisiert waren. Dann wurden auf einer ‚Kampfsitzung' die Rebellen konterrevolutionärer Vergehen gegen die Massenlinie beschuldigt, kaltgestellt und oft auch ganz aus den Büros vertrieben. Auch die Korrumpierung von einzelnen, wenig klassenbewußten Rebellen durch das Versprechen, sie in Kaderpositionen aufrücken zu lassen, gehörte zu den Tricks der Büro-Bonzen.

Oder aber weitblickende Behördenchefs organisierten in ihrer Einheit selbst ‚Rebellengruppen' und inszenierten mit einigem Theateraufwand deren ‚Machtübernahme', während unter der Hand alles beim alten blieb. (So geschehen in einer ganzen Reihe von Pekinger Ministerien.)

Unter dem Deckmantel der vielerorts vollzogenen und enthusiastisch in Flugblättern, Zeitungen und Rundfunk gefeierten ‚Machtübernahme' vollzog sich also ein scharfer Klassenkampf in den verschiedensten Formen.

Die Zersplitterung der Rebellen

Eines der schwersten Handicaps der Rebellenbewegung in diesen Kämpfen war ihre Zersplitterung. Die politische Szene war für ‚Normalbürger' völlig unüberblickbar, und auch insider konnten wohl kaum erklären, was die einzelnen Gruppen trennte und worin sie übereinstimmten. Um ein Beispiel zu nennen: Allein in dem Großkomplex der Jiangnan-Werften in Shanghai gab es über 90 verschiedene, sich gegenseitig bekämpfende ‚Rebellengruppen' (9). Das allgemein nicht hohe politische Niveau begünstigte Cliquenkämpfe und eine Mentalität, der es vor allem anderen um die Stabilisierung und Ausweitung des eigenen Einflußbereichs ging. Aktionseinheit war nicht angesagt, und die ‚Vereinigten Hauptquartiere' der radikalen Linken hatten nicht allzuviel Einfluß auf die darin zu-

pen' (9). Das allgemein nicht hohe politische Niveau begünstigte Cliquenkämpfe und eine Mentalität, der es vor allem anderen um die Stabilisierung und Ausweitung des eigenen Einflußbereichs ging. Aktionseinheit war nicht angesagt, und die ‚Vereinigten Hauptquartiere' der radikalen Linken hatten nicht allzuviel Einfluß auf die darin zu-

sammengeschlossenen Basisgruppen. Ein Kommentator aus der Pekinger Qinghua-Universität:

„Zur Zeit macht sich ein extremer Demokratismus breit. Die einzelnen Gruppen tun so ziemlich, was sie wollen. Viele fordern nur die Demokratie, nicht den Zentralismus. Sie kümmern sich nicht um die Anordnungen der Gruppenführer und kommen und gehen, wenn sie gerade Lust dazu haben. Selbst im Einsatz gibt es kein gemeinsames Vorgehen, und alle fürchten die Fessel der Disziplin. Wenn jemand einschreiten will, um eine Versammlung zur Manöverkritik einzuberufen, heißt es überall sofort: ‚Was soll diese alte Masche! Wozu haben wir denn rebelliert?' '' (10).

„Kann Konzilianz zu etwas führen?
Nein!
Kann Reformismus zu etwas führen?
Nein!
Kann Mäßigung zu etwas führen?
Abermals Nein!
Die Welt gehört uns. Der Staat ist unser Staat. Die Gesellschaft ist unsere Gesellschaft. Wer wird sprechen, wenn wir nicht sprechen? Wer wird handeln, wenn wir nicht handeln?''
Wenhuibao, 14.1.67

Im Grunde sind diese Kinderkrankheiten nicht verwunderlich, wenn man sich vor Augen hält, daß viele Organisationen innerhalb von zwei Monaten von einigen Dutzend oder hundert Aktivisten auf Tausende oder Hunderttausende von Mitgliedern angewachsen waren.

Formen der Doppelherrschaft als Ergebnis der Januarrevolution

Formen der Doppelherrschaft als Ergebnis der Januarrevolution

Jedenfalls, die Folge der beschriebenen Kräftekonstellation — Zersplitterung und politische Unerfahrenheit auf der Seite des linken Massenansturms gegenüber starken, organisierten Kräften der Rechten mit nicht unbeträchtlicher Basis in der Arbeiteraristokratie — war ein zunehmend erbittert geführter Kleinkrieg in den Städten um wichtige Verwaltungsschaltstellen, Versorgungseinrichtungen und Produktionsstätten, die mal in die Hände der einen und dann wieder in die der anderen Seite gerieten.

So waren die Rebellen nicht in der Lage, die eben laut proklamierte ‚Übernahme der Macht' auch tatsächlich zu vollziehen, was bedeutet hätte, die von ihnen eroberten Fabriken, Büros etc. tatsächlich zu kontrollieren, den Widerstand der ‚Scharlachgarden' zu brechen und deren Hintermänner politisch zu isolieren, um die Produktion und Versorgung der Bevölkerung wieder in Gang zu bringen. Die ‚Scharlachgarden' und die alte Parteibürokratie andererseits konnten — zumindest in Shanghai und einer Reihe von anderen Industrie-Metropolen — der neuen, vorwiegend proletarischen Massenbewegung nicht Herr werden, wie das noch mit der Schüler- und Studentenbewegung des Vorjahres weitgehend gelungen war. Es entstanden Formen der Doppelherrschaft, wobei keine der beiden Seiten in der Lage war, die an-

dest in Shanghai und einer Reihe von anderen Industrie-Metropolen — der neuen, vorwiegend proletarischen Massenbewegung nicht Herr werden, wie das noch mit der Schüler- und Studentenbewegung des Vorjahres weitgehend gelungen war. Es entstanden Formen der Doppelherrschaft, wobei keine der beiden Seiten in der Lage war, die an-

dere niederzuwerfen.

Die Situation drängte dahin, in den Entscheidungskampf eine Kraft einzubeziehen, die sich bis dahin abwartend verhalten hatte: die Volksbefreiungsarmee (VBA).

Die Armee greift ein

In einem Brief vom 18.1.67 forderte Mao den Verteidigungsminister Lin Biao auf: *„Es ist notwendig, die Volksbefreiungsarmee einzusetzen, um die breiten Massen der Linken zu unterstützen ... Wann immer von nun an die wirkliche revolutionäre Fraktion von den Truppen verlangt, ihr zu helfen und sie zu retten, dann müssen alle dementsprechend handeln. Die sogenannte ‚Nichtintervention' ist falsch''* (11). Am 23.1. folgte ein ähnlich formulierter Erlaß des ZK, des Staatsrates, der Militärkommission des ZK und der KRG an alle Organe des Partei-, Staats- und Militärapparats (12).

W e r in dem ganzen Durcheinander sich bekämpfender Gruppen als die „wirkliche revolutionäre Fraktion'' zu betrachten war, war aus keinem der Dokumente zu entnehmen. Es sollte sich in den folgenden Monaten zeigen, daß die regionalen Militärkommandanten diese (letztlich entscheidende) Frage sehr unterschiedlich, und zwar ganz entsprechend den eigenen politischen Positionen, beantworteten.

Von Teilen der Linken innerhalb und außerhalb Chinas wurde oft die VBA mit der Person Lin Biaos gleichgesetzt. Ein Rückblick auf die Geschichte der VBA zeigt jedoch, daß es in der Armee schon seit Mitte der 50er Jahre scharfe Widersprüche gegeben hatte.

Der Kampf zweier Linien in der Armee

Bei der Gründung der VR China war die VBA noch stark von den Erfahrungen des über 20-jährigen Befreiungskrieges geprägt: vom solidarischen Umgang der Soldaten untereinander, unabhängig von militärischen Rängen und von der Fähigkeit, durch die enge Verbindung mit dem Volk zu überleben und den gemeinsamen Kampf zu orga-

die VBA noch stark von den Erfahrungen des über 20-jährigen Befreiungskrieges geprägt: vom solidarischen Umgang der Soldaten untereinander, unabhängig von militärischen Rängen und von der Fähigkeit, durch die enge Verbindung mit dem Volk zu überleben und den gemeinsamen Kampf zu orga-

nisieren.

Fortgesetzte Kriegsdrohungen und -provokationen seitens Taiwans und der USA sowie Erfahrungen aus dem Korea-Krieg (1950/51) führten jedoch zu einer Umstrukturierung der Armee. Mit Hilfe der Sowjetunion und ihrer Berater wurde die „Modernisierung und Professionalisierung'' der VBA, die Ausrüstung mit modernen Waffensystemen und auch eine „Weiterentwicklung des militärischen Denkens'' (nach sowjetischem Modell) betrieben.

Einen traurigen Höhepunkt erreichte diese Entwicklung 1955 mit der Einführung eines Rangsystems und militärischer Ehrenzeichen. Gleichzeitig wurde die Wehrpflicht eingeführt und das egalitäre „Versorgungssystem'' für alle Armeeangehörigen durch eine breitgefächerte Soldskala ersetzt. Anfang der 60er Jahre erhielten (einem Bericht Edgar Snows zufolge) ein einfacher Soldat umgerechnet 2,5o, ein Oberleutnant bereits 24, ein Oberst 62 - 64 und ein Marschall 360 - 400 US-Dollar (13).

Nach der Absetzung Peng Dehuais 1959 (infolge der Auseinandersetzungen über den Großen Sprung) war Lin Biao Verteidigungsminister geworden. Er versuchte mit einer Reihe von Kampagnen für das Primat der Politik in der Armeearbeit und mit einer Reihe von administrativen Veränderungen die eingetretene Verbürgerlichung der VBA zurückzudrängen. Der von der Militärkommission des ZK geleitete Apparat der Politkommissare gewann größeren Einfluß in den Einheiten — gegen den Widerstand der professionellen Militärs. Wie stark dieser Widerstand war, wird vielleicht daran deutlich, daß erst im Mai 1965 die Rangabzeichen in der Armee (und die Wehrpflicht) wieder abgeschafft wurden. Eine Reihe von Kampagnen zur ideologischen Schulung (14) wurde durchgeführt, ab 1964 mit Hilfe einer Zusammenstellung von Mao-Zitaten, die später als „Rotes Buch'' weltberühmt wurde.

Gegen diese Neuerungen wandte sich der Generalstabschef der Armee, Luo Ruiqing, zugleich Sekretär des ZK und stellvertretender Verteidigungsminister, der die Berufsoffiziere repräsentierte. Es kam zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen Luo und Lin Biao (15), die um die Jahreswende 1965/66 mit der Absetzung Luos und seiner Ersetzung durch Yang Chengwu als Generalstabschef endeten.

Im 16-Punkte-Beschluß des ZK vom August 66 war die Kulturrevolution in der Armee ausdrücklich unter die Leitung des politisch-militärischen Apparats gestellt worden. Ob und wie die Auseinandersetzungen innerhalb der Armee bis Anfang 67 geführt wurde, dazu ist wenig bekannt. Am 14. Januar hieß es in einem Leitartikel der Armeezeitung, es sei von entscheidender Bedeutung, daß die KR auch in der Armee gründlich ausgetragen würde. Dabei müsse viel Widerstand gebrochen werden. *„Solchen Widerstand leistet vor allem die Handvoll Leute, die sich in die Armee eingeschlichen hat, die über Machtpositionen verfügt und die den kapitalistischen Weg geht, sowie äußerst wenige Reaktionäre, die an der bürgerlichen Linie festhalten''* (16).

Für die Art des Kampfes gegen diese bürgerlichen Offiziere wurden allerdings — nach einer kurzen Zeit der freien Kritik von Mitte Januar bis Mitte Februar — einschneidende Beschränkungen vorgeschrieben: Offene und freie Diskussionen, Wandzeitungen und breite Debatten sollte es nur auf der Ebene der Armeehauptquartiere, Militärregionen, Provinzmilitärdistrikte und -unterdistrikte geben, auf der mittleren Befehlsebene und in den Basiseinheiten aber ausdrücklich nicht. Dort sollte grundsätzlich nur mit der „Erziehung durch positive Beispiele'' gearbeitet werden. Der „Austausch von revolutionärer Erfahrung'' zwischen den Basiseinheiten untereinander und mit den Massenorganisationen war strikt verboten. Auch auf höherer Ebene sollte es keine eigenständigen kulturrevolutionären Kampforganisationen geben, sondern die Auseinandersetzungen sollten vom jeweiligen Parteikomitee angeführt werden. „Machtergreifungen'' von unten durfte es nur in den Randbereichen (z.B. Militärakademien) geben, nicht aber in den eigentlichen militärischen Institutionen; auch dort mußten sie von oben bestätigt werden. Die Einheit und die durchgängige Befehlsstruktur der VBA sollte unter allen Umständen gewahrt bleiben (17).

Zwar wurden in den ersten Wochen des Jahres 1967 der Marschall He Long und eine Reihe seiner Anhänger, die offen gegen die Kulturrevolution Stellung bezogen hatten, entlassen. Doch sonst war in der Armeeführung alles beim alten geblieben.

Am 24.2. betonte ein Leitartikel der Armeezeitung unter dem Titel ''Die Volksbefreiungsarmee — Pfeiler der Diktatur des Proletariats'', daß die VBA *„in der gegenwärtigen Situation eine sehr wichtige historische Mission trägt''*. Zu deren Erfüllung, so wurde immer wieder betont, sei die *„Einheit des Denkens, des Willens und des Han-*

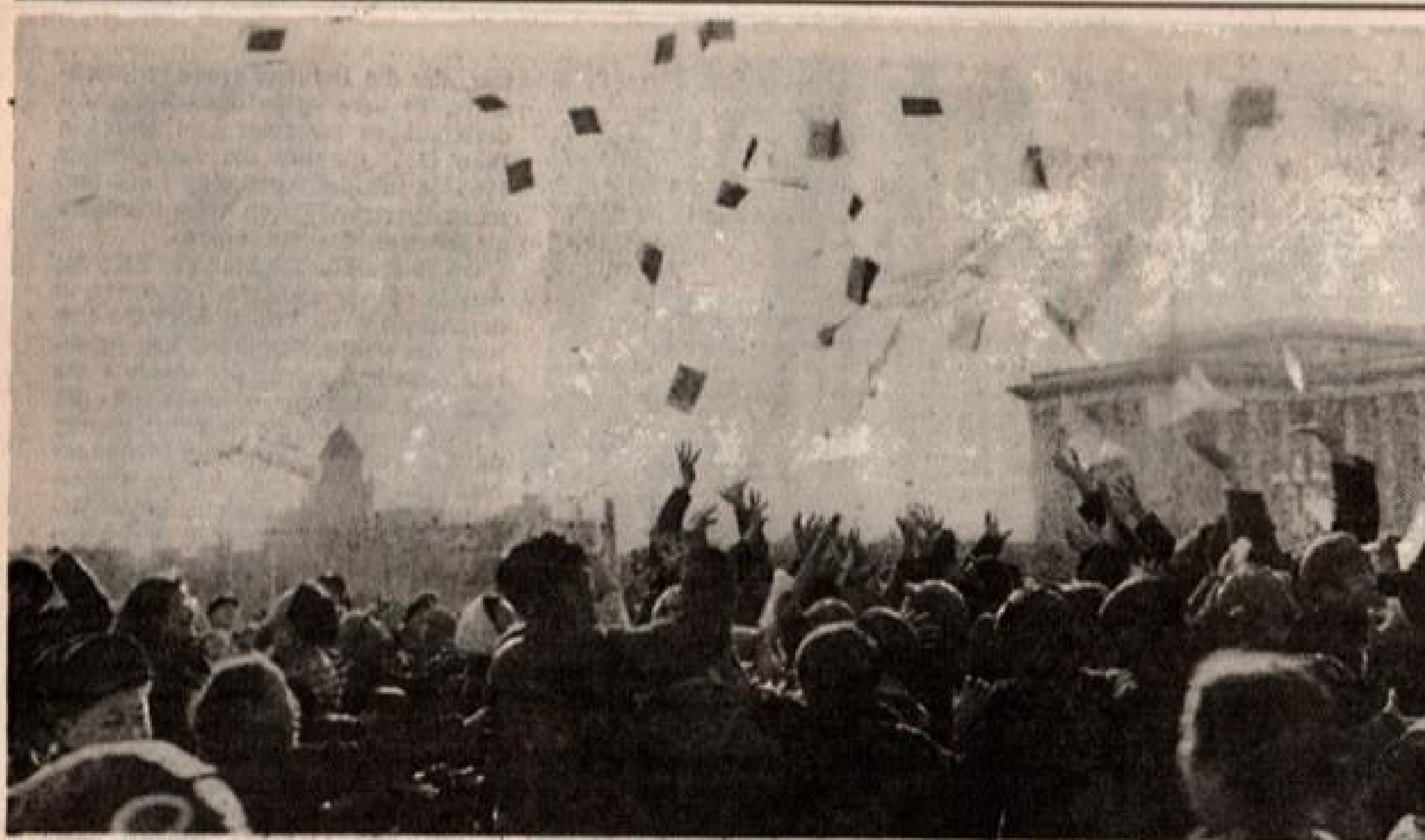
Am 24.2. betonte ein Leitartikel der Armeezeitung unter dem Titel ''Die Volksbefreiungsarmee — Pfeiler der Diktatur des Proletariats'', daß die VBA „in der gegenwärtigen Situation eine sehr wichtige historische Mission trägt''. Zu deren Erfüllung, so wurde immer wieder betont, sei die „Einheit des Denkens, des Willens und des Han-

delns'' unabdingbar, besonders bei der *„Unterstützung der revolutionären Massen''* und der *„konsequenten Unterdrückung von Konterrevolutionären''*. Von Kulturrevolution in der Armee gegen die bürgerlichen Armeeführer oder auch nur kritischer Diskussion über das konkrete Eingreifen in die Massenkämpfe (wer sind eigentlich am Ort die Revolutionäre, wer die Konterrevolutionäre) war in dem Artikel dagegen nicht die Rede (18).

Das Nicht-Zulassen bzw. Abwürgen der kritischen Diskussion schuf die Grundlage dafür, daß unter der Führung vor allem auf Ordnung und Sicherheit bedachter Offiziere Einheiten der Armee g e g e n die Massenbewegung eingesetzt werden konnten.

Das Eingreifen der Armee im Januar 67

Zum ersten Mal griffen Militärs in der Provinz Shaanxi in die Massenkämpfe ein. Am 14. Januar (also noch vor der entsprechenden Anweisung Maos!) setzte der dortige VBA-Kommandeur die Bildung eines „Rebellenoberkommandos'' durch, das das alte Parteikomitee absetzte und dessen Macht übernahm. *„In diesem ‚Oberkommando' befinden sich nur wenige genuine Rebellen, dafür zahlreiche Vertreter von Massenorganisationen der Arbeiteraristokratie in den Taiyüaner Großbetrieben sowie Führungskader, die sich von der alkten Parteileitung um Wei Heng und Wang Chien abgesetzt und der Armee zugewandt hatten''* (19). Das „Rebellenoberkommando'' sah sich heftigen Angriffen ausgesetzt, da es nur die ‚gemäßigte' Fraktion der Rebellenbewegung repräsentierte. Um seine Autorität zu unterstreichen, ließ daher Garnisonskommandeur Chen Jingyu, zweimal, am 28. und 30. Januar, Panzer durch die Straßen Taiyuans rollen. Es wurde sogar eine provisorische „Kommune'' ausgerufen (am 4.2.), um den Linken den Wind aus den Segeln



„Die revolutionären Rebellen wissen sehr genau, daß die Revolution nicht mit einem Gastmahl oder mit dem Verfassen eines Gedichts verglichen werden kann; sie ist eine Revolte, ein Gewaltakt, in dem eine Klasse eine andere stürzt. Um die revolutionäre Linie des Vorsitzenden Mao zu verteidigen, haben sie viele Handlungen unternommen, von denen gesagt wird, daß sie ‚alle Gesetze brechen'. ‚Alle Gesetze brechen' heißt gerade Revolution! ‚Alle Gesetze brechen' heißt gerade Rebellion! Diese Handlungen, die ‚alle Gesetze brechen', sind revolutionäre Handlungen, die neue Wege erschließen".
Wenhibao, 6.1.67

zu nehmen. Die Auseinandersetzungen waren jedoch weiter so massiv, daß erst am 18. März das Provinzrevolutionskomitee (RK) gebildet werden konnte. (Die „Kommune" war stillschweigend wieder in der Versenkung verschwunden.)

Die 245 Mitglieder des RK setzten sich aus 118 Vertretern der Massenorganisationen, 68 Vertretern der VBA und 59 „revolutionären Kadern" zusammen. In dem „Ständigen Ausschuß" des RK, der faktisch die Macht ausübte, sah die Sache jedoch ganz anders aus: Dort saßen einem Vertreter der Rebellenbewegung zwei VBA-Vertreter und vier „revolutionäre Kader" gegenüber. Vorsitzender wurde Liu Kuoping, früher Vizegouverneur der Provinz und führender Mann auch schon des „Rebellenoberkommandos" (20).

Ebenfalls noch Mitte Januar verdrängte der Kommandeur der Militärregion Qinan, Yang Dazhi, die aus sechs radikalen Gruppen bestehende Rebellenallianz von den eroberten Machtpositionen in der Provinzhauptstadt Qingdao und ersetzte sie durch eine Dreier-Koalition unter dem Namen „Revolutionäres Rebellen Komitee" (21).

In Heilongjiang schließlich entstand Ende Januar das erste offizielle Revo-

Machtpositionen in der Provinzhauptstadt Qingdao und ersetzte sie durch eine Dreier-Koalition unter dem Namen „Revolutionäres Rebellen Komitee" (21).

In Heilongjiang schließlich entstand Ende Januar das erste offizielle Revo-

lutionskomitee (siehe unten). Unmittelbar nachdem die Pekinger Volkszeitung am 25.1. das Vorgehen in Shaanxi ausdrücklich begrüßt hatte, *„ergriffen Wang Jiaodao (VBA-Befehlshaber der Provinz) und der Erste Parteisekretär Pan Fusheng die organisatorische Initiative, mobilisierten die Arbeiter vornehmlich der Eisenbahndepots und der Metallindustrie und drängten die um das Harbiner Militär-Technikum herum konzentrierten Rebellen beiseite"* (22). Zu diesem Zeitpunkt hatten die Rebellen bereits in fast allen wichtigen Institutionen „die Macht ergriffen", waren aber mit dem Widerstand rechter Organisationen konfrontiert. Durch die Armee wurde nun einerseits der Widerstand der Rechten gebrochen, andererseits aber ihre breite Basis sowie eine ganze Anzahl ihrer leitenden Kader politisch in die neue Provinzverwaltung integriert, während die radikale Linke von vornherein ausgegrenzt blieb. Die Vertreter der Rebellengruppen spielten im RK eine zunehmend geringere Rolle und wurden auch auf der Ebene der einzelnen Betriebe und Institutionen zurückgedrängt. Chef des Provinz-RKs wurde Pan Fusheng, sein Stellvertreter Wang Jiaodao (23).

Immerhin hatten in den genannten Fällen die Militärs zumindest im nachhinein die Billigung der zentralen Instanzen (warum, wird weiter unten noch die Rede sein); ihr Vorgehen wurde in der Parteipresse als beispielhaft gepriesen. Anderswo stellten sich VBA-Kommandeure jedoch auch offen gegen die Politik der KRG (24).

Bei den Massenkämpfen in Guangzhou (Kanton) ließ sich der Chef der Großen Militärregion, Huang Yungshen, von rechten Verbänden als „Schlichter" anrufen und ließ die Rebellen durch seine „neutralen" Einheiten in drei Tage währenden Mann-zu-Mann-Kämpfen aus ihren Stellungen vertreiben. In dem von ihm ausgerufenen „Militärischen Verwaltungskomitee" waren „revolutionäre Kader" und Mitglieder rechter Massenorganisationen reichlich vertreten. Die Linke, die das „Militärische Verwaltungskomitee" in ihren Flugblättern heftig kritisierte, wurde mit einer Hetzkampagne („Konterrevolutionäre", „dunkle Elemente" etc.) in Presse und Radio belegt. In einer Nacht- und Nebelaktion, die in ganz China großes Aufsehen erregte, verhafteten schließlich Anfang März Sicherheitskräfte und Militärpolizei die wichtigsten Führer der Kantoner Linken und erklärten ihre Organisationen für aufgelöst (25).

Auch in anderen Regionen scheint dieser massive Einsatz staatlicher Machtmittel durch einen Militärkommandanten Nachahmer gefunden zu haben.

Ein undurchsichtiges Kapitel stellt das Verbot der sogenannten „nationalen Organisationen" dar, das am 12.2. vom ZK ausgesprochen wurde. Gemeint waren Gruppen, die sich nicht auf einen nur lokalen Organisationsrahmen beschränkten. Ihnen wurde vorgeworfen, durch eine kleine Gruppe von Söhnen und Töchtern höherer Kader aufgebaut und nach elitären Prinzipien geleitet worden zu sein, um die ‚Parteimachthaber auf dem kapitalistischen Weg' in Schutz zu nehmen. Es ist heute schlechterdings unmöglich herauszufinden, inwieweit das stimmte oder inwieweit auch (oder vor allem) linke Kräfte von dem Verbot betroffen waren, die versuchten, die dringend notwendige nationale Koordinierung der zersplitterten Kämpfe zu schaffen (26).

Kulturrevolution und Armeeeinsatz auf dem Land

Kulturrevolution und Armeeeinsatz auf dem Land

Auf dem Land nahm die Kulturrevolution einen anderen Verlauf als in den großen städtischen Zentren. In dem politischen Freiraum, der in den ersten Januarwochen entstanden war, gingen erhebliche Teile der Bauernschaft daran, ihre unmittelbaren materiellen Interessen gegen „den Staat" durchzusetzen.

Während der Restaurationsperiode von 1961-65 (und z.T. auch schon vor der Periode des Großen Sprungs) hatten sich zwei Widersprüche herausgebildet, die für einige Erbitterung unter den chinesischen Bauern sorgten (die immerhin 80 % des chinesischen Volkes ausmachen).

Einmal hatte die (Wieder-)Zulassung von Privatland, -handel und von freien Märkten dazu geführt, daß sich eine neue Schicht reicher Bauern herausbilden konnte, die eng mit den lokalen Partei- und Kommunestrukturen verflochten war, während gleichzeitig die Organisationen armer Bauern ihren politischen Einfluß einbüßten. Zugleich entstand wieder eine Schicht von Landarbeitern, *„zumeist junge Leute, die sich ihren Lebensunterhalt damit verdienten, daß sie den Arrivierten ihr angeschwollenes Familienland bestellen halfen oder beim regen Handelsbetrieb die Verlade- und Transportarbeit übernahmen, oder gar — durchaus illegal, aber trotzdem vorhanden — in eine Art Pächterverhältnis zur neuen ländlichen Oberschicht traten"* (27).

In der staatlichen Wirtschaftspolik hatte sich währenddessen ein Akkumulationsmodell durchgesetzt, das einseitig auf Kosten der Bauern ging. Durch die staatliche Handelsorganisation, der die Bauern den größten Teil ihres Getreideüberschusses zu relativ niedrigen Preisen verkaufen mußten, wurde das Kapital für die riesigen Industrie- und Infrastrukturinvestitionen abgeschöpft, die zum Aufbau der nationalen Volkswirtschaft notwendig waren. Da diese Gelder vor allem (mit Ausnahme der Großen-Sprung-Periode) in Großprojekte in den wenigen Industriezentren, und zwar ganz überwiegend in die Großindustrie, gesteckt wurden, brachten sie den Bauern keinerlei sichtbare Verbesserung ihres harten Lebens. Sie sahen sich durch „die Städte" ausgeplündert.

Dieser zweite Widerspruch wurde für die weitere Entwicklung bestimmend. In großen Teilen des Landes wurden „Sofortmaßnahmen" zur Hebung des bäuerlichen Lebensstandards gefordert, Getreideablieferungen verweigert und die alten Partei-, Rechnungs- und Verwaltungsbehörden vom Dorf verjagt. Das Getreide wurde dann auf lokalen freien Märkten verkauft, die überall aus dem Boden schossen.

Mancherorts ging man noch weiter: Nicht nur die Getreideüberschüsse wurden verteilt, sondern auch die kollektiven Guthaben der Kommunemitglieder, die Invbestitions- und sozialen Versorgungsfonds und die Saatgutlager. *„Vor allem im nordchinesischen Raum wurde die ‚Lehre von den drei Alles' propagiert (‚Alles aufessen! Alles aufteilen! Alles aufbrauchen!')"* (28).

Wenn R. Hoffmann das lediglich dem *„antiautoritären, antietatistischen Grundzug der Rebellenideologie"*, genährt durch *„uralte anarchistische Neigungen der chinesischen Bauernschaft"* (29) zuschreibt, ist das doch ein bißchen blauäugig. Die Wiederherstellung freier Märkte, die Ruinierung der kollektiven Wirtschaft und die teilweise Wiederaufrichtung kapitalistischer Produktionsverhältnisse mußte kurz über lang vor allem den reichen Bauern, die auch im Handel stark engagiert waren, zugute kommen. Die Verweigerung der Getreideablieferungen und die Zerschlagung der staatlichen Versorgungsorganisation mußte in kurzer Zeit zu einer schweren Versorgungskrise in den Städten führen. Kräfte, die auf eine offene Konterrevo-

engagiert waren, zugute kommen. Die Verweigerung der Getreideablieferungen und die Zerschlagung der staatlichen Versorgungsorganisation mußte in kurzer Zeit zu einer schweren Versorgungskrise in den Städten führen. Kräfte, die auf eine offene Konterrevo-

lution hofften, dürften mit vollem Einsatz an der Förderung solcher Tendenzen gearbeitet haben.

Der massive Einsatz von „Propaganda-Trupps" der VBA auf dem Land ab Februar 67 war anscheinend das einzige zur Verfügung stehende wirksame Mittel, zumindest die Frühjahrsbestellung der Felder im erforderlichen Umfang sicherzustellen. Andernfalls wäre eine miserable Ernte und eine katastrophale Hungersnot zu befürchten gewesen. Die offiziell ausgegebene Parole hieß nun: „Weniger feiern, weniger Revolution machen, mehr produzieren" (30). *„Überall wo die VBA in die Dörfer einzieht, werden sogenannte ‚Produktionskomitees' gebildet, denen die alten Kader, vornehmlich die alten Finanzkader, angehören, und die, von den militärischen Einheiten sorgfältig überwacht, nahezu diktatorische Vollmachten erhalten"* (31). Revolution sollte nun nur noch per ideologischer Schulung und Steigerung der Produktion stattfinden.

Die wirklichen Widersprüche, die zu dem Aufstand der Bauern geführt hatten, wurden von den staatlichen Stellen und der KRG nicht angegangen. Das Problem der ungleichen Entwicklung von Stadt und Land, das eine enorme Sprengkraft für das Bündnis von Arbeitern und Bauern, und damit für die Grundlage jeder sozialistischen Entwicklung in China in sich barg, wurde in den vielen Veröffentlichungen dieser Zeit zur Kulturrevolution auf dem Land nicht einmal benannt (32).

Kurs auf Konsolidierung

Die leitenden Organe von Staat und Partei, die zu dieser Zeit eine Rolle in der Öffentlichkeit spielten — das ZK der KPCh, die Militärkommission des ZK, der Staatsrat und besonders die zentrale Gruppe für Kulturrevolution, die die wichtigsten Medien kontrollierte — hatten den Rebellensturm in den ersten' Januarwochen selbst mit angefacht oder doch zumindest offiziell begrüßt. Im Februar wurde hier ein Kurswechsel deutlich — in Richtung einer Konsolidierung der „chaotischen" Verhältnisse im Land und in Richtung „geordneter Bahnen" für die Massenbewegung.

Der Januarsturm wurde durch die „Februar-Gegenströmung" und den „Schwarzen Märzwind" abgelöst, wie es die Rebellen ausdrückten.

„An der Revolution festhalten und die Produktion fördern!", hieß der Slogan, der Ende Jauar wieder groß in Mode kam. Die Betonung lag auf dem zweiten Halbsatz, und der bezeichnete auch das unmittelbare Ziel der Konsolidierungspolitik. Durch die Kämpfe in den Betrieben ebenso wie durch die Bauernaufstände war die Produktionstätigkeit in weiten Bereichen drastisch abgesunken oder ganz zusammengebrochen. Die zentralen Stellen setzten ihre ganze Autorität ein, diese Entwicklung zu stoppen und umzukehren. „Wirtschaftlichkeit bei der Revolution und Schutz des Staatseigentums" (33) rückten in den Mittelpunkt der „revolutionären Politik".

Die „Dreierverbindung"

In den Januartagen war die Parole aufgestellt worden „Alle Macht den revolutionären Rebellen!". *„Nur wenn alle Macht auf die revolutionären Rebellen übergegangen ist, wird es möglich sein, das geregelte Voranschreiten der umfassenden Demokratie unter der Diktatur des Proletariats zu sichern"* (34).

Nun hieß die Parole „Schließt ein großes Bündnis!". Institutionalisiert wurde dieses Bündnis in Form der

übergegangen ist, wird es möglich sein, das geregelte Voranschreiten der umfassenden Demokratie unter der Diktatur des Proletariats zu sichern" (34).

Nun hieß die Parole „Schließt ein großes Bündnis!". Institutionalisiert wurde dieses Bündnis in Form der

„Dreierverbindung", die alle relevanten gesellschaftlichen Kräfte umfassen sollte: Die revolutionären Massenorganisationen der Rebellen, die örtlichen VBA-Garnisonen und die „revolutionären Kader", die aus den etablierten Führungsorganen hervorgegangen waren. Auf keines dieser drei Bestandteile könne verzichtet werden und keines dürfe in irgendeiner Weise vernachlässigt werden. Die Revolutionskomitees, die ausdrücklich als „provisorische Machtorgane", d.h. nicht als endgültige neue Form der Machtausübung bezeichnet wurden, wurden nach dieser Formel der Dreierverbindung aufgebaut. Nachdem das erste RK Ende Januar in Heilongjiang ausgerufen worden war, folgten bis April (danach trat eine Stockung bis zum August 67 ein) rasch aufeinander die Bildung von RKs in den Provinzen und Städten Shandong, Shanghai, Guizhou, Shaanxi und Peking. Für ihre Zusammensetzung ist die oben angeführte Mitgliederverteilung des Shaanxi-RK typisch: ca. 50 % Vertreter der Massenorganisationen und je ca. 25 % „revolutionäre Kader" und Armeevertreter — wobei die letzteren auf Führungsebene stets ein klares Übergewicht hatten.

Nach dem Vorbild der RKs sollten Organe der Dreierverbindung die Macht in allen gesellschaftlichen Bereichen übernehmen, und zwar auch wieder unter maßgeblicher Mitarbeit der VBA: *„In den Institutionen, wo die Machtentreißung notwendig ist, ist, von den oberen bis zu den unteren Ebenen, die Mitwirkung der Vertreter der Armee oder Volksmiliz bei der Bildung der ‚Dreierverbindung' unbedingt erforderlich. Sowohl in Fabriken und Dörfern, im Finanz- und Handelswesen als auch auf dem Gebiete der Kultur und im Bildungswesen (Hoch-, Ober- und Grundschulen), in Parteiorganisationen, Regierungsinstitutionen und Massenorganisationen muß so verfahren werden. Die Entsendung von Armeevertretern in alle Stellen auf Kreisebene oder höher und die Delegierung von Vertretern der Volksmiliz in alle Volkskommunen und alle ihnen unterstellten Abteilungen sind eine ausgezeichnete Maßnahme. Reichen die Armeevertreter nicht aus, können ihre Posten zeitweilig unbesetzt bleiben und später besetzt werden"* (35).

Die VBA wurde so damit betraut, den angepeilten gesellschaftlichen Kompromiß auf allen Ebenen und in allen Bereichen praktisch durchzusetzen. Sie allein hatte die Machtmittel in der (Hinter-)Hand, auf eine Eindämmung der allgegenwärtigen Kämpfe und des „Chaos" in den Einheiten zu drängen und sowohl den Großteil der Rebellen als auch die überwiegende Mehrheit der alten Kader in das „Große Bündnis" zu überführen (36).

Entsprechend fiel die politische Rückendeckung für die VBA aus: *„Die Haltung, die man gegenüber der Volksbefreiungsarmee einnimmt, ist gleichbedeutend mit der Haltung gegenüber der Diktatur des Proletariats und ist auch ein wichtiger Prüfstein dafür, ob man zum wirklichen revolutionären Flügel gehört oder nicht"*, schrieb die „Rote Fahne" von Maos Vertrautem Chen Boda (37).

Diese Heiligsprechung der VBA stand in krassem Gegensatz zu den vorhandenen Widersprüchen in der VBA und zu ihrem keineswegs durch und durch proletarischen Charakter.

Zwar, so hieß es, könnten einzelne Genossen der VBA Fehler begehen. Die Rebellen müßten dann *„in angebrachter Form den verantwortlichen Genossen der Armee die Lage auseinandersetzen und ihre Vorschläge unterbreiten. Jedoch dürfen sie keinesfalls diesen Genossen entgegentreten und erst recht nicht den Hauptstoß des Angriffes gegen die Volksbefreiungsarmee richten"* (38).

Zusammen mit den entsprechenden

andersetzen und ihre Vorschläge unterbreiten. Jedoch dürfen sie keinesfalls diesen Genossen entgegentreten und erst recht nicht den Hauptstoß des Angriffes gegen die Volksbefreiungsarmee richten" (38).

Zusammen mit den entsprechenden

armee-internen Anordnungen wurde so jedem entschiedenen Widerstand gegen die bürgerlichen Tendenzen in der Armee und die Befehle rechter VBA-Kommandeure die Berechtigung abgesprochen. Eine entscheidende Stütze der Macht der neuen Bourgeoisie Chinas, die „bürgerlichen Machthaber in der Armee", wurde nicht nur unangetastet gelassen, sondern auch noch mit der Kontrolle der Rebellenbewegung betraut.

Die Anstrengungen zur Eindämmung des ungezügelten Rebellensturms finden sich auch in den Anordnungen wieder, die die Machtübernahme in zentralen Institutionen durch Rebellen von außen verboten. In den verschiedenen Organen und Abteilungen des ZK, dem Ministerium für öffentliche Sicherheit, dem Außenministerium, verschiedenen mit Rüstungsindustrie beauftragten Institutionen, dem Finanzministerium sowie den zentralen Massenmedien („Volkszeitung", „Rote Fahne", VBA—Zeitung und allen Rundfunkstationen) — also den zusammen mit der VBA wichtigsten Schaltstellen der Macht! — hatten nicht aus diesen Einheiten stammende Rebellen nichts zu suchen (39).

Die meisten dieser Institutionen wurden unter militärischen Schutz gestellt, ebenso die Parteiarchive und Geheimdokumente.

„Proletarische Disziplin" hieß das neue, vielzitierte Schlagwort; der alte Slogan „Rebellion ist gerechtfertigt!" war dagegen nur noch selten zu hören.

Die Kaderfrage

Bei der Bildung der RKs tauchte ein Problem auf, das in der Auseinandersetzung in den ganzen folgenden Monaten eine zentrale Rolle spielte: In der Januarrevolution war eine große Zahl von führenden Kadern von ihren Posten abgesetzt worden (40). Jetzt wurde in der Parteipresse immer wieder betont, die „revolutionären Kader" müßten „die Rolle eines Kerns und des Rückgrats" der neuen Machtorgane übernehmen (29). Entsprechend wurden die Rebellen in der Parteipresse aufgefordert: *„Die leitenden Kader, die an der proletarischen revolutionären Linie festhalten, sind wertvoller Besitz der Partei. Sie können zur Kerntruppe im Kampf um die Macht werden und in diesem Kampf auch die Führung übernehmen ... Wenn die revolutionären leitenden Kader sich erheben, ... so müssen die revolutionären Massenorganisationen sie unterstützen. Man*

muß berücksichtigen, daß diese Kader verhältnismäßig reiche Kampferfahrung haben, politisch reifer sind und recht gutes Organisationstalent besitzen. Ihre Zugehörigkeit zum Führungskern ist besonders günstig zur Machtergreifung und Machtausübung'' (30).

In der Praxis wurde zur entscheidenden Frage (und deshalb habe ich oben den Ausdruck ,,revolutionäre Kader'' stets in Anführungszeichen gesetzt), welche der Kader, die sich der Massenbewegung als neue Führer andienten, denn nun (anhand welcher Kriterien) als revolutionär angesehen werden konnten.

In der Presse wurde dazu immer wieder ein Mao-Wort zitiert: die weit überwiegende Mehrheit der Kader sei ,,gut oder verhältnismäßig gut''. (Speziell von den Leitungskadern hatte Mao allerdings nicht gesprochen). Diesen Kadern müsse man vertrauen, wenn sie Selbstkritik übten und gegen die ,,Handvoll bürgerlicher Machthaber in der Partei'' Stellung bezögen, auch wenn sie früher Fehler begangen hätten. Die Kader mußten lediglich vor einer Massenversammlung ,,das Tor durchschreiten'', d.h. eine Selbstkritik ablegen; danach sollten sie von den Rebellen mit offenen Armen aufgenommen werden.

Wie billig ein solcher revolutionärer Persilschein oft zu haben war, wird am Fall des Gouverneurs von Guizhou, Li Li, deutlich, der vor seiner Aufnahme ins RK folgende ,,selbstkitische'' Erklärung abgab: ,,*Im Anfang der Kulturrevolution habe ich die Dinge nicht richtig gesehen und dabei schwere Fehler gemacht. Selbstverständlich werde ich diese Fehler den proletarischen Revolutionären offenlegen und gründlich mit der alten bürgerlich-konterrevolutionären Linie brechen. Ich werde mich nun völlig auf die Seite der proletarisch-revolutionären Politik des Vorsitzenden Mao stellen, mit der proletarischen Revolution zusammenarbeiten, zusammen kämpfen, zusammen siegen''* (41). Damit hatte sich die Sache, und Li Li konnte seinen Platz als 2. Vorsitzender des RK einnehmen.

Besonders krass fiel die Rehabilitierungspolitik auf dem Land aus. Die Pekinger Zeitung verkündete als Leitsätze: **,,In den Dörfern geht jetzt alles darum, die in der Kulturrevolution entfesselten himmelhohen Energien für die Vorbereitung zur Frühjahrsbestellung einzusetzen und so die große geistige Macht der Maotsetungideen in eine gewaltige Produktionskraft zu verwandeln. ...Die ländlichen Führungskader auf allen Ebenen sollen sich Mühe geben und die Frühjahrsarbeit gut verrichten. ...Sie sollen aktiv unter die Massen gehen, mit ihnen zusammen arbeiten, die Arbeit energisch beaufsichtigen und so neue Verdienste erwerben. Selbst schwer verschuldete Kader können sich auf diese Weise Verzeihung erarbeiten''** (42).

Aus dem Fangshan-Kreis im Pekin-

Selbst schwer verschuldete Kader können sich auf diese Weise Verzeihung erarbeiten'' (42).

Aus dem Fangshan-Kreis im Pekin-ger Hinterland wird zum Beispiel berichtet, nach Ankunft des Armeekommandos seien alle Produktionsgruppenleiter und alle Brigadenführer sowie die Buchhalter und die speziellen Rechnungsführer für die Berechnung der Arbeitspunkte sämtlichst rehabilitiert worden (43). Alles blieb also beim Alten.

Hinter diesem scheinbar von der gesamten Parteiführung gemeinsam getragenen Konsolidierungskurs standen jedoch unterschiedliche politische Absichten und Konzepte, also ein Zweckbündnis unterschiedlicher Kräfte und fraktioneller Gruppen. Diese Dinge sollen demnächst in einem weiteren Artikel dieser Folge im nächsten AK behandelt werden.



,,»Rebellion ist gerechtfertigt«. Das ist für immer die Losung der Proletarischen Revolutionäre. Die Art, wie ihr diese Losung auffaßt, und die Haltung, die ihr den revolutionären Rebellen gegenüber einnehmt, bilden den Prüfstein, ob ihr Marxisten oder Pseudomarxisten seid''.
Wenhuibao, 6.1.67

Anmerkungen

1) Siehe dazu AK 204, S. 43
2) Noch am 28.11.66 rückte in Peking die VBA aus, um eine Konferenz von linken Rotgardistenverbänden und Jungarbeitergruppen zu unterbinden (nach Rainer Hoffmann: Maos Rebellen. Sozialgeschichte der chinesischen Kulturrevolution, Hamburg 1977, S. 148)
3) Vgl.dazu AK 202, S. 41 f.
4) In dieser Zeit nach dem Januar 67 entstanden die ersten Analysen der Rebellen über die grundlegenden politischen und sozialen Konflikte der letzten 17 Jahre. Vgl. AK 202
5) Proletarische Allianz Hunan: Wohin geht China?, nach „Rote Fahne" der Kantoner Druckarbeiter, Nr. 5, März 1968; engl. Übersetzung in Survey of the China Mainland Press (SCMP), No. 4190 (4.6.68), S. 1 — 18; deutsch leicht gekürzt bei Klaus Mehnert: Peking und die neue Linke. Analyse und Dokumente, Stuttgart 1969, S. 80 — 96.
   Das Dokument liefert eine sehr umfassende Einschätzung der einzelnen Phasen der Kulturrevolution aus der Sicht der sogenannten Ultralinken. Die Proletarische Allianz Hunan kritisiert darin die Errichtung der Revolutionskomitees und greift namentlich Zhou Enlai und Hua Guofeng (damals noch Provinzmilitärbefehlshaber in Hunan) als Exponenten der bürgerlichen Restauration an. In seinem theoretischen Niveau liegt das Papier um Klassen über allem, was an offiziellen Parteidokumenten oder Analysen der späteren „Viererbande" (in der „Roten Fahne") veröffentlicht wurde.
6) Zum „Ökonomismus" und der rechten Arbeiterorganisationen vgl. Hoffmann: Rebellen, S. 77 — 85, und Jürgen Domes: Die Ära Mao Tse-tung. Innenpolitik in der Volksrepublik China, Stuttgart, Berlin, Köln, Mainz 1971, S. 160
7) Hoffmann: Rebellen, S. 87
8) Ebd.
9) Wenhuibao, 23.3.67; zit. nach Hoffmann: Rebellen, S. 90
10) Jinggangsham (Qinghua-Universität), 7.1.67; zit. nach Hoffmann: Rebellen, S. 89
11) Dongfanghong, Peking, 28.1.67, zit. nach Domes: Ära, S. 162
12) Siehe z.B. Current Background, No. 852, S. 49
13) Edgar Snow: The Other Side of the River, New York 1962, S. 28
14) Die meisten Kampagnen zielten allerdings weniger auf das politisch-ideologische Niveau und die Fähigkeit zur Kritik auch gegenüber den eigenen Offizieren, sondern vielmehr — anhand der Beispiele einzelner „Helden" (wie des 1963 ums Leben gekommenen „braven Soldaten" Lei Feng) — auf Pflichterfüllung, Opferbereitschaft und Heldenmut bei den einzelnen Soldaten.
15) Zwischen Luo Ruiqing und Lin Biao gab es auch weitreichende strategische Differenzen: Vgl. Luo Ruiqing: Gedenkt des Sieges über den deutschen Imperialismus! Führt den Kampf gegen den US-Imperialismus zu Ende! Peking 1965, und Lin Biao: Über den Sieg im Volkskrieg, Peking 1965. Während Luo gemeinsame Aktionen Chinas und der Sowjetunion zur Unterstützung Vietnams befürwortete, lehnte Lin Biao solche (von der SU vorgeschlagenen) Aktionen ab und propagierte den lang andauernden Volkskrieg. Vgl. auch: Die Volksrepublik China. Eine kommentierte Chronik, Berlin (DDR) S. 153 — 158
16) Jiefangzhun Bao und Xinhua, 14.1.67; nach SCMP No. 3862, S.2.
   Survey of the China Mainland Press (SCMP) und Current Background (CB) (beide herausgegeben vom US-Generalkonsulat in Hongkong) sowie Union Research Service (URS) (herausgegeben vom Union Research Institute, Hongkong), sind Übersetzungsdienste, die fast täglich (SCMP) bzw. zweiwöchentlich nach thematischen Schwerpunkten (CB, URS) Übersetzungen von Artikeln aus chinesischen Zeitungen und der Presseagentur Xinhua, Flugblättern etc. zusammestellen (vergleichbar mit dem Monitor-Dienst der Deutschen Welle bzw. dem Summary of World Broadcast des BBC, die Übersetzungen von Rundfunksendungen verbreiten).
17) Anweisungen der Militärkommission des ZK vom 11., 16. und 21.2.67, nach CCP Documents of the Great Proletarian Cultural Revolution, Hg. v. Union Research Institute, Hongkong 1968, S. 267 — 269, S. 289 — 291 und 337 f.
   Mit diesen Anweisungen wurde der Befehl der Militärkommision vom 28.1. teilweise wieder aufgehoben, der Wandzeitungen und breite Debatten als Mittel des Kampfes ausdrücklich empfohlen hatte. Diesen letzteren Befehl hatte Mao als „sehr gut" bezeichnet.
18) Jiefangzhun Bao und Remin Ribao, 24.2.67; zit. nach SCMP, No. 3895, S. 1 — 3
19) Hoffmann: Rebellen, S. 92
20) Informationen zu Shaanxi nach Hoffmann: Rebellen, S. 92 f., Jürgen Domes: The Role of the Military in th Foundation of the Revolutionary Commitees 1967-68, in The China Quarterly, No. 44, S. 113 und 118, Philip Bridgham: Maos Cultural Revolution 1967: The Struggle to Seize Power, in The China Quarterly, No. 34, S. 12. Dokumente des „Rebellenoberkommandos" sind wiedergegeben in Joachim Schickel (Hg.): Mao Tse-tung — Der große strategische Plan. Dokumente zur Kulturrevolution, Hamburg 1969, S. 243 — 253 (Nachrucke aus Pekinger Rundschau)
21) Hoffmann: Rebellen, S. 93
22) Hoffmann: Rebellen, S. 94
23) Pan war 1958 als Provinzparteichef von Henan geschaßt worden, angeblich weil er gegen die Bildung von Volkskommunen eintrat. Seit Mai 66 war er Provinzparteichef in Heilongjiang (anstelle eines abgesetzten Peng Zhen-Anhängers), hatte eine Reihe von Repressionsmaßnahmen gegen die Roten Garden zu verantworten und war erst im Herbst 66, als sich der Zusammenbruch der alten Strukturen schon abzeichnete, auf die Seite der Rotgardisten „übergetreten". Die Ausrufung der Kommune von Harbin (der Hauptstadt Heilongjiangs) bleib ebenso wie in Shaanxi rein formal; am 27.2. wurde sie durch ein städtisches RK ersetzt, von dessen 25 Mitgliedern 21 der alten Partei- und Verwaltungselite angehörten. Informationen über die Vorgänge in Heilongjiang nach Margie Sargent: The Cultural Revolution in Heilungkiang, in The Cultural Revolution in the Provinces, Cambridge/Mass. 1971, S. 19 — 40; Domes: Role of the Military, S. 116, und Hoffmann: Rebellen, S. 94 und 201
24) Domes: Ära, S. 165, nennt 10 Provinzen, in denen die Militärkommandanten die Durchführung der Direktive Maos verweigerten: Jilin, Liaoning, Henan, Shaanxi, Qinghai, Hubei, Hunan, Guangdong, Sichuan und Gansu.
25) Vgl. Hoffmann:Rebellen, S. 118 — 125
26) Alle diese Organisationen, so hieß es, hätten „Diebstahl, Raub, Entführung, Schwindel, Ausschweifung, Totschlag und jedes andere Verbrechen" begangen, um den Kapitalismus zu restaurieren. Konkret hörte sich das dann allerdings so an: Dem Allgemeinen Nationalen Rebellen-Corps der Roten Arbeiter (einer Organisation der Zeit- und Vertragsarbeiter) wurde vorgeworfen, es hätte in Peking Ministerien gestürmt, Mitglieder der chinesischen Gesandschaften eingekreist und angegriffen und überall die Macht ergriffen. Weiter hätte es „ökonomistische" Forderungen nach besseren Löhnen gestellt. (Sportkampffront, Pekinger Sporthochschule, zit. nach SCMP No. 3913). Die Beschreibung der Aktionsformen und Forderungen paßt genauso auf eine radikal linke Gruppe.
   Ein anderes Beispiel: Das Pekinger Vereinigte Aktionskomitee der hauptstädti-
3913). Die Beschreibung der Aktionsformen und Forderungen paßt genauso auf eine radikal linke Gruppe.
   Ein anderes Beispiel: Das Pekinger Vereinigte Aktionskomitee der hauptstädti-schen Roten Garden (VAK) wird allgemein als übelstes konterrevolutionäres Komplott gehandelt, als intime Freunde von Liu und Deng etc. R. Hoffmann (Rebellen, S. 144 — 152); dagegen zählt das VAK zu den ultralinken, basisdemokratisch-anarchistisch orientierten Gruppen, die die KRG von links kritisiert hätten, und verweist auf die Rolle der Führer des VAK als Rotgardisten der ersten Stunde, die schon im Sommer 66 heftigen Widerstand gegen die liuistischen Arbeitsgruppen geleistet hätten.
27) Hoffmann: Rebellen, S. 64
28) Hoffmann: Rebellen, S. 71
29) Ebd
30) Pekinger Zeitung, 8.2.67; zit. nach Hoffmann: Rebellen, S. 71
31) Hoffmann: Rebellen, S. 102
32) In den Jahren nach der Kulturrevolution wurde allerdings eine gewisse Dezentralisierung der Industrieansiedlung vorgenommen und damit auch das flache Land ein Stück weit in den wirtschaftlichen Aufbau mit einbezogen.
33) Leitartikel der Renmin Ribao, 26.1.67; zit. nach Schickel, S. 256
34) Lin Weiyen (Ostrotkommune, Geologische Hochschule Peking): Alle Macht den Revolutionären Rebellen, in Guangming Ribao, 24.1.67, zit. nach SCMP No. 3874. Einige Wochen später wurde die Ostrot-Kommune, die zum „Vereinigten Aktionskomitee" gehörte, von der Guangming Ribao wüst beschimpft.
35) Über die revolutionäre Dreierverbindung, Hongqi 5/67, zit. nach Schickel, S. 301
36) Allerdings wurde dabei, von einigen Ausnahmen abgesehen, mit Mitteln der „Überzeugung" bzw. des sanften politischen Drucks gearbeitet. Die VBA-Propagandateams in den Fabriken und auf dem Land waren in der Regel unbewaffnet; größere bewaffnete Auseinandersetzungen scheint es erst ab der zweiten Jahreshälfte gegeben zu haben.
37) s. Anm. 35
38) Ebd
39) ZK-Zirkular vom 21.2.67, nach CCP Documents, S. 337 f.
40) Die Proletarische Allianz Hunan spricht davon, daß 90 % der führenden Kader (darunter versteht man im allgemeinen die Kader ab der Ebene der Kreisverwaltungen und -parteikomitees, zahlenmäßig sind das 700.000 - 1.000.000 Menschen oder 0,1 % der Bevölkerung) in der
(darunter versteht man im allgemeinen die Kader ab der Ebene der Kreisverwaltungen und -parteikomitees, zahlenmäßig sind das 700.000 - 1.000.000 Menschen oder 0,1 %der Bevölkerung) in der Januarrevolution gestürzt worden seien. (Tatsächlich waren es — aufs ganze Land bezogen — wahrscheinlich erheblich weniger). Es habe sich gezeigt, daß diese Kader eine „privilegierte Klasse" bildeten und daß „die Beziehungen zwischen ihr und dem Volk insgesamt aus einer Beziehung zwischen Führern und Geführten zu einer solchen zwischen Herrschern und Beherrschten, Ausbeutern und Ausgebeuteten geworden waren, also aus einer Beziehung zwisschen gleichwertigen Revolutionären zu einer solchen zwischen Unterdrückern und Unterdrückten. Die Sonderprivilegien und hohen Gehälter dieser Klasse der 'roten' Kapitalisten gründeten sich auf die Unterdrückung und Ausbeutung der arbeitenden Volksmassen. Also mußte diese Klasse zur Verwirklichung der 'Volkskommune China' gestürzt werden" (zit. nach Mehnert, S. 83. Vgl. auch zu den Klassenwidersprüchen in China AK 202, S. 41 - 43).
41) Beijing Ribao, 24.2.67, zit. nach Hoffmann: Rebellen, S. 107
42) Beijing Ribao, 11.2.67, zit. nach Hoffmann: Rebellen, S. 102
43) nach: Die Bauernbewegung (hg. v. Redaktionskomitee der „Vierfachen Säuberung" — Rebellengruppe, Peking), 28.2.67, zit. nach Hoffmann: Rebellen, S. 104



Fromme Wünsche — und biedere Gefühle

Die Entwicklung der USPD (III)

In den beiden letzten Ausgaben des Arbeiterkampf haben wir versucht, die Entwicklung der USPD von der zaghaften innerparteilichen Opposition in der SPD bis hin zur organisatorischen Trennung und Gründung einer eigenen Partei darzustellen. Insbesondere waren wir dabei auf das Spannungsverhältnis eingegangen, in dem sich diese Entwicklung vollzogen hatte: einerseits der Druck der SPD-Spitze auf die innerparteilichen Kritiker, andererseits wachsender Druck der Massen und Formierung der Spartacusgruppe als revolutionärer Alternative. Wir hatten herausgearbeitet, daß die Gründung der USPD — die Formierung des Zentrismus als Partei zwischen Spartacus und SPD — sowohl ein (unvermeidbarer) Schritt der Loslösung von der SPD, als auch eine (präventive) Maßnahme gegen die sich langsam aber sicher formierende kommunistische Bewegung war.
In diesem dritten Teil wollen wir etwas genauer untersuchen, wie sich dieses Spannungsverhältnis in den inhaltlichen Positionen der USPD bzw. ihres Vorläufers, der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft, zur Frage von Krieg und Frieden niederschlug, der Frage, an der entlang sich die Gründung der USPD entwickelte.
An einigen Beispielen, die noch um etliche zu ergänzen wären, wollen wir zeigen, wie sich der Zentrismus in der USPD-Programmatik widerspiegelte.



In der Stunde der Not

„In der Stunde der Not lassen wir das Vaterland nicht im Stich", mit diesen Worten mußte der spätere USPD-Mitbegründer Hugo Haase im August 1914 die Zustimmung der SPD zu den Kriegskrediten vor dem Reichstag begründen. Diese offizielle „Begründung" knüpfte nahtlos an die offizielle Version der Reichsregierung von Verteidigungskrieg an: *„Mit der Parole vom Verteidigungskrieg schien die deutsche Reichsleitung von vorneherein einen Verzicht auf Eroberungen ausgesprochen zu haben. Doch schon im Verlaufe von wenigen Wochen wandelte sich diese Parole zu dem Ziel — auch im Blick auf einen möglichen zweiten Krieg —, für die Zukunft des deutschen Reiches 'Sicherungen' und 'Garantien' zu erkämpfen, bevor die Waffen niedergelegt werden dürften"* (1). Dieser Parole — „Sicherung der deutschen Grenzen" — schloß sich auch die SPD an, natürlich nicht ohne gleichzeitig die allzu offenen annexionistischen Forderungen industrieller und großdeutscher Kreise zu verurteilen: *„...empfahl David auch in der Kriegszielfrage Konzessionen von seiten der Sozialdemokratie: 'Auch in der Frage der eventuellen territorialen Veränderungen dürfen wir uns nicht durch doktrinäre Negation in Gegensatz zu der allgemeinen Stimmung — Kompensation für die gebrachten Opfer — stellen. Scheidemann scheint diese Gedankengänge im wesentlichen zu teilen, ist aber der vorsichtige Mann, der nicht Gefahr laufen will, in die Minderheit zu kommen'. David ... wollte zur Durchsetzung dieser Politik sogar die Parteispaltung in Kauf nehmen"* (2).
Auch von einer Täuschung der SPD-Führung über den Angriffscharakter des Krieges kann keine Rede sein: *„Vor der Marneschlacht, am 15. August, hatte der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Scheidemann im Gespräch mit Parteifreunden die Auffassung vertreten, 'daß die deutsche Regierung den Krieg gewollt habe, als Präventivkrieg'. Eduard David notierte in seinem Tagebuch: 'Scheidemann ist davon überzeugt und scheint besondere Anhalte dafür zu haben'"* (3). Teilen der SPD war der offensive, imperialistische Charakter des Kriegs und die deutsche Verantwortung für seinen Ausbruch also nicht nur bekannt, sondern wurde in seiner Intention von ihnen auch unterstützt. Zum anderen war die Rolle der Sozialdemokratie von der Reichsleitung durchaus mit eingeplant. So konnte Reichskanzler Bethmann-Hollweg schon vor Kriegsaus-
dern wurde in seiner Intention von ihnen auch unterstützt. Zum anderen war die Rolle der Sozialdemokratie von der Reichsleitung durchaus mit eingeplant. So konnte Reichskanzler Bethmann-Hollweg schon vor Kriegsaus-bruch beruhigt feststellen: *„Auch von der Sozialdemokratie und dem Sozialdemokratischen Parteivorstand (sei) nichts zu befürchten, wie er aus Verhandlungen mit dem Reichstagsabgeordneten Südekum glaube schließen zu können. Von einem Generalstreik oder Partialstreik oder Sabotage werde keine Rede sein"* (4).

Die Parole des Verteidigungskrieges wie auch die Mobilisierung der antizaristischen Stimmung in der SPD entsprang vor allem dem Kalkül, ohne SPD und die von ihr geführte Arbeiterschaft den Krieg nicht führen zu können. Wie der Hase lief, mußten die SPD-Abgeordneten bereits erkennen, als sie in ihrer Zustimmungserklärung zu den Krediten einen Passus gegen die Ausweitung des „Verteidigungskrieges" zu einem Eroberungskrieg vortragen wollten, die SPD-Spitze sich aber nach Verhandlungen mit den anderen Parteien zum Verzicht auf diesen Absatz bewegen ließ.

Lediglich Karl Liebknecht wich von der „Verteidigungs"propaganda ab: *„Es handelt sich um einen imperialistischen Krieg, einen Krieg um die kapitalistische Beherrschung des Weltmarkts... Es handelt sich vom Gesichtspunkt des Wettrüstens um einen von der deutschen und österreichischen Kriegspartei ... hervorgerufenen Präventivkrieg."* (5). Auch dem allerletzten Politiker mußte klar sein, was gespielt wurde, als im September 1914 die Kriegszieldenkschrift des Alldeutschen Claß erschien, in dem es u.a. hieß, *„daß Mitteleuropa ... zusammen mit den Landesteilen, die das deutsche Reich und Österreich-Ungarn als Siegespreis gewinnen, ein großes einheitliches Wirtschaftsgebiet bilden wird, liegt als geradezu gebieterische Forderung in der Luft..."* (6). Es folgten konkrete geographische Forderungen in alle vier Himmelsrichtungen. Es wurde also bereits im September 1914 ö f f e n t l i c h über großzügige Annexionspläne diskutiert. Vor diesem Hintergrund muß die Zustimmung der SPD zu Krediten und Burgfrieden bewertet werden, aber auch die Stellungnahmen der USPD zum Charakter des Krieges, zum Burgfrieden und zur SPD.

Das Gebot der Stunde

Die Entscheidung innerhalb der SPD-Führung war also längst gefallen, als die Führer der gemäßigten SPD-Opposition im Juni 1915 — ein Jahr nach Kriegsbeginn — ihren Aufruf „Das Gebot der Stunde" veröffentlichten, in dem sie schrieben: *„Die Stunde der Entscheidung ist gekommen. Die deutsche Sozialdemokratie ist vor eine Frage gestellt, die für die Geschicke des deutschen Volkes, für die Zukunft der Kulturwelt von der größten Tragweite ist. Forderungen, die schon in früheren Monaten eine gewisse Presse sowie*
sche Sozialdemokratie ist vor eine Frage gestellt, die für die Geschicke des deutschen Volkes, für die Zukunft der Kulturwelt von der größten Tragweite ist. Forderungen, die schon in früheren Monaten eine gewisse Presse sowie
Vereinigungen, denen keine größere Bedeutung beigelegt wurde, systematisch Stimmung gemacht hatten, sind in den letzten Wochen von Persönlichkeiten in hervorragender Stellung sowie von einflußreichen Körperschaften in teilweise sogar noch verschärfter Form vertreten worden. Programme werden aufgestellt, die dem gegenwärtigen Krieg den Stempel eines Eroberungskrieges a u f d r ü c k e n " (7, Herv. vom Verf.). Es folgt eine Aufzählung verschiedener Annexionsreden konservativer und nationalistischer Politiker. *„Angesichts aller dieser Kundgebungen muß sich die deutsche Sozialdemokratie fragen lassen, die Frage vorlegen, ob sie mit ihren Grundsätzen und mit den Pflichten, die ihr als Hüterin der materiellen und moralischen Interessen der arbeitenden Klassen Deutschlands obliegen, vereinbaren kann, in der Frage der F o r t s e t z u n g des Krieges an der Seite derjenigen zu stehen, deren Absichten in schroffstem Widerstand sind zu den Sätzen der Erklärung unserer Reichstagsfraktion vom 4. August 1914, in denen diese aussprach, daß sie im Einklang mit der Internationale jeden Eroberungskrieg verurteilt. Dieser Satz w ü r d e zur Lüge gestempelt werden, wenn die deutsche Sozialdemokratie jenen Erklärungen aus den Kreisen der Machthaber gegenüber es bei dem Aussprechen akademischer Friedenswünsche bewenden ließe... Man erlaubt der deutschen Sozialdemokratie, die Kriegsmittel zu bewilligen, man geht aber kühl über sie hinweg bei den für die Zukunft unseres Volkes folgenschwersten Beschlüsse"* (8, Herv. durch den Verf.).

Wider besseren Wissens also kein Wort darüber, daß der Krieg von Beginn an ein Angriffskrieg, ein imperialistischer Annexionskrieg war, kein Wort der Kritik an der Politik der SPD im August 1914.

Der politische Bruch mit der Sozialdemokratie als Partei, der entlang der Frage der Zustimmung zu den Kriegskrediten hätte geschehen müssen, wird ausdrücklich noch einmal vertagt: *„Die gegenwärtige Gestaltung der Dinge ruft die deutsche Sozialdemokratie auf, einen entscheidenden Schritt zu diesem Ziel (wirklicher Friede) zu tun... Wir zweifeln nicht, daß unsere Partei diejenigen Folgerungen ziehen wird, die sich für unsere parlamentarische und außerparlamentarische Haltung hieraus ergeben"* (9).

Da sich, zumindest was die Haltung der USPD zum August 1914 anbetrifft, auch in den folgenden Jahren an der offiziellen Einschätzung nichts veränderte, das bis dahin deutlichste Zeichen des Überlaufens der SPD auf die Seite der Herrschenden zu keiner Zeit einer klaren Analyse und Kritik unterzogen wurde, stand die Ideologie der USPD immer auf sehr wackligen Beinen. Für die Führungsriege der USPD muß es sogar noch härter formuliert werden: Damit eines der USPD-Beine nach wie vor auf dem Boden des Sozialdemokratismus stehen konnte, mußte eben diese
immer auf sehr wackligen Beinen. Für die Führungsriege der USPD muß es sogar noch härter formuliert werden: Damit eines der USPD-Beine nach wie vor auf dem Boden des Sozialdemokratismus stehen konnte, mußte eben diese
grundsätzliche Abrechnung mit der Kriegspolitik der SPD unterbleiben. Sinnvoll und notwendig war eine Kritik an den extremen Erscheinungsformen dieser SPD-Politik, die von Teilen der SPD-Anhängerschaft sowieso schon hart kritisiert wurde. Die Abwendung der Opposition von der SPD beschränkte sich vor allem auf organisatorische Fragen, auf einen radikaleren Stil, ein größeres Maß an Entgegenkommen bzw. Hinterherlaufen hinter den Forderungen der Massen. Mit dieser sich entwickelnden organisatorischen Abgrenzung, Gründung der SAG, dann der USPD, hielt die Entwicklung der politischen Positionen vor allem in der Kriegsfrage nicht annähernd Schritt, die geistige Nähe zur Sozialdemokratie blieb unübersehbar.

Was für einen Teil der USPDler sicherlich ein Fortschritt war, die **Abwendung von der SPD,** war gleichzeitig für einen anderen Teil der gezielte Versuch, **diese Abwendung in Grenzen zu halten,** die Rückkehr eines erheblichen Teils der USPD-Mitgliedschaft in die Reihen der Sozialdemokratie war somit bereits in der Gründung angelegt und auch bezweckt.

Das Friedensmanifest der USPD

Auf der Gründungskonferenz der USPD am 6. April 1917 in Gotha verabschiedeten die Delegierten ein von Karl Kautsky verfaßtes Friedensmanifest, dem — als erster gemeinsamer politischer Stellungnahme der neuen Organisation — durchaus programmatischer Charakter zukommt. Dieses Dokument muß sich u.E. an drei Dingen messen lassen:
— An der zu der Zeit von der SPD betriebenen Politik und Propaganda, denn die neue Partei war ja zumindest teilweise in Abgrenzung zur SPD entstanden.
— An den entsprechenden Stellungnahmen der Spartacusgruppe, die der neuen Partei ja komplett unter Wahrung der eigenen organisatorischen Strukturen beigetreten war und schon einige Zeit vorher die Auseinandersetzung mit Strömungen der Unabhängigen eingeleitet hatte.
— Und nicht zuletzt am realen Verlauf des Krieges, d.h. der Politik der Herrschenden.

Krieg dem Krieg?

Krieg dem Krieg?

Das Friedensmanifest beginnt mit der wenig bescheidenen Feststellung, die Gründung der USPD fasse die Oppositionsgruppen der SPD zu einer einheitlichen Organisation zusammen, *„um ihre Kräfte nicht zu verzetteln, sondern sie zu wuchtiger Beteiligung im Dienste des proletarischen Befreiungskampfes zusammenzufassen."* Es folgt eine Kritik der SPD, die diesem Kampfe „schwer geschade habe", als Forderungen werden aufgestellt: Amnestie, Sicherung des Koalitionsrechtes, allgemeines, gleiches, geheimes und direktes Wahlrecht, Wahlrecht für Frauen, usw.

Der alten SPD-Politik gegenüber *„haben jetzt die Arbeiter Rußlands ein leuchtendes Beispiel der entgegengesetzten Politik gegeben"* (10). Wäre diese Aussage noch mit etwas Wohlwollen als Bekenntnis zur proletarischen Revolution interpretierbar, so wird dies an anderer Stelle der Resolution wieder entscheidend abgeschwächt: *„Es gilt sich zu wappnen für die großen Kämpfe der Zukunft, es gilt Kraft zu gewinnen, um die Not der Gegenwart zu steuern. Das erheischt grundlegende Umgestaltung des herrschenden Regierungssystems. Sache der Massen ist es, nicht nachzulassen, bis sie das erreicht haben. Der Volkswille muß oberstes Gesetz werden."* War den russischen Proletariern noch bescheinigt worden, sie hätten *„für Demokratie gekämpft, für die Eröffnung der Bahn zum Sozialismus, als auch für den Frieden", so fehlt doch genau diese Stoßrichtung im USPD-Manifest: der Aufruf zum Sturz der Herrschenden als konsequentester Schritt zur Beendigung des Krieges. E. Prager, selbst USPD-Mitgründer, kommt nicht umhin, zuzugeben, daß die realen Möglichkeiten hierfür so schlecht nicht waren: „Die deutsche Kriegspolitik war schon zusammengebrochen, kaum daß sie begonnen hatte. Der Beginn des endgültigen (!) Bankrotts datiert vom Frühjahr 1917, ... Auch die russische Revolution, die die deutsche Ostfront zu erleichtern versprach, konnte der deutschen Kriegsführung keine Rettung mehr bringen. Es ist deshalb kein Zufall, daß das Jahr 1917 mit dem Kampf um den Frieden ausgefüllt ist, ... Wir erleben, die Zeit der Auflösung der i n n e r e n F r o n t* (Sperrung i. Orig.), *der der Zusammenbruch der äußeren Front im nächsten Jahr folgen mußte"* (12).

Die unausgesprochene Folgerung, erst Friede, dann Änderung der herrschenden Verhältnisse (s. Manifest: „die großen Kämpfe der Zukunft" — „die Not der Gegenwart meistern"), richtete sich auch gegen die radikaleren Vorstellungen der Spartacusgruppe, die bereits seit 1915 unter der Parole „Krieg dem Kriege" den Sturz der eigenen Bourgeoisie propagierte. In ihren
„die Not der Gegenwart meistern"), richtete sich auch gegen die radikaleren Vorstellungen der Spartacusgruppe, die bereits seit 1915 unter der Parole „Krieg dem Kriege" den Sturz der eigenen Bourgeoisie propagierte. In ihren
„Leitsätzen" — ebenfalls eine Art programmatischer Festlegung — hatte die Spartacusgruppe bereits ein Jahr vor der USPD-Gründung (Spartacusbriefe vom 3.2.1916) ausgeführt: *„Das einzige Mittel ihnen* (den kapitalistischen Klassen, d.V.) *erfolgreich Widerstand zu leisten und die einzige Sicherung des Weltfriedens ist die politische Aktionsfähigkeit und der revolutionäre Wille des internationalen Proletariats, seine Macht in die Waagschale zu werfen... Das sozialistische Endziel wird von dem internationalen Proletariat nur verwirklicht, indem es gegen den Imperialismus auf der ganzen Linie Front macht und die Losung 'Krieg dem Kriege' unter Aufbietung der vollen Kraft und des äußersten Opfermutes zur Richtschnur seiner praktischen Politik erhebt"* (13).

Demgegenüber äußerte Hugo Haase von der unabhängigen Opposition noch Ende 1916, als der Aufschwung der Massenbewegung im Reich schon nicht mehr zu übersehen war: *„Keiner von uns empfiehlt wilde Streiks, aber man soll Verständnis für die darin ausbrechenden Gefühle haben"* (14).

Stattdessen propagierte die USPD eine eindeutige Schwerpunktsetzung auf die Parlamentsarbeit: *„Unsere Aufgabe ist es jetzt vor allem, auch von der Reichstagstribüne aus zum Volk zu sprechen. Das ist jetzt der einzige Platz, wo man noch ein freies Wort sprechen kann"*, meinte Ledebour auf dem Gothaer Gründungsparteitag.

Der Versuch, sich einerseits durch verbale Bekundungen auf die Seite der Massen zu stellen, ohne andererseits auf den eigenen Kurs der gemäßigten Kritik gegenüber der Regierung zu verzichten, wird hier offensichtlich.

Die Politik der USPD in dieser Frage — und das läßt sich an verschiedenen anderen Punkten ebenso deutlich aufzeigen, — lief also im Kern darauf hinaus, zwischen der Burgfriedenspolitik der SPD und der Burgkriegspolitik der radikalen Linken den berühmten goldenen Mittelweg zu suchen und zu propagieren. Um diesen Weg auch glaubwürdig propagieren zu können, war es allerdings notwendig, den Schwerpunkt mehr auf die Seite der radikalen Kritik zu legen, was letztlich auch mit

dazu beitrug, der USPD bis heute ihren radikalen Nimbus zu sichern. Zweifellos waren die Forderungen nach inneren Reformen erheblich ernsthafter gemeint als die teilweise wortgleichen Phrasen der SPD (Wahlrecht), bei der sogar ernsthafte Überlegungen zur Beibehaltung der Monarchie auch nach dem Krieg angestellt wurden. Die Kämpfe für diese Reformen — im Manifest als ,,Kämpfe der Zukunft'' bezeichnet, — setzten die USPDler im Gegensatz zur Spartacusgruppe aber nicht in Beziehung zu einer Strategie zur Beendigung des Krieges. Der Spartacus-Auffassung, den Krieg durch Klassenkampf, durch den Sturz der Herrschenden zu beenden, setzten die Unabhängigen ihre Strategie des ,,Friedens ohne Annexionen'', eines Vereinbarungsfriedens unter den beteiligten kriegführenden Ländern entgegen, dem dann der Kampf um innenpolitische Veränderungen folgen müsse. Soweit richtete sich das USPD-Konzept auch gegen radikalere, revolutionäre Ideen, mit denen sie ja nicht nur während des Konstituierungsprozesses der eigenen Partei durch die mitbeteiligten Spartacusanhänger, sondern auch durch die anwachsenden Massenkämpfe täglich konfrontiert wurden. ,,*Worin mündet da die Forderung der Arbeitsgemeinschaft?* (des USPD-Vorläufers, d.V.). *Die 'Verständigung' ist ihr das erlösende Wort, die 'Verständigung der Völker', die, abgetrennt vom Klassenkampf des Proletariats im eigenen Lande, nicht anderes bedeutet, als den Kuhhandel der Regierungen auf dem Boden des Imperialismus und auf Kosten der Völker''* (15).

Friede ohne Annexionen?

,,*Wir wissen, daß die Friedensbedingungen, die von einer Seite der Kriegsführenden der anderen aufgezwungen werden, keinen wirklichen Frieden bringen, sondern nur neue Rüstungen mit dem Ausblick auf neuen Krieg bedeuten. Ein wirklicher und dauernder Friede ist nur möglich auf der Grundlage freier Vereinbarung''* (16), so hieß es im Juni 1915 im zentristischen ,,Gebot der Stunde'' von Haase, Bernstein und Kautsky.

Auf einer Oppositionskonferenz im Januar 1917 wurde ein ebenfalls von Kautsky verfaßtes Manifest verabschiedet, in dem es hieß: ,,...*hat die Opposition in der deutschen Sozialdemokratie sich stets der Parole des Durchhaltens bis zum Siege widersetzt und stets von der Regierung verlangt, daß sie ihre Friedensbereitschaft bekennt... Was die Opposition fordert, war nicht die Bereitschaft zum Frieden um jeden Preis, als auch nicht die bloße Bereitschaft zu einem Frieden an sich, ohne jede nähere Angabe seiner Bedingungen. Was sie fordert, war die Bereitschaft zu einem Frieden, in dem es weder Sieger noch Besiegte gibt, zu einem Frieden ohne Vergewaltigung''* (17). Und schließlich zum Gründungsmanifest: ,,*Wir verlangen einen Frieden durch Verständigung der Völker, ohne*

der Sieger noch Besiegte gibt, zu einem Frieden ohne Vergewaltigung'' (17). Und schließlich zum Gründungsmanifest: ,,*Wir verlangen einen Frieden durch Verständigung der Völker, ohne*

direkte oder versteckte Annexionen, auf Grund des Selbstbestimmungsrechtes der Nationen mit internationaler Beschränkung der Rüstungen und obligatorischen Schiedsgerichten. Wir sehen in diesen Einrichtungen nicht Zaubermittel, den ewigen Frieden zu sichern, wohl aber die kräftigsten Stützpunkte für den proletarischen Kampf um Erhaltung des Friedens, unsere wichtigste Aufgabe nach dem Kriege. Nicht auf die Regierungen bauen wir, weder in Bezug auf Herbeiführung noch auf Erhaltung des Friedens. Auch hier vertrauen wir bloß auf die Kraft des Proletariats, das am stärksten ist in seiner internationalen Zusammenfassung'' (18). Ein ,,Friede ohne Annexionen'' bedeutete für die USPD z.B. auch, daß der Kolonialbesitz unangetastet bleiben solle. Sie forderte lediglich ,,die Selbstverwaltung der eingeborenen Bevölkerung'' und lehnten ,,Verschiebungen ... auf kolonialem Gebiet, ... die einen neuen Kriegsgrund bilden könnten'' ab.

Auffallend ist zunächst, daß sich die Stellungnahme der USPD über den stolzen Zeitraum von zwei Jahren kaum geändert hat, daß weder der konkrete Kriegsverlauf noch das Anwachsen des Widerstandes im Reich Eingang in ihre Überlegungen fanden. Die Replik der Spartacusgruppe auf die Forderungen, deren illusionärer Charakter — daß die USPDler nicht vom Sturz der Regierung ausgingen, haben wir oben beschrieben — genauso unübersehbar ist wie ihre originär sozialdemokratische Stoßrichtung, fiel entsprechend hart aus: Das Schll agwort von der Verständigung der Völker sei ,,*abgetrennt vom Klassenkampf des Proletariats im eigenen Lande nichts anderes ... als Kuhhandel der Regierungen auf dem Boden des Imperialismus und auf Kosten der Völker''*. ,,*Wie im Brennspiegel faßte Kautsky die trüben Strahlen dieser hilflos schwankenden Theorie und Praxis, dieser Trümmerstücke einer verglommenen Fackel zusammen 'England und das englische Proletariat' seien sofort zum Frieden bereit, wenn von der deutschen Regierung gewährleistet würde: keine Annexionen, die Wiederherstellung Belgiens und Serbiens, die Anerkennung internationaler Schiedsgerichte durch Deutschland, eine Verständigung mit England über die Rüstungen. Dies sind die Erkenntnisse, die der Theoretiker der Arbeitsgemeinschaft aus zwei Jahren des imperialistischen Weltkriegs schöpft, und dies der Leitstern ihrer politischen Praxis! Wenn die Mehrheit* (der SPD, d.V.) *die positive Hilfsorganisation der Arbeiterschaft für den Imperialismus darstellt,*

,,Wir verlangen einen Frieden durch Verständigung der Völker, ohne direkte oder versteckte Annexionen, auf Grund des Selbstbestimmungsrechtes der Nationen mit internationaler Beschränkung der Rüstungen und obligatorischen Schiedsgerichten. Wir sehen in diesen Einrichtungen nicht Zaubermittel, den ewigen Frieden zu sichern, wohl aber die kräftigsten Stützpunkte für den proletarischen Kampf um die Erhaltung des Friedens, unsere wichtigste Aufgabe nach dem Kriege...''
Friedensmanifest der USPD

so die Arbeitsgemeinschaft die Organisation der Hilflosigkeit gegen den Imperialismus, der frommen Wünsche und der biederen Gefühle, die nur allzuoft in den unfreiwilligen Helferdienst für den Gegner umschlagen'' (19).

Die ganze Hilflosigkeit und Halbherzigkeit der Forderung des Friedens ohne Annexionen wird erst richtig deutlich, hält man sich vor Augen, daß die SPD-Mehrheit sich praktisch während der gesamten Kriegszeit mehrmals in Worten (!) ebenfalls gegen die Annexionspläne der deutschen Regierung aussprach, jedoch schon lange eine entgegengesetzte Zielsetzung hatte: ,,*Die verschiedenen Interpellationen und Protesterklärungen der SPD während des Krieges haben die Mehrheitssozialdemokraten in den Ruf grundsätzlicher Annexionsgegner gebracht. Das ist für ihre offiziellen Äußerungen nach außen hin richtig; aber intern hat eine erhebliche Zahl ihrer führenden Köpfe 'maßvolle Kriegsziele' zumindest stillschweigend hingenommen, manche haben sie auch bejaht, umso stärker, je weiter rechts sie standen. Im Jahre 1915 jedenfalls war nach Mitteilung des Berliner Polizeipräsidenten die Mehrheit des Parteivorstandes durchaus für Annexionen in Flandern und Polen zu haben''* (20).

Auch wenn es in der Praxis einen entscheidenden Unterschied gab — nämlich ab Dezember 1915 die Ablehnung der Kriegskredite durch die USPD und offenere Opposition — so bleibt doch auf der propagandistischen Ebene und auch im ideologischen Fundament die Verwandtschaft bzw. die nur sehr vorsichtige und punktuelle Loslösung de USPD von den Mehr-

USPD und offenere Opposition — so bleibt doch auf der propagandistischen Ebene und auch im ideologischen Fundament die Verwandtschaft bzw. die nur sehr vorsichtige und punktuelle Loslösung de USPD von den Mehr-

heitssozialdemokraten unübersehbar.

Hindenburg-Frieden oder Scheidemann-Frieden?

Eine grundsätzliche Veränderung der Kriegslage wurde zur Jahreswende 1916/7 deutlich. Immer klarer wurde, daß der Krieg nicht zu gewinnen war, die deutsche Reichsführung aber dennoch entschlossen war, zumindest im Westen den Krieg bis zur Erreichung aller seit September 1914 formulierten Kriegsziele fortzusetzen. Dazu war sie gar zum Abschluß eines Separatfriedens im Osten bereit. Um der zunehmenden Kriegsmüdigkeit entgegenzuwirken, machte sogar Reichskanzler Bethmann-Hollweg ein sog. ,,Friedensangebot'' an die gegnerischen Mittelmächte: ,,*Lehnen unsere Feinde es ab, sich auf Friedensverhandlungen einzulassen — und hiermit müssen wir rechnen — so fällt auf sie das Odium für die Fortsetzung des Krieges. Die Ablehnung unseres Friedensangebotes, die Erkenntnis, daß die Fortsetzung des Kampfes lediglich durch die Schuld unserer Gegner unvermeidlich ist, würde als ein neuer Ansporn zu äußerster Kraftanstrengung und Entsagung für die siegreiche Beendigung des Krieges wirksam sein''* (21).

Andererseits zeigte auch die russische Februarrevolution ihre Auswirkungen in Deutschland. ,,*Am 27. März 1917 hatten die russischen Revolutionäre ... die Parole vom baldigen Frieden 'ohne Annexionen und Kontributionen' den kriegsmüden Völkern in beiden Lagern verkündet. In Deutschland fand diese Formel Widerhall unter der sozialistischen Arbeiterschaft, deren sozialdemokratische Führer es immer schwerer hatten, ihre Anhänger von der Richtigkeit und Notwendigkeit eines Krieges zu überzeugen, der zu einem erheblichen Teil für die Erkämpfung deutscher Kriegsziele geführt zu werden schien. Wie sehr die Regierung ernsthafte Folgen für die Kriegsführung befürchtete, zeigt die Konferenz in der Reichskanzlei vom 31.3.1917, die ... zu dem Schluß kam, daß die Presse ganz in den Dienst einer positiven Beeinflussung der Bevölkerung gegen die revolutionären Ideen gestellt werden müsse''* (22).

Auch die Führung der SPD bemühte sich um eine schnelle Reaktion auf die russischen Ereignisse: ,,*Am 19. April veröffentlichte die SPD einen gemeinsamen Beschluß des Parteivorstandes und des Parteiausschusses, der die russische Parole vom Frieden 'ohne Annexionen und Kontributionen' zum offiziellen Programm der SPD erhob. Hierbei spielten ... auch innenpolitische und parteitaktische Gründe eine nicht zu verkennende Rolle: nur knapp zwei Wochen zuvor ... hatte sich die USPD gebildet und warb unter der Arbeiterschaft mit dem entschiedenen Verlangen nach einem baldigen Frieden''* (23). Die Forderung ,,Friede ohne Annexionen'' wurde nun also schon von drei Seiten erhoben:

— den russischen Revolutionären, n a c h d e m es ihnen gelungen war, gravierende innenpolitische Veränderungen durchzusetzen, den verhaßten Zaren zu entmachten und die somit die Frage der weiteren Kriegsbeteiligung bzw. des Friedens von einem anderen, klassenmäßigen Standpunkt stellen und beantworten konnten,

— in Deutschland von der Mehrheitssozialdemokratie, die diese Forderung allerdings erst n a c h der russischen Februarrevolution erhob, zudem o h n e dabei von ihrer materiellen Unterstützung der deutschen Kriegsführung abzugehen (Burgfriede)

— von der USPD, die diese Forderung vom Klassenkampf im eigenen Lande weitgehend trennte. Im Unterschied zur radikalen Linken hielt sie einen

,,Der Weltfriede kann nicht gesichert werden durch utopische oder im Grunde reaktionäre Pläne, wie internationale

,,Der Weltfriede kann nicht gesichert werden durch utopische oder im Grunde reaktionäre Pläne, wie internationale Schiedsgerichte kapitalistischer Diplomaten, diplomatische Abmachungen über 'Abrüstung', 'Freiheit der Meere', 'Abschaffung des Seebeuterechts', 'europäische Staatenbünde', 'Mitteleuropäische Zollvereine', 'Nationale Pufferstaaten' und dergl. Imperialismus, Militarismus und Kriege sind nicht zu beseitigen oder einzudämmen, solange die kapitalistischen Klassen unbestritten ihre Klassenherrschaft ausüben. Das einzige Mittel, ihnen erfolgreich Widerstand zu leisten, und die einzige Sicherung des Weltfriedens ist die politische Aktionsfähigkeit und der revolutionäre Wille des internationalen Proletariats, seine Macht in die Waagschale zu werfen.''
(Leitsätze der Spartacusgruppe)

Kampf für Reformen erst nach einem Friedensschluß für möglich und glaubte, ein demokratischer Friede ohne Annexionen sei auch unter den herrschenden Machtverhältnissen möglich, wobei es Teilen der USPD-Spitze vor allem darauf ankam, diesen Glauben gegen die revolutionären Alternativen zu konservieren! Der Unterschied zur SPD bestand bei der USPD darin, daß sie die Forderung des annexionslosen Friedens nicht nur taktisch benutzte, sondern auch tatsächliche praktische Aktionen gegen den Krieg unterstützte.

Vom imperialistischen Krieg zum imperialistischen Frieden!

War die Losung des Friedens ohne Annexionen zunächst vorwiegend Ausdruck des innerhalb der USPD vorherrschenden Idealismus und der Illusionen über die Reformierbarkeit des Systems gewesen, so hatte sich dies bis Anfang 1917 insoweit verändert, als zu diesem Idealismus noch objektive Faktoren hinzugetreten waren: ,,*Ist es verwunderlich, daß ... Kautsky ... in der deutschen sozialdemokratischen Presse mit fünf besonders dummen pazifistischen Artikeln hervorgetreten ist, in denen natürlich ebenfalls das durch die Ereignisse auf die Tagesordnung gestellte Geschwätz von einem honetten demokratischen Frieden 'paraphrasiert' wird?''*, fragte Lenin Anfang 1917 im russischen ,,Sozialdemokrat'' (24). ,,*Und dieses Geschwätz unterscheidet sich jetzt tatsächlich von dem früheren, und zwar dadurch, daß es eine gewisse o b j e k t i v e Grundlage hat. Diese Grundlage ist geschaffen durch die Wendung in der Weltpolitik vom imperialistischen Krieg, der den Völkern das größte Elend und den größten Verrat am Sozialismus durch die Herren Plechanow, Albert, Thomas, Legien, Scheidemann u.a. beschert hat, zum imperialistischen Frieden, der die Völker mit dem größten Betrug durch schöne Phrasen, halbe Reformen, halbe Zugeständnisse usw. belohnen soll''* (25). In Deutschland spielte sich diese allgemeine Friedensdebatte unter den Parolen des ,,Verständigungsfriedens'', auch ,,Scheidemann-Friede'' genannt, und des Hindenburgschen ,,Siegfriedens'' ab. Gemeinsam war beiden die Einschätzung, daß sowohl von den materiellen Ressourcen als auch der Kriegsmüdigkeit der Massen her der Krieg nicht mehr lange würde fortgesetzt werden können, es jetzt also nur noch um die Modalitäten des anstehenden Friedens ging.

In die Politik und Programmatik der USPD fand diese ,,Wendung in der Weltpolitik'' (Lenin) jedenfalls keinerlei Eingang, der geringste Vorwurf an sie wäre, daß die Planungen der Bourgeoisie in ihren Überlegungen keine Rolle spielten. Lenin ging einen Schritt weiter in seiner Kritik: ,,*Das ist ja das Tragikomische an den Reden und Artikeln Turatis und Kautskys, daß diese Leute sich der tatsächlichen, objektiven politischen Rolle, die sie spielen, nicht bewußt sind, der Rolle von Pfäfflein, die den Völkern Trost zusprechen, anstatt sie zur Revolution aufzurütteln, der Rolle bürgerlicher Advokaten, die die widerwärtige Nacktheit des Völker verschachernden und Länder zerstückelnden imperialistischen Friedens mit pompösen Phrasen über allerhand gute Dinge im allgemeinen und über den demokratischen Frieden im besonderen vertuschen, verdecken, beschönigen und herausputzen. Darin besteht ja die prinzipielle Einheit der Sozialchauvinisten (der Plechanow und Scheidemann) und der Sozialpazifisten (der Turati und Kautsky), daß sowohl diese als auch jene objektiv Bedienstete des Imperialismus sind: die einen 'dienen' ihm, indem sie den imperialistischen Krieg dadurch beschönigen, daß sie den Begriff der 'Vaterlandsverteidigung' auf ihn anwenden, die anderen dienen demselben Imperialismus, indem sie mit Phrasen von einem demokratischen Frieden den heranreifenden und in Vorbereitung befindlichen imperialistischen Frieden beschönigen... Wenn solche 'Führer' des Sozialismus wie ... Kautsky ... durch das Verschweigen von Tatsachen (darin ist Kautsky Meister) — den Massen einreden, der jetzige imperialistische Krieg könne zu einem demokratischen Frieden führen bei Weiterbestehen der bürgerlichen Regierungen, ohne revolutionären Aufstand gegen das ganze Netz der internationalen imperialistischen Wechselbeziehungen, dann sind wir verpflichtet zu erklären, daß eine solche Propaganda Volksbetrug ist, daß sie mit Sozialismus nichts gemein hat, daß sie nur auf eine Beschönigung des imperialistischen Friedens hinausläuft''* (26)

Gegen ,,Verteidigungsnihilismus''

Wieweit die i d e o l o g i s c h e n Fundamente des Sozialdemokratismus auch nach der organisatorischen Trennung innerhalb der USPD dominierend blieben, erhellt fast noch deutlicher die Haltung zur Frage der ,,Vaterlandsverteidigung''. Obwohl sowohl Reichsregierung als auch die SPD ihre Zustimmung zum Krieg mit dem ,,Argument'' des Verteidigungskrieges verkauft hatten, und obwohl die Gründer der USPD genau wußten, daß es weder ein Verteidigungskrieg war, noch die damalige SPD-Führung nur getäuscht worden wäre, die Kredite gewissermaßen ,,in gutem Glauben'' bewilligt hätte, bestanden sie nach wie vor auf der prinzipiellen Rechtmäßigkeit der imperialistischen ,,Vaterlandsverteidigung''. In aller Deutlichkeit wandte sich Ledebour auf dem Gründungsparteitag gegen den ,,Verteidigungsnihilismus'' der Spartacusgruppe und betonte ausdrücklich das Recht auf Verteidigung des Vaterlandes: ,,*Die internationalen Kongresse hätten die Richtschnur für unser Verhalten im Krieg festgelegt. Man solle nicht von Landesverteidigung oder Vaterlandsverteidigung reden, sondern von Selbstbestimmung der Völker. Der sogenannte Verteidigungsnihilismus sei gar nicht sozialdemokratisch.''* Zur Begründung dieser Position bemühte er gar die russische Revolution: ,,*Unter Umständen also, wenn eine Regierung da ist, die in unserem Sinne die Geschäfte führt, sei eine Selbstverteidigung auch mit den Waffen in der Hand notwendig''* (27). Da die Spartacusgruppe letzterem nun mit Sicherheit nicht widersprochen hat, erhält Ledebours Stellungnahme nur dann einen Sinn, wenn sein ,,Selbstbestimmungsrecht'' auch für den Fall eines imperialistischen Krieges gilt, zumal ja die Abneigung der USPDler gegen die Forderung ,,Krieg dem Krieg'' hinreichend nachgewiesen wurde.

Die Tür zur SPD sollte und konnte nicht zugeschlagen werden, denn letzteres hätte ja zumindest eine sehr kritische Auseinandersetzung auch mit der eigenen politischen Vergangenheit erfordert: ,,*Sie* (die USPDler, d.V.) *wandten sich dagegen, daß zur Frage der Landesverteidigung, d.h. zum Angelpunkt des Internationalismus und der ganzen Politik während des Krieges eindeutig Stellung genommen werde, schon weil sie meinten, die große Masse stehe nur wegen der jetzt vollzogenen Sicherung der Landesgrenzen zur 'Opposition' ''* (28)

Die Tatsache, daß es sich bei der Gründung der USPD zu einem Gutteil um eine ,,Spaltung wider Willen'' (s. AK 222) gehandelt hatte, hinterließ dementsprechend auch ihre Spuren in der Programmatik und Praxis der USPD. ,,*Die Arbeitsgemeinschaft bewegte sich in ihren Anträgen und Reden fast durchweg in den Bahnen eines gemäßigten Reformismus. Statt beim Militäretat die großen Forderungen der Demokratisierung der Wehrverfassung zu erheben, statt, wie es dringendste Pflicht war, weit über das hinauszugehen, was die Sozialdemokratie in den*

gemäßigten Reformismus. Statt beim Militäretat die großen Forderungen der Demokratisierung der Wehrverfassung zu erheben, statt, wie es dringendste Pflicht war, weit über das hinauszugehen, was die Sozialdemokratie in den

idyllischen Friedenszeiten zu fordern pflegte, blieb sie dahinter zurück .... Nur sehr unsicher tastete sich die Arbeitsgemeinschaft zum Anfang eines gewissen Widerstandes gegen den parlamentarischen (!) Burgfrieden durch. Angriffe gegen die alte Fraktion vermied sie ... noch immer vorsichtig, obgleich die alte Fraktion mit Wollust jede Gelegenheit ergriff, um sich vor aller Öffentlichkeit an der Arbeitsgemeinschaft zu reiben...'' (29). Eben ,,fromme Wünsche und biedere Gefühle'' (Spartacus). **Z./KB Göttingen**

Anmerkungen

1. F. Fischer, Griff nach der Weltmacht, S. 87
2. F. Fischer, Krieg der Illusionen, S. 751
3. ebd., S. 665
4. Fischer, Griff ..., S. 88
5. Spartacusbriefe, Nr. 1, Dezember 1914
6. Fischer, Griff..., S. 95
7. Eugen Prager, Das Gebot der Stunde, S. 68
8. ebd.
9. Prager, S. 70
10. zit. nach Dokumente zur deutschen Geschichte 1914 - 17, S. 113 f.
11. entfällt
12. Prager, S. 145
13. Spartacusbriefe, Nr. 14, Februar 1916
14. Spartacusbriefe, November 1916
15. ebd.
16. Prager, S. 70
17. Prager, S. 122
18. Prager, S. 144
19. Spartacusbriefe, November 1916
20. Fischer, Griff ..., S. 149
21. zit. n. Dokumente ... 1914 - 1917, S. 107
22. Fischer, Griff ..., S. 269
23. Fischer, Griff ..., S. 270
24. Lenin: Eine Wendung in der Weltpolitik, Januar 1917, Ges. Werke 23, S. 274
25. ebd., S. 274
26. ebd., S. 278
27. Prager, S. 140
28. Spartacusbriefe, Nr. 15, März 1916
29. Spartacusbriefe, Nr. 18, April 1916

Ein Fossil wird geboren
KABD gründet MLPD

Eine Posse aus den 70er Jahren gelangt dieser Tage zur Wiederaufführung. Das Stück heißt: „Hurra, wir gründen die Avantgardepartei des Proletariats!''. Das Publikumsinteresse an der Neuinszenierung liegt bei Null. Die Glanzzeiten, in denen ein Ernst „August'' Aust, ein Christian Semler oder ein „Joscha'' Schmierer in den Paraderollen dieser Posse glänzten, scheinen unwiederbringlich dahin zu sein.



Der KABD (Kommunistischer Arbeiterbund Deutschlands) hat sich auf einer Delegiertenkonferenz im Juni in MLPD (Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands) umbenannt. Eine offizielle „Gründungsveranstaltung'' soll allerdings erst am 21. August stattfinden. Diese saubere Trennung zwischen dem eigentlichen politischen Geschäft und der feierlichen Nachbereitung im etwas größeren Kreis (Familie darf mitgebracht werden) kennt man bereits von den früheren Avantgarde-Gründungen. Die große Gründungsfeier in Düsseldorf wird vermutlich das bedeutendste Ereignis im Leben der MLPD bleiben: Mit großen Plakaten und Sonderfahrten hat der KABD/MLPD sogar in solchen Städten für seine Feier geworben, in denen er noch niemals aktiv war.

Der KABD früher KAB/ML) ist einer der ältesten ML-Vereine der BRD. Er entstand 1968/69, zur gleichen Zeit wie die KPD/ML („Roter Morgen'') und somit noch vor der inzwischen aufgelösten KPD (1970 als KPD/AO gegründet) und vor dem 1972 entstandenen KBW. Der KABD entwickelte sich aus örtlichen ML-Gruppen in Baden-Württemberg, und dieses Bundesland ist nach wie vor das Hauptverbreitungsgebiet auch der MLPD.

Bei den speziellen politischen Inhalten des KABD sticht vor allem eine übergroße Liebe zu dem verstorbenen sowjetischen Politiker Stalin hervor. Zugleich wird das heutige sowjetische System als „sozialfaschistisch'' bezeichnet. Die chinesische Entwicklung seit dem Tod Maos (1976) wird scharf verurteilt, aber auch das zweite ML-Paradies Albanien bleibt von Kritik nicht ganz verschont: wegen seiner Angriffe gegen Mao. Ansonsten verblüfft der KABD durch gelegentliche Wunderlichkeiten. So lehnt er beispielsweise die Forderung nach Austritt der BRD aus der NATO ab und verstrickte sich deshalb in eine absurde Polemik mit der KPD/ML.

Einen Einfluß auf die Diskussionen und Entwicklungen der Linken hat der KABD zu keinem Zeitpunkt gehabt. Das liegt daran, daß der Verein sich von allen politischen Bewegungen weit entfernt hält und sich zugleich theoretisch auf einen konstanten Null-Niveau bewegt. Das KABD-(nunmehr MLPD-) Zentralorgan „Rote Fahne'' ist noch um einige Grade öder als die DKP-Zeitung „UZ''. Vorgebliche theoretische Artikel bestehen im Wesentlichen aus Zitaten von Marx oder Lenin. Argumentationen anhand von konkreten Fakten und Analysen finden nicht statt. Vereinzelte Ausbruchversuche aus diesem Schema wurden in den vergangenen Jahren schnell unterdrückt, indem die Drahtzieher als kleinbürgerliche Intellektuelle entlarvt und gebannt wurden. Daß trotzdem der KABD immer noch einige Hundert Mitglieder zählt, gehört zu den ungeklärten Rätseln der Gegenwart. Denn dem KABD fehlt eigentlich alles, was ihn als Sekte heute noch interessant machen könnte: Er ist nicht mehr als eine Fortführung der alten Operetten-Avantgarden KPD/ML und KPD/AO. Dies allerdings mit einer Zeitverschiebung von gut 10 Jahren und zudem in einer sehr viel glanzloseren, langweiligeren Version. Selbst als Gegenstand für Heiterkeit scheint der KABD allzu grau und uninteressant.

Die Mitgliederzahl des KABD/MLPD ist ebenso unbekannt wie die Auflagenhöhe des Zentralorgans „Rote Fahne''. Offiziell bekanntgegeben wird lediglich, daß sich die Mitgliederzahl seit Ende 1979 um 50% erhöht habe. Falls das stimmt, wäre es äußerst erstaunlich und würde die Wirkung dieser Sekte noch rätselhafter machen. Den offiziellen Angaben ist außerdem zu entnehmen, daß die MLPD nahezu den Totalpunkt proletarischer Reinrassigkeit erreicht hat: 92% der Mitglieder haben eine „proletarische Klassenlage'' und immerhin 69% können sich zusätzlich auch noch einer „proletarischen Klassenherkunft'' rühmen. Die Mitglieder des ZK bringen es sogar auf 96% „proletarische Klassenlage''. Nach denselben Angaben arbeiten fast 50% der KABD/MLPD-Mitglieder in Großbetrieben; geichfalls fast 50% der Mitglieder sollen gewerkschaftliche Funktionen haben.

MRI auf seltsamen Wegen

MRI auf seltsamen Wegen
»Es lebe der Sieg im Kolonialkrieg!«

„Das Schlimmste an der ganzen Sache ist das lautstarke Lamentieren fast des gesamten linken und linksliberalen Spektrums über den Kriegszug der Engländer", findet die Marxistisch-Reichistische Initiative (MRI), eine vorwiegend in Freiburg beheimatete linke Gruppe. (1) Gemeint ist der jüngste britische Kolonialkrieg, über dessen — für die NATO — glücklichen Ausgang die MRI offen ihre Genugtuung zeigt. Schließlich war und ist es ja *„nur recht und billig, wenn die Demokratie Großbritannien das Selbstbestimmungsrecht der dort ansässigen Bewohner schützt"*, die sonst der faschistischen argentinischen Diktatur verfallen wären. Und alle, die da noch Einwände machen, zeigen für die MRI nur, *„daß sie bereit sind, mit den Faschisten, unseren Todfeinden, gemeinsame Sache zu machen."*

Es ist dies in Reinkultur die britische Propagandaschablone zur Rechtfertigung des Falkland-Krieges (2) und überhaupt ein Standardargument des Kolonialismus. Besonders führende Sozialdemokraten und Gewerkschafter waren es, die in England plötzlich den faschistischen Charakter der argentinischen Junta in den schwärzesten Farben ausmalten.

Was die MRI über die Hintergründe des britischen Feldzuges zum Besten gibt, steht in der hiesigen Linken absolut einzigartig dar: „Ökonomische Ursachen" für den Krieg anzuführen, lenke nur vom „Kern der Sache" ab. Es sei nämlich ums Prinzip gegangen: bürgerliche Demokratie oder Faschismus. Und wo dieses Prinzip durchgesetzt werden müsse, da sei es auch um *„die paar hundert Toten"* des Falklandkrieges nicht schade.

Das Weltbild ist einfach: Zwar — so die Erkenntnis der MRI — seien die bürgerlichen Regimes antikommunistisch, und daher kämen sie normalerweise gut mit faschistischen Diktaturen aus. *„Sobald sich die Aggressivität der Faschisten aber gegen sie selbst richtet, gehen sie mit allen Mitteln gegen diese vor. Und in dieser Funktion sind sie dann Vertreter der bürgerlichen Demokratie"*; und als solche *„stehen sie zu ihren Prinzipien"*. (3)

Letzteres schon, nur haben eben diese Prinzipien noch nie etwas mit Demokratie zu tun gehabt. Das oberste Prinzip ist die unbeschränkte Herrschaft der imperialistischen Interessen, und mit dem Falklandkrieg haben a l l e imperialistischen Staaten — die USA ebenso wie die EG — demonstriert, daß sie dieses Prinzip an jedem Punkt der Erde militärisch durchzusetzen gewillt sind. Daß in Argentinien gerade eine faschistische Generalsclique an der Macht war, war da bloßer Zufall — es gehört schon einiges an naivem Kinderglauben dazu, anzunehmen, Großbritannien wäre gegen eine bürgerlich-demokratische oder gar linke Regierung nicht noch sehr viel massiver vorgegangen. (4)

„Wenn der Krieg erreicht, daß die Faschisten gestürzt werden, sind wir geradezu verpflichtet, ihn zu unterstützen", schreibt die MRI. Tatsächlich war es die größte Sorge bürgerlicher Beobachter, daß nach der argentinischen Niederlage eine Volksbewegung die Militärdiktatur stürzen könnte, und daß insgesamt die Verbindung der USA und des freien Westens mit den faschistischen Vasallenstaaten in Lateinamerika einen Knacks bekommen könnte.

Die ganze Gegenüberstellung von Faschismus und bürgerlicher Demokratie durch die MRI zeigt, daß diese Leute, die sich selbst als „authentische" Interpreten von Marx sehen, nichts, aber auch gar nichts vom Zusammenhang von imperialistischen Metropolen und Statthalterregimes in der Dritten Welt begriffen haben. Der Faschismus dort garantiert die Ausbeutungsbedingungen, die die ökonomische Grundlage für die „Demokratie" hierzulande liefern. Und daß die argentinischen Folterknechte ihre Ausbildung in den ach so demokratischen amerikanischen counter-insurgency-Schulen und deutschen Polizeiakademien erhalten haben (von den eingesetzten Waffen ganz zu schweigen), müßte sich eigentlich auch rumgesprochen haben. Wer diese untrennbare gegenseitige Abhängigkeit leugnet, landet früher oder später unweigerlich bei reaktionären, sozialchauvinistischen Positionen. Nahezu j e d e r imperialistische Krieg wurde gerechtfertigt nach dem Muster „Zivilisation gegen Barbarei" oder — moderner — „Demokratie gegen Diktatur". Die Kriegskredite für den Ersten Weltkrieg haben die SPD Führer mit dem Argument verkauft, schließlich gehe es ja gegen den despotischen Zarismus, der die Völker Osteuropas unter seine Knute zwinge. Daß die geschworenen SPD-Hasser von der MRI heute exakt dasselbe Argumentationsschema gebrauchen, ist da nur ein Treppenwitz der Sekten-Geschichte.

Für den Fall, daß die „bürgerliche Demokratie" USA oder die NATO es eines Tages für notwendig erachten sollten, Krieg gegen die despotischen Regimes des Iran oder Libyens zu führen, dürfen sie auf das Lob der MRI für soviel antifaschistisches Engagement rechnen.

Direkt bedrohlich können solche pseudolinken Argumentationslinien werden, wenn sie — etwas anders verpackt vielleicht und ihrer zynischen Kaltschnäuzigkeit entkleidet — von linkssozialdemokratischen Friedenspäpsten vorgetragen werden, um gegebenenfalls ein direktes BRD Engagement in solchen Kriegen zu rechtfertigen. Eine Kreuzzugsstimmung für die Werte der abendländischen Kultur, gegen mittelalterliche Diktaturen und wahnsinnige Terroristenfreunde in der Dritten Welt kann sich hierzulande ihres Publikums gewiß sein.

Ein Genosse aus Freiburg

Anmerkungen

1) Alle Zitate aus einem Ende Juni verteilten Flugblatt der MRI „Hätte Churchill gegen Hitler keinen Krieg führen dürfen?". Dieses Flugblatt schien vor allem der Profilierung gegenüber dem Rest der Linken dienen zu sollen — bisher hat die MRI in der Friedensbewegung (ebenso wie in einigen anderen Fragen: Stammheim-Deutschland, Polizeistaatsentwicklung etc.) recht vernünftige Positionen vertreten, hat die eindeutige Verantwortung der USA für die steigende Kriegsgefahr benannt usw.

2) In eigene geistige Unkosten brauchte sich die MRI nicht zu stürzen. Selbst die zu Tränen rührenden Details sind einfach aus britischen Revolverblättern abgeschrieben, etwa daß „die heutigen Bewohner — alles Briten — nun schon z.T. in der 7. Generation auf den Inseln siedeln". (Eine Argumentationsschiene übrigens, die auch die anglikanische Kirche strapazierte, um den Kriegszug als Akt christlicher Heimatverbundenheit und Nächstenliebe schmackhaft zu machen).

3 . Da rührt denn auch der britische Kriegseintritt in den Zweiten Weltkrieg nicht aus der Befürchtung, die eigene Vormachtstellung sei durch die Aggressivität der deutschen Konkurrenz gefährdet, sondern aus irgendwelchen unerklärlichen „bürgerlich-demokratischen", antifaschistischen Prinzipien.

4) Als Nasser 1956 den Suezkanal verstaatlichte, schickten Großbritannien und Frankreich Truppen. Der sozialdemokratische „Daily Mirror" ließ es sich damals nicht nehmen, den Zweiten Weltkrieg zur Rechtferigung heranzuziehen, und drohte: „Nasser should study the fate of Mussolini"... (Socialist Review, May 1982).

Buchbesprechung:
»Linkssozialisten in Europa«

Es gibt sie also noch: Die kleinen linken Verlage, die nicht wie der einst führende Internationalismus-Verlag ''Trikont'' heutzutage in Mystizismus und Indianerzauber machen; die nicht wie ''Buntbuch'', immerhin Nachfolger des Hamburger J.Reents-Verlages, über der Suche nach einem den Zeitläufen entsprechenden Verlagsemblem - am Anfang stand ein aufgeschlagenes Buch, aus dem eine Faust herausspringt, versehen mit der Parole ''Bücher sind Waffen'', am bisherigen Ende steht ein heimelig nachtdunkles Haus mit rauchendem Schornstein - ihr politisches Programm fast verloren zu haben scheinen. Zu jenen kleinen linken Verlagen, die - trotz alledem! - ernsthafte politische Literatur sich herauszugeben bemühen, gehört der Hamburger Junius-Verlag. Dort erschien vor ein paar Monaten das Buch ''Linkssozialisten in Europa'', eine Sammlung von eigens für diese Ausgabe geschriebenen Beiträgen über die linkssozialistischen Organisationen unseres Konti nents.

Linkssozialistische Organisationen und Parteien sind in vielen Ländern Europas längst Teil der politischen Kultur. Hierzulande hat, nach dem Entstehen und teilweise kräftigem Wachstum von Grünen und Alternativen, der Herausbildungsprozeß einer linkssozialistischen Partei, der Demokratischen Sozialisten, gerade begonnen. Ein Blick über die Grenzen, wo linkssozialistische Organisationen schon vielfältige Erfahrungen gesammelt haben, kann für uns nur nützlich sein.

Vorgestellt werden in ''Linkssozialisten in Europa'' in jeweils zwanzig- bis dreißigseitigen Aufsätzen: aus Italien Il Manifesto und Partido die Unità Proletaria (PdUP), der Linkssozialismus in Norwegen, die Socialistik Folke parti (SF) und die Venstresocialisterne (VS) aus Dänemark, die Pacifisties-Socialistiese Partij (PSP) der Niederlande, die Parti Socialiste Unifié (PSU) aus Frankreich und die Neue Linke Portugals. Es folgen Darstellungen zur Situation des Linkssozialismus in Österreich und der BRD. Den Abschluß bildet ein Aufsatz über das ''Londoner Büro'', über den Versuch, zwischen den beiden Weltkriegen eine Organisation ''zwischen Zweiter Internationale und Komintern'' zu bilden.

Damit sind die linkssozialistischen Or-
nationale und Komintern'' zu bilden.

Damit sind die linkssozialistischen Organisationen und Parteien Westeuropas fast vollständig erfaßt. Es fehlt eine Darstellung der POCH (Progressive Organisationen der Schweiz), wozu der Verlag im Vorwort mitteilt, daß über die POCH ''trotz vielfältiger Kontakte'' kein Beitrag zu erhalten war, der den Anforderungen entsprochen hätte. Die griechische PASOK, ehedem sicher zu den linkssozialistischen Parteien Europas zählend, numehr in der ''Regierungsverantwortung'', scheint vom Junius-Verlag gar nicht mehr in Betracht gezogen worden zu sein.

Die einzelnen Beiträge beginnen mit einer mehr oder minder umfassenden Einführung in die politische Situation des jeweiligen Landes und dessen sozialistischer Bewegung. Darauf folgen Ausführungen zur Entstehung der Partei, programmatischer Orientierung, praktischer Politik, Organisationsstruktur, Einfluß und sozialer Basis, Verhältnis zu den anderen Organisationen des sozialistischen Spektrums, Beziehungen zu den Gewerkschaften und den sozialen Bewegungen und Einschätzung des Stellenwerts parlamentarischer Arbeit. (Diese Aspekte sind in den einzelnen Beiträgen durchaus unterschiedlich abgedeckt). Beschlossen werden die Arbeiten jeweils mit dem Versuch einer kritischen Bilanz der Politik der behandelten Organisation.

Alternative?

Rezensenten gefallen sich nur allzuoft in der Haltung des All- und Besserwissenden. Wir - weder all- noch besserwissend - können keine ''Gesamtwürdigung'' der Aufsätze vornehmen, sondern wollen uns lediglich zu den Beiträgen über jene Parteien äußern, die einzuschätzen aus eigener Kenntnis wir auch in der Lage sind: Il Manifesto, die portugiesische Linke, die französische PSU und die niederländische PSP.

Wer peziell an Il Manifesto und PdUP interessiert ist, wird von Tim Potter, dem britischen Autor des Beitrages, der längere Zeit in Italien gelebt hat, recht solide bedient. Wer die Geschichte und Entwicklung dieser Organisationen jedoch im Zusammenhang der italienischen Neuen Linken (Lotta Continua!!) betrachten möchte, kommt entschieden zu kurz. Politik- und Organisationsansätze außerhalb des engen Rahmens von Il Manifesto und PdUP werden nicht ernst genommen, teilweise direkt unsachlich beiseitegeschoben.

Der Beitrag des Lissaboner Journalisten Fernando Fereira Marques, *''seit langen Jahren in portugiesischen linkssozialistischen Organisationen aktiv''*(Vorwort), nimmt in dem Buch insofern eine Sonderstellung ein, als er nicht über eine bestimmte Organisation berichtet, sondern über die Entwicklung der gesamten portugiesischen Neuen Linken, also der Organisationen außerhalb der von PS (Sozialdemokraten) und PCP (Kommunisten). Ein bevorzugtes Interesse des Autors gilt denn Organisationsversuchen am linken Rand der PS und deren Versuchen einer Wiedervereinigung mit der PS. Abgesehen von dieser parteilichen Akzent-Setzung ist Marques' Beitrag jedoch eine informative Einführung in die politische Szene Portugals während des Zeitraums 1974 bis 1981.

Der Aufsatz des Pariser Journalisten Jacques Kergouat über die PSU zeichnet sich durch seinen Informationsgehalt und die sehr präzise Darstellung der Konflikte zwischen Führung und Basis der PSU aus. (Nachzutragen bleibt, daß die PSU neuerlich ihr Zentralorgan, ''Tribune Socialiste'', eingestellt hat.

Die Niederlande sind zwar unser unmittelbares Nachbarland, konkretere Kenntnisse über die politische Entwicklung in diesem Lande sind jedoch, auch in der Linken, hierzulande bestenfalls ausschnittsweise anzutreffen. Diesem Manko hilft der Beitrag von Rob Gerretsen und Marcel van der Linden (letzterer Autor zahlreicher Arbeiten

über die niederländische Arbeiterbewe-
(letzterer Autor zahlreicher Arbeiten

über die niederländische Arbeiterbewegung) zum guten Teil ab. Ihr Aufsatz über die Pazifistisch-Sozialistische Partei beginnt mit einer gerafften, aber informationsreichen der Entwicklung insbesondere der niederländischen Arbeiterbewegung seit dem 19.Jahrhundert. Die Entwicklung der gerade 25 Jahre alt gewordenen PSP wird schwerpunktmäßig an deren programmatischen Aussagen, den zentralen Aktivitäten der Partei und ihren nicht wenigen ''Flügelkämpfen'' dargestellt. (Über das eigentliche Thema hinaus ist dieser Beitrag auch sehr aufschlußreich, was das Politik- und Organisationsverständnis breiter Teile der niederländischen Linken angeht).

Nach der Lektüre dieser vier Aufsätze, die knapp die Hälfte des Buches ausmachen, fällt auf, daß der im Titel - Linkssozialisten:*''Al ternativen zu Sozialdemokratie und Kommunistischen Parteien''*- und im Vorwort des Verlages erhobene Anspruch von keinem der Autoren angenommen und argumentati v belegt wird. Das jedoch, meinen wir, spricht nicht gegen die Autoren (oder das Buch insgesamt). Ob nun ''Alternativen'' zu Sozialdemokratie und Kommunistischen Parteien oder nicht: Wir können beim gegenwärtigen Stand der Debatte um Grüne, Alternative und linkssozialdemokratische Partei in der BRD allemal von den Erfahrungen der linkssozialistischen Organisationen Europas - und sei es aus negativen Beispielen - nur lernen. Das Junius-Buch ''Linkssozialisten in Europa'' ist hier eine gute Unterstützung.

K., Niederlandekommission (Mit Unterstützung von E., Frankfurt und Kl., Hamburg)

Linkssozialisten in Europa: Al ternativen zu Sozialdemokratie und Kommunistischen Parteien / Jürgen Baumgarten (Hrsg.). Hamburg: Junius, 1982. 215 S., DM 24.--



Ist die Linke krüppelfeindlich?

Begebenheiten im Jahre 1982

Begebenheiten im Jahre 1982

In den letzten Wochen und Monaten habe ich Dinge erlebt, die mir diese Frage geradezu aufdrängt und die mir ein weiteres Mal gezeigt haben, daß die seit einiger Zeit anwachsende ,,Behindertenbewegung'' auch innerhalb der Linken noch ein ganzes Stück Arbeit vor sich hat, wenn sie wirklich Veränderungen bewirken will. Zunächst einmal die Fakten:

1. Jedes Jahr im Juni veranstaltet die Marburger DKP ihr DKP-Zelt, eine Art Polit-Volksfest. Dieses Jahr sollten auch die bots, eine allseits bekannte fortschrittliche holländische Musik-Gruppe, auftreten. Seit einiger Zeit hat diese Gruppe nun auch ein extrem krüppelfeindliches Lied in ihrem Repertoire, in dem - aus der Sicht eines arbeitslosen Jugendlichen formuliert - u.a. folgende Passage vorkommt:

,,ich bin auch was wert
denn verdammt
bin ich denn ein Krüppel
der's nicht versteht
wer gewinnt und wer zahlt?''

(Über dieses Lied wurde vor einigen Ausgaben im AK eine umfangreiche Auseinandersetzung geführt.)

Vor der Veranstaltung verteilten daher Mitglieder der Krüppel-Initiative Marburg (KrIM) ein Flugblatt, in dem dies Lied massiv kritisiert wurde:

,,Die Satzfolge, ,,ich bin auch was wert, denn verdammt, bin ich ein Krüppel?'', impliziert, daß Krüppel nichts wert seien. Der Schritt bis zum unwerten Leben ist dann nicht mehr weit. Eine derartige Floskel, die an Faschismus erinnert, von einer progressiven Gruppe wie den ,,bots'' zu hören, entrüstet uns. .... Die Behindertenbewegung, zu der wir uns zählen, betrachtet sich von ihrem Selbstverständnis her als Teil der linken-alternativen Bewegung. Um so betroffener und enttäuschter macht uns, daß wir auch von dieser Bewegung nicht als gleichberechtigte Partner akzeptiert werden und noch auf so viele Vorurteile und man-
täuschter macht uns, daß wir auch von dieser Bewegung nicht als gleichberechtigte Partner akzeptiert werden und noch auf so viele Vorurteile und man-
gelnde Sensibilität stoßen.''

Da auch die Musiker dies Flugblatt erhielten, waren wir davon überzeugt, sie würden dies Stück nicht spielen. Aber weit gefehlt: nach der Pause meinten die bots, die Kritik an ihrem Lied sei nur ein Mißverständnis, denn gemeint seien ja nicht körperlich Behinderte, sondern ,,Krüppel im Kopf''. Dann spielten sie ihren Anti-Krüppel-Song und der Saal tobte wie vorher bei allen anderen Liedern auch.

Ein weiteres Mal wird es uns sicher nicht passieren, daß wir uns nur auf das Flugblattverteilen beschränken - dann werden wohl wirksamere Methoden ausprobiert.

2. Im Sommersemester 1982 fand am Fachbereich Erziehungswissenschaften der Uni Marburg ein Projektseminar ,,Außerschulische Betreuung von Blinden - das Konzept der Marburger Blindenstudienanstalt'' statt. Zu Beginn des Seminars wurde angekündigt, daß der Bremer Prof. W. Jantzen ein Referat halten solle über die ,,neue Behindertenbewegung''. Mitglieder der KrIM, die an diesem Seminar teilnahmen, forderten sofort, daß Jantzen über ein anderes Thema reden solle. Wenn Interesse an der ,,Behindertenbewegung'' bestünde, könnten hierüber die Beteiligten an dieser Bewegung - reichlich als Seminarteilnehmer vorhanden - wohl eher Substantielles berichten als ein Prof.

Ungerührt davon erschien Jantzen, um dennoch über die Behindertenbewegung zu reden. Zur Verstärkung und als Alibi hatte er sich eine ,,blinde Kollegin'' mitgebracht. Die Forderung der KrIM-Mitglieder, daß Jantzen zu diesem Thema nicht reden sollte, wurde in einer Abstimmung mit wenigen Gegenstimmen abgelehnt. Nicht unwesentlich zu diesem Ergebnis beigetragen hat offenbar die Tatsache, daß Jantzen Mitglied der DKP ist und ein großer Teil der Seminarteilnehmer aus MSB- und DKP-Mitgliedern bestand.

Unter der Überschrift ,,Aussonderungspädagoge am Werk'' verteilten die KrIM-Mitglieder bei der nächsten Seminarsitzung ein Papier, in dem noch einmal Stellung bezogen wurde:

,,Wir sind die Experten für unsere Lebenssituation, für unsere Diskriminierung, für unser Sein.

Wesentlicher Inhalt der Behindertenbewegung ist, daß wir Behinderten für uns selbst reden, daß Nichtbehinderte nicht mehr ü b e r unsere Köpfe - ü b e r uns reden. W. Jantzen ist selbst nicht behindert, philosophiert jedoch als ,,Experte'' über unsere Bewegung. ..... Daß Expertenmänner nicht mehr über die Frauen und deren Diskriminierung fachsimpeln, dürfte inzwischen auch dem begriffsstutzigsten Linken einleuchten. Für uns Behinderte gelten solche Selbstverständlichkeiten leider noch lange nicht. Noch setzen Nichtbehinderte sich über uns hinweg. .... Wir wollen uns mit Nichtbehinderten auseinandersetzen. Aber wir wollen zuerst gefragt werden, ob wir etwas zu unserer Bewegung, zu unserem Selbstverständnis sagen wollen. Sind wir so gefährlich, daß wir mundtot gemacht werden? Welchen politischen Anspruch haben die ,,linken'' Lehrenden, wenn sie sich wie Carstens und Ehrenberg verhalten? Wollen die Kommilitonen Sonderpädagogen auf ihre Aussonderungsfunktion hin studieren?''

3. Zur hessischen Landtagswahl im September sollte versucht werden, eine AL Hessen aufzubauen. Für das zweite landesweite Treffen sollten Entwürfe für inhaltlich-programmatische Aussagen erarbeitet werden, wobei die Marburger Grupe ein Papier zur Wirtschafts- und Sozialpolitik erstellen wollte. Zusammen mit einem Kollegen sollte ich hierfür einen Entwurf erarbeiten. In dem vierseitigen Papier tauchten dann eine ganze Menge mehr oder weniger konkreter Forderungen auf, u.a. folgende: *Abschaffung aller Sondereinrichtungen für Behinderte (Sonderkindergärten und -schulen, Heime, Werkstätten für Behinderte etc.), stattdessen vollständige gesellschaftliche Eingliederung u.a. durch Übernahme in Regelschulen und Betriebe, Ausbau ambulanter Hilfsdienste.''* Sowohl in der Vorbereitung der Marburger Gruppe als auch in der Besprechung auf dem landesweiten Treffen war diese Forderung die e i n z i g e, die von nichtbehinderten AL-Mitarbeitern einer p r i n z i p i e l l e n Kritik unterzogen wurde. Schließlich gebe es Behinderte, die auf derartige Einrichtungen angewiesen seien; Dregger wolle auch die Abschaffung von Sondereinrichtungen im Zuge der Sparmaßnahmen; sehr viel wesentlicher sei doch wohl die Forderung nach ,,De-
ger wolle auch die Abschaffung von Sondereinrichtungen im Zuge der Sparmaßnahmen; sehr viel wesentlicher sei doch wohl die Forderung nach ,,De-
mokratisierung'' der Heime; die Forderung sei ,,mißverständlich'', zumindest müsse sie näher ,,erklärt'' werden etc. etc.

Vergleicht man diese Kritik an der innerhalb der Behindertenbewegung völlig unumstrittenen Forderung nach Abschaffung aller Sondereinrichtungen mit der Kritik der etablierten Behindertenfunktionäre und -politiker, so läßt sich kaum ein Unterschied feststellen.

Die Liste behindertenfeindlicher Äußerungen und Verhaltensweisen Linker ließe sich mit Sicherheit fortsetzen, z.B. durch die Broschüre der DKP zum UNO-Jahr der Behinderten oder Anmachen eines behinderten Genossen durch die sog. ,,Marxistische Gruppe'' auf der Sozialistischen Konferenz in Marburg.

Um der Wahrheit die Ehre zu geben sei aber auch auf ein positives Beispiel verwiesen. Zum ersten Mal in der noch jungen Geschichte der alternativen Wahlbewegung hat die Hamburger GAL einen eigenen von Krüppel erarbeiteten Programmpunkt Behinderte in ihr Wahlprogramm aufgenommen. Darin findet sich auch die Forderung nach Abschaffung von Sondereinrichtungen und eine kurze Passage zum Verhältnis Behinderte - Nichtbehinderte. Welchen Einfluß diese programmatischen Aussagen letztlich auf die Parlamentsarbeit haben werden, ist abzuwarten.

Insgesamt läßt sich feststellen, daß die Linke der Behindertenbewegung eher skeptisch, wennn nicht offen feindlich gegenübersteht. Das hat m. E. mehrere Gründe.

Erstens ist Behindertenpolitik im Gegensatz etwa zur Friedensarbeit, in geringerem Maße auch zur Frauenfrage, kein Gegenstand ,,traditioneller'' sozialistischer Politik. In aller Regel tauchten auch bei Programm und Praxis sozialistischer Parteien und Organisationen Behinderte nur als Gegenstand staatlicher Krüppelfürsorge auf.

Zweitens ist die Behindertenbewegung selbst sehr jung und sehr heterogen. Das Bild der Behindertenverbände nach außen wurde seit der Weimarer Republik und bis etwa zum Ende der sechziger Jahre ausschließlich von solchen konservativen, bestenfalls sozialdemokratisch orientierten Verbänden geprägt wie etwa dem Reichsbund, der seine Aufgabe so gut wie ausschließlich in der Einflußnahme auf die staatliche Sozialpolitik sah.

Mit der Zeit der antiautoritären Bewegung und der Studentenbewegung Ende der sechziger Jahre setzten zwei Entwicklungen ein, die die Situation auch heute noch mitbestimmen. Zum einen entwickelten sich verstärkt Behindertengruppen, die schon damals den Selbstvertretungsanspruch Behinderter vertraten und erstmals darauf setzten, daß Behinderte (in Zusammenarbeit mit Nichtbehinderten) ihre Geschicke selbst in die Hand nehmen müßten. Das war aber erst relativ schwach entwickelt und wenig radikalisiert. Zum anderen wandten sich viele Linke der damaligen Generation sozialen Berufen zu und landeten als Erzieher, Sozialarbeiter o.ä. auch in Behinderteneinrichtungen - in Heimen, in Sonderschulen, Werkstätten für Behinderte.

Damit kamen aber diese Nichtbehinderten als Teil einer Institution objektiv in einen Interessengegensatz zu den Behinderten in diesen Einrichtungen. Sicherlich ist es kein Zufall, daß die oben geschilderten Bedenken im Rahmen der AL-Diskussion zu den Sondereinrichtungen vor allem von Leuten kamen, die selbst in einer solchen Einrichtung arbeiten, gearbeitet haben oder dort Zivildienst leisteten.

Drittens kommt schließlich hinzu, daß viele Behindertengruppen von ihrem Selbstverständnis her gar nicht zur linken-alternativen Bewegung gezählt werden möchten. Hiervon zeugt z.B. ein Rundschreibven der Bundesarbeitsgemeinschaft der Clubs Behinderter und ihrer Freunde, in dem diese ihre Mitgliedsclubs dazu auffordert, zu anstehenden Wahlen jeweils Gespräche mit ,,ihren'' Abgeordneten zu führen, dabei ,,sachlich'' zu bleiben und nicht allzu aufmüpfig zu werden. Grüne und Alternative Listen werden in diesem Zusammenhang gar nicht erwähnt, schon gar nicht die Möglichkeit der Mitarbeit von Behindertengruppen etwa in ALs. Dies zeugt von immer noch weit verbreiteten Illusionen in die Fähigkeiten und den guten Willen bürgerlicher Politiker.

Der linke Teil der Behindertenbewegung, also z.B. die Leute, die beim Krüppeltribunal im letzten Jahr mitgemacht haben, hat jedoch diese Illusio-
Der linke Teil der Behindertenbewegung, also z.B. die Leute, die beim Krüppeltribunal im letzten Jahr mitgemacht haben, hat jedoch diese Illusio-
nen nicht und betrachtet z.B. die Entwicklung der alternativen Wahlbewegung als sehr positiv.

Daß es durchaus Ansätze gibt, die Behindertenbewegung und andere soziale und Basisbewegungen einander näher zu bringen, zeigte die Friedensdemo am 10. 6. in Bonn. Nie zuvor haben sich soviele Rollstuhlfahrer und andere Krüppel an einer solchen Demo beteiligt.

Ich mische seit einigen Jahren mit wechselndem Engagement im KB mit, weil ich u.a. der Auffassung bin, daß nur eine sozialistische Perspektive auch uns Krüppeln langfristig weiterhelfen kann. Dennoch mußte ich feststellen, daß meine KB-Arbeit einerseits und meine Behindertenarbeit andererseits jahrelang nebeneinander her liefen, ohne gegenseitigen Bezug. Erst mit Neugründung der Behindertenkommission im KB ist dies ein Stück geringer geworden, ich kann meine Behindertenarbeit auch im KB versuchen einzubringen und andererseits meine in der KB-Arbeit erworbenen Erfahrungen auch für die Behindertenbewegung nutzbar machen. Hierzu brauche ich aber auch die Unterstützung der Nichtbehinderten Genoss(inn)en. In der nun schon mehrfach erwähnten AL-Diskussion zu den Sondereinrichtungen bezog z.B. ein anderer (nichtbehinderter) KB-Genosse den Standpunkt, eine AL dürfe nicht hinter Forderungen der jeweiligen Bewegungen zurückfallen, und deshalb sei diese Forderung aufzunehmen. In der konkreten Situation hat mir dies natürlich insofern geholfen, als diese Position den Sondereinrichtungs-Befürwortern etwas entgegensetzte. Andererseits war auch dieser Genosse (wie übrigens noch ein weiterer, ebenfalls beteiligter Genosse) nicht in der Lage, i n h a l t l i c h meine Forderung zu unterstützen, er konnte nicht gegen die Sondereinrichtungen argumentieren.

Hier erwarte ich allerdings, daß KB-Genossen über wesentliche (nicht alle Details) Positionen der Behindertenbewegung informiert sind und mich in einem solchen Fall auch wirksamer unterstützen können. Ebenso erwarte ich, daß die Behindertenarbeit in meiner Ortsgruppe (und in den Ortsgruppen, wo weitere Mitglieder der Behindertenkommission arbeiten) ernstgenommen und nicht als mein persönliches Hobby betrachtet wird. Dies zu erreichen scheint auch die KB-Behindertenkommission noch ein Stück Arbeit vor sich zu haben.

Ein Gen. aus Marburg

... einmal im Zentrum der Gefühle

,,*Sieg eines Sorgenkindes*'', freut sich die ,,Frankfurter Rundschau'' (FR, 21.7.82) und meint damit nicht die Wiederaufbereitungsanlage im nordhessischen Frankenberg-Wangershausen, sondern — Matt. ,,*Er trägt ein fröhliches Lachen, eine häßliche Zahnspange und ein schweres Schicksal (...)*''.

Matt ist geistig behindert, und wie die überall in Anzeigen der Lebenshilfe für Geistigbehinderte lachende Andrea (,,*Andrea, geistigbehindert: Ich gehöre zu Euch!*'') hat auch er alle Chancen, ein dankbares Opfer für nichtbehinderte caritative Fürsorger zu werden.

Kultur und Krüppel

,,*Lauf, Matt!*'', hieß der unsäglich dumme, natürlich aus den USA kommende Schmalzfilm, der, mehrfach preisgekrönt, am 21.7. zum zweiten (und hoffentlich letzten) Mal in der ARD ausgestrahlt wurde. Worum es geht, faßt die FR so zusammen: ,,*Der nette US-Junge lebt seit dem Tod der Mutter in einem Heim für geistigbehinderte Kinder, ohne die direkte Fürsorge der Familie. Sein Traum ist es, ein berühmter Basketballspieler zu werden, wie sein älterer Bruder Michael. Wie es Matt gelingt, in den Schoß der Familie zurückzukehren und sich durch einen sportlichen Erfolg Anerkennung und Achtung zu verschaffen, das schildert ...*''.

Der FR gelingt es spielend, auf diesen lächerlichen elf Zeilen so ziemlich alle gewichtigen Klischees über Behinderte und besonders Geistigbehinderte zusammenzufassen, die es — auch in linksliberalen bis linken Kreisen — gibt. Und das schönste — sie findet das alles auch noch toll: ,,*,... ein durchaus gelungener Versuch, das problematische Thema einer geistigen Behinderung eindringlich und ernst, zugleich aber auch unterhaltend und unsentimental aufzugreifen*''.
sche Thema einer geistigen Behinderung eindringlich und ernst, zugleich aber auch unterhaltend und unsentimental aufzugreifen''.

Das alles wäre an und für sich weiter nicht erwähnenswert, wenn die auf der Matt-Scheibe transportierte Ideologie vom Krüppelchen mit Blendax-Lächeln, etwas schleifendem Bein und dem irgendwie, irgendwo unsäglich vorhandenen Willen, auch mal fast ,,normal'' zu sein, nicht auch in nichtbehinderten linken Kreisen heimliche Nachdenker hätte. Hat sie aber.

,,*Ach Schwester,/ lieber Bruder/ die ihr behindert seid/ und nicht/ in deren Schema paßt .../*'', schrieb da z.B. liebenswert und menschlich-solidarisch ein Volker Dangers im AK 217 und ist damit mitten im Herzen der Gefühle seiner Leserinnen und Leser gelandet, die ganz abstrakt-humanistisch natürlich auch nichts gegen Behinderte haben, vor allem keine Vorurteile, dann aber doch wieder ganz erleichtert sind, wenn konkret vorhandene Behinderte tatsächlich vernünftiges Zeug reden: Ich hab's doch immer gesagt, die sind wie Gesunde ...

Damit Behinderte aber wenigstens fast ,normal' werden können, brauchen sie eine optimale Förderung, und die bekommen sie — so die zentrale These des Films und der Bewußtseinsstand vieler Nichtbehinderter — am besten in Sonderinstitutionen, die für derartige Unternehmungen richtig ausgerüstet sind. Das Heim, in dem Matt untergebracht ist, ist zwar nicht das Ideale, aber das führen die US-Filmemacher nicht auf die Achtbett-Zimmer, die totale Betreuung (und damit Entmündigung) seiner Bewohner zurück, sondern auf das Fehlen der lieben Geschwister und der Oma und des Papis. Unser trautes Heim mit Hund und Krüppel im Garten ... Nicht die Abschaffung von Sondereinrichtungen propagiert der Film, sondern die Stärkung der Familienbande als beste und das Heim aber immerhin noch als zweitbeste Möglichkeit. Der Wechsel vom Heim nach zuhause ist für Matt dann auch wirklich nur einer vom Regen in die Traufe: denn auch zuhause verbringt er 3/4 seiner Zeit in einer Sonderschule: als viel gehätscheltes und nicht ernst genommenes Objekt, über das sich der tatsächliche Held des Films, Matt's älterer Bruder Michael (toller Sportler, groß, schön, stark — der zugunsten des behinderten Bruders sogar auf die Freundin verzichtet) profilieren kann: er trainiert nämlich in seiner Freizeit voller Selbstaufgabe all die lieben Behinderten, die deshalb an der Sonder(!)olympiade teilnehmen können und dort etliche Erfolge erzielen. Diese Annäherung an das Ideal des leistungstarken Nichtbehinderten (der von allen so geschätzte Professor Biedenkopf hat mit seinem Ausspruch, daß das deutsche Volk mehr Rumenigges brauche, diese Ideologie sehr treffend zusammengefaßt) lohnt sich für die Schauobjekte des Films allemal: plötzlich sind sie wer, kriegen Applaus von den zahlreichen Zuschauern, die sich über das Exotikum eines kugelstoßenden Spastikers fast kaputt freuen. Und Matt's Vater gerührt: ,,*Ich bin so stolz auf Dich!*'' Tränendrüse auf, Klappe 13, die letzte ...

Daß in dieser nur gelegentlich leicht angedetschten Familienidylle (Gruppenbild mit Krüppelchen) die Frauen entweder eitel, zickig, pubertär eingebildet oder aber fürsorgliche Mütter bis zum letzten Atemzug sind, paßt ins Bild. Die Helferideologie impliziert das bürgerliche Ideal von Mutterkreuz und Arbeitsbuch. Wenn es anfängt, gut zu werden, sind die Männer die treibenden Kräfte in diesem Film: Vater, Bruder, Trainer. Schwester und Erzieherin kriegen noch einen letzten Kameraschwenk aufs verheulte Gesicht verpaßt. Aus.

Es versteht sich fast von selbst, daß Matt von einem n i c h t-behinderten Jungen gespielt wird, so gespielt wird, wie sich der Durchschnittsbürger Geistigbehinderte eben vorstellt: immer lachend, hübsch, mit einer Sprache, die die Verwandtschaft der Geistigbehinderten mit Gastarbeitern (oder umgekehrt) klischee-sicher beweist: ,,*Ich Matt, ich wissen, Lastwagen hat sechzehn Gänge, oder dreizehn, oder zehn.*''

,,*Das Drehbuch ist so intelligent, die Darstellung so ehrlich, die Charakterisierung so gut, daß der Film Sie bereichern und anregen wird*'', zitiert die FR zustimmend einen US-Kritiker. Bereichert hat der Film allenfalls den Regisseur und Produzenten. Mich hat er aufgeregt.

... einmal im Herzen des Protests

... einmal im Herzen des Protests

Der Sieg der Krüppelbewegung über das Sorgenkind ist in einem Dokumentarfilm von Wolfram Deutschmann — einem selber behinderten Filmemacher, der ihn als Abschlußarbeit an der Deutschen Film- und Fernsehakademie produziert hat — zu beobachten. Ins Fernsehen wird der 60 Minuten Streifen wohl kaum kommen; da stehen ,,Aktion Sorgenkind'' und Hans Mohl dagegen. Angesichts der bundesweiten Aktivitäten der Behindertenbewegung stünde es uns als Linken nichtsdestotrotz gut an, uns nach einer Reihe krüppelfeindlicher ,linker' Produkte (wie z.B. dem ,,bots'',Arbeitslosenlied) auch mal mit Produkten aus dem Herzen des Protests zu beschäftigen. Wolfram Deutschmann skizziert in drei durch kurze satirische Spielszenen miteinander verbundenen Teilen, die Haltung der herrschenden Wohltäter ihren Zielobjekten gegenüber, sowie deren Widerstand und Kampf um Selbstbestimmung, den sie schlagwortartig so umreißen: ,,*Jedem Krüppel seinen Knüppel*''.

In ,,*Lieber arm dran als Arm ab*'' dokumentiert D eutschmann die Besetzung der dortmunder Westfalenhalle zu Beginn des UNO-Jahres der Behinderten durch Behinderte aus allen Teilen der BRD, schweift im zweiten Teil ab ih die Krüppelvernichtungsanstalt Hadamar, in der heute völlig unbeachtet alle Unterlagen und Dokumente über den Gipfelpunkt deutscher Aussonderungspolitik still vor sich hin gammeln, und zeigt im dritten Teil die Aktion von Krüppelgruppen gegen die Rehamesse 1981 in Düsseldorf, auf der sich ,,Fachleute'' u.a. stundenlang über die Sexualität Behinderter ergossen haben: macht's dem Rollifahrer im Bett auch Spaß und bringt's die Armlose wohl? Es lebe die Sonderpädagogik ... Es gelingt dem Film dabei, die rein auf technische Probleme orientierte, von Fachleuten betriebene Sonderpolitik als menschenfeindlich zu entlarven. Dadurch ermöglicht er Diskussionen über unser nichtbehindertes Verhalten Behinderten gegenüber, unsere Tabus und Einstellungen. Es soll auch in der Linken noch etliche Verfechter von Sonderschule etc. geben: die Behinderten brauchen das, da werden sie echt optimal gefördert ...

,,Lauf, Matt!'' — aber hurtig, sonst: ab mit Dir!

(,,Lieber arm dran als Arm ab'' ist über die Verleihgenossenschaft der Filmemacher e.G., Alfonsstr. 1, 8000 München 19, zu beziehen.)

der nichtbehinderte Fassanbass

»Aus Hitlers Schatten treten«

Zur Verleihung des Goethepreises an Ernst Jünger



1975: Verleihung des Schillerpreises an Ernst Jünger durch Filbinger

Nachdem es der CDU mit tatkräftiger Beihilfe des SPD-Dezernenten H.Hoffmann („Kultur für alle") gelungen ist, das alte TAT zu vergraulen, die Mitbestimmung im Schauspielhaus zu kippen, die Alte Oper prunkvoll zu restaurieren, soll jetzt der bis 1941 „nationalrevolutionäre", seitdem „nur noch" rechtsradikale Schriftsteller Ernst Jünger mit dem Goethepreis der Stadt Frankfurt ausgezeichnet werden. Um Jünger, der als literarische Repräsentationsfigur der Adenauer-Ära mit Literaturpreisen, Bundesverdienstkreuz und BDI-Auszeichnung überschüttet wurde, war es in den 60er Jahren still geworden. Aber bereits 1975 erhielt er wieder eine angesehene Auszeichnung: den Schillerpreis. Kaltenbrunner, einer der Wortführer des „Neuen Konservatismus", pries 1977 in der „FAZ" Jüngers Schrift „Der Arbeiter", den Entwurf einer konservativ-reaktionären Gesellschaft, der „nur wenige Schritte von der nationalsozialistischen Gesellschaftsordnung entfernt" (Lukacs) ist, als „erregendes furioses, ja ungeheures Buch", das heute nicht „veraltet, sondern wahrer als vor zweiundvierzig Jahren" ist. Und K.H. Bohrer, ebenfalls Mitarbeiter der „FAZ", versuchte in seinem Buch über die „Ästhetik des Schreckens", 1978, Jüngers Darstellungen der Materialschlachten des 1. Weltkriegs als literarisch vorbildlich hinzustellen, indem er Jünger in die Tradition der Rimbaud, der Surrealisten bis hin zu Aragon einreihte.

Diese Versuche, Jünger wieder „salonfähig" zu machen, haben jetzt mit der Verleihung des Goethepreises vorerst ihren Höhepunkt erreicht. Entscheidender als dies ist allerdings die Signalwirkung, die von dieser Preisverleihung ausgeht. In einer Zeit, in der die Kriegsgefahr wächst, in der Dregger von den Deutschen fordert „aus dem Schatten Hitlers (zu) treten", stellt diese Auszeichnung Ernst Jüngers zweifellos eine große Ermutigung für alle konservativen Kreise dar. Konservative Gedanken lassen sich eben leichter in der Öffentlichkeit schmackhaft und diskussionsfähig machen, wenn sie als „literarisch wertvoll" angeboten werden. Übrigens, passend zur Verleihung des Goethepreises und der z.T. schon in den Medien geforderten „produktiven Auseinandersetzung" mit einem „international bekannten Schriftsteller" (so beispielsweise in „titel, thesen, temperamente" (ARD) am 18.8.) erscheint im Klett-Verlag Ernst Jüngers „Der Arbeiter" — als Band 1 einer neuen Reihe „Bibliothek der Moderne". Das Timing ist wirklich ausgezeichnet!

Im folgenden drucken wir — auszugsweise — die Erklärung der Frankfurter Grünen gegen die Verleihung des Goethepreises an Ernst Jünger ab. Eine Erklärung, die in konzentrierter Form Jüngers Ansichten bis 1933 darstellt und nachweist, daß der Herr Goethepreisträger sich von diesen Ansichten nie distanziert hat.

Kulturkommission

Auszüge aus der Erklärung der Frankfurter Grünen gegen die Goethe-Preisverleihung an Ernst Jünger

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freunde,

auf unserer heutigen Pressekonferenz haben wir begründet, weshalb wir einen Antrag an das Stadtparlament gestellt haben, der beinhaltet, **daß der Goethepreis 1982 nicht an Ernst Jünger verliehen werden soll.** Wir legen Ihnen unsere ausführliche Stellungnahme bei. Einleitend einige Bemerkungen:

Uns ist es relativ gleichgültig, ob Ernst Jünger ein guter oder schlechter Schriftsteller ist. In einem Land wie der Bundesrepublik, daß einen zum Teil noch immer unbewältigten Faschismus hinter sich hat, können Literatur- und andere Preise nicht ohne Ansicht der politischen Moral einer Person verliehen werden. Es gibt keinen moralischen Freiraum, neben dem eine ‚abstrakte Leistung' gewürdigt werden kann. Bei der ausführlichen Untersuchung seiner Bücher haben wir – und das ist die Grundlage unserer Ablehnung – zwei Punkte, zwei Linien festgestellt.

1. Er war unstrittig ein ideologischer Wegbereiter des Faschismus und ein Träger des Nationalsozialismus von Kopf bis Fuß. Ein Kriegeverherrlicher und erklärter Feind der Demokratie. Kein Nazi im Sinne von Parteimitgliedschaft, sondern einer, der die Nazis von einer elitären Position des ‚besseren Faschisten' aus kritisierte, dem die Nazis „zu flach", „stillos" und nicht energisch und wirksam genug waren. Bis heute gibt es keine Aufarbeitung des Faschismus, keinen Bruch, eher einen Rückzug in scheinbar unpolitische Themen, in die Innerlichkeit bei gleichzeitiger ungebrochener Kontinuität zu seiner faschistischen Vergangenheit. Noch 1973 wirft er Hitler in einer französischen Zeitung vor, das „wunderbare Instrument", diese Armee verschwendet/mißbraucht zu haben.

Und:

keit bei gleichzeitiger ungebrochener Kontinuität zu seiner faschistischen Vergangenheit. Noch 1973 wirft er Hitler in einer französischen Zeitung vor, das „wunderbare Instrument", diese Armee verschwendet/mißbraucht zu haben.

Und:

2. Er war und ist ein durch und durch a-moralischer Mensch, in dem Sinne, daß er Krieg, Schmerzen, Blut usw. nur unter dem Gesichtspunkt der Erlebnisintensität für sich selbst, nicht aber als grauenhafte Ereignisse, die Menschen wehtun, unter denen Menschen leiden, betrachten kann.

Völlig im Gegensatz zur Begründung des Kuratoriums Goethepreis in Frankfurt kann man Ernst Jünger sicher eines NICHT zuschreiben: menschliche Anteilnahme für andere Menschen als für sich selbst.

Unter diesen Gesichtspunkten und denen in der nachfolgenden Ausführung halten wir die geplante Verleihung des Goethepreises an Ernst Jünger für einen bundespolitischen Skandal, weil durch sie menschenfeindliches und antidemokratisches Gedankengut wieder ‚hoffähig' gemacht wird.

Mit freundlichen Grüßen
Jutta Ditfurth
Pressesprecherin DIE GRÜNEN

1. Die Kriegsverherrlichung Jüngers

Jünger verherrlicht den Krieg in fast mystisch-religiöser Weise, er beschreibt ihn als den Sinn des Menschen schlechthin:

In göttlichen Funken spritzt Blut durch die Adern, wenn man zum Kampf über die Felder klirrt im klaren Bewußtsein eigener Kühnheit. Unterm Sturmschritt verwehen alle Werte der Welt wie herbstliche Blätter. Auf solchen Gipfeln der Persönlichkeit empfindet man Ehrfurcht vor sich selbst . . . Gewiß wird der Kampf durch seine Sache geheiligt; mehr noch wird eine Sache durch Kampf geheiligt . . . Mir ist Kampf immer noch etwas Heiliges, ein Gottesurteil über zwei Ideen."

Dahinter steht ein konkretes politisches Konzept. Jünger will die große Revanche für den ersten Weltkrieg. Dafür fordert er die totale Mobilmachung. Er schreibt, daß der kommende Krieg, den er verlangt und gleichzeitig naturgesetzlich kommen sieht, weder eine „partielle" noch eine „allgemeine" sondern eine totale Mobilmachung voraussetzt, „die sich selbst auf das Kind in der Wiege" erstrecken muß, wenn man ihn gewinnen will. Der erste Weltkrieg war ihm zu wenig kriegerisch:

„Deutschland aber mußte den Krieg verlieren, auch wenn es die Marneschlacht und den Unterseebootkrieg gewonnen hätte, weil es bei aller Verantwortung, mit der es die partielle Mobilmachung vorbereitet hatte, große Gebiete seiner Kraft der totalen Mobilmachung entzog und weil es aus ebendemselben Grunde rein dem inneren Charakter seiner Rüstung nach, wohl einen partiellen, nicht aber den totalen Erfolg zu erringen, zu ertragen und vor allem auszuwerten imstande war."

Doch er macht allen Nationalisten, allen Kriegsheimkehrern die sich nicht an den Frieden gewöhnen wollen oder sollen, allen, die sich in der Wirtschaftsdepression und Massenarbeitslosigkeit vom Versailler Vertrag gedemütigt fühlten, Hoffnung:

„Wildes Vergnügen bei der Entdeckung, daß unser Einsatz nur aus Rechenpfennigen bestand, daß die wichtigsten Reserven noch gar nicht mobilisiert, nicht im Treffen waren, daß die Stollen zur entscheidenden Schicht noch nicht getrieben sind. Wir waren kaum bis an die Zähne gerüstet, geschweige denn bis ins innerste Herz, ins innerste Mark."

Und drohend fordert er:

„Wir brauchen für die kommenden Zeiten ein eisernes, rücksichtsloses Geschlecht. Wir werden wieder die Feder durch das Schwert, die Tinte durch das Blut, das Wort durch die Tat, die Empfindsamkeit durch das Opfer ersetzen – wir müssen es, sonst treten uns andere in den Dreck."

Wie könnte man besser einen Nährboden für Hitlers „Totalen Krieg" schaffen?

Jünger faßt sein Weltbild lapidar zusammen:

„Leben heißt töten."

2. Jüngers Menschen- und Lebensverachtung

Weite Teile seines Werkes sind von Menschen- und Lebensverachtung durchzogen, wie sein Verhältnis zum Krieg als „vom überschäumenden Blute der Jugend berauschtes Fest", als die Stunde der „großen Gefühle" zeigt. Beispielsweise schreibt er auf einer einzigen Seite:

„Blutdurst" – „Wollust des Blutes" – „Sich auf den Gegner stürzen, ihn packen, wie es das Blut verlangt" – „Lechzen, sich im Kampfe völlig zu entfesseln"

dies mündet schließlich in

„Orgien der Wut" . . . „an grenzenlosem Schwunge nur dem Eros verwandt".

Hier wird die Kriegsbegeisterung zur Nekrophilie, zur fast erotischen Todesbegeisterung.

Die Ästhetisierung des Krieges, des Völkermordes, ist ein Kennzeichen des Faschismus. Bei Jünger ist die belletristische Begeisterung für das Schlachten von Menschen pathologisch. Einmal schildert er eine Exekution, die mitzuerleben er gewünscht hatte und bezeichnet diesen Wunsch als einen „Akt höherer Neugier" (FR 14.7.73), ein anderes Mal beschreibt er, wie er bei einem Fliegerangriff auf Paris auf dem Balkon steht, zuschaut und ein Glas Champagner in der Hand hält, in dem Erdbeeren schwimmen (FR 14.7.73).

4. Rassismus

Den vorhandenen Antisemitismus findet Jünger zu inkonsequent:

4. Rassismus

Den vorhandenen Antisemitismus findet Jünger zu inkonsequent:

„Hiermit hängt der Mangel an Folgerichtigkeit zusammen, die dem Antisemitismus der nationalen Bewegungen, die sich als revolutionär bezeichnen, eigentümlich ist. Auch wenn man von jenen Sekten absieht, die aus der Negation eine Weltanschauung machen, wird man durch den Mangel an Instinktsicherheit überrascht, aus dem heraus der Stoß gegen den Juden zwar oft unter großem Aufwand, aber immer viel zu flach angesetzt wird, um wirksam zu sein. Dies aber liegt daran, daß man gemäß den Methoden eins echt individualistischen Denkens den Einfluß des Juden auf das deutsche Leben zu ermitteln und zu zerstören sucht. Beliebt sind Vorstellungen volksheilkundlicher Art, in denen die Unschädlichmachung von Schwärmen atomistisch angreifender Bakterien und Spaltpilze eine große Rolle spielt."

Er definiert ‚den Juden' als das schlechthin ‚Andere'. Jünger will ‚den Juden' entlarven:

„Die Erkenntnis und Verwirklichung der eigentümlichen deutschen Gestalt scheidet die Gestalt des Juden ebenso sichtbar und deutlich von sich ab, wie das klare und unbewegte Wasser das Öl als eine besondere Schicht sichtbar macht. In dem Augenblick jedoch, in dem der Jude als eine eigentümliche und eigenen Gesetzen unterworfene Macht unverkennbar wird, hört er auf, am Deutschen virulent und damit gefährlich zu sein. Die wirksamste Waffe gegen ihn, den Meister aller Masken, ist: i h n z u s e h e n . . . Im gleichen Maße jedoch, in dem der deutsche Wille an Schärfe und Gestalt gewinnt, wird für den Juden auch der leiseste Wahn, in Deutschland Deutscher sein zu können, unvollziehbarer werden, und er wird sich vor seiner letzten Alternative sehen, die lautet: in Deutschland entweder Jude zu sein oder nicht zu sein."



Ernst Jünger (links) und seine Gratulanten bei der Verleihung des Großen Verdienstkreuzes mit Stern

Er will die „Judenfrage" grundsätzlich lösen, ohne sich in den konkreten Maßnahmen festzulegen.

5. Die Vernichtung Andersdenkender – Jüngers Haß auf die Demokratie

Jünger klärt 1925 sein Verhältnis zur Demokratie mit einem Satz:

„Ich hasse die Demokratie wie die Pest."

Natürlich mußte Ernst Jünger, um sich nach 1945 als Schriftsteller weiter ‚gesellschaftsfähig' halten zu können, auf eindeutig faschistische Aussagen verzichten. Er verstand es, nach dem Zweiten Weltkrieg immer wieder sehr geschickt, jede klare Stellungnahme über seine Arbeit für den Faschismus zu vermeiden, indem er nach 1945 fast nur noch unpolitische Tagebuchnotizen, Meditationen über Sanduhren, Schleifen und Schmetterlinge und mythisch abstrakte Fiktionen veröffentlichte. Jünger brauchte für die Herausgabe seiner gesammelten Werke 10 Jahre (!), denn er hielt es für notwendig, weite Teile seiner Bücher subtil zu verändern, auch um nach der menschenvernichtenden Realität des 3. Reiches weiter ‚hoffähig' bleiben zu können.

Trotzdem wird sein ungebrochenes Verhältnis zu seinem faschistischen Werk immer wieder deutlich. So führt er 1963 mit einem Vorwort folgendermaßen in den Band „Der Arbeiter" ein, das gleichzeitig eine Hymne und eine Gebrauchsanweisung für den ‚totalen Staat' ist:

„Das Werk über den Arbeiter erschien im Herbst 1932, zu einer Zeit, in der bereits an der Unhaltbarkeit des Alten und der Heraufkunft neuer Kräfte kein Zweifel mehr bestand. Es stellte und stellt den Versuch dar, einen Punkt zu gewinnen, von dem aus die Ereignisse in ihrer Vielfalt und Gegensätzlichkeit nicht nur zu begreifen, sondern, obwohl gefährlich, auch zu begrüßen sind."

Wie stark er sich mit dem totalen Krieg des NS-Staates bis

stellte und stellt den Versuch dar, einen Punkt zu gewinnen, von dem aus die Ereignisse in ihrer Vielfalt und Gegensätzlichkeit nicht nur zu begreifen, sondern, obwohl gefährlich, auch zu begrüßen sind."

Wie stark er sich mit dem totalen Krieg des NS-Staates bis

zuletzt und noch nach dem 2. Weltkrieg identifizierte, obwohl ihm die Nazis zu flach und unästhetisch waren, zeigt ein Leserbrief von ihm in der Deutschen Soldatenzeitung (!) vom 9.5. 1960:

„ . . . als die Lemuren, die sich das Kommando angemaßt hatten, längst desertiert waren. Ich habe unter anderem dafür gesorgt, daß in meinem Bezirk keine weiße Fahne gehißt wurde."

Gerade wenn er versucht sich gegenüber dem NS-Staat öffentlich abzugrenzen, zeigt er unfreiwillig seine Nähe zu ihm. Auf die Frage nach seinem Verhältnis zum 3. Reich in „Le Monde" antwortet er:

„Aujourd'hui encore, je ne puis pardonner a Hitler . . . d'avoir gaspille cet instrument magnifique qu'etait notre armee." – „Heute noch kann ich Hitler nicht verzeihen, dieses wunderbare Instrument, das unsere Armee ist, mißbraucht/verschwendet zu haben."

– Jünger ist also unversöhnlich enttäuscht über Hitler, weil die gute Sache, für die Jünger gelebt hat, nämlich den „totalen Krieg", von Hitler so dilettantisch kaputt gemacht wurde. Seine Kritik am Nationalsozialismus ist nie eindeutig, ist nicht grundsätzlich, nie menschlich. So sagt er 1973, daß ihm „diese Leute (die Nazis) mißfallen hätten". In den „Strahlungen" erklärt er sie zur „flachsten Schule" und er findet es „stillos", wenn jemand die Ermordung von Geiseln gut findet. Auch die Judenvernichtung will er nicht und zwar auch deshalb:

„Es heißt, daß seit der Sterilisierung und Tötung von Irren die Zahl der geisteskrank geborenen Kinder sich vervielfacht hat, ganz ähnlich ist, mit der Unterdrückung der Bettler die Armut allgemein geworden und führt die Dezimierung der Juden zur Verbreitung jüdischer Eigenschaften in der Welt, in der alttestamentarische Züge sich ausbreiten. Durch Ausrottung löscht man die Urbilder nicht aus; man macht sie eher frei."

Seine Kritik am Nazi-System ist technisch, nicht menschlich. Er kritisiert die Nazis wie Leute, die seine „reine Lehre" beschmutzt haben, wie politische Freunde, die ihm nicht streng genug gefolgt sind. So schreibt er noch 1963 in seinem Vorwort zum Arbeiter, daß man „vieles unnötiges" hätte vermeiden können, wenn die Nazis seinen genauen Vorstellungen vom totalen Militärstaat tatsächlich gefolgt wären. Diese Enttäuschung über seine Freunde, die Nazis, kommt aus der Nähe, die er zu ihnen hatte. Immerhin hatte sich Jünger vor 1933 für einen Zusammenschluß aller Kräfte – „die Endfront" –, die er für seine reaktionäre Revolution braucht, gekämpft. Wie es für Jünger typisch ist, schließt er selbstverständlich die Nazis in das Bündnis ein, ohne irgendwelche politischen Gruppen konkret zu benennen:

„Es wird sich zusammensetzen aus den Angehörigen der nationalen Frontsoldatenverbände. Dazu müssen stoßen die heute noch abseits stehenden Kräfte der radikalen, der völkischen und der nationalsozialen Gruppen, ferner der blutmäßige Kern des Frontsoldatentums der Arbeiterschaft . . ."

Antwort zu P.'s Leserbrief »Über die Klassenfrage in der Bildenden Kunst«

Es ist wichtig, daß im Zusammenhang mit Kultur endlich auch auf die bildende Kunst hingewiesen wird. Zu Malern, die die Antagonismen und Klassengegensätze in unserer Gesellschaft direkt darstellen, fällt mit zuallererst HANEFI YETER, ein in Berlin lebender türkischer Maler, ein. Es ist wohl auch bezeichnend, daß es ein am Rande dieser Gesellschaft Stehender ist, ein Ausländer, ein zwischen zwei Kulturen Lebender, der Bilder von großer Sensibilität zu malen imstande ist. Bilder zur Zerrissenheit der in der BRD lebenden Ausländer/innen, zu ihrem „zu Hause – in der Fremde" -Sein, zu den politischen Repressalien, Bilder zu Demonstrationen, Bilder zu direkten politischen Ereignissen in der Türkei wie zu dem Blutbad, das Polizei und Faschisten am 1. Mai 1977 anrichteten, als sie in die Mai-Demonstration schossen; Bilder zu den Hungernden und den Satten dieser Welt und ebenso Bilder unserer Hoffnungen.

Hanefi Yeters Bilder sind inzwischen durch Postkarten, Poster und Ausstellungen einem breiteren Publikum zugänglich gemacht worden. Sehr empfehlenswert ist auch das Buch:

Hanefi Yeter. Ein türkischer Maler in Berlin. Berlin, Elefanten Press 1980. Darin sind viele Bilder nachgedruckt, zusammen mit passenden Gedichten von Nazim Hikmet.

Als zweites Beispiel fällt mit noch der Jugoslawe DRAGO TRUMBETAS ein, der Bilder direkt zur Gastarbeiterproblematik malt. In seinen Bildern kommt die demütigende Situation der Gastarbeiter besonders zum Ausdruck. Menschen, die von Arbeitsmarkt -und Profitinteressen um ein würdevolles Leben gebracht werden, die zusammengepfercht in Baracken wohnen, in den Gängen des Arbeitsamtes sitzen, sich nach der Heimat sehnen.

Widersprechen möchte ich dem Leserbrief von P. in dem Punkt, wo er schreibt: KUNST MUSS POLITISCH SEIN! Kunst i s t politisch, egal wie direkt sie sich für die Unterdrückten oder für die Herrschenden einsetzt. Auch Bilder wie "Die traurigen Liebenden" von H. Yeter haben eine politische Aussagekraft. Nichtsdestotrotz ist es auch mir lieb, wenn ein/e Künstler/in sich explizit zu der Gesellschaft äußert, in der sie/er lebt.

H., Tübingen

Buchtip: Hanefi Yeter. Ein türkischer Maler in Berlin. Berlin Elefanten Press 1980.



Hanefi Yeter, Die traurigen Liebenden

3. bundesweites Gegen-BILD-Treffen

Rund ein Dutzend Gegen-BILD-Initiativen bestehen zur Zeit in der Bundesrepublik; die einen arbeiten schon seit einigen Jahren, andere haben sich gerade erst gebildet.

Anfang Juni fanden sich die Initiativen zum 3. bundesweiten Gegen-BILD-Treffen zusammen. Erfahrungen und Ideen wurden ausgetauscht, Probleme der praktischen Arbeit diskutiert.

Während es auf den ersten beiden Treffen kaum gelang, einen Zusammenhalt zwischen den im ganzen Bundesgebiet verstreuten Gruppen zu schaffen, wurden dieses Mal gemeinsame Projekte in Angriff genommen.

Alle zwei Monate soll künftig ein Rundbrief erscheinen. Die „KILLT", die bisher von Günter Wallraff und einigen Mitarbeitern herausgegeben wurde, soll in Zukunft von einer Redaktion erstellt werden, die sich aus Mitgliedern der verschiedenen Initiativen zusammensetzt. Die nächste Ausgabe ist bereits in Arbeit und erscheint im Oktober.

Im Herbst soll an mehreren Orten eine **Aktionswoche** durchgeführt werden. Es bestehen auch Überlegungen, während dieser Woche zu einer Demonstration gegen die Fusion von Burda und Springer aufzurufen, da in den nächsten Wochen mit der Entscheidung des Bundesministers über diesen Zusammenschluß zu rechnen ist. Das nächste bundesweite Treffen wird am 6./7. November in Bielefeld stattfinden.

Kontakt:
Gegen-BILD-Stelle
Postfach 14 31 62
4300 Essen

S., Hamburg

Buchvorstellung: Israels heiliger Terror

Im Libanon tobt der Völkermord der Zionisten an der palästinensischen Bevölkerung. Doch die Massenmedien der "zivilisierten" Welt überschlagen sich wie üblich in der Propagandaberichterstattung für Israel. Schön sei es zwar nicht gerade, was Israel da macht, aber immerhin Selbstverteidigung gegen die palästinensischen Terroristen und somit mindestens entschuldbar. Wie Israels Kriege ja überhaupt immer Selbstverteidigungsaktionen waren, sei es nun der Einmarsch im Südlibanon 1979, der Jom-Kippur-Krieg 73, der Sechstagekrieg 67, der Einmarsch im Sinai 56 oder die zahllosen Kommando- und Terroraktionen zwischendurch. Alles Selbstverteidigung, schließlich wollen die Araber die Israelis ja ins Mittelmeer treiben, oder?

Der deutsche Leser, Hörer, Glotzer glaubts und ist heilfroh, seinen Holocaust-Komplex durch Israels "gerechte Kriege" entschuldigt zu sehen.

Mit dem Mythos der israelischen "Selbstverteidigung" hat jetzt ein Buch endgültig aufgeräumt, das vor kurzem vom Frankfurter Projekt "Sonnenstaat" veröffentlicht wurde. Es wurde verfaßt von Livia Rokach und herausgebracht von der "Associacion of Arabic-American University Graduates" (AAUG).

Das Buch stützt sich auf die Tagebuchaufzeichnungen von Moshe Sharatt, die vor einigen Jahren in Israel reichlich Wirbel gemacht haben Dieser Sharatt weiß nämlich wovon er schreibt, er war Israels Premierminister in den Jahren f954/55.

Sharatt gehörte zu den "gemäßigten Zionisten", die die Entwicklung Israels durch diplomatische Aktionen erreichen wollten. In den Jahren nach Israels Gründung gab es einen erbitterten innenpolitischen Machtkampf zwischen "gemäßigten" Kräften um Sharatt und den "Falken" um Israels ersten Ministerpräsidenten Ben Gurion, Begin, Dayan, Peres und Sharon, die eine Etablierung Israels durch Terror und Krieg propagierten.

Das Ziel beider Gruppen war das Gleiche und ist es bis heute geblieben, die Schaffung von "Erez Israel" (Groß-Israel) unter Einschluß des Gaza, West-Jordaniens, Süd-Libanons und der Golan-Höhe. Israel sollte d i e Macht im Nahen Osten werden. Die beiden Gruppen unterschieden sich nur in der Wahl ihrer Mittel.

Die Ernennung Sharatts zum Premierminister war denn auch ein taktischer Winkelzug. Nachdem Israel auch nach dem Waffenstillstand 1949 fortgefahren war, Terroranschläge auf Palästinenser und Stützpunkte seiner arabischen Nachbarn zu verüben, mußte Ben Gurion 1954 aus Sorge um die zunehmend unzufriedeneren USA erst einmal eine kleine Pause einlegen und zurücktreten. Er zog sich auf seinen Kibbuz zurück, behielt jedoch nach wie vor alle Fäden in der Hand. An seiner Stelle wurde Sharatt nominiert, der als Befürworter einer Verhandlungslösung galt. Als sich die Lage zwei Jahre später wieder änderte und die USA "grünes Licht" für einen israelischen Einmarsch in Ägypten gaben, wurde Sharett wieder kaltgestellt und Ben Gurion kehrte zurück.

Sharatt, der offiziell die israelische Terrorpolitik legitimierte und intern versuchte, zumindest die schlimmsten Auswüchse zu verhindern, hat in seinen Tagebüchern das Ausmaß des Terrors bis in alle Einzelheiten dokumentiert. Allein in den zwei Jahren seiner Amtszeit berichtet er über zahlreiche Terroranschläge gegen die palästinensische Bevölkerung, Überfälle auf ägyptische und syrische Grenzposten, eine von Moshe Dayan befehligte Flugzeugentführung, Ermordung von eigenen Landsleuten zum Zweck der Vergeltung, die Planung der Eroberung Süd-Syriens und des Süd-Libanons und die bereits 1953 vorbereitete Eroberung des Sinai im Jahre 1956.

Im Zusammenhang mit dem momentanen Geschehen im Libanon wird von Sharatt belegt, daß diese Aktionen seit 28 Jahren geplant sind, 15 Jahre bevor es die PLO überhaupt gab und zu einer Zeit, in der Israel mit Libanon als einzigem Nachbarstaat in "Frieden" lebte.

Damals sprach Ben Gurion bereits schon von der Notwendigkeit, im Libanon einen Christenstaat zu schaffen und das Land damit zu zersplittern. Er sagt nämlich in diesem Zusammenhang:

" (..) Aber in Zeiten der Wirrnis, der Revolution und des Bürgerkrieges, erscheinen diese Dinge in einem anderen Licht. Vielleicht ist jetzt die Zeit, die Schaffung eines christlichen Staates in unserer Nachbarschaft zustandezubringen. Ohne unsere Initiative und entscheidende Hilfe wird das nicht passieren. (..)
Dies bedeutet (..) daß wir auf alle möglichen Arten handeln müssen um einen radikalen Wechsel im Libanon zustandezubringen. "(27.2.54).

Und Dayan, schon immer ein Pragmatiker, führt das aus:

"Nach seiner (Dayans) Meinung sei es einzig und allein notwendig, einen Offizier, vielleicht sogar einen Mayor zu finden. Wir sollten sein Herz gewinnen oder ihn mit Geld kaufen. Um seine Zustimmung zu erlangen, daß er sich selbst zum Retter der maronitischen (christlichen) Bevölkerung ausruft. Dann wird die israelische Armee im Libanon einmarschieren, das notwendige Gebiet besetzen und ein christliches Regime einsetzen, daß sich mit Israel verbünden wird. Das Gebiet südlich des Litani wird Israel völlig einverleibt werden und alles wäre in Ordnung" (16.5.54).

Dayan hat damit genau das vorweggenommen, was Israel 1979 tat, nämlich die Schaffung eines christlichen Ministaates von Israels Gnaden unter dem Falangisten-Mayor Haddad. Die "Gesamtlibanesische Lösung" ist es gerade dabei zu erzwingen.

An diesem Beispiel wird deutlich, wie die israelische Führung über Jahrzehnte hinweg, ohne Rücksicht auf irgendeine politische Großwetterlage, versucht, den Traum von "Groß-Israel" zu verwirklichen. Doch nicht nur um den "Lebensraum" geht es der "israelischen Führung". Erklärtermaßen soll Israel die einzige Großmacht im östlichen Mittelmeer und im Nahen Osten werden. Begins Kriegsminister Sharon definiert das so:

"..Daß die strategischen Interessen sich in den achziger Jahren über die arabischen Staaten hinaus bis zu den Küsten des Mittelmeeres unter Einschluß von Ländern wie der Türkei, Iran, Pakistan, Gebieten des persischen Golfs und Afrika ausdehnen würde, insbesondere auf Nord- und Zentralafrika".

Die Methode, um dies zu erreichen, war immer die gleiche; Destabilisierung des Nahen Ostens und des Mittelmeerraumes. Als die USA im Zuge ihrer "Kalten-Kriegs-Strategie" Mitte der fünfziger Jahre versuchten, Ägypten in ihren Einflußbereich zu ziehen, bombten israelische Geheimdienst-Spezialisten, als Moslembruderschaft getarnt, amerikanische Einrichtungen in Ägypten in die Luft, um die USA zu militärischen Aktionen zu verleiten. In den siebziger Jahren beteiligte sich Israel an Putschversuchen in Italien und Griechenland und heute bilden israelische Instrukteure in Haddads "Befreitem Süd-Libanon" europäische Faschisten jeder Couleur aus, auf deren Konto auch das Attentat von Bologna gehen soll. Und alles mit dem Ziel, danach als einziger und treuester Verbündeter des Westens dazustehen.

Genauer definiert das die Parteizeitung von Simon Peres "Labor"-Opposition:

"Wir sollten zur Politik der fünfziger Jahre zurückkehren ... um die Gefahr abzuwenden, daß die israelische Stellung surch andersgeartete Interessen der USA in dieser Region revidiert wird, müssen wir damit drohen, die Ölquellen am Golf zu sprengen – ebenso um dem Westen, insbesondere den USA, zu verdeutlichen, wer der wirkliche Hüter seiner Interessen in dieser Region ist, und daß es eine Grenzlinie gibt, die der Westen in Bezug auf Israel nicht überschreiten darf ..."

Um diese Politik durchzusetzen ist es eine Notwendigkeit immer neue Provokationen zu schaffen um die Legitimation für militärisches Handeln zu haben, dazu sagte Ben Gurion laut Sharatt:

"Es (Israel) muß seine Schritte engstirnig planen und mit dem Schwert leben. Es muß das Schwert als das Hauptsächliche, wenn nicht als das einzige Instrument ansehen, mit der es seine Moral hochhalten und seine moralische Spannung erhalten kann. Gegenüber diesem Ziel darf er – nein muß er – Gefahren erfinden, und um das zu tun, muß er die Methode von Provokation und Rache anwenden. ... und als Krönung: Hoffentlich gibt es einen neuen Krieg mit den arabischen Ländern, so daß wir vielleicht endlich unsere Sorgen loswerden und unseren Lebensraum erwerben" (26.5.55).

Wenn man bedenkt, daß diese Terroristen mittlerweile über ein Arsenal von 200 Atombomben verfügen ...

Ein AK-Leser aus Moers

Livia Rokach
Israels Heiliger Terror
Mit einer Einführung von
Noam Chomsky
Minotaurus
Projekt **DM 14**

Beschäftigungstherapie

Täglich in der U-Bahn „BILD", „BILD am Sonntag" zum Frühstück am Wochenende... Man sollte wirklich meinen, das reicht! Doch Springer sucht nach weiteren Umsatzmöglichkeiten und wirft ein neues Blatt auf den Markt: „**BILD der frau**". Nichts besonderes im Grunde genommen: Wie Romy sich selbst zerstörte. Das neue Eheglück des Rainer Barzel, das verflossene der Hilde Knef. Dauerhafte Schokoladenbräune, alles essen — trotzdem dünner... Das alles kennen wir zur Genüge aus den zahlreich vorhandenen Frauengazetten. Doch „BILD" wäre nicht „BILD", Springer nicht Springer, wenn er sich nicht bemühen würde, den anderen an Unverschämtheit einen Schritt voraus zu sein. Sein Sonderangebot: Di's Kleider — 17 Modelle zum Ausschneiden mit kleiner Anziehpuppe. Nein, keine der üblichen Kinderseiten. Auch Frauen wollen beschäftigt werden! *„Ziehen SIE Diana an — So wird's gemacht."* Springer weiß, was Frauen wünschen.

Ob dieser Testausgabe weitere folgen werden, war aus dem Hause Springer nicht zu erfahren.

S., Hamburg

Eine Sondernummer der „Spitzen Feder" beschäftigt sich mit der Kampagne gegen die „BILD"-Zeitung. Die Broschüre wurde von der Deutschen Jugendpresse in Zusammenarbeit mit der Gegen-BILD-Stelle herausgegeben und enthält zahlreiche Informationen zum Stand der Arbeit gegen den Springer-Konzern.
Zu bestellen über (bei Einzelbestellungen 3 Mark beilegen!):
Deutsche Jugendpresse e.V.
KPostfach 200 621
8000 München 2



Initiative Soziale Sicherheit

Auf Initiative der Zeitschrift „Revier", der Falken/NRW und betrieblicher Gruppen aus Nordrheinwestfalen wurde Anfang dieses Jahres die „Initiative Soziale Sicherheit" gegründet. Seit einigen Monaten verbreitet sie einen Sozialappell „Wir wollen Leben, Arbeit, Demokratie", unter den inzwischen einige zehntausend Unterschriften gesammelt wurden. Ausgehend von der „Initiative Soziale Sicherheit" gibt es jetzt einen Aufruf zu einer bundesweiten Demonstration mit dem Tenor: „Gemeinsam gegen Sozialabbau, Arbeitsplatzvernichtung und Ausländerfeindlichkeit!"

Der Unterstützerkreis für diese Demonstration geht heute schon erheblich über die ursprünglichen Organisationen der Initiative hinaus. Aufgerufen werden bundesweit die Falken, die Jusos, die DS, die Grünen, die AL-Westberlin und andere alternative Listen, die GAL/Hamburg. Diese Demonstration ist die erste bundesweite Initiative, die die soziale Frage in den Mittelpunkt stellt, während dieses Thema auch in der Linken über die Diskussion der „Null"wachstumstheorie in den vergangenen Jahren in den Hintergrund getreten ist. Es ist zu hoffen, daß mit dieser Demonstration dieser Frage, die für die Masse der arbeitenden Menschen die drängendste ist, wieder mehr Gewicht bekommt.

Wir dokumentieren im folgenden den „Sozialappell" und den Aufruf zur Demonstration und rufen alle Genossinnen und Genossen und AK-Leser auf, sich an der Diskussion um den Aufruf und der Verbreitung zu beteiligen.

Gemeinsam gegen Sozialabbau, Arbeitsplatzvernichtung und Ausländerfeindlichkeit

Der Lack ist ab vom „Modell Deutschland"!
Auch wenn es einigen von uns vielleicht noch besser geht als „unseren Nachbarn", so geht es vielen schon schlecht genug:

- Seit 1975 hatten wir fast in jedem Jahr 1 Million Arbeitslose, seit Beginn der 80er Jahre sind es mehr als 2 Millionen.
- Über 1 Million Menschen sind auf die viel zu niedrigen Sozialhilfesätze angewiesen.
- Hunderttausende trauen sich nicht zum Sozialamt, weil sie sich ihrer Armut schämen.
- Jeder 3. Rentner in der BRD muß heute bereits mit weniger als DM 600,– im Monat auskommen.
- Arbeitslosen, Kranken, Kleinrentnern, Frühinvaliden, Behinderten, Auszubildenden, Schülern und Studenten werden zusätzliche Lasten aufgebürdet.

Aber nicht nur diese sog. Problemgruppen sind von Sozialabbau und Arbeitsplatzvernichtung betroffen, alle Arbeiter- und Angestelltenfamilien, kleinere und mittlere Beamtenhaushalte spüren es täglich:

- Niedrigeren Einkommen stehen Preissteigerungen und Gebührenerhöhungen in fast allen Bereichen gegenüber.
- Die Erziehung und Ausbildung der Kinder wird für viele unerschwinglich.
- Immer mehr Frauen werden aus dem Berufsleben gedrängt.
- Hunderttausende von Jugendlichen finden weder Ausbildungs- noch Arbeitsplatz.

Nicht Ölkrise, zu hohe Zinsen oder „die Ausländer" sind schuld, sondern das Wirtschaftssystem: nicht die Bedürfnisse der Menschen sind entscheidend, sondern der Unternehmergewinn. Der alte, nur scheinbar beseitigte Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit tritt wieder zu Tage. Für ihre Gewinne nehmen die Unternehmer alles in Kauf: Arbeitslosigkeit und Massenarmut, Arbeitshetze und Raubbau an der Gesundheit der Kollegen, Umweltzerstörung und hemmungslose Aufrüstung.

Die Politiker der Bonner Parteien zeigen mit ihren sog. „Sparmaßnahmen", auf welcher Seite sie stehen: statt die Unternehmen und die gut Verdienenden höher zu besteuern, werden die Opfer der Krise wieder zur Kasse gebeten. Statt Arbeitsplätze durch gezielte Beschäftigungsprogramme (Fernwärme, Wohnungsbau, Soziale Dienste) zu schaffen, werden den Unternehmern mit Investitionsbeihilfen weitere Rationalisierungen finanziert. Statt das Soziale Netz – die Existenz von Millionen – zu sichern, werden Milliarden für die Aufrüstung der NATO, für den „Schnellen Brüter" und andere sinnlose Großprojekte verschleudert.
Die Interessen der Unternehmer sind nicht unsere Interessen. Damit sich niemand wehrt, wird einer gegen den anderen ausgespielt: Arbeitslose gegen Beschäftigte, Ausländer gegen Deutsche, Jung gegen Alt, Frauen gegen Männer.
Gegenwehr ist nötig! Nur gemeinsam sind wir stark!
Gegen den Klassenkampf der Unternehmer müssen wir antreten! Nutzen wir unsere Gewerkschaften, Organisationen, Verbände und Initiativen zum Widerstand!
Wir fordern.

- **die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich.**
- **sofortige Umsetzung des DGB-Beschäftigungsprogramms.**
- **Schaffung neuer Arbeitsplätze unter sozialen und ökologischen Gesichtspunkten.**
- **die Rücknahme der Kürzungen im Sozialbereich.**
- **keine bürokratische Bevormundung der Betroffenen.**
- **den Ausbau der sozialen Sicherung.**
- **gegen Ausländerfeindlichkeit: für soziale und politische Gleichberechtigung.**

Deshalb rufen wir auf zur bundesweiten Demonstration, Samstag, den 23. Oktober 1982 in Gelsenkirchen

Wenn wir selbst uns nicht bewegen, bewegt sich nichts!

WIR WOLLEN LEBEN, ARBEIT, DEMOKRATIE !

Die Krise erfordert nicht den Abbau, sondern den Ausbau des Sozialstaates.
Die ökonomische Krise darf nicht auf dem Rücken der Schwachen und Schwächsten ausgetragen werden.
Solidarität erweist sich gerade in Krisenzeiten. Verhindern Sie, daß ganze Bevölkerungsgruppen in den Schatten gestellt werden.
Wer den Sozialstaat abbaut, muß wissen, daß er einen Grundpfeiler der Demokratie ins Wanken bringt.

Wir wissen, daß sozialstaatliche Politik finanzielle Voraussetzungen hat. Es gibt einen Weg, den Staatshaushalt zu entlasten: die Vergeudung materieller Ressourcen für den Rüstungswettlauf muß zum Halt gebracht, Rüstungsgelder müssen eingespart werden.

Wir appellieren an alle verantwortungsbewußten und verantwortlichen Politiker des Bundestags, der Landtage, der Kreistage und Gemeinden, an alle Gewerkschaften, Parteien und Kirchen, an alle Mitbürger:

UNTERSTÜTZEN SIE UNSERE FORDERUNGEN AN DIE BUNDESREGIERUNG!

Wir fordern:
Sicherung des Lebensstandards
Sicherung einer menschlichen Existenz bei Arbeitslosigkeit
Sicherung der gewerkschaftlichen Handlungsfreiheit
Sicherung der Gesundheitsfürsorge
Sicherung des Lebensabends
Sicherung der Zukunft der arbeitenden und lernenden Jugend.

SOZIALAPPELL AN DIE BUNDESREGIERUNG

Das Gesicht der Bundesrepublik hat sich in den letzten Jahren gewandelt. Aus dem vermeintlichen krisenfreien Wirtschaftswunderland wurde ein Land mit mehr als einer Million Dauerarbeitslosen. Dies obwohl Hunderttausende von ausländischen Kollegen in ihre Heimatländer zurückkehrten, obwohl Frauen zunehmend aus dem Berufsleben gedrängt wurden, obwohl ältere Kollegen zuhauf als Frührentner abgeschoben wurden.
Tausende von Jugendlichen leben ohne eine Chance auf einen Ausbildungs- oder Arbeitsplatz; sie haben ihre Zukunft schon hinter sich. Das Einkommen vieler Arbeitsloser, Sozialhilfeempfänger und Rentner liegt beim Existenzminimum.

In dieser Situation kürzt die sozialliberale Bundesregierung bei der Arbeitslosenversicherung, der beruflichen Bildung und Rehabilitation, der Förderung der Arbeitsaufnahme, bei älteren Arbeitnehmern, bei Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, beim Kurzarbeitergeld, bei der Renten- und Krankenversicherung, bei Behinderten, beim Wohngeld und der Ausbildungsförderung. Betroffen sind Arbeitslose, Alte, Kranke, Rentner, Kriegsopfer, Behinderte, Auszubildende, Studenten und über die Wohngeldkürzungen die unteren Einkommensgruppen; betroffen sind also die Bedürftigsten und Schwächsten.

Ganzen Branchen (z.B. Textil, Stahl) droht der Zusammenbruch, in anderen Bereichen soll – mit öffentlicher Hilfe – zwecks Konkurrenzfähigkeit weiter rationalisiert werden. Weitere Arbeitsplätze sind bedroht. Die augenblicklich existierende Arbeitslosigkeit ist Resultat der Konjunktur- und Strukturkrise. Fortlaufende Krisenerscheinungen der Wirtschaft, die zu Beginn der sozialliberalen Koalition unter dem Stichwort "Globalsteuerung" bekämpft wurden, werden heute hingenommen. Mitte der 70er Jahre wurde dem arbeitenden Menschen versprochen. "Die Investitionen von heute sind die Arbeitsplätze von morgen." Heute wissen wir: die Rationalisierungsinvestitionen von damals brachten die Arbeitslosigkeit von heute.

Wohin führt eine solche Politik? Steuern wir englischen Zuständen mit mehr als 3 Millionen Arbeitslosen entgegen? Werden die Enttäuschten, Verzweifelten und Hoffnungslosen abermals rechtsradikalen Rattenfängern in die Arme getrieben?
Wer den Sozialstaat abbaut, muß wissen, daß er einen Grundpfeiler der Demokratie ins Wanken bringt.

Statt in dieser schwierigen Situation den betroffenen Arbeitnehmern, Rentnern, Arbeitslosen, Jugendlichen, Sozialhilfeempfängern etc. helfend unter die Arme zu greifen, bewirken die Haushaltsbeschlüsse der Bundesregierung das genaue Gegenteil.
Die bisherige Lebenssituation der arbeitenden Menschen darf sich nicht verschlechtern

Deshalb fordern wir
Öffentliche Subventionen nur mit Beschäftigungsauflagen!
Bei der Vergabe von öffentlichen Mitteln Eigentumsanteile für die öffentliche Hand!
Garantie einer qualifizierten beruflichen Ausbildung!
Verkürzung der Wochen-, Jahres- und Lebensarbeitszeit!
Beschäftigungsprogramme unter öffentlicher Kontrolle!

Insbesondere fordern wir im einzelnen.

Die Sicherung des Lebensstandards
Stopp dem weiteren Ausbau indirekter Verbrauchssteuern, die besonders Einkommensschwache treffen!
Keine Erhöhung der öffentlichen Tarife (Bahn, Post) für Privatverbraucher!
Kein Abbau öffentlicher Dienstleistungen (Erwachsenenbildung, Beratungsstellen etc.)!
Kein Abbau von Arbeitsplätzen in Kindergärten, Schulen und Berufsschulen!

Die Sicherung der menschlichen Existenz bei Arbeitslosigkeit
Keine Kürzung des Arbeitslosengeldes!
Keine Abschiebung der ausländischen Kollegen bei Arbeitslosigkeit!
Keine Erweiterung der "Zumutbarkeitsklausel"!

Die Sicherung der gewerkschaftlichen Handlungsfreiheit
Die Tarifautonomie der Gewerkschaften darf nicht unterlaufen werden!
Gewerkschaftliche Erfolge, wie z.B. die Lohnfortzahlung, dürfen nicht kalt auf dem Wege der Gesetzgebung abgeschafft werden!
Rücknahme der verordneten Lohnkürzungen im öffentlichen Dienst!

Die Sicherung der Gesundheitsfürsorge
Kassenleistungen dürfen ebensowenig gestrichen werden wie notwendige Maßnahmen der Rehabilitation!
Statt einer Eigenbeteiligung der Versicherten ist das Gesundheitssystem nach überzogenen Kostenverursachern (z.B. Pharmaindustrie) zu durchforsten!
– Die Versicherten dürfen im Krankheitsfall nicht durch einen dreitägigen Lohnausfall bestraft werden!

Die Sicherung des Lebensabends
Beibehaltung der bruttolohnbezogenen Rente einschließlich der Krankenkassenbeitragsfreiheit!

Die Sicherung der Zukunft der arbeitenden und lernenden Jugend
– Keine Kürzung der Ausbildungsförderung!
– Hände weg vom Kindergeld und der Lehr- und Lernmittelfreiheit!
– Maßnahmen der Jugendbildung und -freizeit sind mindestens in der bisherigen Höhe zu gewähren!

Wir wissen, daß sozialstaatliche Politik finanzielle Voraussetzungen hat. Es gibt einen Weg, den Staatshaushalt zu entlasten: die Vergeudung materieller Ressourcen für den Rüstungswettlauf muß zum Halt gebracht werden, Rüstungsgelder müssen eingespart werden.

Wir appellieren an alle verantwortungsbewußten und verantwortlichen Politiker des Bundestages, der Landtage, der Kreistage und Gemeinden, an alle Gewerkschaften, Parteien und Kirchen, an alle Mitbürger:

Unterstützen Sie unsere Forderungen an die Bundesregierung!

Die Krise erfordert nicht den Abbau, sondern den Ausbau des Sozialstaates!

Die ökonomische Krise darf nicht auf dem Rücken der Schwachen und Schwächsten ausgetragen werden!

Solidarität erweist sich gerade in Krisenzeiten. Verhindern Sie, daß ganze Bevölkerungsgruppen in den Schatten gestellt werden!